

Teilhabe im Alter: Theoretische Konzeptionen, praktische Gegebenheiten

Forschungsbericht

Wissenschaftliche Leitung: Univ. Prof. Mag. Dr. Anton Amann

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, Stubenring 1, 1010 Wien ▪ **Verlags- und Herstellungsort:** Wien ▪

Druck: BMASGK ▪ **Autorin:** Anton Amann et.al. ▪ **Stand:** Oktober 2018

Alle Rechte vorbehalten: Jede Verwertung (auch auszugsweise) ist ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig. Dies gilt insbesondere für jede Art der Vervielfältigung, der Übersetzung, der Mikroverfilmung, der Wiedergabe in Fernsehen und Hörfunk, sowie für die Verbreitung und Einspeicherung in elektronische Medien wie z.B. Internet oder CD-Rom.

Das Projekt-Team

Leitung des Gesamtprojekts

Univ. Prof. Dr. Anton Amann

Autor_innen

Univ. Prof. Dr. Anton Amann

Mag. Christian Bischof

Dr. Ines Findenig

Unter Mitarbeit von **BA Anna Fassel**

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1 - Teilhabe - konzeptueller Rahmen und Befunde	5
1.1 Bausteine	5
1.2 Begriffsklärungen	10
1.2.1 Teilhabe und Integration	10
1.2.2 Lebenslagen	13
1.2.3 Sozialpolitik/Senior_innenpolitik – Neubesinnung?	18
1.2.4 Individuum-Umwelt-Verhältnis	23
1.3 Normative Vorgaben, empirische Befunde und programmatische Vorschläge	26
1.3.1 Selbstbestimmtes Leben	26
1.3.2 Gesellschaftliche Bereiche der Teilhabe	28
Kapitel 2 - Tableau der Dimensionen/Indikatoren	54
2.1 Zugang zum gestellten Thema	54
2.2 Tableau-Konzept	55
2.2.1 Ausgangspunkte	55
2.2.2 Strukturen der Berichte	60
2.2.3 Gesamtbild der Dimensionen/Indikatoren	63
Kapitel 3 - Kontexte empirischer Analysen	71
3.1 Soziale Teilhabe	71
3.2 Politische Teilhabe	86
3.3 Wirtschaftliche Teilhabe	88
3.4 Kulturelle Teilhabe	90
Kapitel 4 - Empirische Analysen	99
4.1 Gesellschaftliche und politische Partizipation, freiwilliges Engagement, Lebensqualität	104
4.2 Ökonomische Lage; Gesundheit; soziale Beziehungen; Wohnbedingungen	111
4.3 Wohnbedingungen; Pflege; Medien; Diskriminierung und Gewalt; Mobilität	119
4.4 Hauptergebnisse der empirischen Analyse	126
Kapitel 5 - Praktische Bezüge der Teilhabe-Ergebnisse	131
5.1 Grundgedanke	131
5.2 Gesellschaftliche und politische Partizipation, freiwilliges Engagement, Lebensqualität	133
5.3 Ökonomische Lage; Gesundheit; soziale Beziehungen; Wohnbedingungen	136
Abbildungsverzeichnis	139
Tabellenverzeichnis	140
Literatur	141
Anhang	144
Indikatorenspezifikation zur empirischen Analyse	144

Kapitel 1 - Teilhabe - konzeptueller Rahmen und Befunde

Anton Amann

1.1 Bausteine

In jüngerer Zeit schiebt sich eine Diskussion in den Vordergrund, die Egoismus, Altruismus, Kooperation etc. – Ausdrucksformen der Teilhabe – als genetisch bedingt, zumindest aber aus der biologischen Evolution erklärbar behauptet. Wesentliche Dimensionen einer Teilhabe am Leben wären so aus der Evolutionsbiologie, der Neurobiologie etc. zu begründen. Aus soziologischer Perspektive tun sich aber zahlreiche, bisher nicht befriedigend beantwortete Fragen auf (vgl. Amann 2018). Epistemologisch gesehen geht es jedoch im hier vorgelegten theoretischen Konzept um die Grundvorstellung einer vom Menschen selbst hervorgebrachten Welt, die zwar auf dem evolutionären Substrat des Homo Sapiens aufruht, von dieser biologischen Grundlage aber nicht mehr gesteuert wird (vielleicht mit Ausnahme einiger so genannter Instinktreste). Damit sind Diskussionen wie jene, ob Sozialität, Kooperationsbereitschaft etc. dem Menschen angeboren seien, also im Genom verankert, nicht von zentraler Bedeutung. Soziale Teilhabe ist daher ebenfalls nicht mehr im Horizont irgendwelcher evolutionsbiologischen Determinationen zu sehen, sondern muss als vom Menschen selbst entwickelte Praxisform gesehen werden. Diesen Startpunkt halte ich deshalb für wichtig, weil in ihm alle Möglichkeiten angelegt scheinen, die zu den ungeheuer variierenden historisch-kulturellen Formen menschlichen Sozialverhaltens führen konnten, die tatsächlich entstanden sind, und denen soziale Teilhabe ja zuzurechnen ist. Ich stelle mich versuchsshalber auf den Standpunkt, dass die entscheidende Frage für die Soziologie bei sozialer Teilhabe nicht jene nach Instinkten und Trieben ist, Begriffen, die aus ihrer Geschichte heraus mit schillernden Bedeutungsgehalten und Missverständnissen aufgeladen sind, sondern jene nach den Bedingungen, unter denen der Mensch seine Welt konstruktiv selber schaffen konnte und musste.

Einhelligkeit scheint in den Diskussionen darüber zu herrschen, dass der evolutionär entscheidende Schritt, der zur spezifischen Ausformung der Lebensformen des Homo Sapiens führen musste, die enorme Vergrößerung des Gehirns (Schimpanse 400 Kubikzentimeter, Homo Sapiens 1.400 Kubikzentimeter) war und parallel dazu die anthropologische Grundlegung der humanen Lebensform. Dieser Prozess barg drei immense Umwälzungen a) das Öffnen der Welt, b) das Schwinden der organischen Schaltkreise des Verhaltens, und c) den konstruktiven Aufbau der Lebenswelt (Dux 2017: 37). Historisch fallen diese Entwicklungen (zu

denen auch neue Denk- und Kommunikationsformen gehören) in den Zeitraum, der vor ca. 100.000 Jahren begann und vor etwa 30.000 Jahren (vorläufig) abgeschlossen war. Dieser Vorgang wird auch als „kognitive Revolution“ bezeichnet, mit ihr tauchen vermutlich erstmals Mythen, Götter und Religionen auf (Harari 2015: 37).

Nicht nur diese, sondern schon die frühesten sprachlichen, technischen und künstlerisch-gestalterischen Äußerungen der Menschen (Faustkeile, Höhlenmalereien, Knochenritzungen etc.) weisen auf einen Zusammenhang hin, der mehrmals bereits angeklungen ist: Die anthropologische Situation des Menschen, der evolutionär entstandene „Hiatus“ (vgl. auch Helmuth Plessner und Arnold Gehlen), der sich zwischen den Menschen (im biologischen Sinn) und die Welt schiebt, erfordert Handeln. Ein Lebewesen (nicht mehr Geschöpf!), das über keine genetisch fixierten Verhaltensformen im Umgang mit seiner Außenwelt mehr verfügt, kommt zu einer kompetenten Organisationsform seines Verhaltens, die diesem spezifischen Umstand Rechnung tragen kann, nur auf einem einzigen Weg: Es muss ein reflexives Verhältnis zu sich selbst und seiner Außenwelt entwickeln und sein Verhalten steuerbar machen (Dux 1992: 72). Es geht um den Prozess, in dem diese Steuerbarkeit (ontogenetisch) erworben und in der Handlungsstruktur ausgebildet wird. Das ist hier nicht weiter zu erörtern, bei Günter Dux, Jean Piaget etc. ist dies genugsam geschehen. Bedeutsamer für das vorliegende Thema ist die Frage, wie die Lebensinteressen des handelnden Subjekts gegenständlich werden und im Handeln intentional verfolgt werden können.

Seit den Studien von Humberto R. Maturana und Francisco Varela ist naturwissenschaftlich resp. neurobiologisch erhärtet, dass der menschliche Organismus als selbstreferentielles System gelten kann (z. B. Maturana, Varela 1987), was nichts anderes heißt als: Alles, was im Organismus geschieht, geschieht in einer Weise, dass seine Zustände die Homöostase sichern. Mit anderen Worten: Im Organismus gibt es keine anderen Determinanten als die, den Anschluss an vergangene Prozesse in einer Weise herzustellen, welche die gegenwärtig ablaufenden Prozesse für künftige anschlussfähig werden lässt, d. h. diese Rekursivität stellt die Strategie dar, um Leben zu erhalten (Dux 1992: 74). Damit kommen wir der Frage nahe, was Leben bedeutet. In der Sprache von Humberto R. Maturana und Francisco Varela heißt das, dass „Lebewesen sich dadurch charakterisieren, daß (sic!) sie sich - buchstäblich - andauernd selbst erzeugen“ (Maturana, Varela 1987: 50) – in autopoietischer Organisation. Mit dieser Konzeption steht der Gedanke in Zusammenhang, dass überhaupt kein Handeln des Menschen sich von der biologischen Verfassung völlig frei machen kann, wodurch die im selbstre-

ferentiellen System angelegte Rekursivität sich übersetzt in - soziologische Volte: die Selbstsorge - Sorge um sich selbst - und in die Notwendigkeit, die Mittel für deren Durchsetzung zu suchen. Beide Komponenten setzen Bewusstsein und Wille voraus. Die hierfür nötigen Argumentationen im systemischen Zusammenhang von Handeln, Denken und Sprache finden sich in verschiedenen Werken von Günter Dux ausgreifend dargelegt.

Interessen fungieren als Handlungsziele mit direktem Bezug auf die Handelnden selbst. Menschen sind, anders als Tiere, um es noch einmal zu wiederholen, von der direkten Instinktgeleitetheit abgekoppelt und müssen sich Handlungssysteme als kulturelle Organisation aufbauen. Der Mensch kann gar nicht anders, als die Befriedigung seiner Bedürfnisse im Handeln mit anderen zu Interessen auszuformulieren und über kontrollierte Handlungsformen zu erreichen versuchen. Deshalb werden Bedürfnisse, deren Befriedigung unter Konkurrenz erfolgt und vom Handeln anderer abhängig wird, als Interessen bezeichnet. Damit rückt das zweckrationale Handeln, das allerdings nicht die gesamte Daseinsform des Menschen abdeckt, trotzdem in ein konstitutives Zentrum (Dux 1992: Kap. 3) dessen, was als Prinzip gilt: Menschliche Gesellschaft baut sich über Handlungen auf. Sie ist ein Organisationsgefüge von Handlungen und nicht einfach ein Ensemble von Subjekten. In den Handlungsabläufen werden mit dem Handeln die Lebensinteressen der beteiligten Subjekte konkret und sie werden intentional verfolgt. Der letzte Zweck des Handelns ist immer der Handelnde selbst. In gegenwärtigen Gesellschaften treffen unterschiedliche Interessen vor allem in der Wirtschaft und in der Politik im Interessenausgleich oder Interessenkampf aufeinander. Jede Interessenverfolgung bringt aber auch Machtpotentiale ins Spiel. Macht ist ein sozialer Tatbestand und kein Naturtrieb. Sie entsteht als kulturelle Form des Handelns und jedes Machtpotential formt sich unter jenen der anderen aus. Was ein Mensch an Macht prozessiert, ist durch dessen Einbindung in die soziale Organisation und deren Verteilung und Chancenzuweisung bestimmt. Deshalb spielt die Idee der Spielräume in der Konzeption der Lebenslagen eine wichtige Rolle. Was als Widersprüche in den Auseinandersetzungen und Auslegungen in unseren Gesellschaften sichtbar wird, ist daher Ausdruck von Machtverhältnissen. Macht kann, obwohl sie als Mittel zur Befriedigung anderweitiger Interessen dient, selbst zum Handlungsziel werden, dem ein Bedürfnis zugrunde liegt: Macht wird prozessiert, um mehr Macht zu erlangen; deshalb wird sie mit Recht als grenzenlos und auf immer mehr Macht gerichtet angesehen. Sie liegt sowohl im Einzelnen wie in der gesellschaftlichen Organisation. Heutige soziale Konflikte sind Machtkämpfe um Lebenschancen.

Bisher sollte deutlich geworden sein, dass Teilhabe am Leben zentral in jenen Lebensformen verankert ist, die die Menschen in historisch variierenden Weisen selbst hervorgebracht haben und nicht einem angeborenen Bedürfnis nach Sozialität oder anderen begründungstheoretischen Quellen geschuldet ist. Teilhabe ist Handeln, das von Ressourcen ausgeht, im Vollzug auf soziale Organisationsformen angewiesen ist, und ihre Wirkung im Kontext sozialer Integration zeitigt. Die Zielvorgabe sozialer Integration ist ein selbständiges, von Sinn erfülltes Leben für alle. Teilhabe am Leben kann, eine erste Annäherung, als eine mehr oder weniger gelingende Einbindung und Entbindung im Prozess des Interessenkampfes in der Gesellschaft gelten, der ubiquitär ist. Diese Einbindung/Entbindung ist immer eine zu leistende Balancearbeit zwischen Eingebunden-werden und Sich-einbinden bzw. Entbunden-werden und Sich-entbinden. Beide sind lebenswichtig, sodass auch von vitaler Einbindung und vitaler Entbindung gesprochen werden könnte. Wie im Lebenslagenkonzept festgehalten werden wird (siehe weiter unten), sind hier sowohl Umwelt (primär die soziale Mitwelt nach Alfred Schütz, allerdings ergänzt um institutionelle und strukturelle Momente) als auch das Individuum in ihren wechselseitigen Beiträgen angesprochen, aus denen auch Veränderungen auf beiden Seiten erwachsen. In beiden Fällen, Einbindung wie Entbindung, sind also die Umwelt und das wollende Individuum zugleich ins Auge gefasst, denn beide sind unabdingbar in wechselweiser Wirkung an den Prozessen beteiligt. Das genannte Mehr oder Weniger bestimmt sich nach den ontologisch erworbenen Potenzialen und Ressourcen einerseits und nach den kulturellen institutionalisierten Normierungen und Machtstrukturen andererseits, gefasst in der Vorstellung der Integration in die Gesellschaft. Das Ausmaß und die Form der Integration oszilliert über den Lebenszyklus hinweg und über die Zeiten in der Geschichte hin. Wenn nun die Zeit mit in Rechnung gestellt wird, eine zweite Annäherung, so wird Teilhabe am Leben eine Verhaltensform, die aufgrund des gesellschaftlichen Wandels sich historisch als äußerst variabel und individuell (im Lebenszyklus) als Aufgabe darstellt und nicht beliebig realisierbar ist. Normative Regelungen können ganze Gruppen von Menschen von einer spezifischen Form von Teilhabe ausschließen (Minderjährige von Rechtsgeschäften, Ältere vom Arbeitsleben etc.) oder sie dazu zwingen (Eintritt in ein Versicherungsverhältnis, Befolgung religiöser Rituale etc.). Individuell misslungene Einbindungen oder misslungene Entbindungen können für den Lebensverlauf negative Auswirkungen haben. Ebenso sind bei nicht gelingender Einbindung größerer Gruppen erhebliche Veränderungen in den Strukturen der Umwelt die Folge. Für alle weiteren Überlegungen in dieser Arbeit soll Teilhabe am Leben also heißen: Die Einbindung/Entbindung im historisch sich ständig wandelnden gesellschaftlichen Interessenkampf bzw. Interessenausgleich auf dem Weg zu gesellschaftlicher Integration bzw. gelin-

gender Inklusion, gespeist aus der anthropologisch bestimmten Situation des Menschen, der im Wege über Handeln, Denken und Sprache gezwungen ist, seine Lebensformen selbst konstruktiv zu entwickeln.

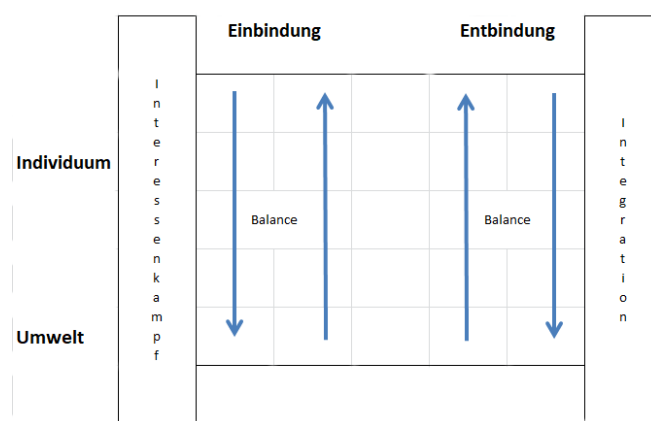


Abbildung 1: Innenverhältnisse zwischen Interessenkampf und Integration

Da Handeln, wie bereits dargelegt wurde, selbstbestimmt ist, lässt sich die normative Vorgabe für Teilhabe am Leben, zumindest in gegenwärtigen demokratisch verfassten Gesellschaften, als ein selbstbestimmtes und von Sinn erfülltes Leben verstehen. Über die analytische Unterscheidung der Teilhabe in verschiedene gesellschaftliche Bereiche wird weiter unten ausführlich zu sprechen sein.

Konzeptuell ist *Teilhabe* daher in einem *ersten Schritt* zusammen mit sozialer Integration zu umreißen, da nur Teilhabe zu sozialer Integration führt, letztere ist Ergebnis der vorigen (bereits erfolgte Integration kann Teilhabe verstärken). *Zweitens* steht sie in einem Rahmen aus Lebenslagen, welche die Ressourcen beinhalten, und auch die sozialen Organisationsformen bieten, deutlich sichtbar z. B. an der freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Tätigkeit. Konzeptlogisch bietet sich hier auch das Konstrukt der Lebenswelt als Ergänzung an (vgl. weiter unten). Dabei ist festzuhalten: Da Lebenslagen immer die Verteilung ungleicher sozialer Lagen beinhalten, gehört in den konzeptuellen Rahmen der Teilhabe auch die Dimension soziale Ungleichheit. Nach allen empirischen Befunden gilt nur für Teilgruppen der Älteren, dass sie über gute Voraussetzungen zur Verwirklichung von Teilhabe verfügen, somit ist die Ungleichheitsdimension logisch unverzichtbar. *Drittens* ist die politische Dimension zu berücksichtigen. Alternde Bevölkerungen stellen in der Gegenwart eine der großen politischen Gestaltungsaufgaben dar. Institutionell und rechtlich liegt diese Aufgabe schwergewichtig im Bereich der Sozialpolitik. Von hier aus ergibt sich eine starke Klammer zum Teilhabethema

insofern, als die Tätigkeit der Sozialpolitik die Gestaltung von Lebenslagen zum Gegenstand hat, und in diesem Zusammenhang die geeigneten Randbedingungen für Teilhabe im Alter schafft oder schaffen sollte, wobei als ein Handlungsziel unter mehreren die Veränderung der Bedingungen sozialer Ungleichheit gelten kann. *Viertens* ist schließlich noch zu berücksichtigen, dass Teilhabe Ausdruck eines unauflöslichen Individuum-Umwelt-Verhältnisses ist, so dass immer von individuellen (internen) und strukturellen (externen) Ressourcen auszugehen ist. Diese Bedingung lässt sich wieder an die Lebenslagen rückbinden, denn in jenen werden die Spielräume vorgegeben und Spannungsfelder sichtbar, innerhalb derer die Chancen zur Teilhabe verteilt sind.

In unserem Konzept steht die *Teilhabe* im Mittelpunkt, ihre Zielsetzung ist die *soziale Integration*, im Steigerungsfall soziale Inklusion, ihre Voraussetzungen sind in den immer ungleich verteilten *Lebenslagen* aufzusuchen. Lebenslagen bieten *Spielräume*, welche die *Ressourcen* beinhalten und für die unterschiedlichen Ausgestaltungen von Teilhabe maßgebend sind. Lebenslagen ihrerseits werden wesentlich durch die *Sozialpolitik* mitgestaltet. Jede Änderung von Teilhabebedingungen gestaltet sich unausweichlich über das *Individuum-Umwelt-Verhältnis*. Da Teilhabe, Integration, Lebenslagen (samt Spielräumen und Ressourcen) sowie sozialpolitische Gestaltung und Individuum-Umwelt die hauptsächlichen Bausteine unseres Konzepts darstellen, ist es konzeptlogisch notwendig, diese ihrerseits mit einer möglichst klaren Begrifflichkeit auszukleiden.

1.2 Begriffsklärungen

1.2.1 Teilhabe und Integration

Teilnahme, Teilhabe, Beteiligtsein lassen sich zwar von ihrem Bedeutungsgehalt her auch in dem Begriff Partizipation zusammenfassen, der in der einschlägigen Diskussion häufig eingesetzt wird. Wir bevorzugen aber den deutschen Ausdruck Teilhabe, weil in ihm durch die beiden Wortpartikel Teil und Haben deutlich ausgedrückt wird, dass es einerseits darum geht, Teil eines Größeren, einer Gemeinschaft zu sein (Inklusion), und weil Haben andererseits in seiner transitiven Form etwas zu besitzen und in seiner infinitiven Form (mit *zu*) auch etwas zu müssen beinhaltet. „Letztlich ist [in Teilhabe] auch ein emanzipativer Anspruch enthalten, der auf eine Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt abzielt“ (Heimgartner/Findenig 2017: 21). Gegenüber Partizipation scheint uns der Vorteil darin zu liegen, dass diese meist nur als gesellschaftliche Partizipation auftritt, häufig (trotz theoretisch bestimmter gradueller Stufen) allgemein unterbestimmt ist, somit allen Beteiligten meist unklar

und folglich als sogenanntes „Containerwort“ auch inhaltlich leer bleibt, dadurch eher eine abstrakte Form der Teilhabe insinuiert, in der es z. B. schwierig erscheint, dem im Wort Haben mitgedachten Empfinden oder Fühlen einen angemessenen Platz zuzuweisen. Partizipation ist abgeschliffen wie ein von Generationen verwendetes Sprichwort.

In der empirischen Altersforschung wird herkömmlicherweise zwischen *ökonomischer, politischer, kultureller und sozialer Teilhabe* unterschieden (Kuhlmann, Naegele, Olbermann 2016). Kritisch ist festzuhalten, dass im sozialgerontologischen und im senior_innenpolitischen Diskurs der Begriff Teilhabe nicht einheitlich und meist sehr eng gefasst wird, wobei häufig bürgerschaftliches bzw. freiwilliges Engagement den Fokus abgibt. Allerdings gilt auch, dass mit einer Typisierung wie der oben genannten, bei entsprechender Untergliederung der einzelnen Bereiche in Dimensionen und deren Messung durch Indikatoren valide empirische Ergebnisse erzielt werden können. So zählen u. a. zu den seit längerer Zeit stabilen Befunden, dass sich diejenigen Älteren an Teilhabe stärker beteiligen, die dies bisher in ihrem Leben schon getan haben und die dazu notwendigen Handlungslogiken¹ etablieren konnten (Aner 2005; Erlinghagen 2008), oder dass ältere Menschen mit niedrigeren Einkommen und niedrigeren formalen Bildungsabschlüssen sich seltener engagieren (Aner, Köster 2016: 476). Trotzdem scheint es dringend notwendig, mit einer systematischen Kompilation solch stabiler Zusammenhänge zu beginnen, die einzelnen Befunde in allgemeinere Hypothesen umzuformulieren, um so zu reichhaltigeren Ergebnissen auf einer Metaebene zu gelangen, auf der die neu generierten Hypothesen wieder zu prüfen wären. Eine Vorgangsweise, die einst schon von Otto Neurath mit der Absicht einer Verdichtung empirischen Wissens vorgeschlagen worden ist (Neurath 1981). Heute wird dieser Gedanke in den hauptsächlich statistisch geführten Metaanalysen verfolgt, ist allerdings durch diese auf statistische Verfahren konzentrierte Logik und die für diese erforderlichen Datenarten sehr eingeschränkt. Eine Alternative böte sich im Kontext der First-and-Second-Order-Sciences, die allerdings viel zu wenig wahrgenommen wird (vgl. Malnar, Müller 2015).

In den letzten Jahren wurden zunehmend Projekte durchgeführt, in denen Teilhabe im Alter sich auf bestimmte Gruppen konzentrierte, die unserer Konzeption zufolge sich in schwierigen oder deutlich benachteiligten Lebenslagen befinden. Diese betrafen z. B. Menschen in Armutsverhältnissen, speziell arme Frauen, Menschen mit Behinderungen, mit Migrationshin-

¹ Der Begriff Handlungslogik taucht zwar in Untersuchungen öfter auf, bleibt aber seltsam unterbestimmt. Es wäre sicher hilfreich, würde er in eine elaborierte Handlungstheorie eingebaut, wie sie z. B. von G. Dux entworfen worden ist (Dux 1992).

tergrund, mit Pflegebedarf, mit Demenzerkrankung etc. In diesen Projekten tritt zutage, dass ein auf alltäglich normale Lebenssituationen zugeschnittener Teilhabebegriff nicht allen wichtigen Lebensaspekten der Benachteiligten Genüge tun kann. „Normal“ wird hier im Sinne von Alfred Schütz verstanden, in dem die alltägliche Lebenswelt als schlicht gegeben und bis auf weiteres als unproblematisch erfahren wird. Wird das Fraglose in Frage gestellt, bedarf das einer eigenen Behandlung. Verständlicherweise treten Perspektiven und Konzeptionen der Sozialen Arbeit und der Sozialpädagogik in diesen Projekten in den Vordergrund, die allerdings etablierten soziologisch-gerontologischen Hypothesen manchmal etwas fern stehen. Dass damit auch unterschiedliche Traditionen des Verständnisses von Wissenschaft und Praxis verbunden sind, in denen divergierende Horizonte von Problemverständnis wirksam werden, wurde verschiedentlich gezeigt (Amann, Knapp, Spitzer 2010). Hier stellt sich in besonderer Weise die Aufgabe, angemessene Forschungsprogramme zu entwickeln.

In den Sozialwissenschaften ist es ratsam, nicht nach Maßzahlen vollendeter Integration der Menschen in ihre Gesellschaft zu suchen, denn eine solche Vorstellung wird am Maß der Vollkommenheit scheitern. Vollkommene Integration für alle wird es nie geben, weil es keine Gesellschaft ohne Ungleichheit geben kann. Das Problem in dieser ganzen Diskussion ist ja seit jeher nicht der Wunsch nach einer besseren Welt, sondern der Glaube an die Utopie einer vollkommenen Welt (Hobsbawm 2004: 215). Es ist daher ratsam, für soziale Integration eine Zielvorgabe zu wählen, von der von vornherein feststeht, dass es an sie immer nur eine Annäherung geben kann, die sich nur als ein Mehr oder Weniger bestimmen lässt (zu sagen, dass jemand doppelt oder dreifach so gut integriert sei, wie jemand anders, ist wissenschaftlich sinnlos). Diese Zielvorgabe wollen wir in der Möglichkeit sehen, *ein selbstbestimmtes und von Sinn erfülltes Leben zu führen, wobei der Sinn sich aus dem Zugang zu den und der tatsächlichen Nutzung aller vorhandenen gesellschaftlichen Bedingungen ergibt, die der Integration dienlich sein können.*

Ersichtlich geht es also um Fragen der Zugangschancen und ihrer Realisierbarkeit, wie sie schon von Ralf Dahrendorf in den 1970er Jahren diskutiert worden sind (Dahrendorf 1975). Hier verbindet sich nun das Konzept der sozialen Integration unter der genannten Zielvorgabe mit dem Konzept der Lebenslagen und ihren jeweils spezifischen Spielräumen. In der kapitalistischen Marktwirtschaft kann die Integration der Menschen in ihre Gesellschaft nur über den Markt hergestellt werden, weil einzig dadurch jene Mittel zu erreichen sind, die eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und definieren. Das lässt sich in die

einfache Grundfigur aufbrechen, dass die einen ihre Arbeitskraft zum jeweiligen Marktpreis verkaufen müssen, die anderen mit ihrem Eigentum bzw. Besitz den größtmöglichen Profit erzielen müssen. Dass es Millionen gibt, die ohne Arbeit und Besitz trotzdem in irgendeiner Weise teilhaben können, hängt damit zusammen, dass in jenen Fällen, in denen jemand nicht zu einer der beiden Gruppen zählt, die Gesellschaft (der Sozialstaat oder andere Institutionen) einspringt. Die Bereiche, in denen die genannten Voraussetzungen gegeben sind, Teilhabe materieller, sozialer, kultureller und politischer Art also möglich wird, sind mannigfaltig, denn das als Marktwirtschaft auftretende System, das dem demokratisch verfassten Staat korrespondiert, ist hoch differenziert, es eröffnet der individuellen Lebensführung tendenziell immer mehr Möglichkeiten und Ausgestaltungen der Teilhabe, wenn auch im Alter unter besonderen Bedingungen, und damit auch der Integration. Und doch sind diese Optionen bei weitem nicht allen zugänglich (Amann 2017).

1.2.2 Lebenslagen

Die inzwischen sehr häufig in der einschlägigen Literatur zitierte Kurzdefinition der Lebenslage (Amann 1983: 147) enthält im Kern bereits die wesentlichen Bestimmungen. Lebenslagen sind Konstellationen äußerer Bedingungen (externer Ressourcen), die Menschen im Lebenslauf vorfinden, sie stehen in engem Zusammenhang mit den in wechselseitiger Abhängigkeit sich entwickelnden kognitiven und emotionalen Deutungs- und Verarbeitungsmustern (internen Ressourcen), welche die Menschen hervorbringen. Lebenslage ist also ein dynamischer Begriff, der die historische, sozialen und kulturellen Wandel erzeugende Entwicklung der äußeren Bedingungen umfasst, aber auch die spezifischen Interaktionsformen und möglichen Spannungsfelder zwischen dem Handeln der Menschen und diesen äußeren Bedingungen. In grober Vereinfachung und ohne erläuternde Bemerkungen ist folgendes festzuhalten. Die äußeren Lebensbedingungen sind die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse, die ihrerseits durch Produktionsweise, Arbeitsteilung, Berufsdifferenzierung, Institutionen sozialer und politischer Macht und durch Privilegienverteilung entstehen. Wir können in diesen äußeren Umständen ohne Schwierigkeiten die gesamte Materie ausmachen, die unser Leben bestimmt: z. B. von den Beschäftigungs- und Einkommensbedingungen über rechtliche Regelungen des Staates bis zu moralischen Anforderungen von Glaubensgemeinschaften, und von den sozialen Organisationsformen der Netzwerke bis zu formalen Organisationen wie Vereinen, Verbänden etc. Um den beiden Zeitdynamiken gerecht zu werden, die sowohl Otto Neurath wie Gerhard Weisser unterstrichen hatten, hoben wir zwei Perspektiven hervor: einerseits jene aufeinanderfolgender Kohorten, die jeweils unterschiedliche Höhen in der Ver-

teilung des gesellschaftlichen Reichtums und der sozialen und politischen Freiheiten (oder Unfreiheiten) vorfinden, unter denen sie dann leben müssen, und die daraus sich ergebenden tatsächlichen und potentiellen Zugangs- und Verfügungschancen; andererseits den lebenslaufabhängigen Spielraum, den der/die einzelne zur Gestaltung seiner/ihrer Existenz jeweils vorfindet und tatsächlich verwertet. Schließlich ist davon auszugehen, dass Lebenslagen zwar in ihrer Gesamtheit auf einzelne oder Gruppen wirken, die innere Ausgestaltung umgekehrt aber weder von den einzelnen in ihrer Totalität wahrgenommen und interpretiert, noch ohne Trennung in Einzeldimensionen untersucht werden können.² Daher legte sich der Begriff der Lebenslagendimensionen nahe.

Um die inneren Gestaltungsprinzipien von Spielräumen näher zu kennzeichnen, ist es sinnvoll, von Knappheit und Balance-Arbeit, Zwang und Autonomie auszugehen. Knappheit ist eine konstante Relation zwischen objektiver Verfügbarkeit und subjektivem Verfügungkönnen in Bezug auf (nahezu) jedwede Gegebenheit, ob Zeit, Geld oder Kräfte. Sie erzwingt Koordination, die „Arbeit“ bedeutet, weil niemandem unbegrenzte Wahrnehmungs- und Verarbeitungspotentiale im geistig-psychischen Bereich, noch unbegrenzte ökonomische Mittel und physische Kräfte zur Verfügung stehen (Amann 1990: 181). Wenn dieser Gedanke einmal auf exemplarisch ausgewählte wichtige Interaktionsbereiche eingegrenzt wird, so lassen sich drei finden: Die Berufs- und Arbeitswelt mit Produktion, Arbeitsorganisation und Leistungskontrolle; Familie als eine Quasi-Gegenwelt zur erstgenannten; schließlich die „freien“ sozialen Beziehungen mit ihrem wahrscheinlich geringsten Institutionalierungsgrad an normativen Anforderungen. In diesen Feldern müssen Menschen Energien und Kräfte ständig kalkulieren, verteilen und einsetzen. In manchen steht eher Zwang im Vordergrund, in anderen wieder Autonomie; der Mensch hat *Balance-Arbeit* zu leisten (Amann 1990: 181). Um zu der notwendigen Trennung oder Kombination zeitlicher, sachlicher und sozialer Anforderungen in der Lage zu sein, müssen Menschen entsprechend sozialisiert werden. So entwickeln sich im Lebensverlauf variierende mehr oder weniger gut ausgestaltete Handlungsanforderungen und Handlungskompetenzen, welche die Grundlage der Balance-Arbeit sind. „Anforderungen, Erwartungen, Angebote und Dispositionen sind innerhalb der drei genannten Felder jeweils spezifisch strukturiert und in hohem Maße nach Prioritäten geordnet“ (Amann 1990: 183). Wahlen und Entscheidungen erfolgen nie völlig beliebig, sie sind an die gesellschaftlich vorgegebenen *Prioritäten* gebunden. Die Wahrnehmungs- und Handlungsweisen der Individuen sind untrennbar mit diesen Prioritäten verknüpft und die Gesamtheit all dieser sachlichen,

² Was nicht bedeuten soll, dass Menschen ihre Lebenslagen nicht reflektieren. Hier hätten wir es mit dem Problem einer Beobachtung 1. und 2. Ordnung zu tun.

zeitlichen und sozialen Gegebenheiten definieren *Spielräume*. Gegenüber dieser Struktur ungleich verteilter Prioritäten, die im Allgemeinen von stabiler Natur sind, haben wir subjektive Dispositionsspielräume anzunehmen, die es ermöglichen, nach eigenem Dafürhalten zu handeln. „Wir können daher, ausgehend von der Notwendigkeit einer ständigen Balance-Arbeit zwischen den drei Bereichen, mit Sicherheit annehmen, dass diese Balance-Arbeit vom Menschen in einer Struktur von Dispositionsspielräumen organisiert wird, die zu nützen er [oder sie] ein Leben lang lernt (...) Unter Verknüpfung von externen Bedingungen und innerer Autonomie ist so von *erlernten Dispositionsspielräumen* zu sprechen“ (Amann 1990: 183).

An dieser Stelle ist nun der Gedanke auszufalten, der oben mit dem Begriff Lebenswelt angesprochen wurde. Bisherige Lebenslagenforschung ist schwergewichtig als Lage-Forschung ausgestaltet worden, also empirisch-analytisch mit einem Fokus auf äußeren Lagebedingungen, ergänzt um subjektive Einschätzungen und Bewertungen dieser externen Bedingungen. Eine Konzeption „kleiner Lebenswelten“ (der Begriff geht auf B. Luckmann zurück), müsste nun allerdings im Zuschnitt kommunikativer Lebenswelten gedacht werden. Diesen Lebenswelten kann eine generative Struktur zugeschrieben werden, da sie auf einem besonderen Typus von Erfahrung, Handeln und Wissen beruhen (Soeffner 1989: 15), und sie werden aufgrund einer originären Kompetenz der Akteure und Akteurinnen als Interaktionsräume aufgefasst. Zu fassen sind diese Interaktionsräume aufgrund „ausgezeichneter“ Sachverhalte, die sich vor allem in der Reduktion auf kommunikatives Handeln finden. Diese Sachverhalte sind: a) die sozialen Beziehungen, in denen der oder die „andere“ einen (alltagsweltlichen) Primat für die Sinnkonstitution hat; b) das soziale Bewusstsein (das Wissen), das nach Sinnhorizonten geschichtet vorhanden ist und Intentionalität birgt; c) der soziale Sinn, auf den im strengen Verständnis erst die phänomenologische Reduktion zurückführt, die dann die Vielfalt alltäglichen Sinnverstehens zu eröffnen imstande ist; d) die Kommunikation, die sich in der Typik der Lebenswelten niederschlägt. Es versteht sich von selbst, dass für eine Integration des Lebenslagenkonzeptes, wie es bisher diskutiert wird, mit einem Konzept der kommunikativen Lebenswelten erst einmal der erkenntniskritischen und wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen sowie einer strengen Begriffsanalyse bedürfte - was hier nicht geleistet werden kann.

Der Kern des Lebenslagenkonzeptes lässt sich daher als dialektische Beziehung zwischen Verhältnissen und Verhalten bezeichnen, womit diese Beziehung gleichzeitig eine bedingte und strukturierte sowie eine bedingende und strukturierende Seite hat. „Lebenslagen sind dyna-

misch in der Perspektive ihres dauernden sozialen, ökonomischen und kulturellen Wandels, sie sind beharrend in der Perspektive ihrer nur durch Anstrengung zu verändernden Zustände“ (Amann 2000: 58). Alle Lebenslagen sind Ausdruck gesellschaftlich produzierter Ungleichheitssysteme, „in ihnen wird die jeweils vollzogene und sich vollziehende Vermittlung zwischen Struktur und der ihre Realität produktiv verarbeitenden Subjekte manifest“ (ebenda).

Ingeborg Nahnsen hat erstmals versucht, in diesem Kontext den Gedanken des Spielraums auszugestalten und ihn als „Gesamtinbegriff der sozialen Chancen des einzelnen“ bezeichnet (Nahnsen 1975: 148). Dabei ging es nicht um eine einfache Begriffsverschiebung, denn es musste der Rahmen abgesteckt werden, innerhalb dessen sozialstrukturell relevante Dimensionen und die sie möglicherweise verbindenden Hypothesen bestimmt werden können. Dieser Rahmen umfasst eine Vielzahl analytisch zu denkender Bedingungen, die nach Komplexen geordnet „oder, anders ausgedrückt, zu mehreren (fiktiven) Einzelspielräumen der Lebenslage“ zusammengefasst werden müssen (Nahnsen 1975: 150). Die tatsächliche Selektion aus der großen Zahl möglicher fiktiver Spielräume führt dann zu folgenden, in denen das Maß möglicher Interessenentfaltung und Interessenrealisierung von den spielraumspezifischen äußeren Bedingungen abhängen:

- „1) *Versorgungs- und Einkommensspielraum* (Umfang möglicher Versorgung mit Gütern und Diensten)
- 2) *Kontakt- und Kooperationsspielraum* (Möglichkeiten für die Pflege sozialer Kontakte und das Zusammenwirken mit anderen)
- 3) *Lern- und Erfahrungsspielraum* (Bedingungen der Sozialisation, Form und Inhalt der Internationalisierung (sic!) sozialer Normen, Bildungs- und Ausbildungsschicksal, Erfahrungen in der Arbeitswelt, Grad möglicher beruflicher und räumlicher Mobilität)
- 4) *Muße- und Regenerationsspielraum* (psycho-physische Belastungen durch Arbeitsbedingungen, Wohnmilieu, Umwelt, Existenzunsicherheit)
- 5) *Dispositionsspielraum* (Verhältnisse, von denen es abhängt, wie maßgeblich der einzelne auf den verschiedenen Lebensgebieten mitentscheiden kann).“

Es ist offensichtlich, dass diese Kategorisierung von Spielräumen bis heute viele Ergänzungen, Kritiken und Versuche einer empirischen Umsetzung erfahren hat. Offensichtlich aber ist auch, dass sie sich in manchen Themenbereichen ziemlich eindeutig mit jenen deckt, die für die Teilhabeforschung als relevant erachtet werden (vgl. Abschnitt 2.1).

Die bisherige Entwicklung hat dazu geführt, dass Konzeptionen von Lebenslagen in Konkurrenz zu anderen Konzepten gerieten, wie jenen der Sozialstrukturanalyse, der Analyse sozialer Lagen, und auch jener der Lebensqualität; teilweise überlappen sie sich auch einfach. Dass dieser Prozess mitbestimmt war durch die Absetzung von älteren Schicht- und Klassenmodellen, ist evident. Dass der Begriff Lebenslage „keineswegs eindeutig und trennscharf“ sei (Schwenk 1999), kann am ehesten unter dieser Perspektive akzeptiert werden. Wir möchten aber hier auf diese ausgedehnte Lamentatio nicht weiter eingehen, denn allzu oft fehlen gerade der harschen Kritik die erwartbaren konstruktiven Weiterführungen. Zielführend ist vielmehr, folgende Erfordernisse zu betonen: a) eine systematische Übersicht über die empirische Dimensionenvielfalt der Lebenslagenforschung zu gewinnen, und b) auf dieser Grundlage eine Komplexitätserhöhung des Konzeptes zu versuchen. Lebenslagenkonzepte, die als solche gelten können sollen, müssen zumindest

- verschiedene strukturelle Ebenen erfassen
- die transökonomische Vielfalt der Realitätsaspekte wahren
- die Zeitdynamiken berücksichtigen
- die Teilhabe- oder Gestaltungsaspekte bzw. Potenziale des Individuums berücksichtigen und
- Urteile über mehr oder weniger erfreuliche bzw. vorteilhafte Lagen zulassen.

Bei der Betrachtung von Lebenslagen wird meist die tatsächliche Situation jeder einzelnen Person betrachtet, das gilt jedenfalls uneingeschränkt für alle Studien, in denen Befragungsdaten zum Zuge kommen, ob sie nun primär erhoben oder aus vorhandenen Datensätzen sekundäranalytisch eingesetzt werden. Ebenso deutlich ist, dass einige Dimensionen und die für sie definierten Indikatoren (das Problem nicht direkter Beobachtbarkeit) mit steter Regelmäßigkeit Verwendung finden (wie z. B. Einkommen, Bildung, Erwerbsarbeit, Gesundheit etc.), andere wieder sehr selten und in eher bunter Auswahl. Ernährungszustand, verfügbare Kleidung, Körperpflegemöglichkeiten etc. dürften z. B. nur in der Forschung über Lebenslagen und Armut eingesetzt werden. Dies dürfte mit einem wissenschaftssoziologischen Phänomen zu tun haben, das mit den Beziehungen zwischen Theorie bzw. Konzeptualisierung und Daten zusammenhängt. Bei jeder Erhebung findet, ausgehend von der theoretisch zu argumentierenden Konzeptualisierung (welche Dimensionen werden gewählt) eine Selektion aus der Wirklichkeit statt, die ihrerseits durch den vorausschauenden Blick auf die gewünschten und erreichbaren Daten mitbestimmt wird. Das kann so weit gehen, dass erfahrungsgemäß heikle Fragen (die schlechte Datenvalidität produzieren oder hohe Non-Response-Quoten befürchten

lassen) aus dem Konzept ausgeschlossen werden. Das empirische Ergebnis repräsentiert dann einen Realitätsausschnitt innerhalb eines bestimmten Zeitsegments.³

1.2.3 Sozialpolitik/Senior_innenpolitik – Neubesinnung?

Beginnen wir mit einem umfassenden Blick. Der Begriff *Soziale Sicherheit* umfasst in Österreich verschiedenste Regelungsmaterien. Hier sind jene Bereiche zu berücksichtigen, die einen spezifischen Bezug zur älteren Bevölkerung haben. Da außer dem Sozialbericht des BMSK kaum einschlägige sozialwissenschaftliche Untersuchungen existieren, gibt eben dieser die Grundlage für die Systematik ab. In grober Einteilung sind folgende zu nennen:

- Sozialversicherung (insbesondere Pensionsversicherung)
- Arbeitslosenversicherung, Arbeitsmarktservice
- Universelle Systeme (Pflegevorsorge, faktische Wirkung)
- Bedarfsorientierte Leistungen (Ausgleichszulagen und Mindestsicherung)
- Sozialschutz für Beamte und Beamtinnen
- Sozialentschädigung
- Arbeitsrechtliche Absicherungen
- Betriebliche Formen der Altersvorsorge
- Soziale Dienste.

In einem sozialwissenschaftlichen Verständnis kommt für das Thema Soziale Sicherheit und Sozialschutz vor allen Dingen der *Sozialpolitik* wesentliche Bedeutung zu. Sie ist ein Instrument, und darin besteht die Bedeutung von *Sozialschutz*, mit dessen Hilfe in die Lebenslagen und Lebensverhältnisse von einzelnen oder Gruppen von Menschen eingegriffen wird, um Risiko- oder Bedrohungslagen zu mindern oder ihren Eintritt zu verhindern. Mittelbar beeinflusst sie damit auch die (externen) Ressourcen, aus denen Teilhabe hervorgeht. Da die hier verwendete Konzeption von Lebenslage Ausdruck der sozialen Lage ist, ergibt sich eine direkte Linie zu den Aufgaben der Sozialpolitik als Gestaltungsmedium auch unter der Perspektive sozialer Ungleichheit. Ihre Maßnahmen sollen dem sozialen Zusammenhalt und der Bewältigung des sozialen, demografischen und wirtschaftlichen Wandels dienen. Dazu zählt auch die Vorbeugung gegen und die Vermeidung von Armut. Unter dieser Zielsetzung muss Senior_innenpolitik auch Generationenpolitik sein.

³ In der Darstellung der Dimensionen und Indikatoren, mit denen Teilhabe empirisch gemessen wird, zeigen sich diese raum-zeitlichen Eingrenzungen deutlich.

Unvermeidlich taucht hier die Frage danach auf, was Politik/Sozialpolitik unter den gegebenen Verhältnissen bewirken sollte und könne. Nicht selten entsteht der Eindruck, dass Menschen von der Politik sogar erwarten, dass sie die Solidarität zwischen den Generationen, die Integration der Älteren o. ä. herstelle. Es wäre aber ein grobes Missverständnis, würde jemand von der Politik erwarten, dass sie in der Lage wäre, bei den Menschen solche Haltungen und Einstellungen hervorzubringen und entsprechende Handlungsweisen zu erzwingen. Politik kann sich nur auf äußere Rahmenbedingungen beziehen. Perspektiven einer künftigen Senior_innenpolitik zu entwickeln, bedarf *an allererster Stelle einmal einer realistischen Einschätzung dessen, was Politik sein kann und was ihre Aufgabe wäre.*

Anstatt einer Zusammenfassung von zahlreichen Analysen aus philosophischen und politikwissenschaftlichen Kompendien zu Wesen und Aufgabe der Politik wollen wir hier einen pragmatischen Vorschlag machen, wie diese Fragen beantwortet werden könnten und wie ein spezifisches Verständnis von Senior_innenpolitik zu argumentieren wäre. *Politik ist die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse mit demokratischen Mitteln*; worauf eine so verstandene Politik zielt, sind Rahmenbedingungen, sind äußere Gegebenheiten der sozialen Existenz von Menschen, eben Lebenslagen. Die Mittel, derer sie sich bedient, sind jene, die in einem demokratischen Gemeinwesen vorgesehen sind. Sozialpolitik für Ältere oder Senior_innenpolitik wäre in diesem Verständnis dann Gestaltung der Lebenslagen älter werdender und alter Menschen. An dieser Stelle sei gleich festgehalten: Die Mittel, derer sich die Politik für die Älteren zurzeit bedient, sind nicht alle, die im Rahmen unseres demokratischen Systems ausgeschöpft werden könnten.

Nach einer vorläufigen Bestimmung dessen, was Senior_innenpolitik sein könnte und worin ihre Aufgabe besteht, ist nun nach ihrer Reichweite zu fragen. Eine erste Schwierigkeit für die Bestimmung der Reichweite in Begriffen ihres Gegenstandsbereichs ergibt sich bei genauem Hinsehen daraus, dass es derzeit eine eigene Alten- oder Senior_innenpolitik nicht gibt. Die Sicherung der Pensionen ist, zumindest rechtlich und institutionell, eine Frage der Politik der Pensionsversicherungen; Pflegevorsorge im Alter ist eine Frage der Gestaltung des Bundespflegegeldgesetzes, der Heimgesetze etc.; die Praxis der Hilfe und Pflege für ältere Menschen in fast 80% aller Fälle ist eine Angelegenheit der Familien bzw. leider tendenziell ungleich verteilt noch stets nur der Ehefrauen und Töchter; die Situation älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ist eine Frage der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und wiederum auch eine der Sozialen Sicherheit.

Der Zugang zu neuen Perspektiven der Senior_innenpolitik sollte also auf einem Weg gewählt werden, der sich nicht allzu eng an die institutionalisierten Aufgaben- und Kompetenzverteilungen hält. Stattdessen müsste dazu übergegangen werden, *Aufgaben einer umfassenden Senior_innenpolitik einerseits an den sich verändernden Lebensbedingungen der älter werdenden Menschen selbst und andererseits an der generationenüberschauenden Entwicklung abzulesen*. Dieser doppelte Blick erst vermag uns zu zeigen, dass für eine gedeihliche Entwicklung der Lebensbedingungen der Älteren die Sicherung der Pensionen ebenso ein Anliegen sein muss wie eine erfolgreiche Beschäftigungs- und Jugendpolitik (der Inbegriff von Generationenpolitik). Jugendliche, die keine Lehrstelle finden, die nach einer weiterführenden Ausbildung keine Anstellung ergattern, die arbeitslos und ohne Perspektiven sind, werden kaum als Senior_innen auf ein erfülltes Leben zurückblicken und sich gegenüber einer Gesellschaft solidarisch fühlen, die ihnen die „besten Jahre“ verdorben hat. An dieser Stelle ist eine oft wenig beachtete Tatsache zu betonen: Die Politik, die gestern von den heute Alten gemacht wurde, bestimmt unser Leben ebenso, wie jene, die wir heute machen, das Leben der morgen Alten bestimmen wird.

Was leider festgehalten werden muss, ist die Tatsache, dass der demografische Wandel und seine Konsequenzen in der österreichischen Politik, mit Ausnahme der Pensions- und Pflegediskussionen, noch zu keinen umfassenden und der Sachlage angemessenen Gesprächen und Programmentwürfen geführt hat. Tatsächlich stellt sich die Situation, und das kann gewusst werden, auf sehr vielfältige Weise und völlig verschieden von jener von vor 30 Jahren dar. Die demografische Entwicklung lässt sich z. B. durch folgende Trends umreißen: es gibt

- ein sogenanntes kollektives und ein relatives Bevölkerungsaltern sowie eine beträchtliche und auch schnelle Zunahme der Hochaltrigen
- den Strukturwandel der Altersphase (u. a. durch Individualisierung, Feminisierung und Pluralisierung des Alters)
- eine Schrumpfung der Bevölkerung (die ohne Zuwanderung sehr stark ausfiel)
- Heterogenität und Internationalisierung des Alters bei zunehmender ethnischer Singularisierung und Entfremdung
- Segregation und Ungleichheit im Alter
- Inselbildungen in Schrumpfung und Wachstum (Wirtschaft) sowie in den Beschäftigungsmöglichkeiten (vgl. Hüther, Naegele 2013).

Das bedeutendste Problem besteht aber wohl darin, dass in Österreich zwar die Sozialpolitik in die Agenden des Bundes, der Länder und der Gemeinden fallen, eine entsprechende Diffe-

renzung in der öffentlichen Diskussion oder gar der einschlägigen Forschung so gut wie nicht stattfindet. Österreichische Gemeinden und Regionen altern nicht nur im Bevölkerungsschnitt, sie schrumpfen häufig, werden heterogener in den Lebenslagen der Menschen, unterliegen Prozessen der Singularisierung und Segregation.

Die Reichweite der Senior_innenpolitik ist aber nicht nur durch ihren Gegenstandsbereich bestimmt, also die sich verändernden Lebensbedingungen der älter werdenden Menschen und die intergenerationelle Entwicklung, sie bezieht sich auch auf die demokratischen Mittel, die wir bereits genannt haben. Hier müsste eine neue Politik in weit ausgreifendem Maße, viel weiter als es bisher der Fall ist, die Senior_innen selbst in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einbeziehen, ihnen in den verschiedensten Gruppierungen und Vertretungen Sitz und Stimme zugestehen. Nicht zuletzt wäre hier die Rolle der Senior_innenverbände und -bünde, ihre Angebote und ihr Beitrag zur Aktivierung der Älteren sowie ihre strukturellen Ressourcen für den Einsatz zur Teilhabe genauer zu betrachten. Natürlich greift dieses Argument auch auf die Fragen einer neuen Kultur des Alterns aus. Politisch aktive, ihre eigenen Angelegenheiten mitgestaltende Senioren und Seniorinnen tauchen nicht nach der Pensionierung aus dem Nichts auf, sie müssen im bisherigen Leben bereits interessiert und aktiv gewesen sein, sie müssen die entsprechenden Anforderungen und Möglichkeiten bereits erfahren und gelernt haben – und dies schon von Kindheit und Jugend an. Das aber setzt eine Bevölkerung voraus, die sich nicht allein auf das verlässt, was andere für sie tun – *die Politik und der Staat*. So gesehen ist eine neue Senior_innenpolitik ein Langzeitprojekt, das in eine Änderung der politischen Kultur in diesem Land, in ein anderes Bewusstsein und andere Möglichkeiten des Bürger_innenstatus eingebettet sein muss.

Im herkömmlichen Verständnis ist Politik für ältere Menschen, weit vorne vor allen anderen Zielvorstellungen, Sozialpolitik im klassischen Sinn: Unter der Rubrik „Soziale Sicherheit“ sind alle Maßnahmen für den Fall des „Alters“ damit gemeint. Diese Konzeption stammt in ihren Grundlagen aus der Zeit des sich entwickelnden Wohlfahrtsstaats, der sich nicht in einer „ergrauenden“, sondern einer relativ jungen Bevölkerung bzw. Gesellschaft einzurichten begann. Alternde Gesellschaften, wie sie gegenwärtig die industriellen sind, stellen den Staat und die Politik aber auch vor andere Aufgaben.

Ein Überdenken des Generationenvertrags weit über die monetären Aspekte und die Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen hinaus, die weiter integrierender Kernbestand einer

Senior_innenpolitik bleiben müssen, zählen nach Meinung vieler Menschen dazu. Dass dieser „Vertrag“ einiger Korrekturen bedarf, ist keine Frage, doch die Meinung jener, die ihn überhaupt in Frage stellen und abschaffen wollen, zeugt nur von einem fundamentalen Unwissen über die Funktionsweisen und Stabilitätsvoraussetzungen des demokratischen Systems im Rahmen einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Es muss auch um eine gerechte Verteilung der Lasten und Pflichten, um ein aktives Miteinander in der Vielzahl wachsender Generationen, um neue Begegnungsformen und gemeinsame Handlungsfelder gehen. Kommunikationsformen und Kooperationsmodelle müssen entwickelt werden, Bürger_innenengagement geweckt und gefördert, Familiensysteme gestützt und in ihren Leistungen ergänzt werden (z. B. im Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten und länderübergreifende Mindeststandards in der Kinder- und Jugendhilfe). Müsste nicht in diesem Zusammenhang z.B. das gesamte System der Transferzahlungen durchforstet und kritisch gesichtet werden, um beurteilen zu können, ob der Gesamteffekt z. B. jene Förderung von Familiensystemen erreicht, der beabsichtigt und erhofft wurde? Wäre es nicht sinnvoll, von einer Klientelpolitik zu einer gezielteren Sachpolitik umzuschwenken? Um es nochmals zu wiederholen: Eine Senior_innenpolitik wird diesen Wandel weder dekretieren, noch herbeizaubern können, doch sie muss förderliche und ermutigende Randbedingungen dafür schaffen.

Der weitreichende Bereich von Gesundheit, Betreuung und Pflege könnte in weit stärkerem Maße als bisher auch Gegenstand einer Senior_innenpolitik werden. In vielerlei Hinsicht sind zusätzliche Einsichten und Kenntnisse unmittelbar gar nicht nötig um zu beweisen, wie bedeutsam Prävention und geriatrisch-gerontologische Rehabilitation sind, um die Lebensqualität im Alter zu heben, Kosten zu mindern und den Anforderungen einer alternden Gesellschaft in spezifischer Weise gerecht zu werden. Wäre es z.B. nicht Aufgabe einer neuen Senior_innenpolitik, das Thema der Hochaltrigkeit und ihrer Konsequenzen zu einem der Hauptthemen zu machen – eine Reihe von wichtigen Aspekten würde hier in ein anderes Licht gerückt, beginnend bei Isolation und Einsamkeit, hin über Betreuungsbedarfe bei Demenz und Fragilität, finanzieller Schlechterstellung, prekären Wohnverhältnissen und grundlegenden Benachteiligungen, bis zum überwiegenden Frauenanteil in den hohen Altersgruppen und deren spezieller schlechter gestellten Lebenssituation? Nicht zuletzt würde auch ein Überwinden der manchmal sehr hinderlichen Unterscheidung zwischen Sozial- und Gesundheitssystem nützlich sein können.

1.2.4 Individuum-Umwelt-Verhältnis

Es bedarf keiner eigenen Begründung des Arguments, dass das Individuum und seine Umwelt unauflösbar miteinander verbunden sind, dies ist anthropologisch und handlungstheoretisch längst geschehen. Die Frage allerdings, wie dieses Verhältnis im Zusammenhang mit Teilhabe im Alter erfolgreich zu konzeptualisieren wäre, ist noch längst nicht beantwortet. Die Vorschläge reichen vom „person-environment-fit“, wie ihn Robert D. Caplan versucht hat (Caplan 1987) bis zu neueren, auf Wohn- und Technikumwelt bezogenen Modellen (Oswald, Wahl 2016). Der hier gemachte Vorschlag steht, wie bereits ausgeführt, in engem Zusammenhang mit dem Lebenslagenkonzept und dort spezifisch mit den Begriffen „erlernte Dispositionsspielräume“ und „Ressourcen“, wobei noch zusätzlich hervorzuheben ist, dass wir hier von einem spezifischen Person-Umwelt Verhältnis sprechen, das wechselseitige Entsprechungen (oder auch deren Gegenteil) birgt, die nicht auf alle Bevölkerungsgruppen zutreffen. Außerdem wird der Fokus auf das Verhältnis gelegt und nicht auf die individuelle oder die umweltliche Seite.

In einem weiteren Zusammenhang sind diese Überlegungen in einem EU-Projekt bestätigt worden, das in acht europäischen Ländern durchgeführt und in Wien von Anton Amann und Ralf Risser koordiniert wurde, und dessen Hauptthema Mobilität und Lebensqualität im Alter war. Der „weitere Zusammenhang“ wurde dadurch hergestellt, dass individuelle Bedürfnisse und Wünsche mit Umfeldbedingungen physischer und sozialer Art in Verbindung gesetzt wurden. Diese Kombination führte dann zu „Profilen“ dessen, was Ältere sich wünschen oder einmahlen, und die folgendermaßen zu benennen wären:

- *Sicherheit*: Sie wird als die Vermeidung von Situationen oder Ereignissen verstanden, die zu Schädigungen des Individuums führen können (wobei hier, wie im angelsächsischen Sprachgebrauch üblich, die Unterscheidung zwischen safety und security bedeutsam ist)
- *Zugänglichkeit*: Sie ist der Zustand voller Erreichbarkeit und der Nutzbarkeit von öffentlichem Raum, Serviceangeboten, Hilfsmitteln und Bewegung
- *Komfort*: Darunter ist eine Kombination des Wohlbefindens mit den Handlungs- und Situationsbedingungen in unmittelbarer Reichweite (Lebenswelt) zu verstehen, die für die sinnliche Erfahrung relevant sind
- *Attraktivität*: Sie bedeutet das Ausmaß und die Qualität der Anziehung durch den öffentlichen Raum in Beziehung zu der Fähigkeit, Aktivitäten zu beginnen und durchzuhalten und soziale Involvierung zu erreichen

- *Intermodalität*: Sie ist die Integration und Austauschbarkeit verschiedener Weisen und Wege, Ressourcen zu aktivieren und sie im Handeln einzusetzen (die Idee der Kompensation von Beschränkungen)
- *Technologisches Fit*: Darunter ist, in Entsprechung zu modernsten Entwicklungen, die Adaptierung der materiell-technischen Umwelt nach Standards einer neuen und erfolgreichen Entwicklung von Real-Zeit-Informationen zu verstehen (Internet, SMS, WAP-Telefon etc.). (SIZE 2003)

Aus einer soziologischen und ebenso aus einer psychologischen Perspektive sind diese „Profile“ spezifische Resultate über Wissen und Beziehungen der Älteren. Sie erfordern Beiträge aus der Umwelt, die an den Bedürfnissen der Individuen orientiert sind, sie erfordern aber offensichtlich auch, ältere Menschen in die Konstruktionsprozesse einzubeziehen, den Konsensus über Maßnahmen auch auf sie auszudehnen. Sie selbst können zur Beantwortung der planerisch bedeutsamen Frage beitragen: Welche spezifischen Voraussetzungen bietet ein konkretes Wissens- und Beziehungsnetz?

Die Umwelt sollte, im A. Schütz'schen Sinn in unmittelbar erreichbare, mittelbar zu erreichende und fernab liegende, schwerer zu erreichende Umwelt unterteilt werden, wobei es nahe läge, die erste Stufe als soziale Mitwelt zu bezeichnen. Die Umwelten beinhalten Menschen, Objekte und Information. Das Individuum lässt sich als jene Einheit auffassen, in der Wahrnehmung, Erleben, emotionale Bindung und geistige Bewältigung der Umwelt im Wege von Verarbeiten-Lernen und Anwenden: sozialer Bildung stattfinden. Soziale Bildung umfasst auch das Verständnis, dass Menschen nicht in einem Vakuum existieren und topographisch betrachtet von einer ständigen Wechselwirkung beider (oder auch von mehreren) Seiten beeinflusst werden (Sting 2010). Die ständige Wechselwirkung zwischen den beiden Seiten lässt sich als jenes Verhältnis auffassen, durch das auf Seiten des Individuums Identität, Autonomie, Wohlbefinden, Zufriedenheit etc. gestiftet werden können, auf Seiten der Umwelt Gestaltung, Veränderung, Wandel. Die Abbildung 1 mag die hier formulierten Zusammenhänge schematisch verdeutlichen, wobei die Einsicht selbstevident ist, dass das Schema Voraussetzungen für Teilhabe, Teilhabe als spezifische Aktivität sowie Folgen von Teilhabe beinhaltet.

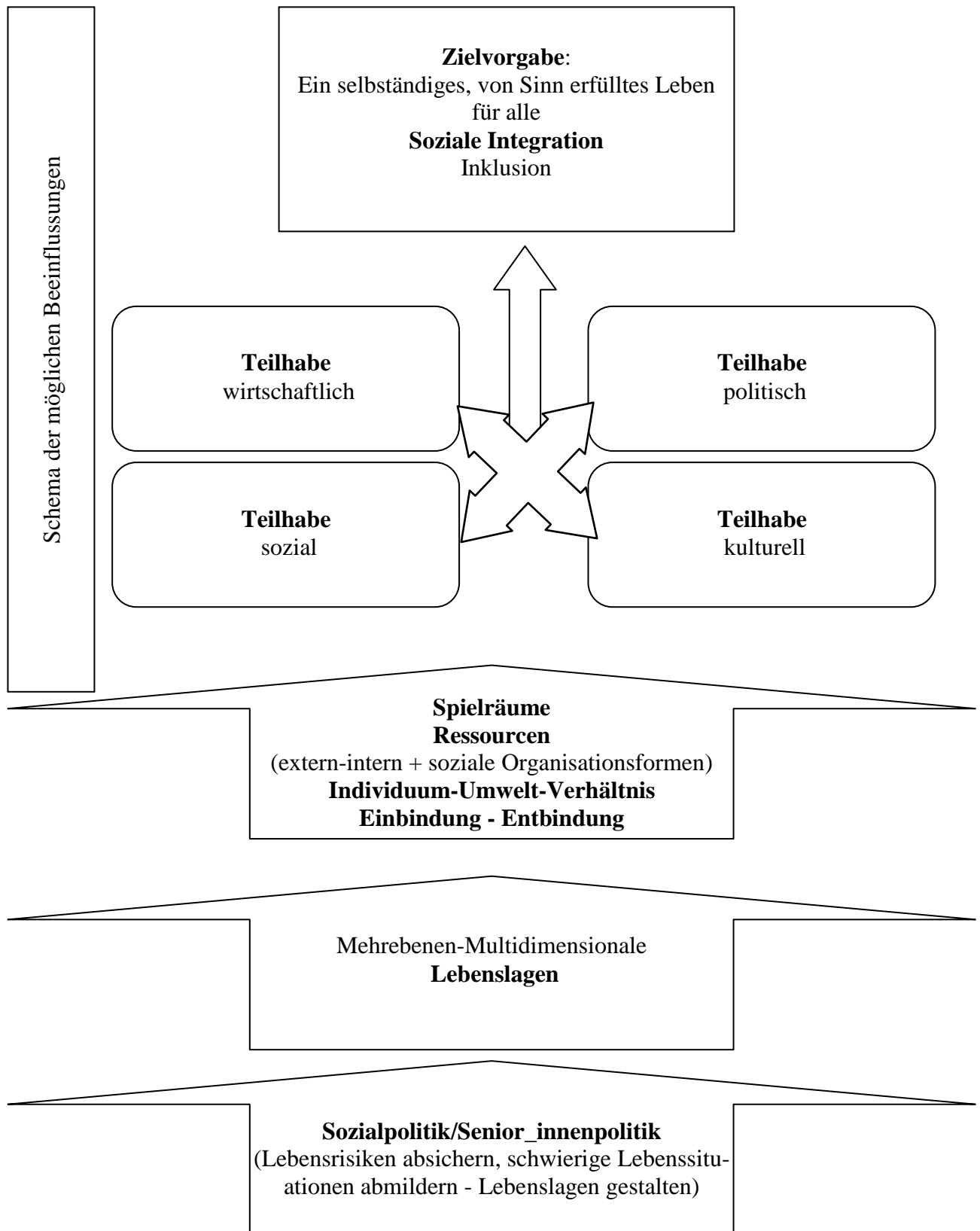


Abbildung 2: Interdependente Struktur der Teilhabe im Alter

Die Komplexität aller in diesem Schema denkbaren Zusammenhänge macht es unmöglich, ihre empirische Repräsentation in einem einzigen Forschungsprojekt realisieren zu wollen. Die Notwendigkeit, dafür entsprechende Modelle mithilfe von Zeitreihenanalysen, Mehrebenenstrukturgleichungen sowie hermeneutischen Zugängen etc. entwickeln zu müssen, verweist auf den Entwicklungsbedarf eines elaborierten Forschungsprogramms mit langfristiger Perspektive.

1.3 Normative Vorgaben, empirische Befunde und programmatische Vorschläge

1.3.1 Selbstbestimmtes Leben

Ein Konzept der Teilhabe, das den gegebenen Verhältnissen der Gegenwartsgesellschaft angemessen sein soll, kann die Bestimmung der Leitbegriffe nicht von einem begründungsphilosophischen, überzeitlichen Standpunkt aus erfassen, sondern muss diesen Verhältnissen verpflichtet bleiben. Selbstbestimmung der Subjekte ist daher aus dem Kontext einer demokratisch verfassten Gesellschaft unter den Bedingungen kapitalistischer Marktwirtschaft zu gewinnen. Demokratisch verfasst heißt, dass die konstituierenden Elemente dieser Staats- bzw. Regierungsform, nämlich Gleichheit und Freiheit, in ihrer konkreten Ausformung mitgedacht gehören. Das war schon bei Alexis de Toqueville der Fall und hat sich inzwischen nicht geändert (Tocqueville 2016 [1835]: 15 ff.). Nun ist aber Selbstbestimmung ein offener und schillernder Begriff. Für den hier vorgetzten Zweck halten wir fest, dass er seine politische Übersetzung in den Postulaten der Freiheit und Gleichheit gefunden hat (Dux 2013: 15), und zwar in einem ganz spezifischen Zuschnitt: Freiheit verlangt nach Selbstbestimmung in der Gestaltung der praktischen Lebensführung, Gleichheit dagegen ankert in dem festen Grund, dass die Selbstbestimmung nirgendwo anders, als in der von den Menschen selbst geschaffenen Lebensform statthaben kann (ebd.). Damit erhält Demokratie eine spezifische Bestimmung. Sie ist die Form einer gesellschaftlichen Verfassung, deren Aufgabe es ist, die Rahmenbedingungen für eine selbstbestimmte Lebensführung der Subjekte überhaupt erst zu schaffen, denn vom ökonomischen System kann dies nicht erwartet werden. Allerdings ist die gegenwärtige Demokratie eine von Macht verfasste Form und es ist die Frage zu stellen, wo sie eben dadurch viele Menschen daran hindert, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Ein erster Hinweis ist prinzipieller Art: Menschen werden an einem selbstbestimmten Leben überall dort gehindert, wo sie organisierter Macht, also Herrschaft, unterworfen und abhängig sind und ihre Lebensführung nach den Vorgaben dieser Herrschaft gestalten müssen. In gegenwärtigen Demokratien im Zuschnitt kapitalistischer Marktwirtschaft gilt dies jedenfalls

überall, wo Menschen ihre Arbeitskraft unter den Vorgaben des herrschenden Systems verwerten müssen. Hierin liegt zugleich auch der große Widerspruch in allen gegenwärtig sichtbaren Fassungen des Begriffs Teilhabe: Sie ist im Prinzip in der gegenwärtigen Gesellschaft nur möglich im Rahmen des ökonomischen Systems, das gleichzeitig nicht in der Lage (und auch nicht willens) ist, Teilhabemöglichkeiten für alle zu schaffen (vgl. Amann, Ehgartner, Felder 2010; Amann 2008). Damit wird auch klar, dass alle Sozialformen und institutionellen Arrangements, die Teilhabemöglichkeiten außerhalb des ökonomischen Systems schaffen oder schaffen wollen, normativ eingeplante Aufgabenträger sind, die der Rolle von Lückenbüßern entsprechen. Nicht umsonst stellt die Teilhabe der älteren Menschen, und um die geht es hier, im wirtschaftlichen Bereich den geringsten Anteil. Diese Einschätzung ist kein abwertendes Urteil und stellt die Integrationsleistungen dieser Einrichtungen nicht in Frage, sie soll aber deutlich machen, dass die gegenwärtige Gesellschaft diese Teilhabemöglichkeiten (hauptsächlich über das kulturelle System) geschaffen hat, weil das ökonomische System, das vorgibt, das zentrale System dieser Gesellschaft zu sein, solche Integrationsleistungen nicht für alle Menschen gleichermaßen erbringen kann oder will.

Es gehört zur menschlichen Grundverfassung, sich im Leben behaupten zu müssen, und jedes Subjekt versucht, diesem Prinzip nachzukommen, indem es sein Leben so einzurichten trachtet, dass es dieses selbst als ein sinnvolles Leben verstehen kann. Selbstbestimmtheit ersteht aus Sinn. Nun wäre es allerdings ein infantiles Verständnis von Selbstbestimmung, wenn es nichts anderes besagte, als dass letztendlich jeder Mensch selbst zu bestimmen habe, was für seine Lebensführung als sinnvoll zu gelten habe (Dux 2013). Die Möglichkeiten, Lebensführung und -formen zu wählen, sind durch die Gesellschaft vorgegeben, und aus dieser Bedingtheit heraus kommt es darauf an, dass das Subjekt sie nutzen kann und auch tatsächlich nutzt. Wir haben dies im Konzept der „erlernten Dispositionsspielräume“ dargelegt. Selbstbestimmtheit ist offenbar ein Begriff, der von der gesellschaftlichen wie der individuellen Gestaltungskraft der Lebensführung bestimmt wird und immer zwischen Zwang und Autonomie oszilliert. Es kann keine Frage sein, dass die in der demokratischen Verfassung mit enthaltene Vorgabe der Selbstbestimmung für die Lebensführung an den ökonomischen Möglichkeiten bemessen wird. Dass für eine gelingende Lebensführung, die subjektiv als Sinn des je eigenen Lebens erfahren werden kann, in der gegenwärtigen Gesellschaft Arbeit und Bildung die wichtigsten kategorialen (aber zu hinterfragenden) Formen sind, ist evident, wird hier aber nicht weiter ausgeführt (vgl. Dux 2013: 60 ff.).

1.3.2 Gesellschaftliche Bereiche der Teilhabe

In gegenwärtigen Überlegungen zur Rolle von Demokratien und ihrer inneren Funktionalität besteht Konsens darüber, dass die Etablierung und Verfestigung allgemeiner und gleicher Teilhaberechte und -pflichten sowie ihre Nutzung durch die Bevölkerung zu den unverzichtbaren Merkmalen der Demokratie gehören, wobei Teilhabe auf Inklusivität zielt und Wettbewerb auf Liberalisierung. Dabei hat es den Anschein, als würde in den letzten Jahren in der politischen Diskussion mehr und mehr Gewicht auf den zweiten Aspekt gelegt. Streckenweise hat es geradezu den Anschein, als wäre das Prinzip der partizipativen Demokratie, das einmal als Leitbild für die Weiterentwicklung und Vertiefung der Europäischen Union gegolten hat, in einen Status minderer Bedeutung gerutscht. Schon lange stehen in den Versuchen, Verfassungsrechte und gesellschaftliche Beteiligung zu beurteilen, institutionelle Aspekte im Vordergrund. Der Grund dürfte darin liegen, dass die Einschätzung bzw. Messung institutioneller Merkmale relativ unproblematisch sei. Die Nichtregierungsorganisation Freedom House erstellt z.B. einen jährlichen Bericht, „Freedom in the World“, in dem sie den Grad an Demokratie und Freiheit in Ländern und umstrittenen Territorien auf der ganzen Welt bewertet. Dem Bericht liegen umfangreiche Checklisten zur Verwirklichung politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten zugrunde, anhand derer Bewertungen durch Länderexpert_innen auf Skalen von 1 (am freiesten) bis 7 (am wenigsten frei) durchgeführt werden. Danach erfolgt eine Festlegung von Schwellenwerten für die Klassifikation eines Landes als „frei“ (1,0 bis 2,5), „teilweise frei“ (3,0 bis 5,0) und „nicht frei“ (5,5 bis 7,0). Freedom in the World erfasst drei Dimensionen im Bereich der politischen Rechte und vier Dimensionen im Bereich der bürgerlichen Freiheiten:

Politische Rechte	Bürgerliche Freiheiten
Wahlprozess	Meinungs- und Glaubensfreiheit
Politischer Pluralismus und Partizipation	Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit
Funktionsweise des Regierungssystems	Rechtsstaatlichkeit
	Persönliche Autonomie und Individualrechte

Tabelle 1: Demokratiemessung. Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratiemessung> sowie u. a. auch Campbell & Barth (2009)

Nun sagt die Verankerung partizipativer Prinzipien im Verfassungssystem eines Landes noch nichts über die Praxis sozialer und politischer Beteiligung aus. Denn nicht alle Beteiligungsrechte werden von allen Bürger_innen genutzt und umgekehrt sind auch nicht alle Formen der Beteiligung am politischen und gesellschaftlichen Leben institutionell geregelt bzw. möglich.

Damit wird die Frage der Partizipationsforschung interessant: Wer beteiligt sich in welcher Form und mit welchem Ergebnis an der Gestaltung des politischen und gesellschaftlichen Zusammenlebens? Was ist unter politischer und sozialer Partizipation zu verstehen? Forschungen über politische und soziale Partizipation sind in eine lange Forschungstradition eingebettet. Alexis de Tocqueville beschrieb die Vereinigten Staaten als „Nation of Joiners“ und er sah in dieser Eigenschaft eine Ursache für die Stärke der amerikanischen Demokratie (vgl. Dux 2013). Zwischen der politischen und der sozialen Partizipation machte er keinen Unterschied. Im 20. Jahrhundert ging diese Sicht anscheinend zunächst verloren. Die Forschung widmete ihre Aufmerksamkeit in erster Linie der politischen Partizipation, vor allem der Wahlbeteiligung. Erst in den letzten vierzig Jahren knüpfte die Forschung wieder stärker an die Tradition Tocquevilles an. Die Begriffe „Bürgergesellschaft“ oder „Zivilgesellschaft“ wurden als Sammelbezeichnungen für das politische und soziale Engagement der Menschen benutzt. Auch wenn diese beiden Verhaltenstypen eng miteinander zusammenhängen, ist es dennoch sinnvoll, sie analytisch voneinander zu trennen, denn sie erfüllen unterschiedliche Funktionen und richten sich an unterschiedliche Adressaten und Adressatinnen. Diese Perspektive gilt heute vor allem für politologische und im engeren Sinn demokratietheoretische Forschung. In der Sozialgerontologie hat sich eine etwas andere Tradition herausgebildet.

In ihr entspricht es der Forschungspraxis, eine Einteilung der gesellschaftlichen Gesamtheit in wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Sektoren vorzunehmen und diese voneinander zu trennen. Diese Art der Differenzierung entspringt soziologischen Gesellschaftstheorien und hat in der Geschichte dieser Wissenschaft soweit geführt, dass sogar diesen Kennungen entsprechende Systeme voneinander unterschieden wurden, die angeblich nach ihren je eigenen Regeln selbstherrlich funktionieren. Wiewohl dagegen viele Argumente eingesetzt werden könnten und die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten fünfzig Jahre immer deutlicher machen, dass diese Trennungen sich zunehmend schwieriger gestalten, werden sie hier beibehalten. Es hätte keinen erkennbaren Zweck, im Zuge einer Konzeptualisierung von Teilhabe die Begriffe und ihre Relationen völlig neu benennen zu wollen. Wir folgen also einer Differenzierung in wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Teilhabe und vermeiden damit auch den Partizipationsbegriff. Der Vollständigkeit halber sei hier noch angemerkt, dass auch internationale Organisationen wie z. B. die United Nations Economic Commission for Europe in ihren Grundsatzpapieren relativ willkürliche Begriffsverwendung betreiben. Als Beispiel möge dienen: UNECE (2010), wo kulturelle Teilhabe ohne nähere Erläuterung in social participation aufgeht.

1.3.2.1 Wirtschaftliche Teilhabe

Dieser Bereich wird in der einschlägigen Forschung vornehmlich über die Teilnahme am Erwerbsprozess analysiert und spitzt sich auf die Situation älterer Arbeitskräfte auf dem und außerhalb vom Arbeitsmarkt zu. Die Legitimierung dieser Zuspitzung ist pragmatisch und beruft sich auf ein mehr oder weniger alltagsweltliches Verständnis darüber, ab wann Menschen als ältere Arbeitskräfte eingestuft werden (können), während die obere Grenze meist im gesetzlichen Pensionsalter gesehen wird. An dieser Gruppe zeigt sich die innere Widersprüchlichkeit vollständiger Teilhabe aller im Wege über die Ökonomie in voller Deutlichkeit. Normativ steht sie nicht zur Diskussion, sie wird einhellig verlangt (wenn auch aus ganz anderen Gründen als dem einer selbstbestimmten Lebensführung), faktisch stehen ihr aber die größten Hürden entgegen. Älterer Arbeitskräfte tragen die größte Last suboptimal funktionierender Arbeitsmärkte (höchster Anteil an Langzeitarbeitslosigkeit, geringste Chance der Wiedereingliederung), ihre Arbeitskraft wird als minderwertig eingeschätzt (mangelnde Produktivität bei relativ hohen Erwartungen), die Wirtschaft ist einfallsreich weit über ihre eigene Vernunft hinaus in den Versuchen, sie los zu werden; von manchen Medien und den Wenigdenker_innen werden sie als arbeitsfaul und pensionsbesessen eingestuft, andere sprechen von leistungsgemindert, gesundheitsgefährdet und weiterbildungsresistent, die allgemeine Negativbewertung des Alters trifft auf diesem Wege bereits die 45-Jährigen. Wie meistens werden auch hier Frauen stärker benachteiligt.

Nun soll dieses negative Bild, das durchaus in weiten Bereichen der Realität entspricht, etwas differenziert werden. Im Thema frühes Ausscheiden aus dem Arbeitsleben zeichnet sich in den letzten Jahren ein Umdenken ab, das speziell auf eine Erhöhung des faktischen Pensionseintrittsalters gerichtet ist. Die Fortschritte sind allerdings nur gering und leider wird dieses Umdenken nicht durch Vorstellungen einer weiteren Teilhabe älterer Arbeitskräfte gespeist, sondern durch die Erwartung von Kostenersparnis im Pensionssystem. Neue Vorstellungen sind zu finden in der Verlängerung der Lebensarbeitszeit und damit einer Ausweitung der Beschäftigung Älterer. Hier steht auch die Diskussion einer Erhöhung der gesetzlichen Pensionsgrenzen immer wieder zur Debatte. Es bestehen aber erhebliche Zweifel daran, wie wirksam eine alleinige Altersgrenzenanhebung in Verbindung mit finanziellen Abschlägen sein kann. Es ist ja noch immer der Wunsch nach frühem Austritt aus dem Erwerbsleben weit verbreitet und Betroffene wie Betriebe sind an Möglichkeiten vorgezogener Pensionierung interessiert. Das gilt auch für Teile der Gewerkschaften. Außerdem gibt es immer noch Arbeitsplätze, auf denen Menschen gar nicht alt werden können. Damit hängt auch zusammen, dass

manche Vertretungen von Arbeitnehmer_innen innerhalb und außerhalb der Betriebe in einem früheren Berufsaustritt einen wichtigen Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens älterer Kollegen und Kolleginnen sehen. Diese Situation ist jener in Deutschland ähnlich (vgl. Heinze, Naegele, Schneiders 2011: Kap. 6).

Im Evaluationsbericht zum Bundesplan für Senioren und Seniorinnen (2016) wurden von Anton Amann und Roland Loos (zusammengefasst) folgende Ergebnisse berichtet. Die Zahl der Arbeitssuchenden in Österreich nimmt seit rund 4 Jahren kontinuierlich zu. Seit August 2014 erhöhte sie sich jeden Monat weiter (Kurier 2.10.2015: 7). Die Zahl der beim AMS Wien als arbeitslos vorgemerkten Personen ist im August 2015 im Jahresvergleich zu 2014 um 19,7 Prozent auf 121.769 gestiegen. Nach Altersgruppen ist die Zahl der unter 25-jährigen Arbeitssuchenden um 7,4 Prozent gestiegen, jene der über 50-Jährigen um 24,2 Prozent (AMS Wien News 13.10.2015). Für ältere Arbeitnehmer_innen betrug die Arbeitslosenquote zur Jahresmitte 2015 16,2 % und damit um fast 7 % mehr als die Gesamtquote (Wirtschaftsblatt 24.7.2015). Die dynamischen Entwicklungen am Arbeitsmarkt werden auch in Zukunft weitergehen (u. a. Kurier 2.10.2015: 7). Eine nachhaltige Verbesserung der Situation für ältere Arbeitssuchende ist gegenwärtig nicht in Sicht.

Neben den älteren Arbeitssuchenden sind Langzeitarbeitslose (Personen, die länger als ein Jahr keine Anstellung haben) aller Altersstufen von der Krisenentwicklung am Arbeitsmarkt besonders stark betroffen. Ende August gab es fast 148.000 Langzeit-Arbeitssuchende, und damit um 27.000 mehr als vor einem Jahr. Die Hälfte des Anstiegs entfiel auf Wien, wo es ein Plus von 13.000 auf knapp 64.000 Betroffene gab (Kurier 15.9.2015). Auch bei den Langzeit-Arbeitssuchenden sind es wiederum die Älteren, die am schwersten in Beruf und Arbeitswelt re-integrierbar sind, sodass man bei ihnen von einer „doppelten Ausgrenzung“ oder sogar von einer Mehrfachausgrenzung (bei Berücksichtigung von Folgeeffekten) sprechen kann.

Im Oktober 2015 suchten 391.000 Personen in Österreich einen Job. Menschen mit Fluchtgeschichte sind in dieser Zahl nicht berücksichtigt, weil sie in den AMS-Statistiken nicht inkludiert werden. Vom Arbeitsservice werden nur anerkannte Asylwerber_innen berücksichtigt. Gegenwärtig sind gemäß AMS 4,8 % (19.000) der Arbeitssuchenden Asylwerber_innen, zwei Drittel von ihnen in Wien. Das AMS rechnet für 2016 mit weiteren 35.000 Asylberechtigten auf Jobsuche, was die Lage am Arbeitsmarkt verschärfen dürfte (Kurier 2.10.2015: 7; AMS). Aufgrund der Flüchtlingsbewegung werden in den nächsten Jahren sowohl die Beschäftigung als auch die Arbeitslosenzahlen unter Migrant_innen viel stärker ansteigen als bisher angenommen. Das Wifo geht davon aus, dass bis 2020 insgesamt 764.000

zugewanderte Personen in Österreich einer Beschäftigung nachgehen werden. Dies sind um rund 150.000 mehr als bisher. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote wird in Österreich gemäß Prognose des Wifo bis zum Jahr 2017 von 9,2 % auf 9,9 % steigen, jedoch ausgehend von diesem hohen Wert ab 2018 wieder etwas abnehmen (9,4 % für 2020) (Standard 14.10.2015:17). Es ist zu vermuten, dass die eher hohe Zahl der Menschen mit Fluchterfahrung, welche auch stets älter werden, weitere Verschlechterungen für ältere Arbeitssuchende am Arbeitsmarkt generell mit sich bringen wird (Amann, Loos 2016: Kap. 3). Inzwischen haben sich einige statistische Werte zwar verändert, es besteht aber kein Zweifel, dass in der grundsätzlichen Lage älterer Arbeitskräfte auch in Zukunft keine fundamentalen Verbesserungen eintreten werden, jedenfalls solange nicht, wie die Politik in ihrer Unentschlossenheit weiter verharrt. Sollte jedoch ein entschiedener Schwenk in den politischen Prioritäten zugunsten der älteren Arbeitskräfte erfolgen, so wären folgende Punkte zu bedenken.

Widersprüche und sich verschlechternde Aussichten⁴

- das Argument durchschnittlich höherer Personalkosten, die allerdings unterschiedlich begründet werden wie z. B. durch das Senioritätsprinzip oder (angeblich) häufig längere Ausfallzeiten
- die sogenannte kürzere „Halbwertszeit“ des Wissens in bestimmten Branchen, was „aktuelle“ Formal- und Spezialqualifikationen erfordere
- ein bei älteren Arbeitskräften (angeblich) höheres Sicherheitsbedürfnis in Bezug auf Arbeitsinhalte, Arbeitsplatz und Wohnung, das unvereinbar mit wachsender beruflicher Entnormalisierung sowie Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen sei
- das bei älteren Arbeitskräften, besonders unter den niedriger Qualifizierten, verbreitete negative Selbstbild zu eigenen betriebsinternen und -externen Beschäftigungsaussichten bzw. zwischenbetrieblichen Mobilitätschancen
- zunehmende Bedeutung von Faktoren psychischer Arbeitsbelastung (Heinze, Naegele, Schneiders 2011: 91/92).

Voraussetzungen für künftig bessere Beschäftigungschancen

- Rückgang von Faktoren physischer Arbeitsbelastung
- Zunahme wissensintensiver Arbeit, die (angeblich) vereinbar ist mit alterstypisch höherem Erfahrungs-, Übersichts- und Zusammenhangswissen

⁴ In den folgenden Aufzählungen bedeutet das in Klammer gesetzte Wort „angeblich“ immer, dass zu dem betreffenden Thema die empirischen Forschungsbefunde nicht eindeutig sind, weshalb intensivere Untersuchungen dienlich wären.

- zunehmende Orientierung von Produkten und Dienstleistungen an einer insgesamt alternden Kundschaft (was eine betriebliche Externalisierung des Alters kontraproduktiv erscheinen lässt)
- steigendes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen, das mit Teilzeitwünschen der Älteren zusammen passt
- steigende Erwerbsneigung älterer Frauen, die allerdings regional und branchenspezifisch stark variiert
- Zunahme von vernetzter, selbst organisierter und dezentralisierter Arbeit, die (angeblich) vereinbar ist mit alterstypisch höherer/m Verantwortungsbereitschaft und Zusammenhangs- und Erfahrungswissen
- (angeblich) günstigere gesundheitliche Ausgangsbedingungen bei nachrückenden älteren Kohorten
- Zunahme höherer Bildungsabschlüsse, was eine verstärkte Teilnahmebereitschaft an Fort- und Weiterbildung bedeuten könnte
- (angeblich) wachsende Einsicht Älterer in die *Mit*verantwortung für die eigene Arbeitsfähigkeit (Heinze, Naegele, Schneiders 2011: 90/91).

Der größte Teil der Untersuchungen ist Fragen gewidmet, die die unselbständig Erwerbstätigen betreffen, wenig ist bekannt über wirtschaftliche Teilhabe durch Weiterarbeit nach der Pension (gar „Schwarzarbeit“), durch wirtschaftliche Tätigkeit von Selbständigen jenseits der gesetzlichen Altersgrenze, Künstler_innen etc.

Neben der Beschäftigung älterer Arbeitskräfte zählt zur Analyse wirtschaftlicher Teilhabe in der Forschung vornehmlich der Konsum Älterer. Dabei ist zu beachten, dass meist eine Trennung folgender Art gedanklich vorgenommen wird: a) Teilhabe durch Beschäftigung bis zur rechtlichen Pensionsgrenze und b) Konsum bei allen im Pensionsalter. Wir haben es hier also von vornherein mit sehr heterogenen Gruppen zu tun, bei denen der Teilhabegedanke keinen einheitlichen Bedeutungsgehalt haben kann. Zudem ist die Diskussion, zumindest in den Medien und im Alltag, sehr stark von einseitigen Sichtweisen durchdrungen. Einerseits herrscht ein euphemistischer Ton, der mit der realen Differenzierung im Alter wenig zu tun hat (nicht alle Älteren machen Weltreisen oder Kreuzfahrten), andererseits wird pauschal von der älteren Generation gesprochen, ohne unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zu Märkten, Kaufkraft etc. zu berücksichtigen. Sinnvoller wäre es jedenfalls, die jeweiligen Konsument_innenscheidungen und das Konsumhandeln vor dem Hintergrund der Stellung im Le-

benszyklus und der spezifischen Umstände in der Biographie zu betrachten. Erhebliche Differenzierungen würden sich allein schon durch die jeweilige Stellung im Berufs-, Familien- und Einkommenszyklus ergeben, die ihrerseits wieder die Lebenslagen mit gestaltet. Wie in allen Bereichen der Teilhabe gilt auch hier die Vieldimensionalität des Handelns. Älter werdende Menschen mögen sich nach dem Auszug der Kinder (des letzten Kindes) veranlasst sehen, die Wohnung zu wechseln, das Mobilitätsverhalten zu ändern o. ä. Jedenfalls wird das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu verändertem Konsumverhalten führen, bedingt durch den Wegfall berufsbedingter Ausgaben, durch Umorganisation und Neuentwicklung des Freizeitverhaltens und des sozialen Engagements. Bei manchen wird sich dies mit der Verlagerung von Aktivitäten verbinden wie z. B. Reisen, steigende Ausgaben für Wellness und gesundheitsförderliche Angebote. Jedenfalls führt bei vielen älteren Menschen, die Eltern- oder Großelternschaft leben, dieser Status zu vermehrten Ausgaben im Interesse der und für die Nachkommen, dieses Muster ist empirisch stabil. Merkliche Veränderungen im Konsumverhalten ergeben sich durch gesundheitliche Veränderungen wie funktionale Einschränkungen, Hilfebedürftigkeit, reduzierte Mobilität (worüber die Studien zu activities of daily life massenhaft Auskunft geben), Verlust der Lebenspartner_innen, gesteigertes Sicherheitsbedürfnis etc. Noch einmal erhebliche Veränderungen ergeben sich durch den Einzug in eine andere Wohnform. Wollten wir Bestimmungsgründe im Einzelnen benennen, die auf sich auf das Konsumverhalten im Alter auswirken, so wären zu berücksichtigen: der Bildungsgrad, Geschlecht, die Gesundheit (auch als Bedingung für die Befriedigung weiterer Bedürfnisse), die Wohngegend, das Verlangen nach Sicherheit, der Wunsch nach Selbständigkeit und Selbstbestimmung, das Verlangen nach Lebensqualität, Bequemlichkeit und funktionalen Erleichterungen im Alltag, Sozialkontakten etc. (vgl. auch: Heinze, Naegele, Schneiders 2011: Kap. 5).

Produkte und Dienstleistungen, die von älteren Menschen vorrangig in Anspruch genommen werden, haben Eingang unter den Sammelbegriff „Senior_innenwirtschaft“ gefunden. Damit ist aber kein eigenständiger, klar abgrenzbarer Wirtschaftsbereich bezeichnet, sondern vielmehr ein sogenannter Querschnittsmarkt. Die Produkte und Dienstleistungen der Senior_innenwirtschaft sind dadurch zu kennzeichnen, dass sie verschiedene Sektoren integrieren, z. B. Digitaltechnik und Wohnangebote im Ambient Assisted Living. Diese Querschnittslogik hat jedoch auch einen konzeptuellen Nachteil, weil buchstäblich alle Bereiche, vom Einzelhandel über Freizeit und Tourismus bis zu Finanzdienstleistungen und Wohnbau damit verbunden werden. Nun ist es in den letzten Jahren gerade der demografische Wandel, der erwarten lässt, dass aus der Entwicklung bzw. dem Angebot dieser z. T. integrierten Leistungen

Beschäftigungseffekte und Wirtschaftswachstum hervorgehen. Leidlich erforscht sind Nachfrage- und Konsumstrukturen sowie Beschäftigungseffekte. Zukunftsthemen werden sicherlich Technik und Digitalisierung, Technikakzeptanz, Technik und Gesundheit sein. Die mit der Senior_innenwirtschaft implizit und explizit verbundene Ökonomisierung des Alters bedürfte einer ausgedehnten kritischen Diskussion. Generell ist festzuhalten, dass wirtschaftliche Teilhabe immer an Konzeptualisierungsschwierigkeiten gelitten hat, da sie in zwei unterschiedlich strukturierten Bereichen der Gesellschaft angesiedelt wird: einmal auf dem Arbeitsmarkt, ein andermal auf den Konsummärkten und dort mit erheblicher Bedeutung bei den Dienstleistungen, die einerseits mit dem Geld privater Haushalte finanziert werden (Freizeit, Reisen etc.), andererseits mit dem Geld der öffentlichen Hand (Pflege und Betreuung), wobei im Falle der Pensionsbezieher_innen die Finanzierung der Ausgaben sich wiederum zu einem erheblichen Teil auf Transferleistungen stützen muss. Aus soziologischer Perspektive sind Geldmittel, woher immer sie stammen mögen, leichter als „Mittel zu ...“ einzuordnen, denn als eigenes Teilhabemedium. So wird das Pflegegeld (in Österreich) von vielen Empfänger_innen, objektiv fälschlich aber subjektiv berechtigt, als Einkommensbestandteil angesehen, besonders bei ärmeren Personen. Daraus erfolgt dann die meist verpönte oder zumindest kritisch beurteilte Verhaltensweise, das Pflegegeld zu verwenden, um sich die Dankbarkeit oder Zuneigung von Enkel_innen durch Geldgeschenke „zu erkaufen“, anstatt es für den Zukauf von Pflege- oder Betreuungsdienstleistungen auszugeben (was vom Gesetzgeber ja so vorgesehen wurde). Zum Thema Geld als Mittel zu... muss zuletzt auf die großen Märkte des Tourismus, der Freizeitgestaltung, der Sportbekleidungsindustrie etc. hingewiesen werden, über die Kultur, Fremdes, Abenteuerliches etc. erlebbar (konsumierbar) werden und von Senior_innenvereinigungen der vielfältigsten Art kräftig beschickt werden.

1.3.2.2 Politische Teilhabe

Die Politik und auch die politischen Institutionen bleiben vom den demografischen Veränderungen nicht unbeeinflusst. Das trifft auf Wahlen und Wähler_innenschaft, Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationen zu. Obwohl der Trend zum Alter in den politischen Organisationen wesentlich von der zunehmenden Zahl älterer Menschen in der Bevölkerung geprägt wird, sind demografische Prozesse nicht alleinige Ursache dieser Entwicklung. Ältere sind über ihre demografische Präsenz hinaus den institutionalisierten Formen politischer Partizipation stärker verbunden als jüngere Bevölkerungsschichten, wie ihre höhere Wahlbeteiligung, aber auch ihre Vertretung in Parteien und Gewerkschaften zeigen. Zu den in verschiedenen Ländern vorherrschenden Trends zählen: Die Zahl der Wahlberechtigten wächst, die Wahlberechtigten werden immer älter, ca. jederR dritte Wähler_in ist älter als 60 Jahre, die 60-

bis 69-Jährigen gehen am häufigsten zur Wahl, Ältere wählen eher konservativ. Menschen im höheren Alter sind in den nationalen Parlamenten unterrepräsentiert, unter den älteren Abgeordneten gibt es nur wenige Frauen. Die Parteien schrumpfen, über fünfzig Prozent der Mitglieder in Traditionsparteien sind über sechzig Jahre alt, die Alterung der Parteien ist ein Langzeittrend. Auch Ältere sind gewerkschaftlich organisiert, aber Gewerkschaften sind eine Männerdomäne (vgl. auch Menning 2009).

Für Österreich ist an dieser Stelle auf den 2012 verabschiedeten „Bundesplan für Seniorinnen und Senioren“

(www.bmask.gv.at/site/Soziales/Seniorinnen_und_Senioren/Teilhabe_aelterer_Menschen/)

hinzuweisen, in dem politische Teilhabe bewusst in den größeren Rahmen gesellschaftlicher Teilhabe gestellt wurde.⁵ Er enthält zu diesem Thema unter Punkt 3.1. Gesellschaftliche und politische Partizipation sowohl Ziele als auch Empfehlungen.

Ziele:

1. Sicherstellung der gleichberechtigten politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Teilhabe älterer Frauen und Männer
2. Verankerung von Partizipation und Mitwirkungsanspruch älterer Frauen und Männer als Bestandteil der politischen Kultur
3. Verstärkte Beteiligung älterer Frauen und Männer im Bereich des freiwilligen Engagements und im Hinblick auf die Übernahme von gesellschaftlichen Aufgaben und Verantwortung.

In den *Empfehlungen* wurde ausgesprochen:

1. Aufwertung der politischen Mitwirkung der Senior_innenverbände
2. Berücksichtigung weiterer Zielgruppen, insbesondere Ermöglichung umfassender Teilhabechancen für ältere Frauen und Männer mit besonderen Bedürfnissen
3. Verdeutlichung der Leistungspotenziale der Älteren in der Gesellschaft, Motivation von Älteren zum gesellschaftlichen Engagement und freiwilliger/ehrenamtlicher Tätigkeit und Sicherstellung von Strukturen für ehrenamtliches bzw. freiwilliges Engagement
4. Sicherstellung einer umfassenden Dokumentation zur partizipativen Kultur in Österreich.

⁵ Vgl.: https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/9/7/1/CH3434/CMS1451919586368/soziale-themen_seniorinnen_bundesseniorinnenplan_gesellschaftliche-und-politische-partizipation.pdf www.bmask.gv.at/site/Soziales/Seniorinnen_und_Senioren/Teilhabe_aelterer_Menschen/ Die Zitationshinweise mit „Seniorenplan“ beziehen sich auf das hier unter www angegebene Dokument.

Innerhalb dieses umfangreichen Berichtes gibt es zum Thema politische und gesellschaftliche Teilhabe zahlreiche Querverbindungen zu anderen Bereichen wie z. B.: Ökonomische Lage, soziale Differenzierung und Generationengerechtigkeit, Ältere Arbeitskräfte und „Arbeit“ im Alter, Bildung und lebensbegleitendes Lernen, Alter- und Genderfragen bzw. die besondere Lage der älteren Frauen, Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse, Wohnbedingungen und Technik sowie Mobilität, Soziale Sicherheit, Sozial- und Konsument_innenschutz, Sicherung der Infrastruktur.

Inhalte der Querverbindungen lauten z. B.: „Selbstbestimmung, Handlungskompetenz und Würde der älteren Menschen in allen Bereichen der Wirtschaft, Politik und Kultur (verbessern), um deren Inklusion zu fördern.“ (Senior_innenplan, S. 13). „Zu den empirisch immer wieder belegten Differenzierungen unter den Älteren gehören im Sinn relativ stabiler Ungleichheitsmuster: die Exklusion oder mangelnde Inklusion bestimmter Gruppen der Älteren und unter den Älteren.“ (ebd., S. 14). „Relativ schlechtere soziale Lagen gehen häufig mit Ausgrenzung, Versorgungsproblemen, Teilhabeminderung, Behinderung und Pflegebedürftigkeitsrisiko einher.“ (ebd.). „Nicht alle Initiativen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind über Geldflüsse zu regeln. Faire Ressourcenaufteilung, Bekämpfung von Vorurteilen bzw. Diskriminierung jeder Art gegenüber Älteren und Stützung sozial-integrativer Aktivitäten und sozialer Netzwerke gehören dazu.“ (ebd.)- „Bei der Diskussion über Ausgrenzung sind folgende Aspekte zu berücksichtigen: [...] soziale Ausgrenzung bzw. Mangel an Integration und Partizipation“ (ebd.). „Arbeit im Alter umfasst ein breites Spektrum an Aktivitäten, die in vielfacher Hinsicht von Nutzen sind, sowohl für die Arbeitende und den Arbeitenden selbst als auch für ihr bzw. sein soziales Umfeld (wie z. B. die ehrenamtliche Tätigkeit oder die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen). Diese differenzierte Sichtweise sollte auch in der Diskussion des Zusammenhanges von Lebensarbeitszeit, Pensionierungsstrategien und demografischer Alterung berücksichtigt werden. Jedenfalls sind soziale Integration, Beschäftigungspolitik und soziale Sicherungspolitik unter dem Gesichtspunkt der Arbeit eng verflochten.“ (ebd., S. 15). „Bildung ist der Faktor, der in fast allen Lebensbereichen, von der Gesundheit über soziales Engagement und soziale Inklusion bis zu Lebensqualität und Aktivitätsinteresse die entscheidende Rolle spielt.“ (ebd., S. 20). „Es sind eher die jungen Alten, Personen mit höheren Schulbildungsabschlüssen und höherem Einkommen, Bewohnerinnen und Bewohner größerer Wohnorte und Personen, die sozial integriert sind, die Kurse und organisierte Bildungsveranstaltungen besuchen. Ältere Menschen, die sich wei-

terbilden, engagieren sich eher freiwillig und ehrenamtlich, haben mehr Vertrauen in politische Institutionen und sind politisch aktiver.“ (ebd., S. 20). „Darüber hinaus führt Weiterbildungsteilnahme zu sozialer Integration bzw. verstärkt ein positives gesellschaftliches Altersbild, steigert das physische und psychische Wohlbefinden, erhöht die Antizipation und Verarbeitung kritischer Lebensereignisse und wirkt sich positiv auf bürgerschaftliches Engagement bzw. Freiwilligenarbeit aus. Bildung im Alter trägt zur gesellschaftlichen Teilhabe bei.“ (ebd., S. 21). „In vielen politischen und gesellschaftlichen Bereichen sind Mitsprachemöglichkeiten für ältere Frauen nicht realisiert, offensichtlich ist dies bei der Einbindung von älteren Frauen in politische Prozesse der Entscheidungsfindung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.“ (ebd., S. 22). „Generell muss festgehalten werden, dass der Beitrag der Frauen zur gesellschaftlichen Gestaltung weniger sichtbar ist und auch gegenüber jener der Männer oft minder bewertet wird. Es ist dies ein Grundwiderspruch, den auszugleichen oder gar aufzulösen, zu den vordringlichen politischen Aufgaben gehört.“ (ebd., S. 23). „Seit Jahren wird immer wieder die Forderung nach einer bereichsübergreifenden Generationenpolitik erhoben. Sie hätte die Generationenverhältnisse mit zu gestalten. Empirisch wird dabei vor allem der Mangel einer systematischen Beachtung der Gleichwertigkeit und Gleichrangigkeit von Personen verschiedener Lebensalter bei allen Entscheidungsprozessen sichtbar.“ (ebd., S. 24). „Umgekehrt stellt gemeinschaftliches Wohnen hohe Ansprüche, nicht allein, was geeignete Wohnräume angeht, sondern auch bezüglich sozialer Kompetenzen der Bewohnerinnen und Bewohner. Voraussetzung ist eine gemeinschaftliche Haltung, die weit über jene einer unverbindlichen Nachbarschaft hinausgeht. Ein häufiges Grundproblem bei vielen Projekten liegt darin, dass sich ältere Menschen oft primär für das Wohnen, jedoch weniger für die Gemeinschaft interessieren.“ (ebd., S. 27). „Da soziale Ausgrenzung eine fast zwangsnotwendige Folge solcher Minderstellungen ist, liegt die zentrale Aufgabe der Zukunft in der ausgleichenden Verbesserung der Sozialen Sicherheit. Je mehr ältere Menschen als Konsumentinnen und Konsumenten in diverse Märkte eingebunden und Adresse von Werbestrategien werden, desto mehr ist ihr Schutz und die Anpassung der Angebote an ihre Bedürfnisse nötig.“ (ebd., S. 31f.). „Vermehrtes Wohlbefinden und stärkere soziale Teilhabe selbst bei einem altersbedingt begrenzten sozialen Umfeld würden eine sinnstiftende Lebensführung bis ins hohe Alter unterstützen.“ (ebd., S. 43).

1.3.2.3 Soziale Teilhabe

Als generelle Annahme kann gelten, dass ältere Menschen auf verschiedenste Art und Weise in die Gesellschaft sozial (nicht) integriert sind. Forschungsergebnisse und Alltagserfahrung belegen, dass sie in sozialen Netzwerken aktiv wie passiv vorhanden, in hohem Maße Mitglieder in Familien und Freundschaftskreisen sind, Vereinen angehören und in diesen mitwirken, Freiwilligenarbeit leisten etc. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass Menschen mit zunehmendem Alter Gefahr laufen, ausgegrenzt zu werden. Gesundheitliche Beeinträchtigungen, mangelnde Mobilität, niedriges Bildungsniveau, schlechte Infrastruktur, mangelhafter Zugang zu Angeboten und schließlich Altersdiskriminierung zählen zu den bekannten Barrieren, die sozialer Integration hinderlich sind. Es gibt in den Sozialwissenschaften eine große Zahl an Vorschlägen, wie Integration gedacht werden könnte, in der funktionalistischen Soziologie wurde gar von einer *Integrationsfunktion* gesprochen, mit der gemeint war, dass die jeder Gesellschaft gestellte Aufgabe der Verteilung ihrer Ressourcen und Gratifikationen dann gelöst sei, wenn diese Verteilung von der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder akzeptiert wird. Auf diese Weise wird jedoch kräftig missverstanden, worum es bei der Frage der Integration geht, weil der Bezugspunkt des Gelingens oder Nichtgelingens allein in die subjektive Wertung der Individuen zurückverlagert wird, was die Berücksichtigung diverser konstitutiver Umwelten offenbar völlig außer Acht lässt. Im *Mikrosystem* sind es die Prozesse der Sozialisation und Enkulturation sowie der Identifikation im Kontext handelnder Personen und ihrer sozialen Umwelt, mit der sie direkt oder indirekt in Kontakt stehen; das Mikrosystem kann in ein *Mesosystem* und ein *Exosystem* getrennt werden; im ersten finden Entwicklungen statt, an denen die Menschen direkt beteiligt sind, im zweiten, in das sie vielleicht nie eintreten, gehen Ereignisse vor sich, die beeinflussen, was in der Umgebung geschieht, in beiden geht es um die Platzierung in verschiedenen formellen und informellen sozialen Gruppierungen (soziale Verkehrskreise hat sie Georg Simmel genannt); im *Makrosystem* sind es die anonymen Mechanismen bzw. Institutionen wie gesellschaftliche Arbeitsteilung, Märkte, Geld und Expert_innensysteme, welche quasi im Rücken der Menschen über ihre Integration mitbestimmen. Diese topologischen Territorien (in Anlehnung an Kurt Lewin) weichen zwar von der üblichen Ebenenunterscheidung zwischen Mikro-, Meso- und Makroebene ab, haben aber den Vorteil, auf handlungsbezogenen Wechselbeziehungen aufzubauen und scheinen deshalb für die Analyse von Fragen der Entwicklung sozialer Beziehungen in einem Integrationsprozess weit besser geeignet zu sein. Schließlich gilt es ja zu berücksichtigen, dass im Wege über Integration möglichst viele gesellschaftlichen Gruppen, hier die älteren Menschen, in die politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Strukturen einer Gesellschaft eingebracht

werden, damit sie an den Entscheidungsprozessen zu Fragen, die sie betreffen, teilnehmen können. Voraussetzung dafür ist, dass ein Konsens darüber besteht, dass Ausgrenzung minimiert und beseitigt werden sollte, und dass all jenen, die benachteiligt sind, von der Gesellschaft geholfen werden soll, was, den Ausführungen weiter oben zufolge, in den Aufgabenbereich einer alterssensiblen Sozialpolitik fällt.

Soziale Integration lässt sich auch als eine Entwicklung auffassen, in der es um den Aufbau und das relative Stabilhalten von Werten, Beziehungen und Institutionen in einer Gesellschaft geht, in der alle, ungeachtet von Geschlecht, Alter, Herkunft oder Religion, ihre Rechte und Verantwortungen gleichberechtigt mit anderen voll ausüben können. Jede Person sollte in Sicherheit und mit Würde alt werden können, und in der Lage sein, in einer sinnvollen Weise zur Gesellschaft beizutragen (vgl. UNECE 2010). Integration und Teilhabe sind daher eng verbunden mit dem Konzept des sozialen Zusammenhalts, ein sehr wichtiges Element einer integrationsfähigen Gesellschaft. Es bezeichnet die Fähigkeit einer Gesellschaft, das Wohlergehen ihrer Mitglieder zu gewährleisten, Ungleichheiten zu minimieren und Polarisierung und Konflikt zu vermeiden, und es bedarf der Pflege und Förderung von Solidarität und Gegenseitigkeit zwischen den Generationen (UNECE 2010). Mit diesem letzten Gedanken ist die Vorstellung von familiären und gesellschaftlichen Generationenbeziehungen und Generationenverhältnissen angesprochen, die in der Forschung zur sozialen Teilhabe eine wesentliche Rolle spielen – auch im Leitgedanken von Generationengerechtigkeit im Sinne einer sozialen Teilhabegerechtigkeit.

Im Evaluationsbericht zum Bundesplan für Senior_innen (2016) hat Ines Findenig im 1. Kapitel u. a. folgende Ergebnisse dargestellt, die hier resümierend zusammengefasst werden. Dass Teilhabe und Teilnahme Älterer an der Gesellschaft sinnvoll und notwendig ist, wird kaum bestritten. Der tiefere Grund für die Forderung nach Teilhabe liegt in dem Missverhältnis zwischen einem ungenügenden Vergesellschaftungsmodell des Alter(n)s und der tatsächlichen Lebenslage der Älteren, eine Diskrepanz, die Hans Thomae schon vor Jahrzehnten aufgefallen ist. Teilhabeforschung hätte also auch die Aufgabe, an Entwürfen altersentsprechender Vergesellschaftungsmodelle mitzuarbeiten. Hier zeigen sich in Österreich erhebliche Defizite. Teilhabe oder Teilnahme haben unterschiedliche Bedeutung, Teilhabe ist stärker und näher an einer kontinuierlichen oder regelmäßigen Aktivität. So rückt Teilhabe mit *active ageing* zusammen.

Dieses Leitprinzip fand im Jahr 2012 insofern seinen Höhepunkt, als es zum europäischen Jahr des *aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen* ernannt wurde. Auch in Österreich erfährt das *aktive Altern* in den letzten Jahren stets verstärkte Aufmerksamkeit. Gerechtfertigt und verstärkt wird dies oftmals durch die Hoffnung und den Appell, ältere Personen jenseits der Erwerbsarbeitsphase in verschiedenen Bereichen einsetzen zu können und gleichzeitig dadurch Vereinsamungs- und Fragilitätstendenzen zu verhindern. Parallel zur Gefahr der Instrumentalisierung wird die Chance für ältere Personen gesehen, sich das aktive Altersbild auch zunutze zu machen, indem es als positive Bestärkung des Lebensstils dient. Wie schon im Bundesplan 2010 der Respekt vor Personen erwähnt wird, welche nicht der Produktivitätsnorm des *active ageing* entsprechen, scheint dies, als eine Kultur der Akzeptanz der Nichtteilhabe, erst am Etablierungsbeginn zu stehen. Eine aktuelle Betrachtung des *aktiven Alterns* scheint im Sinne eines Mitdenkens subjektiver Lebenszufriedenheit förderlich zu sein. Besonders, weil laut einer europäisch-vergleichenden Studie mittels SHARE-Daten eine gute (psychische und physische) Gesundheit von Personen zu einer erhöhten Beteiligung beiträgt und gleichzeitig eine Voraussetzung ihrer ist.

Dieser Zusammenhang kann auch darin erkannt werden, dass besonders in späten Lebensphasen freiwilliges Engagement ein weites Spektrum an positiven Aspekten mit sich bringt. Dieses reicht von Gesundheitsförderung, Belastungskompensation, Selbstwertgefühlsteigerung, über alternative Freizeitgestaltungen und den Ausbau von Netzwerken und Ressourcen bis hin zu Partizipationsprozessen per se. Hier sei auch ergänzend die doppelte Funktion des freiwilligen Engagements erwähnt, da es gleichzeitig eine Hilfeoption für Empfänger_innen als auch eine klare Integrationsaufgabe für die engagierte Person innehat (vgl. Heimgartner/Findenig 2017: 187). Obwohl für Österreich und die EU konkrete Vergleichsdaten fehlen, weisen unterschiedliche Forschungen dennoch darauf hin, dass freiwilliges Engagement bzw. freiwillige Aktivität – im richtigen Rahmen – glücklicher und gesünder macht und auch zu einem längeren Leben verhilft.

Wenig hat sich gegenüber dem Ergebnis von 2010 in der Genderfrage geändert. Männer über 65 Jahren finden sich Untersuchungen zu Folge stärker im formellen Engagement, welches Gremienarbeit und politische Aktivitäten inkludiert. Frauen über 65 sind dagegen verstärkt im informellen Bereich zu finden. Die Altersgruppe 60+ unterteilt sich geschlechtsspezifisch weiters in den unterschiedlichen formellen und informellen Tätigkeitsbereichen. Weiters tritt die Affinität zu (nicht-)familiären Betreuungsaufgaben bei Frauen über 60 im freiwilligen

Engagement hervor. Dies bestätigt langjährige, gesellschaftlich tradierte und vorherrschende Geschlechterungleichheiten im freiwilligen Engagement. Je höher der abgeschlossene Bildungsgrad ist, desto höher steigt aliquot die Chance zu freiwilligem Engagement. Demnach scheinen Anreizsysteme notwendig, welche eine solche Ungleichverteilung tendenziell aufheben können. Oder in einem noch besseren Falle wäre es notwendig, diese Bildungsdiversitäten in Österreich anzuerkennen und dafür zu kämpfen, die Bildungssituation generell zu verbessern, wodurch auch gleichzeitig Armutstendenzen sinken, und folglich freiwilliges Engagement eine größere Chance erhalten könnte. Andere Tendenzen sind ebenfalls stabil: Zusätzlich zu dem Bildungsgrad und dem Geschlecht beeinflusst das vorherrschende Altersbild sowohl gesellschaftliche als auch politische Partizipation von älteren Personen.

Der Senior_innenplan verwies 2010 noch auf die Tendenz, dass sich österreichische Senioren und Seniorinnen wesentlich stärker von Organisationen passiv vertreten lassen als sich selbst zu engagieren. Durch das Heranaltern einer selbstbewussten und *aktiven* Generation, wie es der Bericht skizziert, scheint sich jedoch eine Veränderung abzuzeichnen. Ein passives *Sich-vertreten-Lassen* hat in den letzten Jahren einen partiellen Wandel erlebt, bzw. stellt diese Passivität eher ein Phänomen der derzeit über 79-Jährigen dar. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch für das informelle Engagement festmachen, welches bspw. im nachbarschaftlichen Umfeld erfolgt. Da neue Teilbereiche hervorsprießen, in welchen Beteiligung stattfindet, bestärken andere Aspekte zusätzlich die Notwendigkeit von neuen Beteiligungsformaten für Menschen in späteren Lebensphasen

Gesellschaftliche und politische Partizipation erhält durch erkennbare Veränderungstendenzen für ältere Personen eine weitere Wende, und zwar neben den Teilbereichen auch in der Art, sich zu betätigen. Rahmenbedingungen und Strukturen erfahren einen sichtbaren Wandel von lebenslangen Vereinszugehörigkeiten des Formalen hin zu projektbezogenen flexiblen Tätigkeiten. Diese Entwicklung wird u. a. als Transformation von altem zu neuem Engagement bezeichnet und wird durch höhere Flexibilität gekennzeichnet. Weiters scheint dieser Trend auch den wachsenden Selbstentfaltungsmotivationen im gesellschaftlichen Engagement älterer Menschen entgegenzukommen. Beteiligung scheint somit nun dynamischer und anlassbezogener als anno dazumal. Es haben sich in den letzten Jahren in Österreich neuartige Professionalisierungstendenzen und Qualitätsentwicklungsprozesse im gesellschaftlichen Partizipationssektor vollzogen. Diese kennzeichnen sich u. a. in der Implementierung des ersten Freiwilligengesetzes 2012, wodurch u. a. der Freiwilligenrat, das Webportal freiwilligenweb.at

und das freiwillige Sozialjahr eine Verankerung erfahren. Das Gesetz bewirkt einen zwar kleinen, aber doch generellen Anerkennungsauftrieb des Engagements in Österreich. Neben der Präsenz des Webportals, welches Strukturen, Informationen, Darstellungs- und Vernetzungsmöglichkeiten für Engagementsuchende und -gesuchte darstellt, gibt es zusätzlich mittlerweile 12 Freiwilligenzentren und eine Vielzahl an Freiwilligen- bzw. Senior_innenbörsen. Ebenso haben in Teilen Österreichs Freiwilligenmessen Einzug gehalten (www.freiwilligenmesse.at). Freiwilligenzentren, -messen und -börsen stellen eine wichtige Möglichkeit dar, Menschen für Engagement zu sensibilisieren, zu motivieren und dieses ebenso zu organisieren und zu begleiten. Gleichzeitig gestaltet sich die (tendenziell österreichweite, aber noch nicht flächendeckende) Einführung von Freiwilligenkoordinator_innen bzw. Freiwilligenmanager_innen und spezifischen Lehrgängen als eine zukunftsorientierte Strukturierungstendenz gesellschaftlicher Partizipation – und dies besonders bei älteren Personen.

Seit dem Bundesplan für Senioren und Seniorinnen 2010 wurde in österreichischen Organisationen eine Vielzahl an Maßnahmen gesetzt, um die Ziele des Planes zu erreichen. Im Bereich der Sicherstellung gleichberechtigter Teilhabe (politisch, sozial, wirtschaftlich und kulturell) älterer Personen zeigt sich, dass u. a. vereinzelt gesetzliche Maßnahmen gesetzt wurden, Informationskanäle geschaffen wurden (z. B. Flyer, Broschüren, Konferenzen, Tagungen etc.), Projekte durchgeführt worden sind (z. B. im Bildungssektor, im Gesundheitswesen etc.) oder andere Maßnahmen (z. B. Sitzungen des Bundesseniorenbeirates, Fördercalls, etc.) initiiert worden sind bzw. mittelfristig geplant sind. In der Verankerung von Beteiligung und Ansprüchen zur Mitwirkung als Aspekt politischer Kultur bei älteren Menschen zeigen sich gegensätzliche Tendenzen im Sinne von einerseits wahrgenommener Stagnation und andererseits von Aktionen und Projekte positiver Art. Im Bereich des freiwilligen Engagements im Sinne der Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben und Verantwortungen kann gezeigt werden, dass obwohl eine Uneinigkeit im Vergleich der Organisationen wahrgenommen werden kann, nichtsdestotrotz aber eine Vielzahl an Aktionen gesetzt wurden. Forschungstechnisch kann bislang jedoch keine herausragende Strukturierung der Erhebung von sozialer Teilhabe (im Alter) in Österreich erkannt werden.

Das Bewusstsein für ein organisiertes österreichweites Freiwilligenwesen im Zuge von gezielten Ausbildungen und Curricula für die Qualitätssicherung der Koordination von Beteiligung scheint an einem hoffnungserweckenden Anfang zu stehen. Nichtsdestotrotz darf eine

tendenzielle Gefahr der Instrumentalisierung (siehe *active ageing*) und der Kompensation von Hauptamtlichen nicht außer Acht gelassen werden.

1.3.2.4 Kulturelle Teilhabe

Kulturelle Teilhabe als Orientierungsbegriff setzt voraus, dass es so etwas wie ein kulturelles Leben gibt und dass dieses mit Bildungsprozessen verbunden ist (Kuhlmann, Naegele, Olbermann (2016: 45), wobei hier eine spezifische Facette von Bildung allgemein, nämlich kulturelle Bildung und der Weg zu deren Teilhabe, zum Tragen kommt. Kulturelle Teilhabe heißt dann Teilhabe am künstlerischen Geschehen (im weitesten Sinn) einer Gesellschaft über Bildungsprozesse. Da Bildung rechtlich gesichert und institutionell (zumindest für einen großen Teil der Gesellschaft – siehe Thematik junge Menschen nach der Flucht) verankert ist, lässt sich kulturelle Bildung als ein Recht auffassen, und weil vorhandene Bildung Wirkungen zeitigt, auch als Voraussetzung für Lebensqualität; sie ist konstitutiver Bestandteil allgemeiner Bildung.

In Hinsicht auf empirische Teilhabeforschung ist es sinnvoll, zwischen Kultur im engeren und im weiteren Sinn zu unterscheiden. Mit Kultur im engeren Sinne werden Kunst/Künste und ihre Hervorbringungen bezeichnet: Bildende Kunst, Literatur in ihren verschiedenen Gattungen, die darstellenden Künste (von Theater über Tanz bis Film), Musik, die angewandten Künste wie Design und Architektur sowie die vielfältigen Kombinationsformen zwischen ihnen. Sie stellen aus der Kultur im weiteren Sinne die Teilmenge dar, um die es in der Teilhabeforschung meist geht. Kultur im weiteren Sinn sind die Lebensvollzüge und Praktiken in ihrer Gesamtheit: z. B. von den technischen Hervorbringungen bis zu den Verhaltensmustern des Zusammenlebens und den Wertvorstellungen und Normen, also auch den philosophischen und religiösen Bezugs- und Deutungssystemen einer Gesellschaft. Weit stärker noch als in den anderen Teilhabebereichen legt sich beim kulturellen eine lebenslaufbezogene Betrachtungsweise nahe, denn die Ermöglichung von Teilhabe im Lebensverlauf weist enge Bezüge zum mehrdimensionalen Konzept der Lebenslage auf (z. B. Nutzung von Handlungsspielräumen im Lebensverlauf). Eben wurde von Rechten gesprochen. Die Verwirklichung von Teilhaberechten (und -pflichten) setzt auf gesellschaftlicher Ebene die Bereitstellung und Gestaltung entsprechender Teilhabemöglichkeiten und -strukturen voraus, also externe Ressourcen, wie sie oben genannt wurden, auf der individuellen Seite interne Ressourcen. Doch, was hat es nun mit dem Bildungsprozess in diesem Zusammenhang auf sich?

Bildung wird aufgefasst als ein immer eben erworbener und sich laufend verändernder Zustand bzw. Prozess, in dem die Menschen fähig sind, ihr Leben selbstverantwortlich (und erfolgreich) zu gestalten. Das betrifft die Nutzung interner und externer Ressourcen. Erworben werden Sachwissen, praktische Handlungskompetenzen, emotionale Kompetenzen und die Fähigkeit der Selbstreflexion, also das, was meistens Orientierungswissen genannt wird. Hier ist die Terminologie in der Teilhabeforschung uneinheitlich. Insoweit die Menschen, ihre Lebenslagen und ihre Bezugssysteme sich im Laufe des Lebens verändern, ist Bildung – zu verstehen als Bildungsprozess – auch nie abgeschlossen. Darin liegt der Grund für die oft vorgebrachte Auffassung, dass Bildung und Lernen eine das gesamte Leben begleitende Aufgabe bzw. Pflicht, aber auch Chance sei. Sehr deutlich kommt dies in den letzten Jahren in der Thematik des lebensbegleitenden Lernens zum Ausdruck. Kulturelle Bildung (es wird auch häufig von musischer bzw. musisch kultureller oder auch ästhetischer Bildung gesprochen) meint den Lern- und Aneignungsprozess in der Ontogenese des Menschen in Hinsicht auf sich selbst und seine Umwelt im Medium der Kultur. Im Endeffekt bedeutet kulturelle Bildung die Fähigkeit zur erfolgreichen Teilhabe an kulturbezogener Kommunikation im Wege über Wissen, Denken und Handlungskompetenz.

Kulturelle Bildung erfreut sich in der öffentlichen Diskussion erheblicher Wertschätzung, auch wenn sich die „Hochkonjunktur“, die vor zehn Jahren noch herrschte, offensichtlich abgeschwächt hat, Hoffnungsträger der Bildungsbemühungen insgesamt ist sie immer noch, wobei ein gewisser Grad an sozialer und allgemeiner Bildung Voraussetzung zum Erwerb und Zugang zu kultureller Bildung darstellt und somit nicht für jede Person bzw. Lebenslage greifbar ist. Im Rahmen der kulturellen Bildung dreht sich die Diskussion allerdings mehr und mehr um die sogenannten Schlüsselkompetenzen, die vor allem junge Menschen zu erwerben hätten. Der Zuschnitt der erhofften Erfolge bindet die Kompetenzidee an die Ökonomie. Kreativität ist die höchst gefragte Schlüsselkompetenz, zumindest in Qualifizierungszusammenhängen in der Arbeitswelt. Während sie, so lauten die allgemeinen Urteile, in Pädagogik und Didaktik von der Schule über die Berufsbildung bis zur Weiterbildung nur schwer zu vermitteln sei, stellt sie in den Künsten und bei vielen Kulturschaffenden, d. h. bei Künstler_innen und Kulturvermittler_innen, eine als selbstverständlich vorausgesetzte Grundkompetenz dar. Der Schwenk des Vorstellungsrahmens in die Ökonomie führt unweigerlich dazu, dass in der politischen Diskussion kulturelle Bildung meist weniger in ihrer Grundbedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung und die gesellschaftliche Teilhabe des kulturell gebildeten, emanzipierten Individuums gewürdigt wird, als vielmehr für die ange-

nommenen arbeitsmarktgängigen „soft skills“ und auch für Integrationsleistungen in der multi- und interkulturellen Situation.

Im Zusammenhang des Lebenslagenkonzepts wurde festgehalten, dass diese auch die sozialen Organisationsformen bieten, in denen Menschen dann ihre Spielräume nutzen und damit ihre Lage gestalten können. Soziale Organisationsformen spielen auch in der Frage der kulturellen Teilhabe eine wesentliche Rolle. Wie alle Bildungsprozesse findet auch kulturelle Bildung formal, formell und informell in dafür vorgesehenen Institutionen und außerhalb, im öffentlichen Bereich und auf privater Ebene statt. Das allgemeinbildende Schulsystem mit seinen Fächern Kunst, Musik und, wo vorhanden, Darstellendes Spiel (Theater), dazu in Deutsch und in Fremdsprachen, in ihren literatur- und kulturgeschichtlichen Anteilen ist die Institution, in der grundsätzlich alle Kinder und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen (Biographieaspekt) künstlerisch-kulturelle Bildung erfahren. Zunehmend kommt auch die Bedeutung der Bildungsprozesse im vorschulischen Elementarbereich (Kindergärten und Kindertagesstätten) zutage. Bei der kulturellen Teilhabe Älterer bieten soziokulturelle Einrichtungen und sonstige Kulturvereine Möglichkeiten an. Für die Volkshochschulen in ihren kulturellen Fachbereichen gilt dies schon seit jeher. Dass alle diese Angebote in erster Linie von formal besser Gebildeten genutzt werden, ist ein stabiles empirisches Muster. Die professionellen Kultureinrichtungen selbst, wie z. B. Theater, Orchester, Museen, Bibliotheken, Kunstvereine, Kulturzentren, wirken durch ihre Arbeit für ihre Besucher faktisch immer auch kulturell bildend. Die vom BMASK geförderten Projekte, die im vorliegenden Projekt recherchiert worden sind, zeigen deutlich: Der große Bereich der Laien- oder Amateur_innenkultur, Theatergruppen, freiwillig gemeinnützig betriebenen Museen, Bibliotheken, Kunstvereinen usw. spielt eine starke, oft unterschätzte Rolle in der praktischen kulturellen Bildung für die Aktiven wie für ihr Publikum. Auch die Massenmedien, audiovisuelle Medien und Printmedien (vom Buch bis zur Tageszeitung), wirken mit ihren Inhalten faktisch kulturell prägend, also bildend, bei Älteren allerdings in geringerem Maße als bei Jüngeren. Die vielfältigen Möglichkeiten des Internets enthalten fast ebenso vielfältige Möglichkeiten der kulturellen Bildung und Teilhabe, sei es in aktiver Auseinandersetzung, sei es im bloßen Konsum.

Dass kulturelle Teilhabe schwergewichtig über die Bildungsschiene läuft, wurde verschiedentlich hervorgehoben. Im Evaluationsbericht zum Bundesplan für Seniorinnen und Senioren (2016) kamen Franz Kolland und Vera Gallistl, wiederum in Zusammenfassung, zu folgenden Ergebnissen.

Im Allgemeinen zeigt sich für Österreich eine ausreichende Dokumentation der Weiterbildungsbeteiligung und -barrieren älterer Menschen anhand europäischer Erhebungen, die in Österreich national durchgeführt wurden. Laut Daten des AES geht die Bildungsbeteiligung an formaler und non-formaler Bildung mit steigendem Alter stetig zurück, gleichzeitig ist die Bildungsbeteiligung älterer Menschen gesamt in den letzten Jahren gestiegen. Die Daten zeigen im Vergleich zu den Umfragedaten von 2006/07 einen leichten Anstieg in der Altersgruppe der 45-54-Jährigen (+5,2 %) und einen stärkeren Anstieg in der Altersgruppe der 55-bis-64-Jährigen (+10 %). Der Strukturindikator Lebenslanges Lernen beschreibt den Anteil der an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren. Laut diesem Strukturindikator beteiligten sich ältere Menschen 2015 über 60 Jahren zu 5,3 % an Weiterbildung. Die Bildungsteilnahme nimmt auch hier mit steigendem Alter ab.

Dieses Ergebnis bedeutet allerdings nicht, dass das Lebensalter als erklärender Faktor herangezogen werden kann. Denn es ist nicht primär das Lebensalter, sondern es sind andere Faktoren (z. B. Bildungsstatus), die den Rückgang ursächlich erklären. Es zeigen sich Bildungsbarrieren für ältere Menschen, die weniger auf dem Alter als auf Wohnort, Geschlecht und Gesundheitszustand beruhen. Die Schulbildung älterer Menschen ist im Zugang zu Bildung ein zentrales Differenzierungskriterium, das sogar noch stärker als das monatliche Haushaltseinkommen die Teilhabechancen beeinflusst. Ist Bildung im Erwerbsleben noch männlich dominiert, zeigen sich Frauen in der nachberuflichen Bildung wesentlich aktiver.

In den letzten zwei Jahrzehnten kommt es in Österreich zu einer langsamen Ausweitung und Vervielfältigung des Bildungsangebotes für ältere Menschen. Senior_innenbildung ist in verschiedenen Organisationen angesiedelt und nicht auf Angebote der Erwachsenenbildung beschränkt. Dadurch wurde es seit 2010 nötig, sich stärker mit Strategien der Qualitätssicherung in der Senior_innenbildung auseinanderzusetzen. Jene Projekte, die österreichweit als besonders innovativ und kreativ identifiziert wurden und darüber hinaus den zu Grunde liegenden Qualitätskriterien entsprechen, werden am Ende des Projektes vom BMASK ausgezeichnet. Andererseits finden sich in den letzten Jahren zahlreiche Initiativen zur Verbreitung von geragogischem Grundwissen an Menschen, die in der Bildungsarbeit mit älteren Menschen tätig sind.

Auf der Ebene der wissenschaftlichen Untersuchung von Qualitätskriterien der Senior_innenbildung sind die Studien „Geragogisches Grundwissen. Untersuchung zur Qualitätssicherung für Bildung in der nachberuflichen Phase“ und „Qualitätssichernde Maßnahmen in der erwachsenenpädagogischen Bildungsarbeit in Österreich unter Berücksichtigung der nachberuflichen Phase“ zu nennen.

Zusätzlich zu diesen auf Bundesebene initiierten Maßnahmen zur Qualitätssicherung finden zahlreiche Weiterbildungsmaßnahmen für Senior_innenbildner_innen in oder in Kooperation mit unterschiedlichsten Organisationen statt. Dazu gehören etwa die in Kooperation von BMASK und Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (BIFEB) jährlich stattfindenden Workshops in Strobl, Schulungen für freiwillig engagierte Personen (u.a. Salzburger Bildungsnetzwerk, Land Vorarlberg) und Multiplikator_innenschulungen (Land Vorarlberg). Neuere Entwicklungen zeichnen sich dabei in der Ausbildung von alterssensiblen Berater_innen ab, *die in Form von wissenschaftlich fundierten Kurzlehrgängen „Bildungsberatung für ein aktives Altern“ durch das Bildungsnetzwerk Steiermark und die Bildungsberatung Salzburg ausgebildet wurden.*

Im Bereich der Bereitstellung von alterssensibler Information und Beratung zu Bildungsmöglichkeiten für ältere Menschen wurden seit 2010 österreichweit (Pilot-)Projekte durchgeführt, die von der Erstellung von Informationsbroschüren und Flyern über Informationsveranstaltung bis hin zur Erprobung einer alterssensiblen Bildungsberatung reichen. Zusätzlich wurden im Zeitraum 2013 bis 2016 zwei Forschungsprojekte durchgeführt, die vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz finanziert wurden und sich mit der wissenschaftlichen Fundierung von Möglichkeiten alterssensibler Bildungsberatung auseinandersetzen.

Zusätzlich zu diesen Forschungsprojekten wurden seit 2010 auch verstärkt (Pilot-)Projekte zur Bildungsberatung älterer Menschen mit dem Fokus auf der nachberuflichen Phase durchgeführt. In verschiedenen Bundesländern zeigen sich erste Aktivitäten in Richtung der Entwicklung einer Bildungsberatung für ältere Menschen. Entsprechend der Fokussierung auf informelles Lernen als neue, alltagsnahe Lernform älterer Menschen und der Bedeutung der wohnortnahen Bildungsinfrastruktur für ältere Menschen etabliert sich in den letzten Jahren eine verstärkte Diskussion rund um den Begriff Community Education. Der Fokus liegt dabei darauf, eine Infrastruktur aufzubauen, die insbesondere bildungsbenachteiligten Gruppen

formales, non-formales und informelles Lernen ermöglicht und damit neue Zielgruppen für Weiterbildung erreicht. Die Fokussierung von Community Education wurde in der Aktionslinie 6 der Strategie zum Lebensbegleitenden Lernen (Republik Österreich 2011) festgelegt. Zum Aufbau einer wohnortnahen Bildungsinfrastruktur wurden in den letzten Jahren Pilotprojekte durchgeführt, deren Innovationspotenzial in der Kooperation mit regionalen Partnerorganisationen lag. Beispielhaft seien hier etwa sieben Regionaltagungen des Landes Steiermark genannt, in denen unter dem Motto „Lesen kennt kein Alter(n)“ Bibliothekar_innen im Umgang mit älteren Menschen geschult wurden. Evaluationen und weitergehende weiterführende Forschungsaktivitäten lassen sich hierzu aber nicht finden.

Projekte zum intergenerationellen Lernen wurden in den letzten Jahren österreichweit erprobt und gefördert. Diese reichten von Projekten von älteren Menschen gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen über die Arbeit von Besucher_innen von Tageszentren für asylwerbende und wohnungslose Menschen bis zu Modellprojekten zu intergenerationellen Lernen. Eine praxisnahe Betrachtung solcher Projekte findet sich im Leitfaden zu intergenerativen Projekten, welcher vom BMASK initiiert wurde. Generell gilt es für den intergenerativen Projektbereich und auch Lernprozess zwischen einem miteinander-, voneinander- und übereinander Lernen zu unterscheiden (Franz 2008). Intergenerationelles Lernen findet zwar in einer Vielzahl von Projekten und Organisationen statt, verfügt allerdings (noch) nicht über einen institutionellen Rahmen, der intergenerationelle Lehr- und Lernarrangements nachhaltig sichern könnte. In diesem Zusammenhang ist auch bedeutend, dass die wissenschaftliche Erforschung oder Evaluierung von intergenerationellen Lernformen und -projekte bis auch einzelne Ausnahmen (siehe u.a. Findenig 2017) in Österreich noch unzureichend ist.

Der „Bundesplan für Seniorinnen und Senioren“ (2012) hat in Bezug auf „Altern und Medien“ zum Ziel, einen flächendeckenden Zugang von älteren Frauen und Männern zu den neuen Medien sowie Informationen zur sicheren Nutzung und Stärkung ihrer Medienkompetenz zu schaffen. Dies soll durch den Ausbau von wohnortnahen, niederschweligen, barrierefreien und bildungsfördernden Angeboten für Frauen und Männer in der nachberuflichen Lebensphase in ganz Österreich gewährleistet werden. Die Daten zeigen Anstiege in der Internetnutzung älterer Menschen im Beobachtungszeitraum, wobei dieser Anstieg in der Altersgruppe 70+ höher ausfällt als in der Gruppe der 60-69-Jährigen. Für das Jahr 2014 sind die Daten geschlechtsspezifisch vorhanden und belegen eine starke Digital Divide nach Geschlecht.

Eine zentrale Herausforderung der Senior_innenbildung ist die sozial ungleiche Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Dies wird auch dadurch verdeutlicht, dass die Internetnutzung in einer repräsentativen Befragung von Personen zwischen 55 und 75 Jahren in Österreich 2013 einen zentralen Prädiktor der Realisierung von Bildungsinteresse in konkrete Bildungsbeteiligung darstellt. In ganz Österreich wurden in den letzten Jahren verstärkt sowohl Forschungs- als auch Bildungs-Projekte durchgeführt, die einen Einstieg älterer Menschen in Informations- und Kommunikationstechnologien erleichtern sollen. Einerseits liegt der Fokus dabei auf der Durchführung von Computerkursen für ältere Menschen, andererseits auf der Erarbeitung von alterssensibler Didaktik in Bezug auf neue Technologien und der Erstellung von Informationsbroschüren und Ratgebern.

Als Initiativen können etwa Broschüren für Senior_innen zum Thema „Das Internet sicher nutzen“ genannt werden, die 2017 in aktualisierter Auflage erschienen ist, sowie der Folder für Senior_innen „Betrug im Internet – so schützen Sie sich“ (Neuaufgabe 2017) und die „A1 Broschüre für SeniorInnen: Internet einfach erklärt“ (2015), die auf der vom Österreichischen Institut für angewandte Telekommunikation (ÖIAT) erstellte Plattform saferinternet.at und digitalsenioren.at veröffentlicht werden. Seit 2010 stehen dort darüber hinaus umfangreiche Unterlagen für Trainer_innen zur Verfügung, die mit älteren Menschen arbeiten. Im Auftrag des BMASGK organisierte das ÖIAT zudem 2018 bereits zum fünften Mal das Forum „SeniorInnen in der digitalen Welt“ und veröffentlichten im selben Jahr einen Leitfaden zu „Qualitätskriterien für seniorInnengerechtes Lehren und Lernen mit digitalen Technologien“. Ebenfalls im Auftrag des BMASK bietet das Österreichische Institut für angewandte Telekommunikation als Koordinationsstelle seit dem Jahr 2017 erstmals Bildungsanbietern und Bildungsanbieterinnen im Bereich „Seniorinnen und Senioren und digitale Medien“ die Möglichkeit, ihr Angebot als Good Practice-Projekt auszeichnen zu lassen.

Das Bundeskanzleramt förderte in den Jahren 2012 und 2013 das Projekt „Seniorkom.at – Wir vernetzen die Generation“. Im Rahmen dieser Initiative wurden in ganz Österreich intergenerative Schulungen und Veranstaltungen durchgeführt, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf dem Thema „e-government“ lag. Zusätzlich wurde die Erstellung von Informationsbroschüren zum Thema gefördert.

Zur Frage der kulturellen Teilhabe im Wege über Medien haben ebenfalls im Bundesplan (2016) Eva Flicker und Nina Formanek berichtet (zusammenfassend). Der Bundessenioren-

und -seniorinnenplan 2010 behandelt zwei zentrale Problemfelder: mediale Altersdarstellungen sowie den *digital divide* zwischen den Generationen. Mediale Bilder reproduzieren Vorurteile über Alte/r/n und bewegen sich zwischen *Jugendlichkeitsidealisierung* und *Altersdefizitmodell*. Die Verfügbarkeit von neuen, digitalen Medien sowie deren kompetente Nutzung, spielen heutzutage im Alltag eine immer wichtigere Rolle. Quantitativ ist vielfach belegt, dass ältere Menschen über geringere Medienkompetenz verfügen als Jüngere und sie auch über geringere mediale Ausstattung verfügen. Gleichzeitig muss kritisch angemerkt werden, dass nicht alle Älteren sich mit neuen Medien auseinandersetzen wollen und in ihrem gewohnten Alltag auch gut ohne diese zurechtkommen. Trotzdem gilt, dies zeigen Forschungen seit langem, dass niederschwellige und zielgruppenspezifische Beratung und Informationsangebote zur Nutzung neuer Medien, ein wichtiger Motor zur Förderung der Medienkompetenz von älteren Menschen sind.

Seit 2010 sind im deutschsprachigen Raum rund 20 neue Publikationen zur Mediennutzung bzw. Darstellung älterer Menschen in den Medien erschienen. Das empirische Interesse für das Feld bleibt nicht nur ungebrochen, sondern wird für einen breiteren Kreis an Forscher_innen relevant.

Die jüngeren Studien zur Darstellung des Alterns in den Medien können eine dezente Ausdifferenzierung aufzeigen. Insbesondere im Kinofilm aber auch im Fernsehen sind die Rollen und damit verknüpfte Altersbilder differenzierter, alltagsnäher und glaubwürdiger inszeniert als in den Jahren und Jahrzehnten davor. Es wird die These widerlegt, dass mediale Altersdarstellungen einseitig und polarisierend sind. Filmanalysen widmen sich den bisher tabuisierten Themen Sterben und Tod im Film. Insgesamt aber stellen ältere Menschen als Protagonist_innen in Filmen meist die Minderheit. Wenn ältere Schauspieler_innen in Filmen zum Thema Sterben und Tod Hauptrollen übernehmen, dann ist es meist gerade ihr Alter, dem ein besonderes Werbe- und Wirkungspotential zugeschrieben wird.

In den letzten Jahren brechen erfolgreiche Kinofilme mit den Tabus Sterben, Tod und Sexualität im Alter. Allerdings bleibt offen, ob diese realitätsnäheren Darstellungen von Lebensverhältnissen im Alter einen generellen Trend einleiten und aus dem Kinofilm auch vermehrt in andere Medienformate diffundieren werden. Anders als im Kinofilm, der neue Altersbilder anbietet, zeigen Studien zu anderen Medien vielfach noch eine Fortschreibung stereotyper

Altersbilder. Gerade in der Werbung hält sich das Klischeebild der junggebliebenen, aktiven Älteren beständig, indem diese als kaufkräftige Zielgruppe angesprochen werden.

Eine Analyse führender österreichischer und deutscher Printmedien des Jahres 2012 zeigt, wie auch ein auf den ersten Blick positives Altersbild, die *jungen Alten*, diskriminierend wirkt: Einerseits fungiert dieses als Stereotyp und widerspricht der tatsächlichen Vielfalt an Lebensweisen im Alter, andererseits übt dieses in Verbindung mit neoliberalen Markt- und Werbestrategien einen beträchtlichen Druck auf ältere Menschen aus, möglichst lange wirtschaftlich aktiv und erwerbstätig oder zumindest kaufkräftig zu bleiben.

Sechs Stellen der mittelbaren oder unmittelbaren öffentlichen Verwaltung auf Länder- oder Bundesebene bzw. Interessensvertretungen gaben an, im Zeitraum von Jänner 2012 bis Juni 2015 Maßnahmen gesetzt zu haben, die realitätsnähere Altersbilder fördern sollen. Etwa verleiht der Senior_innenbund bereits seit einigen Jahren den Medienpreis, die *Senioren-Rose* bzw. die *Senioren-Nessel* für besonders positive bzw. veraltete Medienbilder von Älteren. Der Senior_innenbund merkt jedoch an, dass trotzdem noch vorurteilsbehaftete Images vom Altern vorherrschend seien und hier noch einiges an Aufklärungsbedarf bestehe.

Daten zeigen, differenziert nach Altersklassen, dass trotz der zunehmenden Ausstattung der Haushalte mit einem PC, derzeit ältere Menschen den Computer noch immer signifikant seltener nutzen als Jüngere, wobei sich dies in den kommenden 15 Jahren stark verändern kann. Ältere Nutzer_innen sind hier im Vergleich zu den zugänglichen Daten der Media Server Studie in zwei Altersklassen unterteilt. Demnach fällt besonders die Altersklasse der 65- bis 74- Jährigen auf; sie nutzte den Computer in den letzten 12 Monaten der Befragung mit 49% deutlich seltener als alle anderen Altersgruppen. Analog dazu liegt in dieser Altersklasse der Anteil jener Personen, die den Computer noch nie genutzt haben mit 43% weit über den Werten der anderen Altersklassen.

Wie schon 2010 zeigt sich gerade in den höheren Altersklassen eine Geschlechterdifferenz bei der Computer- und Internetnutzung – am stärksten bei über 55-Jährigen: 22% der Männer haben Computer noch nie genutzt) bzw. 25% der Männer haben Internet noch nie genutzt) der Männer und 40% der Frauen haben Computer noch nie genutzt bzw. 46% der Frauen haben Internet noch nie genutzt. Diese Daten verweisen auf einen *digital divide* nach Alter und Geschlecht.

Die mobile Internetnutzung mit Smartphone, Tablet, Netbook etc. hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Gerade dieses vergleichsweise junge Segment der Mediennutzung verdeutlicht, dass sich jüngere und ältere Nutzer_innen bei der Nutzung neuer Medien und Kommunikationstechnologien stark unterscheiden.

Die weitere wissenschaftliche Erforschung des Feldes wird insbesondere durch drei Studien des BMASK, zur Medienkompetenz von Frauen 60plus, zu Maßnahmen für Senior_innen in der digitalen Welt sowie zur Praxis seniorengerechter Produktgestaltung von Smartphone, Tablets & Co, vorangetrieben. Das BMASK bietet außerdem explizit ein Projekt für ältere Frauen an: „Akademie und Lernnetzwerk für Seniorinnen – maßgeschneidertes Bildungsangebot für ältere Frauen in der nachberuflichen Lebensphase zur Nutzung von PC und Internet“.

Die Breitband-Offensive, eine gesetzliche Maßnahme des Bundesministeriums für Verkehr, Information und Technik, ist nicht auf die Zielgruppe der Älteren ausgerichtet, der verbesserte Internetzugang kommt allerdings trotzdem besonders älteren User_innen zugute, da viele von ihnen stärker auf die Nutzung zu Hause angewiesen sind.

Die äußerst umfangreiche vom Österreichischen Institut für angewandte Telekommunikation durchgeführte Studie zu „Maßnahmen für Senior/innen in der digitalen Welt“ zeigt, dass ältere User_innen ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis hinsichtlich der Nutzung des Internets äußern, da sie Sorge vor Datenmissbrauch und Eingriffen in ihre digitale und nicht-mediale Privatsphäre haben. Gleichzeitig wächst in den höheren Altersklassen der Anteil der Online-shopper_innen schnell. Soziale Netzwerke, E-Government und mobile Geräte bzw. Apps werden demgegenüber von älteren Nutzer_innen weniger häufig gebraucht als von Jüngeren.

Trotz grundsätzlicher Aufgeschlossenheit gibt es verschiedene Hürden, welche die Internetnutzung älterer Menschen beschränken (z. B. geringe Selbsteinschätzung von Kompetenzen, fehlende Ressourcen, mangelnde Usability von Geräten). Folglich ist eine wertschätzende Auseinandersetzung mit der Zielgruppe, die statt auf Vorurteilen auf positiven Altersbildern basiert notwendig. Außerdem braucht es neben lokalen Angeboten eine neutrale Beratung im Verkauf. Unter Rahmenbedingungen für Angebote der Medienbildung werden zahlreiche praktische Tipps zur Gestaltung von Kursen (Kleine Gruppen, Flexibilität der Gestaltung, entspanntes Setting, Genderaspekte, Raum- und Geräteausstattung, etc.) formuliert und ausführliche Praxisleitfäden zu Methodik und Didaktik empfohlen.

Kapitel 2 - Tableau der Dimensionen/Indikatoren

Christian Bischof, Ines Findenig, Anton Amann

2.1 Zugang zum gestellten Thema

Die Beteiligung älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben auf freiwilliger Basis (freiwilliges bürgerschaftliches Engagement) hat in den letzten Jahren beträchtlich an Aufmerksamkeit gewonnen. Subjektive und kollektive Nutzenerwartungen spielen dabei keine geringe Rolle. So haben Forschungen längst erwiesen, dass freiwilliges Engagement die Lebensqualität erheblich stabilisieren, den objektiven Gesundheitszustand und das subjektive Wohlbefinden verbessern sowie die Einbindung in soziale Kontaktnetze verdichten.

Die theoretischen Konzepte stellen sich aber sehr unterschiedlich dar, es sind eine Vielfalt terminologischer Bestimmungen am Werk und die konzeptuellen Ansprüche unterschiedlich hoch. Das führt auch dazu, dass gerade die begrifflich-konzeptuell komplexeren Entwürfe häufig im Stadium des Entwurfs verbleiben, weil ihre empirische Einlösbarkeit an mangelnden Daten scheitert. Dort, wo die Begriffsordnungen an gegebenen Daten orientiert sind, vertreten sie kaum einen theoretischen Anspruch. So sind z. B. im 1. Österreichischen Freiwilligenbericht 10 empirische Aktivitätsdimensionen ausgewiesen, die aber nur tendenziell konzeptuell integriert sind. Die Voraussetzungen und Randbedingungen praktischen Engagements sind weniger gut dokumentiert als die relativen Häufigkeiten des Engagements in verschiedenen Bereichen, und manche Fragen sind überhaupt nicht geklärt: z. B. jene danach, wie das Postulat, freiwillige Tätigkeit solle keine Arbeitsplätze wegnehmen, rechtlich und finanziell funktionieren kann.

Zunächst galt es, alle für Österreich erreichbaren und thematisch relevanten recherchierten Forschungsberichte zu sichten und die in ihnen vorhandenen Dimensionen zum Thema zu dokumentieren sowie die Indikatoren, mit denen diese Dimensionen gemessen wurden. Um ein Ergebnis vorweg zu nehmen: Es wurden 44 Berichte aus der Zeit zwischen 1999 und 2016 gesammelt. Als Ergebnis dieses Schrittes wird ein Tableau der bisher entwickelten Dimensionen von Teilhabe erstellt. Aus diesen Dimensionen werden sich in der weiteren Analyse Bezüge zu den Feldern Politik, Wirtschaft, Soziales, Kultur ergeben, die in ein theoretisches Konzept gebracht werden können, das keinen Begriffsüberschuss über die Empirie hinaus enthält, aber doch vorhandene Empirie zu konzeptueller Konstruktion nützt.

2.2 Tableau-Konzept

2.2.1 Ausgangspunkte

In der vorliegenden Arbeit wird der Begriff Tableau in der alten Weise einer Tabelle/Übersicht verwendet, die für einen definitiv umrissenen Themenbereich Bestandteile/Elemente und Beziehungen zwischen ihnen anschaulich machen soll, ohne diese im Detail zu beschreiben. Ein solches Tableau hat idealtypischen Charakter und dient der Analyse als heuristisches Instrument.

Eingedenk des Prinzips, dass unser Teilhabekonzept (vgl. das Schema im vorigen Kapitel) Voraussetzungen für Teilhabe, Teilhabe als spezifische Aktivität sowie Folgen von Teilhabe beinhaltet, wird dieses Tableau in zwei Schritten aufgebaut:

- Zuerst wird mit Bezug zum österreichischen „Bundesplan für Seniorinnen und Senioren“⁶ ein Raster an Themenbereichen vorgestellt werden,
- zweitens kann dieser Raster um zusätzliche in der Recherche zu diesem Projekt gefundene Dimensionen/Indikatoren erweitert werden.

Die folgende Übersicht aus dem Bundesplan ist unter zwei leitenden Gesichtspunkten entwickelt worden: a) die taxative Nennung der Themenbereiche, die den Bundessenioren_innenplan in Österreich konstituieren und b) die beispielhafte Nennung von Dimensionen, auf denen diese Themen mithilfe von Indikatoren empirisch gemessen werden könnten. Die in dieser Tabelle vorgegebenen Themenbereiche wurden zwischen 2007 und 2008 in einem eigenen Projekt unter Beiziehung von Wissenschaft, Politik und Sozialverwaltung als die damals in Österreich maßgebenden festgelegt.

⁶ Alter und Zukunft - Wissen und Gestalten. Forschungsexpertise zu einem Bundesplan für Seniorinnen und Senioren. Endbericht. Wissenschaftliche Leitung Anton Amann. Wien 2010 (Wiener Institut für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik).

Bereich Bundesplan	Dimensionen
Gesellschaftliche und politische Partizipation	Potenziale, Ressourcen, Aktivität/Aktivierung, Selbstwirksamkeit, Partizipationsbereitschaft vs. Partizipationsrealität, Mobilität, Zeitmanagement, Gelegenheitsstrukturen, Altersbild (Selbst-/Fremdbild), Leistung
Ökonomische Lage, soziale Differenzierung und Generationengerechtigkeit	Risikolage/Risikogruppen, Armutsgefährdung; Schlechterstellung nach Geschlecht, Alter, Pensionsart; Exklusion; Zufriedenheit mit dem Einkommen; Zugang zu Angeboten, öffentlichen Leistungen
Ältere Arbeitskräfte und „Arbeit“ im Alter	Struktur- und Individualpotenziale, Erwerbspotenzial, Erwerbsbeteiligung, Arbeitsprozesse, Adaptierung Arbeitsplätze, Wissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten, informelle Lernprozesse, Weiterqualifizierung, Weiterbildung, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitmodelle, Betriebliche Gesundheitsförderung, Wiedereingliederung, Beschäftigungsfähigkeit, Belastungen
Gesundheitsförderung und Gesundheitssituation	Gesundheitsstatus, Gesundheitsverhalten, Bedürfnisse Hochaltriger, Beeinträchtigungen, Stürze, Mangelernährung, Gesundheitskompetenz, Vorsorgeuntersuchung, professionelle Betreuung, Effektivität der Betreuung, Screening, Assessment, Rehabilitation, intellektuelle Behinderung, Risikofaktoren, Down-Syndrom, Demenz, Empowerment, Handlungskompetenz, Mobilisation
Bildung und lebensbegleitendes Lernen	Bildungsbeteiligung, formales/non-formales/informelles Lernen, intergenerationelles Lernen, Bildungseffekte, Bildungsberatung, Gedächtnis, soziale Teilhabe (active citizenship), Lernbiographie, Lernmotivation, Bildungsarmut, Qualität, Sozialisation, Generativität, Gesundheitsförderung, Selbstbestimmung
Alter- und Genderfragen: Die besondere Lage älterer Frauen	Ungleichheitslagen nach Geschlecht – Durchschnittseinkommen, Armutsgefährdung, Bildungsabschlüsse, Einpersonenhaushalte (Singularisierung) und Anteile in Anstaltshaushalten, Gesundheitssituation inkl. Einschränkungen bei Alltagsä-

	tigkeiten (EU-SILC), Kumulation von Benachteiligungen (Armut, Isolation, Krankheit)
Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse, soziale Beziehungen	Generationenspezifische Werthaltungen/Einstellungen bezüglich Arbeit und Beruf, Geld, Sparsamkeit, Schulden, Sich-etwas-Leisten, Pünktlichkeit, Fleiß, Ordnung, Disziplin, Sauberkeit (materialistisch/postmaterialistisch); intergenerationelle Hilfe- und Pflegeleistungen, Hilfe in Notfällen, finanzielle Transfers, positive/negative gegenseitige Einschätzungen zwischen Generationen
Wohnbedingungen, Technik und Mobilität	Wohnfläche, Wohnstandard, Wohnzufriedenheit, Wohnungseigentum; selbständiges Wohnen, Wohnen in Institutionen; Wohndauer, Wohnmobilität; Unfälle in der Wohnung, Verkehrsteilnahme, Sicherheitsgefühl, gewünschte Wohn- und Pflegeformen im Alter
Pflege und neue Betreuungsformen	Pflegebedürftige, stationär/mobil, teilstationär wie Tagesbetreuung, Gesundheitszustand subjektiv, Krankheiten chronisch; spezielle Pflegeformen; Multiborbidität, Demenzerkrankte, Beschäftigte in der Pflege, Weiterbildungsteilnahme, Beratung und Unterstützung für Pflegenden, Qualitätszertifikate für Pflegeeinrichtungen
Soziale Sicherheit, Sozial- und Konsumment_innenschutz	Altersvorsorge, bedarfsorientierte Leistungen, Umverteilungseffekte, Armutsgefährdung, soziale Ungleichheit, Produkte und Dienstleistungen im Gesundheitsbereich
Altern und Medien	Mediennutzung (klassische Medien wie Fernsehen, Radio, Zeitungen, Mediennutzung (neue Medien wie Handy, Computer, Internet), Ausstattung mit Medien nach Haushalten und Alter/Gender
Diskriminierung, Gewalt und Exklusion	Allgemeine Altersdiskriminierung, eigene Diskriminierungserfahrungen, Benachteiligung Älterer im Straßenverkehr, wahrgenommene Kriminalität in der Wohnumgebung, eigene Kriminalitäts-/Gewalterfahrung (Einbruch, Überfall, Misshandlung), Opferhilfe
Sicherung der Infrastruktur und Mobilität	Zufriedenheit mit Versorgung, Entfernung zu Infrastrukturangeboten (Nahversorgung), Autonomie im Alltag, Mobilität (Verkehr), Bildungszugang zu Bildungsangeboten, Zugang zu gesundheitlicher Versorgung

Tabelle 2: Dimensionen Bundesplan

Während in der vorigen Tabelle die Dimensionen zu den einzelnen Themenbereichen genannt wurden, sind in der folgenden die Indikatoren zu den jeweiligen Themenfeldern/Dimensionen angeführt. Diese Indikatoren wurden allerdings aus europäischen Statistiken gewonnen und

nicht in der empirischen Analyse für die genannten Themenbereiche eingesetzt.

Bereich Bundesplan	Indikator
Gesellschaftliche und politische Partizipation	Aktivitäten im letzten Jahr
	Alter verhindert Dinge zu tun
	Zufriedenheit mit Leben
	Persönliches Interesse an Politik
	Unentgeltliche bzw. freiwillige Arbeit bei Wohltätigkeitsorganisationen/-veranstaltungen
	Teilnahme an Aktivitäten einer politischen Organisation oder Bürger_inneninitiative
	Gefühl nicht mehr so richtig dazugehören
Ökonomische Lage, soziale Differenzierung und Generationengerechtigkeit	Ratio Einkommen Pensionist_innen zu unselbständigen Erwerbstätigen - arithmetisches Mittel
	Ratio Einkommen Pensionist_innen zu unselbständigen Erwerbstätigen - Median
	Zufriedenheit mit gesamtem Haushaltseinkommen
	Regelmäßiges Ausüben von mit Kosten verbundenen Freizeitaktivitäten
	Auskommen mit Netto-Haushaltseinkommen
Ältere Arbeitskräfte und „Arbeit“ im Alter	Unselbständig Beschäftigte, neue Berechnungsmethode (ab 2008)
	Arbeitslosenquote
	Zugangsalter Eigenpension: Alterspensionen
	Zugangsalter Eigenpension: Invaliditäts-/ Erwerbsunfähigkeitspensionen
	Zugangsalter Eigenpension: gesamt
Gesundheitsförderung und Gesundheitssituation	Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren
	Gesunde Lebensjahre im Alter von 65 Jahren
	Anteil gesunde Lebensjahre an der gesamten Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren
	Allgemeiner Gesundheitszustand
	Chronische Krankheit
	Depressive Symptome
	Körperlich anstrengende Aktivitäten
	Schwierigkeiten im Alltagsleben
	Schwierigkeiten instrumentelle Tätigkeiten
	Moderate körperliche Anstrengungen
	Übergewicht (Body-Mass-Index)
Bildung und lebensbegleitendes Lernen	Teilnahme an einem Fort- oder Weiterbildungskurs
Alter- und Genderfragen: Die besondere Lage älterer Frauen	Singlehaushalte
	Alleinlebend und Armutsgefährdung nach Sozialleistungen bei 60% des Medians
	Einschränkung bei Alltagstätigkeiten durch gesundheitliches Problem
Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse, soziale Beziehungen	Auf Enkelkinder aufgepasst
	Hilfe bei persönlicher Pflege oder bei Haushaltstätigkeiten erhalten
	Anderen Personen Hilfe bei persönlicher Pflege oder bei Haushaltstätigkeiten gegeben
	Anteil der eigenen Kinder am sozialen Netzwerk
	Durchschnittlicher Kontakt mit Kindern
	Treffen mit Freunden oder Verwandten, um gemeinsam zu trinken oder zu essen

Bereich Bundesplan	Indikator
	Vertrauen in andere Menschen
	Zufriedenheit mit dem sozialen Netzwerk
	Größe des sozialen Netzwerk
Wohnbedingungen, Technik und Mobilität	Zufriedenheit mit Wohnsituation
	Wohnungsumgebungsbelastung
Pflege und neue Betreuungsformen	Pflegegeldbezieher_innen je 100.000 Einwohner
Soziale Sicherheit, Sozial- und Konsumentenschutz	Armutsgefährdung nach Sozialleistungen bei 60% des Medians
	Erhebliche materielle Deprivation
	Finanzielle Deprivation
	Manifeste Armut
Altern und Medien	Internet-Anschluss
	Vorhandensein eines PCs/Laptops im Haushalt
	Regelmäßiges Lesen einer Tageszeitung
Diskriminierung, Gewalt und Exklusion	Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend
	Sicherheitsgefühl nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in eigenen Wohngegend unterwegs zu sein
	Sorge Opfer einer Gewalttat zu werden
Sicherung der Infrastruktur und Mobilität	Vorhandensein eines privaten PKWs im Haushalt

Tabelle 3: Indikatoren Bundesplan. Quelle: Amann, A., Bischof, Ch., Leitgeb, E., Weiterentwicklung eines Systems des Alters-Monitoring für die Gruppe der über 50-Jährigen. Forschungsbericht. Wien 2014 (ipr-Sozialforschung - Dr. R. Költringer)

Nun ist klar, dass die Dimensionen/Indikatoren in diesen Übersichten nach Voraussetzungen, Aktivitäten und Folgen der Teilhabe geordnet werden könnten. Doch das ist nicht Aufgabenstellung der vorliegenden Arbeit. Der Raster der Themenbereiche aus dem sogenannten Bundesplan ist aber von erheblicher Bedeutung, weil er seit einigen Jahren als Orientierungshilfe für Projekte zur Altersforschung dient, die vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz gefördert werden, und weil die in den recherchierten Berichten genannten Themenbereiche sich samt und sonders in diesen Raster einordnen lassen. Um ein etwas anschaulicheres Bild von diesen Berichten zu geben, werden zuerst einige Strukturmerkmale dargestellt.

2.2.2 Strukturen der Berichte

Wie angemerkt, wurden 44 Berichte in die Analyse einbezogen. Sie stammen aus dem Zeitraum von 1999 bis 2016 und stellen ausschließlich Arbeiten dar, denen empirische Erhebungen zugrunde liegen, während andere Arten von Literatur nicht berücksichtigt wurden.

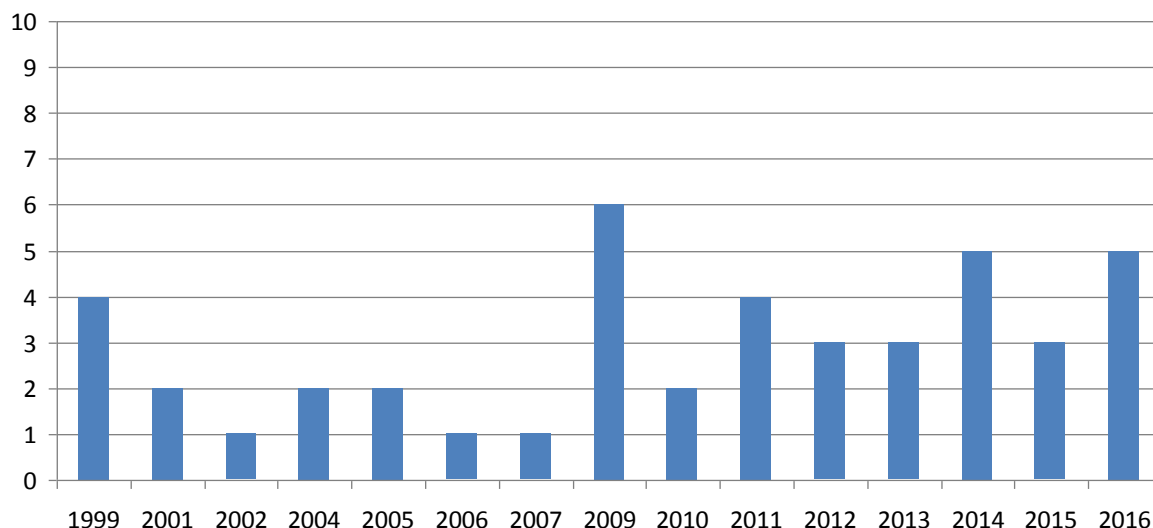


Abbildung 3: Jahr der Studie

Weshalb die Häufigkeiten auf diese Weise verteilt sind, lässt sich nicht bündig beantworten. Ein Grund dürfte aber darin zu suchen sein, dass unter den spärlichen Fördertöpfen für Forschung über Altersfragen das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz in den letzten Jahren verstärkt versucht hat, im allgemeinen Förderniedergang in diesem Themenfeld zumindest eine gewisse Kontinuität aufrecht zu erhalten. Außerdem kennzeichnet die Jahre seit 2000 in Österreich generell ein drastischer Rückgang der Förderung für Altersforschung.

Hauptfördergeber	Anzahl
keine Angabe	17
Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	14
Stadt Wien	5
Land Oberösterreich	2
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung	1
Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung	1
Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger	1
Hochschüler_innenschaft Universität Wien	1
Jubiläumsfond der Österreichischen Nationalbank	1
Vorarlberger Büro für Zukunftsfragen	1
Gesamt	44

absteigend nach Häufigkeit

Tabelle 4: Hauptfördergeber

Obwohl die Grundgesamtheit von 44 Berichten weder einer Zufallsauswahl, noch einer Totalerhebung entsprechen kann, weil graue Literatur ohne bibliographische Fundstellen, im Inter-

net nicht zugänglich gemachte Projektberichte etc. in Rechnung gestellt werden müssen, gibt die Art der methodologischen Zugänge ein deutliches Bild dieser Schwerpunktsetzungen.

Methodologischer Zugang	Anzahl
Quantitativ	27
Qualitativ	8
qualitativ, quantitativ	7
qualitativ, quantitativ, evaluierend	2
Gesamt	44

absteigend nach Häufigkeit

Tabelle 5: Methodologischer Zugang

Komplexe statistische Auswertungsverfahren sind auch bei den 27 quantitativen Zugängen eine ausgesprochene Minorität, während bei den qualitativen Zugängen Versuche einer Operationalisierung von Indikatoren für künftige Erhebungen als Teilergebnis der Analyse völlig fehlen.

Die folgende Übersicht zeigt im Einzelnen, welche Erhebungsinstrumente angewendet wurden. Wiewohl einige interessante neue Techniken zum Einsatz kamen, wird das Gesamtbild einer traditionellen Ausrichtung der Datenerhebung zugerechnet werden können.

Erhebungsinstrumente	Anzahl
persönliche Befragung (Fragebogen)	19
telefonische Befragung (Fragebogen)	19
Interview	10
Leitfadeninterview	7
keine Angabe	4
Fokusgruppe	3
Dokumentenanalyse	2
Fotografie	2
Fragebogen (selbstauffüllend bzw. postalisch)	2
Narratives Interview	2
Beobachtung	1
geriatrische Assessments	1
lernbiografische Interviews	1
online Befragung (Fragebogen)	1
Sozialraumanalyse, Stadtteilbegehung	1
World Café	1
Gesamt	76

absteigend nach Häufigkeit

Projekte verwendeten z.T. mehrere Erhebungsinstrumente

Tabelle 6: Erhebungsinstrumente

Schließlich mag noch von Interesse sein, welche Themenbereiche des Gesamtrahmens mit welchen Forschungszugängen bedacht wurden. Darüber gibt die folgende Übersicht im Detail Auskunft.

Themenbereiche und Forschungszugang	quantitativ	qualitativ	evaluierend
Gesellschaftliche und politische Partizipation, Freiwilligenarbeit, Lebensqualität	25	9	1
Ökonomische Lage, soziale Differenzierung und Generationengerechtigkeit	7	3	0
Ältere Arbeitskräfte und „Arbeit“ im Alter	8	2	0
Gesundheitsförderung und Gesundheitssituation	13	2	0
Bildung und lebensbegleitendes Lernen	6	4	1
Alter- und Genderfragen: Die besondere Lage älterer Frauen	3	3	0
Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse, soziale Beziehungen	13	7	0
Wohnbedingungen, Technik und Mobilität	5	0	0
Pflege und neue Betreuungsformen	4	5	0
Soziale Sicherheit, Sozial- und Konsumentenschutz	1	0	0
Altern und Medien	4	1	0
Diskriminierung, Gewalt und Exklusion	1	1	0
Ältere Migrantinnen und Migranten	4	1	0
Sicherung der Infrastruktur und Mobilität	5	1	0
Gesamt	99	39	2

Tabelle 7: Themenbereiche und Forschungszugang

2.2.3 Gesamtbild der Dimensionen/Indikatoren

Wie mehrfach erwähnt, wird der Raster der Themenbereiche aus dem Bundesplan in der vorliegenden Analyse beibehalten, da er breit genug ist, um alle recherchierten Themenbereiche und Dimensionen aufzunehmen. Nun interessiert an erster Stelle, wie viele Indikatoren in den 44 Studien für diese Themenbereiche tatsächlich entwickelt wurden. Die Anzahl der Indikatoren gibt hier keine Auskunft über eine Unterschiedlichkeit der Dimensionen, der gleiche Indikator kann durchaus in verschiedenen Operationalisierungskonzepten vorkommen. Die Anzahl der Indikatoren gibt die Summe der verwendeten Indikatoren in allen Themenbereichen wieder. Es handelt sich jedoch nicht um unterschiedliche Indikatoren.

Themenbereiche	Anzahl Indikatoren
Gesellschaftliche und politische Partizipation, Freiwilligenarbeit, Lebensqualität	323
Ökonomische Lage, soziale Differenzierung und Generationengerechtigkeit	24
Ältere Arbeitskräfte und „Arbeit“ im Alter	59
Gesundheitsförderung und Gesundheitssituation	50
Bildung und lebensbegleitendes Lernen	87
Alter- und Genderfragen: Die besondere Lage älterer Frauen	48
Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse, soziale Beziehungen	87
Wohnbedingungen, Technik und Mobilität	9
Pflege und neue Betreuungsformen	36
Soziale Sicherheit, Sozial- und Konsumentenschutz	4
Altern und Medien	20
Diskriminierung, Gewalt und Exklusion	5
Ältere Migrantinnen und Migranten	62
Sicherung der Infrastruktur und Mobilität	14
Gesamt	828

Tabelle 8: Themenbereiche und Anzahl der Indikatoren

Es überrascht natürlich nicht, dass der Themenbereich Partizipation in dieser Liste führt, da die Suchlogik auf Teilhabe abgezielt war. Eher überraschend ist allerdings, dass es offenbar einige sehr unterbelichtete Bereiche gibt, wie Diskriminierung und Gewalt oder Wohnen, Technik und Mobilität, die ja doch in der Lebenspraxis der Älteren von erheblicher Bedeutung sind. Allerdings sind nicht alle dieser 828 Indikatoren in derselben methodologischen Vorgangsweise gewonnen worden, wie folgende Übersicht deutlich macht.

Themenbereiche		qualitativ	quantitativ	evaluierend	Gesamt
Gesellschaftliche und politische Partizipation, Freiwilligenarbeit, Lebensqualität	Aktivitäten	11	14	0	25
	Angebote für Senior_innen	0	2	0	2
	Exklusion	1	5	0	6
	Freiwilligenarbeit	10	123	0	133
	Kohärenzgefühl	7	19	0	26
	körperliche Aktivitäten	2	3	0	5
	kulturelle Partizipation	2	3	0	5
	Lebensqualität	16	12	0	28
	politische Partizipation	1	15	0	16
	Projektbewertung	0	7	0	7
	soziale Partizipation	12	19	0	31
	Sozialraum	29	7	0	36
Spenden für soziale/ gemeinnützige Zwecke	1	2	0	3	
Ökonomische Lage, soziale Differenzierung und Generationengerechtigkeit	Makroebene	0	2	0	2
	Ökonomische Lage	2	18	0	20
	soziale Differenzierung	3	3	0	6

Ältere Arbeitskräfte und „Arbeit“ im Alter	Arbeitszufriedenheit	0	4	0	4
	Förderung älterer Arbeitnehmer_innen	0	7	0	7
	Gesundheitszustand	0	13	0	13
	Makroebene	0	5	0	5
	Relevanz der Erwerbstätigkeit Älterer	0	4	0	4
	Ruhestand	3	17	0	20
	Teilzeit im Alter	0	6	0	6
Gesundheitsförderung und Gesundheitssituation	Einschränkungen	3	9	0	12
	Gesundheitssystem	0	1	0	1
	Gesundheitszustand	2	24	0	26
	körperliche Aktivitäten	0	8	0	8
	Makroebene	0	3	0	3
Bildung und lebensbegleitendes Lernen	Bildungsteilnahme	4	24	0	28
	formales/non-formales/informelles Lernen	0	5	0	5
	Lernbiographie	0	5	0	5
	Lerneinstellung	9	7	0	16
	Projektbewertung	13	0	20	33
Alter- und Genderfragen: Die besondere Lage älterer Frauen	Bildungsteilnahme	6	0	0	6
	Freiwilligenarbeit	0	1	0	1
	Gesundheitszustand	0	6	0	6
	Lebensqualität	0	4	0	4
	Lerneinstellung	3	0	0	3
	Makroebene	0	2	0	2
	Möglichkeiten und Fähigkeiten	4	0	0	4
	Ökonomische Lage	0	1	0	1
	politische Partizipation	5	0	0	5
	Sicherheitsempfinden	0	3	0	3
	soziale Beziehungen	0	12	0	12
Wohnsituation	0	1	0	1	
Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse, soziale Beziehungen	Generationenbeziehungen	2	14	0	16
	Generationenverhältnisse	7	7	0	14
	soziale Beziehungen	16	41	0	57
Wohnbedingungen, Technik und Mobilität	technische Ausstattung	0	1	0	1
	Wohnsituation	1	6	0	7
	Wohnumgebung	0	1	0	1
Pflege und neue Betreuungsformen	Betreutes Wohnen	8	0	0	8
	Betreuung durch die Familie	0	2	0	2
	Makroebene	0	1	0	1
	Nutzung professioneller Hilfeleistungen	0	3	0	3
	Ökonomische Lage	0	1	0	1
	Pflege anderer Personen	1	5	0	6

	Projektbewertung	10	0	0	10
	Wohngemeinschaft	5	0	0	5
Soziale Sicherheit, Sozial- und Konsumentenschutz	Ökonomische Lage	0	4	0	0
Altern und Medien	Informations- & Kommunikationstechnik	11	8	0	19
	Mediennutzung	0	1	0	1
Diskriminierung, Gewalt und Exklusion	Sicherheit	1	1	0	2
	Sicherheitsempfinden	0	3	0	3
Ältere Migrantinnen und Migranten	Aktivitäten	0	2	0	2
	Altersplanung	0	5	0	5
	Betreuungssituation (Sicht Institutionen)	0	10	0	10
	Einschränkungen	0	1	0	1
	Freiwilligenarbeit	0	7	0	7
	Gesundheitszustand	0	2	0	2
	Identität	0	3	0	3
	Inklusion	0	6	0	6
	Kohärenzgefühl	0	1	0	1
	Lebensqualität	0	1	0	1
	Migrationsbiografie	0	7	0	7
	Ökonomische Lage	0	1	0	1
	soziale Beziehungen	0	7	0	7
	soziale Partizipation	0	3	0	3
	Soziale Sicherheit	0	1	0	1
	Wohnsituation	0	3	0	3
Zugang zu Leistungen	0	2	0	2	
Sicherung der Infrastruktur und Mobilität	Infrastruktur	5	3	0	8
	Mobilität	1	5	0	6
Gesamt		217	591	20	828

Tabelle 9: Themenvorkommnis in Forschungsarbeiten

Die Indikatoren sind jedoch nicht nur sehr unterschiedlich über die Themenbereiche verteilt, sie beziehen sich auch auf unterschiedlich viele und unterschiedlich breite Dimensionen, die diese Themenbereiche abdecken sollen.

Themenbereiche			Anzahl Indikatoren	
Gesellschaftliche und politische Partizipation, Freiwilligenarbeit, Lebensqualität	Aktivitäten		25	
	Angebote für Senior_innen		2	
	Exklusion		6	
	Freiwilligenarbeit	Ausmaß		31
		Bereich		9
		Beteiligung		41
		Motiv		39
	Organisation		13	
	Kohärenzgefühl		26	
	körperliche Aktivitäten		5	
	kulturelle Partizipation		5	
	Lebensqualität		28	
	politische Partizipation		16	
	Projektbewertung		7	
	soziale Partizipation		31	
Sozialraum		36		
Spenden für soziale/ gemeinnützige Zwecke		3		
Ökonomische Lage, soziale Differenzierung und Generationengerechtigkeit	Makroebene		2	
	Ökonomische Lage		20	
	soziale Differenzierung		6	
Ältere Arbeitskräfte und „Arbeit“ im Alter	Arbeitszufriedenheit		4	
	Förderung älterer Arbeitnehmer_innen		7	
	Gesundheitszustand		13	
	Makroebene		5	
	Relevanz der Erwerbstätigkeit Älterer		4	
	Ruhestand		20	
	Teilzeit im Alter		6	
Gesundheitsförderung und Gesundheitssituation	Einschränkungen		12	
	Gesundheitssystem		1	
	Gesundheitszustand		26	
	körperliche Aktivitäten		8	
	Makroebene		3	
Bildung und lebensbegleitendes Lernen	Bildungsteilnahme		28	
	formales/non-formales/informelles Lernen		5	
	Lernbiographie		5	
	Lerneinstellung		16	
	Projektbewertung		33	
Alter- und Genderfragen: Die besondere Lage älterer Frauen	Bildungsteilnahme		6	
	Freiwilligenarbeit		1	

	Gesundheitszustand		6
	Lebensqualität		4
	Lerneinstellung		3
	Makroebene		2
	Möglichkeiten und Fähigkeiten		4
	Ökonomische Lage		1
	politische Partizipation		5
	Sicherheitsempfinden		3
	soziale Beziehungen		12
	Wohnsituation		1
Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse, soziale Beziehungen	Generationenbeziehungen		16
	Generationenverhältnisse		14
	soziale Beziehungen		57
Wohnbedingungen, Technik und Mobilität	technische Ausstattung		1
	Wohnsituation		7
	Wohnumgebung		1
Pflege und neue Betreuungsformen	Betreutes Wohnen		8
	Betreuung durch die Familie		2
	Makroebene		1
	Nutzung professioneller Hilfeleistungen		3
	Ökonomische Lage		1
	Pflege anderer Personen		6
	Projektbewertung		10
	Wohngemeinschaft		5
Soziale Sicherheit, Sozial- und Konsumentenschutz	Ökonomische Lage		4
Altern und Medien	Informations- & Kommunikationstechnik		19
	Mediennutzung		1
Diskriminierung, Gewalt und Exklusion	Sicherheit		2
	Sicherheitsempfinden		3
Ältere Migrantinnen und Migranten	Aktivitäten		2
	Altersplanung		5
	Betreuungssituation (Sicht Institutionen)		10
	Einschränkungen		1
	Freiwilligenarbeit		7
	Gesundheitszustand		2
	Identität		3
	Inklusion		6
	Kohärenzgefühl		1
	Lebensqualität		1
	Migrationsbiografie		7
	Ökonomische Lage		1
	soziale Beziehungen		7

	soziale Partizipation		3
	Soziale Sicherheit		1
	Wohnsituation		3
	Zugang zu Leistungen		2
Sicherung der Infrastruktur und Mobilität	Infrastruktur		8
	Mobilität		6
Gesamt			828

Tabelle 10: Indikatoren insgesamt

Partizipation, Freiwilligenarbeit sowie Bildung und Lernen im Alter sind am stärksten repräsentiert, was allerdings nicht verwundert, weil diese Themen in der einzigen dauerhaft fördernden Einrichtung in Österreich, dem BMASK, zwei Permanenzthemen darstellen. Das gesamte Bild passt punktgenau in die allgemeine Situation der Altersforschung in Österreich. Es ist nur schwer vorstellbar, wie sie in den letzten zwei Jahrzehnten institutionell und thematisch zersplittert und zugleich eingeschränkt geworden ist. Es gibt kaum Nachhaltigkeit in der Themenbearbeitung, theoretische Grundlagenentwicklung ist nicht vorhanden, im Vordergrund steht eine Logik der Gelegenheitswahl: Arbeit an immer wieder einzeln kreierte Projekten, die gerade durch einen glücklichen Umstand bewilligt werden, aber kaum an Projekten, die in einer Institution im Verbund eines Forschungsplanes notwendig sind. Die theoriefundierte sozialwissenschaftliche Alters- und Generationenforschung steht in Österreich vor ihrem endgültigen Absterben. Von den Universitäten wird mittelfristig keine Lösung zu erwarten sein; das ÖAW-Institut für Biomedizinische Altersforschung (Innsbruck) nimmt keine sozialwissenschaftlichen Aufgaben wahr, die Koordinationsstelle für Alter(n) der Universität Graz wurde nach 2-jähriger Vernetzungsarbeit nicht weiter finanziert. Die Mittelkürzungen des ehemaligen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung und des BMASK haben die bisher geförderte Alters- und Arbeitsmarktforschung im außeruniversitären Bereich zum fast völligen Erliegen gebracht. Eine derartige Devastierung einer ganzen Forschungslandschaft wird sich Österreich mit einer alternden Bevölkerung im Spitzenfeld der europäischen Länder auf Dauer nicht leisten können. Im Vergleich zu anderen Ländern mit feststehenden Forschungsprogrammen zum Altern ist die Situation ein Armutszeugnis.⁷ Der Vortrag von Dr. Clemens Tesch-Römer (Deutsches Zentrum für Altersfragen in Berlin) anlässlich des Symposiums zum Bundesseniorenplan im Parlament (2012) hat eindringlich gezeigt, wie weit abgeschlagen wir im Vergleich liegen.

⁷ Die sporadisch geförderten Projekte durch FWF etc. sind hier nicht in Betracht zu ziehen, weil die Kontinuität fehlt.

Es bedarf einer entschiedenen und dauerhaften Lösung mit einem definierten Finanzierungsvolumen. Dauerhaft muss die Lösung sein, weil anders Kontinuität nicht gewahrt werden kann, die sich vor allem in der Heranbildung von Sachwissen und Fachkompetenz bei Menschen äußert, die dauerhaft in der Sache beschäftigt werden können.

Kapitel 3 - Kontexte empirischer Analysen

Anton Amann (unter Mitarbeit von Anna Fassl)

Dieses Kapitel dient dazu, eine integrierte Übersicht zu den empirischen Teilhabebefunden zu geben, die sich aus der Projektrecherche in Österreich erschlossen haben. In der Auswahl der empirischen Zusammenhänge wurde ausschließlich auf jene Arbeiten Rücksicht genommen, in denen Dimensionen der Teilhabe mit Indikatoren versehen und die gewonnenen Daten statistischen Korrelationsanalysen unterworfen worden waren. Quellenverweise werden mit der in der Rechercheliste (siehe Anhang) vergebenen Nummerierung und der zutreffenden Seitenzahl (z. B. 15: 36) gekennzeichnet. Die Gliederung folgt der im Kapitel 1 vorgenommenen Verteilung für die verschiedenen Teilhabeformen. Die Auswahl vermag nicht alle Zusammenhänge zu erfassen, die in der Forschung von Relevanz sind, sie geben jedoch zumindest wichtige Einblicke.

3.1 Soziale Teilhabe

Im Sinn einer Komplexitätserhöhung von korrelationsstatistisch ausgewiesenen Einzelzusammenhängen müssen Verhaltensbereiche gewählt werden, die durch mehrere und verschiedene Dimensionen abgebildet sind und mit anderen Verhaltensbereichen in nachweisbarer Wechselwirkung stehen. In grober Übereinstimmung mit den empirischen Befunden aus der recherchierten Literatur bieten sich für das Thema soziale Teilhabe vor allem zwei Komplexe an: soziale Netzwerke sowie Bildungsverhalten einerseits und ehrenamtliche Tätigkeit und Freiwilligenarbeit andererseits. Soziale Netzwerke, ihre Ausdehnung, ihre subjektiv erfahrene Qualität sind Ausdruck der Einbindung und Entbindung, die zu einem gegebenen Zeitpunkt die Lage eines Menschen kennzeichnen.

Netzwerke

„Verwitwete Hochaltrige haben tendenziell ein kleineres soziales Netzwerk als verheiratete, sowohl in verwandtschaftlicher als auch in nicht-verwandtschaftlicher Hinsicht. (...) Kinderlose (sowohl „echte“ Kinderlose als auch solche, deren Kinder bereits verstorben sind) verfügen über deutlich weniger Netzwerkpartner [sic!], verwandtschaftlich wie nicht-verwandtschaftlich, als Hochaltrige mit Kindern. (...) Besonders nachteilig wirkt es sich auf die sozialen Beziehungen aus – gemessen an der Größe des sozialen Netzwerks – wenn Kin-

derlosigkeit und Verwitwung zusammenkommen. (...) Heimaufenthalt und soziale Isolation korrelieren miteinander.“ (4: 109)

„Bei den Personen, bei denen die Angaben ‚nie oder maximal 1 x Monat‘ sich mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen zu treffen angegeben sind, besteht ein Zusammenhang mit dem Alter, mit einem höheren Alter nimmt dieser Wert zu. (...) Die sozialen Kontakte nehmen also mit dem Alter stark ab und die Gefahr der sozialen Isolation ist hier gegeben. Dieses Ergebnis wird durch die Auswertung der Frage ‚Haben Sie jemanden, mit dem Sie intime und persönliche Angelegenheiten besprechen können?‘ unterstützt. (...) Es besteht bei der ältesten Bevölkerungsgruppe ein großer Mangel an sozialen Kontakten und Möglichkeit zum vertraulichen Austausch. (...) Bei den gemeinnützigen Tätigkeiten zeigt sich wieder ein starker Rückgang der Aktivität bei der Gruppe der älteren Personen. (...) Der Anteil der seltener und nie Aktiven steigt kontinuierlich mit dem Alter, um den höchsten Wert mit 75,7 % bei den über 80-Jährigen zu erreichen. Diese Form, um in gesellschaftlichen Kontakt mit anderen Personen zu kommen, wird also von älteren Personen relativ selten genutzt. Bei den Aktivitäten in der Wohnumgebung zeigen sich keine größeren Unterschiede bei den verschiedenen Altersgruppen. Alle diese Ergebnisse unterstreichen die Gefahr der sozialen Isolation von älteren Personen. Wie sich gezeigt hat, weist die Gruppe der 70- bis 79-Jährigen quer durch alle Auswertungen bereits schlechte Wert auf, welche bei der ältesten Gruppe noch deutlich schlechter ausfallen.“ (11: 191-193)

„Zwischen Frauen und Männern gibt es dabei [soziale Kontakte] so gut wie keine Unterschiede; in Bezug auf das Alter schon: Vor allem bei den höheren Altersgruppen gehen die Sozialkontakte natürlich zurück, da die im Regelfall etwa gleich alten Bekannten nach und nach der Verfügbarkeit entzogen werden. Dessen ungeachtet ist festzustellen, dass auch die Mehrzahl der älteren Menschen in Österreich sehr ausgeprägte gesellschaftliche Kontakte und damit auch soziale Ressourcen und Kompetenzen hat.“ (13: 42)

„Gut funktionierende soziale Netzwerke stehen sowohl bei Frauen als auch bei Männern mit allen Maßzahlen der personalen Ressourcen in Zusammenhang. Es gibt positive Zusammenhänge mit der Lebensqualität und dem Kohärenzsinn und einen negativen Zusammenhang mit der Anomie.“ (32: 125) „Gut funktionierende soziale Netzwerke stehen sowohl bei Frauen als auch bei Männern mit mehr physischer Aktivität in Zusammenhang und bei Männern zusätzlich noch mit besserer Vorsorge.“ (32: 170)

„Den stärksten direkten Effekt auf die wahrgenommene Eingebundenheit hat der Grad der sozialen Partizipation/Zugehörigkeit (...). Wenn man sich also z. B. selbst am Geschehen in der Nachbarschaft beteiligt, engagiert oder mit Menschen der Umgebung befreundet ist bzw.

man sich gegenseitig hilft etc., dann ist auch die subjektiv wahrgenommene Eingebundenheit höher. Auch die Größe der Gemeinde hat einen signifikanten Effekt, wobei die subjektive Eingebundenheit in größeren Gemeinden (hier: größer als 10.000 EinwohnerInnen) höher bzw. in ländlichen Regionen geringer ist (...). Die Anzahl der Sozialaktivitäten hat hingegen keinen signifikanten Effekt auf die subjektive Eingebundenheit (+0,073 | $p > 0,050$). Das Gefühl der Eingebundenheit ist außerdem bei älteren Frauen, die in größeren Haushalten leben, stärker (...), was ebenfalls auf die soziale Relevanz hinweist. Darüber hinaus spielt die mentale Verfassung (depressive Verstimmungen) eine Rolle (...). Also: Bei Depressivität steigt der soziale Rückzug.“ (35: 209-210)

Kontexthypothese Netzwerke aus der Recherche für Österreich:

Die Formen der Netzwerke, die Menschen entwickeln, sind vielfältig, sie entziehen sich einer umfassenden Darstellung, zumal im Wege der empirisch-analytischen Beschreibung. Keinen deutlicheren Hinweis vermag uns unsere Arbeit in diesem Bereich zu geben als das Resultat, dass in einer komplexen statistischen Analyse die eingesetzten Wirkungsfaktoren nur einen geringen Anteil der sogenannten Varianz zu erklären vermögen. Nichts anderes bedeutet das, als zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass eine große Zahl weiterer, nicht berücksichtigter Faktoren ebenfalls Erklärungskraft haben müssen. „Statistik“ und „phänomenologische Reichhaltigkeit“, wie das Paul F. Lazarsfeld einmal genannt hat (Jahoda, Lazarsfeld, Zeisel 1933), wäre hier ein Schritt in die passende Richtung.

Trotzdem: *Einbindung wird über sozioökonomische Merkmale, also Elemente der Lebenslage, mitgeformt, Hochaltrigkeit, Verwitwetsein und Kinderlosigkeit wirken, mitunter sich gegenseitig verstärkend, die Entbindung vorantreibend, hin bis zur Isolation (schwache oder schwächste bzw. nicht vorhandene Integration), wobei diese Zusammenhänge auf spezielle Gruppen zutreffen, denn in der Gesamtschau scheint das Niveau der Eingebundenheit Älterer relativ hoch zu sein, dabei sind Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse deutlich zu unterscheiden; verwandtschaftliche und nicht-verwandtschaftliche Netzwerke wirken unterschiedlich, wobei mit zunehmendem Alter die Kontakthäufigkeit abnimmt, allerdings machen physische Aktivitäten einen positiven Effekt für die Netzwerke aus und tatsächliche Partizipation (z. B. im Wege über die Nachbarschaft und die Haushaltsstruktur oder in kleineren Gemeinden, bei geringer Urbanisierung, Kirchgang, Gasthausbesuch und Besuch von Sportveranstaltungen) beeinflusst die wahrgenommene Eingebundenheit ebenfalls positiv, ältere Frauen in größeren Haushalten profitieren in dieser Hinsicht; depressive Haltung und*

sozialer Rückzug bedingen sich gegenseitig; Lebensqualität, Ausmaß und Dichte sozialer Kontakte, Gesundheit und allgemeine Aktivität hängen untrennbar zusammen. Schwierige Lebenslagen sind in jeder Hinsicht eine schlechte Startvoraussetzung auf dem Wege zur Zielvorgabe eines selbstbestimmten Lebens und die Sozialpolitik/Senior_innenpolitik müsste stärker als bisher durch gestaltenden Eingriff in schwierige Lebenslagen die Ausgangsbedingungen verbessern.

Teilhabeaktivitäten

Netzwerke, Aktivitäten, Ausmaß an Einbindung/Entbindung stehen in engem Zusammenhang mit jener Art von Teilhabe, die unter den Begriffen ehrenamtliche Tätigkeit bzw. freiwilliges Engagement und Freiwilligenarbeit firmieren (eine begriffliche Differenzierung wird hier nicht vorgenommen). Aufgrund des spezifischen konzeptuellen Zuschnittes einiger der recherchierten Studien ist es unvermeidlich, dass soziale Teilhabe immer wieder mit Lernbereitschaft und tatsächlichem Bildungsverhalten kombiniert auftritt.

„Zunächst zeigt sich, dass Personen, die sich engagieren, signifikant jünger und weniger lang aus dem Erwerbsleben ausgetreten sind. So beträgt das Durchschnittsalter von Personen, die sich an mindestens einer Aktivität beteiligen, 69 Jahre, während Personen, die sich an keiner Aktivität beteiligen, durchschnittlich 71 Jahre alt sind. Personen, die sich an mindestens einer sozialen Aktivität beteiligen, haben im Durchschnitt eine Lebensqualität von 38,8 Punkten – und liegen damit durchschnittlich 2,8 Punkte unter jenen, die teilnehmen. Personen, die an mindestens einer sozialen Aktivität teilnehmen, verfügen über mehr soziale Ressourcen als jene, die dies nicht tun. So haben Personen, die teilnehmen, zu 32 % eine Primärausbildung im Tertiärbereich abgeschlossen, während dies nur auf 18 % der Nicht-Teilnehmenden zutrifft. Gleichzeitig fallen Nicht-Teilnehmende häufiger in die unteren Einkommensklassen (35 %) als Personen, die sich engagieren (24 %) und schätzen auch ihre Gesundheit durchschnittlich schlechter ein. So geben 43 % der Nicht-Teilnehmenden einen mittelmäßigen oder schlechten subjektiven Gesundheitszustand an, während dies nur 26 % der Teilnehmenden tun. Zudem leben Personen, die sich an einer oder mehreren sozialen Aktivitäten engagieren, häufiger in Partnerschaften und sind weniger häufig alleinstehend (33 % Teilnehmer_innen gegenüber 42,5 % der Nicht-Teilnehmer_innen). Damit zeigt sich: Soziale Aktivitäten, wie die Teilnahme an Ehrenamt, Bildung, Vereinen oder politischen Organisationen, können einen positiven Beitrag zur Lebensqualität in der nachberuflichen Phase leisten. Die Möglichkeit, an diesen teilzunehmen, ist allerdings von sozialen Ressourcen wie Gesundheit, Ein-

kommen oder Primärausbildung abhängig, über die gerade jene Menschen weniger stark verfügen, die eine niedrige Lebensqualität aufweisen.“ (38: 88-89)

„Die persönliche Bereitschaft, eine solche [ehrenamtliche bzw. freiwillige] Tätigkeit zu übernehmen, ist bei jüngeren und höher gebildeten Personen stärker ausgeprägt (...) So sagen Personen, die jünger als 60 Jahre alt sind sowie solche, die noch im Berufsleben stehen und höher gebildet sind, deutlich häufiger 'ja'. (...) Eine wichtige Rolle spielt erneut die weltanschauliche bzw. politische Orientierung und Bindung, derzufolge das ehrenamtliche Engagement (etwa im Rahmen der Kirche oder von karitativen Verbänden) traditionell positiv bewertet wird.“ (40: 121)

„Letztendlich ausschlaggebend für ein ehrenamtliches Engagement scheinen aber die konkreten Rahmenbedingungen und Lebensverhältnisse zu sein. So ergab die Analyse einen starken Einfluss der subjektiven Befindlichkeit: Im Gemeinwesen aktiv und für dieses aktivierbar sind vor allem Personen, die sich jung und gesund fühlen und die ihrem Alter(n) aktiv und mit einer positiven Erwartungshaltung gegenüberstehen. Umgekehrt geht subjektive Deprivation mit De-Aktivierung und sozialem Rückzug einher. Einen signifikanten Einfluss hat auch die Mitgliedschaft bzw. die bisherige Praxis in Vereinen: Wer in einem Verein Mitglied und aktiv tätig ist und sich mit dessen Zielen und Inhalten verbunden fühlt, ist auch prinzipiell häufiger zu ehrenamtlichen Tätigkeiten bereit; dies bezieht sich allerdings nicht auf die informellen Hilfen in der Nachbarschaft. Von Bedeutung sind schließlich auch der Familienstand – so scheinen ledige Personen deutlich weniger leicht aktivierbar zu sein als verheiratete oder auch verwitwete (...).“ (40: 124)

„Ein Drittel der Menschen zwischen 60-75 Jahren in Einpersonenhaushalten in Wien gibt an, sich häufig einsam zu fühlen. Bei einem Zusammenleben mit anderen sinkt dieser Anteil auf unter 10 % (siehe Tabelle 2). Wer seine Gesundheit ungünstig einschätzt bzw. in den Alltagsaktivitäten eingeschränkt ist, fühlt sich mehr als doppelt so häufig einsam als die eher gesunden und mobilen Menschen. (...) Und jene Menschen sind auch häufiger krank, weil sie sich einsam fühlen. Bei seltenen Familienkontakten tritt das Einsamkeitsgefühl doppelt so häufig auf wie bei zahlreichen Familienkontakten. Frauen fühlen sich eher einsam als Männer, Angehörige der unteren Sozialschicht geben mehr als doppelt so oft als Personen aus der obersten Sozialschicht Einsamkeitsgefühle an. Hier zeigt sich allerdings, dass der Einfluss der Schichtzugehörigkeit in der multivariaten Analyse verschwindet, d. h. die Schichtzugehörigkeit verliert an Bedeutung, wenn gleichzeitig andere Einflussfaktoren (Gesundheit, Haushaltsgröße, Geschlecht, Alter) in die Analyse einbezogen werden. Ein wichtiger Faktor in der Kommunikation mit anderen Menschen ist die soziale Aussprachemöglichkeit. Wenn Sorgen

und Probleme zureichend besprochen werden können, dann werden die sozialen Beziehungen als befriedigend erlebt. Insgesamt gibt etwa ein Fünftel der 60-75-Jährigen an, dass ihnen jemand fehle, mit dem sie sich aussprechen können. Von diesen geben zwei Drittel an, dass sie sich einsam fühlen.“ (44: 258-259)

„Einen deutlichen Einfluss auf ehrenamtliches Engagement hat das Aktivitätsniveau der Befragten. Es sind jene Älteren eher aktiv, die ein an sich hohes Aktivitätsniveau aufweisen. Keinen Einfluss hat überraschenderweise ein negatives Altersbild auf das Engagement. Personen, die stärker das Gefühl haben, dass die Bedürfnisse älterer Menschen nicht ausreichend berücksichtigt werden, sind nicht weniger aktiv, als solche, die das Gefühl haben, dass es eine gesellschaftlich positive Haltung gegenüber dem Alter gebe. (...) Neben der allgemeinen Lebenszufriedenheit und dem Gesundheitsempfinden wurde der Einfluss des Ehrenamts/der Freiwilligenarbeit auf soziale Integration untersucht. Wir konnten nachweisen, dass solche Tätigkeiten Kommunikationsbedürfnisse erfüllen, Einsamkeit neutralisieren und angstreduzierend wirken.“ (44: 273)

„Ein großes soziales Netzwerk (...) wirkt wiederum auf die Voraussetzungen für soziale Teilhabe – Gesundheit und Wohlbefinden. Wir gehen also von einem Kreislauf zwischen Voraussetzungen für soziale Teilhabe und Teilhabeformen aus.“ (7: 105) „Getrennt nach Bonding- und Bridging-Netzwerken⁸ bestätigt sich (...), dass Bridging-Netzwerke einen statistisch signifikanten Einfluss auf die non-formale Bildungsteilnahme haben, Bonding-Netzwerke allerdings nicht. Zum anderen zeigt auch die Größe des Bridging-Netzwerks einen Einfluss auf verschiedene Formen sozialer Teilhabe. Personen mit einem großen Bridging-Netzwerk nehmen häufiger an Weiterbildung teil oder engagieren sich ehrenamtlich als Personen, die in ein kleines Netzwerk eingebunden sind.“ (7: 116)

„Es zeigt sich, dass Personen, die ehrenamtlich tätig sind, signifikant häufiger (...) an Weiterbildung teilnehmen als Personen, die nicht ehrenamtlich tätig sind. (...) Aber auch umgekehrt gilt, dass Personen, die häufiger an Weiterbildung teilnehmen, auch häufiger ehrenamtlichen Tätigkeiten nachgehen (...).“ (7: 153)

„Obwohl sich in der allgemeinen Einstellung zum Ehrenamt im Alter keine Unterschiede zwischen Personen zeigen, die in den letzten zwölf Monaten einen Kurs besucht haben, und solchen, die keinen Kurs besucht haben, lassen sich doch Unterschiede hinsichtlich der gegenwärtigen und zukünftigen Ausübung nachweisen. (...) Es üben eher Männer, Jüngere, höher

⁸ Eine neuere Sozialkapital-Debatte, die auch Robert D. Putnam aufnahm, bezieht sich auf die Unterscheidung von „Bridging“-und-„Bonding“-Sozialkapital. Wird im Ersteren das Vertrauen aus der Primärgruppe auf die Gesellschaft übertragen, so schafft „Bonding“-Sozialkapital zwar Identität und Vertrauen innerhalb der Gruppe, aber nicht zu Außenstehenden.

Gebildete und Personen mit einem hohen Einkommen und guter Gesundheit ein Ehrenamt aus. Aber: Auch wenn alle diese Merkmale berücksichtigt werden, bleibt die aktuelle Bildungsbeteiligung als eigenständiger Erklärungsfaktor erhalten. (...) Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen der Teilnahme an Bildungsveranstaltungen und der Intensität des bürgerschaftlichen Engagements gibt.“ (12: 111)

„Die Bildung in Jahren zeigt sich erwartungsgemäß als Determinante von Freiwilligenarbeit und weist einen positiven signifikanten Einfluss auf. Die Chance, dass eine Person Freiwilligenarbeit leistet, erhöht sich mit einem zusätzlichen Jahr an Bildung um rund 10 Prozent.“ (15: 70)

„Zugangschancen zu leitenden Funktionen in der Freiwilligenarbeit (sind), bezogen auf den Erwerbsstatus und das Bildungsniveau, ungleich verteilt. (...) Demzufolge finden in Österreich Personen aus bildungsfernen Schichten und mit niedrigem Berufsstatus wesentlich seltener einen Zugang zu leitenden Funktionen und sog. 'Ehrenämtern' (in die man gewählt wird) als Personen aus statushöheren Berufen und mit höheren Bildungsabschlüssen. (...) Ein hoher sozialer Status zusammen mit einem hohen Bildungsabschluss erhöht demnach nicht nur die Wahrscheinlichkeit für freiwilliges Engagement, sondern auch dafür, eine leitende Funktion bzw. ein gewähltes Ehrenamt innezuhaben. Insgesamt gesehen belegen die Ergebnisse für Österreich und Wien, dass der Erwerbsstatus die Bereitschaft, das Ausmaß und die Arbeit an freiwilligem Engagement entscheidend mit beeinflusst.“ (16: 461-462)

„So zeigen die Daten für Wien, dass vor allem Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen, Arbeitslose sowie ArbeiterInnen und MigrantInnen besonders niedrige Beteiligungsquoten aufweisen.“ (16: 467)

„Es zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und dem Engagement in Bürgerinitiativen: mit steigendem Bildungsniveau steigt die Beteiligungsquote überproportional an. Ebenfalls überproportional oft engagieren sich hier Personen, die in einer Partnerschaft leben (Ehe oder Lebensgemeinschaft).“ (19: 74-75)

„Bei den soziodemographischen Merkmalen ist es in erster Linie das Bildungsniveau, das eindeutig positiv mit den Aktivitäten zusammenhängt: Höhere Bildung geht häufig mit vereinsbezogenem Engagement einher. Die anderen Zusammenhänge ergeben ein differenzierteres Bild. Unterschiedliche Typen von Gruppen und Vereinen erweisen sich für unterschiedliche Personen jeweils als geeigneter Rahmen, sich aktiv einzubringen. Beispielsweise betätigen sich Frauen häufig in religiösen Gruppen und im wohltätigen Bereich, Männer in Heimatvereinen, Sportvereinen oder bei der Freiwilligen Feuerwehr, Personen, die in einer Part-

nerschaft leben, sind öfter in Bürgerinitiativen aktiv, während verwitwete Menschen eher in seniorenspezifischen Einrichtungen ein Betätigungsfeld finden, etc. Die weitaus meisten Personen (nahezu die Hälfte), die sich in Gruppen oder Vereinen engagieren, tun dies in einem Ausmaß von bis zu zehn Stunden im Monat, und dabei handelt es sich oft um Personen mit geringerem Einkommen. Ansonsten geht hier jedoch höheres Einkommen tendenziell mit intensiverem Engagement einher. Analog dazu engagieren sich Personen mit höherem Einkommen auch öfter in mehreren Gruppen oder Vereinen zugleich. Fasst man das Engagement schematisierend nach den Vereinstypen zusammen, in denen es erfolgt, zeichnen sich drei unterschiedliche Typen engagierter Personen ab:

a) In Vereinen, die vor allem individuellen Bedürfnissen dienen (Selbsthilfegruppen, Hobbyvereine, Sammelvereine, Sportvereine und geselligen Vereinigungen), engagieren sich besonders Jüngere (51- bis 65-Jährige), und auch der erwähnte Einfluss höherer Bildung findet hier seinen Niederschlag.

b) Erwerbstätige sind auffallend oft bei Vereinen tätig, die gemeinwesenorientiert arbeiten (wohltätige Organisationen, Freiwillige Feuerwehr), ebenso Personen aus größeren Haushalten.

c) Einen Misch- oder Übergangstypus zwischen diesen beiden Typen bilden Personen, die sich in gruppenspezifischen Vereinen engagieren (Bürgerinitiativen, Unternehmens- oder Berufsverbände, Heimat- und Bürgervereine): Auch sie tun dies häufig neben einer Erwerbstätigkeit und leben in größeren Haushalten. Sie verfügen dabei aber oft auch über höhere Bildungsabschlüsse, ähnlich wie Personen des ersten skizzierten Typs.“ (19: 100-101)

„Es gibt Zusammenhänge zwischen der Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen und dem Engagement in Vereinen bzw. der Einschätzung über die Bedeutung des Ehrenamts für die Gesellschaft.“ (19: 112)

„Ebenso gibt es einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der Einschätzung der Bedeutsamkeit von Fortbildung von Älteren für die Gesellschaft und der tatsächlichen Nutzung von Kursen, Vorträgen und ähnlichen Angeboten.“ (19:112)

„Interessanterweise gibt es auch zahlreiche Zusammenhänge mit dem familiären Umfeld der Befragten. Es bestehen statistische Zusammenhänge zwischen der Teilnahme an Bildungsangeboten und der Anzahl der Personen im gemeinsamen Haushalt der Älteren, der Anzahl ihrer Kinder und Enkelkinder und ihrem Familienstand.“ (19: 113)

„Jüngere‘ Befragte und Befragte mit Migrationshintergrund sind signifikant häufiger bereit, ein Ehrenamt zu übernehmen.“ (21:49)

„Ein weiteres Ergebnis demonstriert, dass Personen, die nicht in Österreich geboren wurden, eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit aufweisen, Freiwilligenarbeit zu leisten.“ (15: 72)

„Zusätzlich gewinnt die Verbundenheit zum Wohnort und die Nachbarschaft an Einfluss: Je repressiver dieser wahrgenommen wird, desto wahrscheinlicher beteiligt sich eine Person ehrenamtlich, um die Gemeinschaft zu unterstützen“ (7: 155)

„Die Anzahl der Bekannten und Freunde, die eine Person dabei mindestens einmal im Monat trifft, beeinflussen als einziger Faktor sowohl lernmotiviertes als auch sozial motiviertes ehrenamtliches Engagement positiv, d. h. je größer das Bridging-Netzwerk, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, im Alter ehrenamtlich aktiv zu sein. Die Richtung des Zusammenhangs kann dabei zweiseitig sein: Zum einen führt eine kognitive Offenheit und ‚Kontaktfreudigkeit‘ eher dazu, dass man sich – vor allem aus sozialen Gründen – ehrenamtlich engagiert, zum anderen lernt man beim ehrenamtlichen Engagement auch mehr neue Menschen kennen, die sich dann wiederum in das eigene Bridging-Netzwerk einbinden. Diese beidseitige Kausalität wird durch die Ergebnisse bestätigt: „Wer viele FreundInnen hat, für den ist die Wahrscheinlichkeit, sich aus Lernmotivationen ehrenamtlich zu engagieren, doppelt so hoch – die Wahrscheinlichkeit, sich aus sozialen Gründen ehrenamtlich zu engagieren, ist allerdings fast sechsmal so hoch.“ (7: 154)

„Zu überdurchschnittlichen Anteilen engagieren sich Männer bis 70 Jahre und generell ältere Menschen, die in kleineren Gemeinden und in mittelgroßen Städten leben. Im urbanen Raum ist das diesbezügliche Engagement deutlich geringer. (...) Ehrenamtlich tätig sind vielmehr jene älteren Menschen, die in Partnerschaft leben. In einem überdurchschnittlichen Maße handelt es sich weiters um Personen, die einen hohen formalen Bildungsabschluss haben, die über ein höheres Einkommen verfügen und die sich einer guten Gesundheit erfreuen.“ (13: 43)

„Das Geschlecht hat einen signifikanten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, dass eine ältere Person Freiwilligenarbeit leistet. (...) Das bedeutet, dass die Chance, Freiwilligenarbeit zu leisten, bei älteren Frauen nur halb so hoch ist wie bei älteren Männern.“ (15: 67)

„Als weiterer signifikanter Prädiktor für Freiwilligenarbeit älterer Personen stellt sich das Alter selbst heraus, welches einen nicht linearen Einfluss hat. Bis zu einem Alter von 62 Jahren erhöht ein zusätzliches Lebensjahr die Wahrscheinlichkeit, einer Freiwilligenarbeit nachzugehen. Ab dieser Grenze nimmt die Wahrscheinlichkeit allerdings mit jedem zusätzlichen Lebensjahr wieder ab.“ (15: 70)

„Die Variable für Erwerbstätigkeit hat bei älteren Menschen einen signifikanten positiven Einfluss auf Freiwilligenarbeit.“ Die Analyse zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, „dass eine ältere Person sich freiwillig engagiert, bei erwerbstätigen älteren Menschen um 26 Prozent höher (ist), als bei Personen, die nicht im Erwerbsleben stehen.“ (15: 72)

Weiter ist deutlich, „dass Freiwilligenarbeit älterer Menschen positiv durch den ökonomischen Status beeinflusst ist. Ökonomische Ressourcen können demnach als Voraussetzung für Freiwilligenarbeit interpretiert werden.“ (15: 73)

„Die Wahrscheinlichkeit, Freiwilligenarbeit zu leisten, steigt bei gegebener Haushaltsgröße mit jedem weiteren Haushaltsmitglied an, das Freiwilligenarbeit leistet.“ „Die Variable hoher Urbanisierungsgrad zeigt, dass bei älteren Personen mit einem Wohnort in einer urbanen Gegend die Wahrscheinlichkeit eines freiwilligen Engagements signifikant niedriger ist als bei Personen, die in einem Gebiet mit mittlerem Urbanisierungsgrad wohnen.“ „Neben dem Urbanisierungsgrad zeigen sich auch deutliche Einflüsse des zweiten wohnortbezogenen Merkmals, welches die neun Bundesländer abbildet. Der Effekt im Burgenland oder in Salzburg zu leben ist nicht signifikant verschieden vom Effekt in Wien zu leben. In einem dieser drei Bundesländer zu wohnen ist bei älteren Menschen mit der niedrigsten Wahrscheinlichkeit verbunden, dass sie Freiwilligenarbeit leisten. Den stärksten positiven Einfluss zeigt die Variable für das Bundesland Vorarlberg, gefolgt von Oberösterreich. Die restlichen Bundesländer befinden sich bezüglich der Stärke ihres Einflusses auf Freiwilligenarbeit im Mittelfeld.“ (15: 75)

„Es zeigt sich, dass das Geschlecht (...) einen signifikanten negativen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer Ausübung von Freiwilligenarbeit hat. Dieser Effekt ist unabhängig davon vorhanden, welchen der beiden Typen von Freiwilligenarbeit [administrative, ausführende oder leitende Tätigkeit] man betrachtet. Allerdings zeigt sich auch, dass der Unterschied zwischen Männern und Frauen gravierender ist, wenn man die Determinanten der Ausübung einer leitenden freiwilligen Tätigkeit betrachtet.“ (15: 87)

„Das Alter stellt sich für beide Formen von Freiwilligenarbeit als relevanter Einflussfaktor dar und wirkt nicht signifikant verschieden auf die Wahrscheinlichkeit einer der beiden Typen von Freiwilligenarbeit. Das Bildungsniveau hingegen erweist sich für beide Tätigkeiten als signifikanter Prädiktor.“ (15: 89)

„Der Einfluss von anderen Freiwilligen in einem Haushalt stellte sich als signifikanter Unterschied zwischen den beiden Aufgabenbereichen heraus. Die Chance der Ausübung einer leitenden freiwilligen Tätigkeit steigt zwar auch mit der Anzahl der freiwillig aktiven Haushaltsmitglieder an, der Effekt ist aber weniger stark als bei der Chance, eine ausführende oder

administrative Tätigkeit auszuüben. Die Variablen für den Urbanisierungsgrad zeigen im Modell für den Einfluss auf ausführende und administrative Tätigkeiten, dass die Wahrscheinlichkeit der Ausübung einer solchen Tätigkeit mit der Zunahme des Urbanisierungsgrades abnimmt. Für leitende Tätigkeiten sind sie jedoch keine signifikanten Prädiktoren. Der Unterschied des Einflusses der Variable für einen hohen Urbanisierungsgrad hält einem statistischen Test auf 10-prozentigem Signifikanzniveau stand.“ (15: 89)

„In Österreich weisen Arbeitslose mit rund 17 % einen um beinahe 50 % niedrigeren Beteiligungsgrad auf als Erwerbstätige mit 33 %, auch Nicht-Erwerbspersonen (PensionistInnen, haushaltsführende Personen) sind mit 22 % unterdurchschnittlich freiwillig aktiv. Wien zeigt auf entsprechend niedrigerem Niveau eine ähnliche Tendenz, wobei Erwerbstätige mit 16 % leicht über und Nichterwerbspersonen mit 12 % etwas unter dem Durchschnitt liegen. (...) Arbeitslosigkeit wiederum wirkt sich bei Frauen weit weniger negativ auf die Beteiligungsquoten aus als auf das Ausmaß an investierter Zeit.“ (16: 459)

„Bei der Mitarbeit in wohltätigen Einrichtungen sind Frauen überproportional stark vertreten.“ (19: 75)

„Erwerbstätige bzw. haupterwerbstätige Personen sind überproportional häufig bei der Freiwilligen Feuerwehr aktiv. Das Engagement bei der Freiwilligen Feuerwehr fällt zudem in kleineren Gemeinden deutlich höher aus als rein statistisch zu erwarten wäre. (...) Auch dass sich Männer signifikant häufiger bei der Freiwilligen Feuerwehr engagieren als Frauen, überrascht wenig.“ (19: 75)

„Personen mit niedrigem Einkommen sind in Hobby- und Sammelvereinen weniger aktiv. Überrepräsentiert sind dagegen vor allem jene mit einem monatlichen Netto-Einkommen von 1.001,- bis 2000,- Euro. Ebenfalls überproportional vertreten sind Personen mit mehreren Kindern, während die Zahlen engagierter Personen ohne Kinder bzw. mit 1 Kind unter den Erwartungswerten bleiben. In einer ähnlichen Weise korreliert auch die Haushaltsgröße mit diesen Aktivitäten: Personen aus 1- oder 2-Personen-Haushalten sind weniger aktiv als statistisch erwartbar, Personen aus größeren Haushalten häufiger.“ (19: 76)

„Vor allem Personen, die lediglich über eine abgeschlossene Volks- oder Hauptschulbildung verfügen, sind bezüglich des Engagements in geselligen Vereinigungen deutlich unterrepräsentiert. „Haupterwerbstätige Personen und Männer betätigen sich in Sportvereinen überproportional häufig. Weiters steigt die Beteiligungsrate mit dem Bildungsniveau, und schließlich zeigt sich auch ein Zusammenhang mit dem Gesundheitszustand: Gesundere Personen engagieren sich stärker in Sportvereinen als weniger gesunde.“ (19: 77)

„Im Gegensatz zur Mitarbeit bei Sportvereinen erweisen sich im religiösen Bereich Frauen überproportional oft als aktiv. Personen aus größeren Haushalten engagieren sich ebenfalls auffallend oft. Deutlich hinter dem zu erwartenden Wert bleibt das Engagement von Menschen, die zu zweit im Haushalt leben. Der Zusammenhang mit dem Gesundheitszustand bedarf einer differenzierten Betrachtung: Vor allem Personen mit geringer Dauerbeeinträchtigung (...) engagieren sich hier weniger stark als statistisch zu erwarten wäre. Umgekehrt liegt die tatsächliche Beteiligungsrate bei chronisch kranken Personen deutlich über dem Erwartungswert.“ (19: 77-78)

„Hier [Heimatverein oder Bürgerverein] sind es wiederum die Männer, die sich deutlich häufiger beteiligen, und das Engagement in dieser Art von Vereinen findet vorwiegend in kleineren Gemeinden statt.“ (19: 78)

„Erwerbstätige engagieren sich kaum in seniorenspezifischen Vereinen. Dafür ist die älteste Personengruppe in der Stichprobe (71-75-Jährige) stark überrepräsentiert.

Überproportional stark sind auch Personen mit 501 - 1.000 Euro und solche mit 1.001 - 1.500 Euro monatlichem Einkommen vertreten, also tendenziell Personen aus unteren Einkommensegmenten.

Vor allem verwitwete Personen engagieren sich hier oft, nämlich doppelt so häufig, wie dies statistisch zu erwarten wäre. Dementsprechend sind auch Personen aus Single-Haushalten stark vertreten.

Überrepräsentiert sind schließlich Personen mit drei oder mehr Enkeln, aber auch solche mit nur einem Enkel. Deutlich weniger Engagement, als statistisch zu erwarten wäre, zeigen hingegen Personen, die angeben, keine Enkelkinder zu haben.“ (19: 79)

„Bei der Erwerbstätigkeit zeigen sich zwei gegenläufige Trends: Einerseits engagieren sich erwerbstätige Personen signifikant häufiger bei der Freiwilligen Feuerwehr, bei Sportvereinen und ‚anderen Vereinen‘. Auf der anderen Seite treten Personen, die nicht bzw. nicht mehr erwerbstätig sind, umso stärker im Rahmen von Selbsthilfegruppen und seniorenspezifischen Gruppen und Vereinen aktiv in Erscheinung. Während sich Frauen auffallend oft im Rahmen religiöser Gruppierungen und wohltätiger Einrichtungen betätigen, sind Männer überrepräsentiert, wenn es um das Engagement bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Sportvereinen sowie in Heimat- und Bürgervereinen geht. Bei Seniorengruppen [sic!] und Pensionistenvereinen [sic!] sind es vor allem die Aktivitäten der ältesten befragten Personen (71-75-Jährige), die zu einem signifikanten Ergebnis der Korrelation führen. Umgekehrt betätigen sich Personen im Alter von 51-60 Jahren besonders häufig in Gruppen oder Vereinen der Kategorie ‚Andere‘. Bezüglich der Bildung zeigt sich ein relativ einheitlicher Trend: Die aktive Mitarbeit bei

Gruppen oder Vereinen korreliert tendenziell positiv mit dem Bildungsniveau. Feststellen lässt sich dies bei den Vereinskategorien ‚Bürgerinitiative‘, ‚Gesellige Vereinigung‘, ‚Sportverein‘ und ‚Andere‘: Personen mit niedrigem Bildungsabschluss sind durchwegs unterrepräsentiert, solche mit absolvierter Mittelschule bzw. Hochschule engagieren sich dafür umso stärker.“ (19: 82)

„Im Kontext der Sportvereine fällt die Beteiligung von Personen, die sich als ‚gesund‘ bzw. ‚völlig gesund‘ bezeichnen, besonders ins Gewicht. Bei den kirchlichen und religiösen Gruppen sind es hingegen gerade chronisch kranke Personen, die sich unerwartet oft engagieren. (...) Die Anzahl der Kinder korreliert nur in einem einzigen Fall signifikant mit vereinsbezogenen Aktivitäten, und zwar beim Engagement in Hobby- und Sammelvereinen. Hier sind vor allem Personen mit 2 oder mehr Kindern tätig. Auch die Korrelation mit der Zahl der Enkelkinder erbringt lediglich ein signifikantes Ergebnis: In Seniorengruppen [sic!] und Pensionistenvereinen [sic!] erweisen sich Personen ohne Enkelkinder als unerwartet wenig aktiv, während Personen mit drei oder mehr Enkeln hier überrepräsentiert sind.“ (19: 83)

„Die Korrelationen mit der Haushaltsgröße ergeben einen in sich stark differenzierten Eindruck: Bei kirchlichen und religiösen Gruppen sind es vor allem Personen aus Haushalten mit mindestens 3 Personen, die sich aktiv beteiligen. Ähnliches gilt für Hobby- und Sammelvereine. Bei den geselligen Vereinen treten auch Personen stark in Erscheinung, die zu zweit im Haushalt leben. Während hier und bei den Hobby- und Sammelvereinen allein lebende [sic!] Personen unterrepräsentiert sind, trifft für die Seniorengruppen [sic!] und Pensionistenvereine [sic!] das Gegenteil zu: Personen aus Single-Haushalten sind dort besonders häufig tätig. Die Gemeindegröße korreliert signifikant mit der Mitarbeit bei der Freiwilligen Feuerwehr sowie mit dem Engagement in Heimat- und Bürgervereinen. In beiden Fällen sind Personen aus Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern in ihrem Engagement überrepräsentiert.“ (19: 84)

„Alle diese Zusammenhänge sind positiv bis auf jenen mit der Gemeindegröße. Vereinsbezogene Aktivitäten älterer Menschen nehmen demnach tendenziell zu bei höherer Bildung, höherem Einkommen, einer größeren Anzahl an Kindern und Personen im Haushalt. Sie sind jedoch eher in kleineren Gemeinden zu finden.“ (19: 89)

„Personen aus den drei jüngeren Altersgruppen (51-65-Jährige) engagieren sich besonders oft bei Vereinen, die der Befriedigung individueller Bedürfnisse dienen. Personen mit Grundschulbildung sind hier verhältnismäßig wenig aktiv, Personen mit abgeschlossener Oberstufe dafür umso mehr. Überrepräsentiert sind schließlich auch Personen mit einem monatlichen Einkommen von 1.001,- bis 2.500,- Euro.“ (19: 94)

„Erwerbstätige Personen engagieren sich überproportional oft in diesen Vereinen (zur Erfüllung von Interessen gesellschaftlicher Subgruppen). Bezüglich des Geschlechts sind hier Männer signifikant häufiger aktiv als Frauen. Mittelschul- und Hochschulabsolventen übertreffen die Erwartungswerte, ebenso Personen aus größeren Haushalten. Kleinere Gemeinden sind leicht überrepräsentiert.“ (19: 95)

„Erwerbstätige Personen sind bei gemeinnützigen Einrichtungen überproportional oft engagiert. Hinter den Erwartungswerten zurück bleibt das Engagement von Personen, die alleine oder zu zweit leben. Personen aus größeren Haushalten engagieren sich hingegen öfter als statistisch erwartbar. Wie bereits die Mitarbeit bei der Freiwilligen Feuerwehr findet sich auch das Engagement in gemeinnützigen Organisationen vor allem in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern.“ (19: 97)

Kontexthypothese Teilhabeaktivitäten für Österreich:

Soziale Teilhabe bzw. die Gesamtheit der Teilhabeaktivitäten ist ein vieldimensionaler gesellschaftlicher Bereich und die Aktivitäten sind in ihrer Art und ihrem Ausmaß von vielerlei Faktoren abhängig, die struktureller und individueller Art sein können. Sie spielen sich in institutionellen Settings wie Vereinen, konfessionellen Organisationen, privaten Gruppierungen etc. ab und sie sind von der sozialen Lage, Gesundheit und vielen anderen Ursachen abhängig; sie stellen Beiträge zum Nutzen der Gesellschaft, aber auch der Beteiligten selbst dar, und sie haben in ihren konkreten Ausgestaltungen zum Teil eine lange Tradition wie die Wohltätigkeitsarbeit in Pfarren und Gemeinden oder die Arbeit in der Freiwilligen Feuerwehr, sichtbar z. B. an der klaren Geschlechterdifferenzierung in diesen beiden Feldern.

Im Eröffnen von Spielräumen und in der Ausgestaltung der Einbindung von Menschen in soziale Kontexte gibt es einen Faktor, der nach aller Erfahrung eine zentrale Rolle spielt und eindeutige Breitbandwirkung hat: die Bildung. Das Bildungsniveau beeinflusst nachhaltig freiwilliges Engagement unter den Älteren, der Bereich, in dem jemand die höchste Ausbildung absolviert hat, beeinflusst die Richtung, in der das Engagement wirksam wird, dabei zeigen ältere Personen, die nicht in Österreich geboren wurden, eine geringere Neigung zu Freiwilligenarbeit als in Österreich geborene Personen, bei jüngeren dürfte sich die Situation umgekehrt darstellen; Bildungsniveau und Engagement in Bürger_inneninitiativen hängen eng zusammen, in wohltätigen Einrichtungen sind Frauen überproportional vertreten, in Heimatvereinen oder Bürger_innenvereinen sind es wiederum die Männer, die sich deutlich häufiger beteiligen, und das Engagement in dieser Art von Vereinen findet vorwiegend in

kleineren Gemeinden statt, hier wirkt ein strukturelles Moment der Gemeinschaftsbildung im kleinräumigen Bereich nachhaltig in Richtung von Einbindung und Integration über die Generationen hinweg; das Einkommen und das Vermögen eines Haushalts wirken sich positiv, höherer Urbanisierungsgrad wirkt sich negativ auf das Ausmaß an Freiwilligenarbeit aus und das Bundesland ist für sich ein differenzierender Faktor; ab dem Pensionierungsalter engagieren sich Frauen weniger als zwischen 35 und 60 Jahren, mit der Anzahl an Personen im Haushalt nimmt die Teilnahme an freiwilliger Arbeit bei Älteren ab, bei Personen mittleren Alters ist es umgekehrt. Die Chance, in einer leitenden Funktion Freiwilligenarbeit zu leisten, ist für Frauen viel niedriger als für Männer, hingegen ist der Einfluss des Geschlechts bei ausführenden und administrativen Tätigkeiten nicht so stark; außerdem hat das Bildungsniveau einen stärkeren Einfluss auf die Ausübung von Freiwilligenarbeit in einer leitenden Funktion als auf die Ausübung einer administrativen oder ausübenden Tätigkeit; andere Freiwillige im eigenen Haushalt sind für die Ausübung einer administrativen oder ausführenden Tätigkeit im Rahmen einer Freiwilligenarbeit von stärkerer Bedeutung als für die Ausübung einer leitenden Funktion. Unterschiedliche Typen von Gruppen und Vereinen erweisen sich für unterschiedliche Personen jeweils als geeigneter Rahmen, sich aktiv einzubringen; Frauen finden sich häufig in religiösen Gruppen und im wohltätigen Bereich, Männer in Heimatvereinen, Sportvereinen oder bei der Freiwilligen Feuerwehr, Personen, die in einer Partnerschaft leben, sind öfter in Bürgerinitiativen aktiv, während verwitwete Menschen eher in seniorenspezifischen Einrichtungen ein Betätigungsfeld finden etc; hier spielen traditionelle Rollenbilder, Gewohnheitsbildung, eingefahrene Rekrutierungsmuster und ideelle Gratifikationssysteme eine wesentliche Rolle. Die weitaus meisten Personen, die sich in Gruppen oder Vereinen engagieren, tun dies in einem Ausmaß von bis zu zehn Stunden im Monat, und dabei handelt es sich oft um Personen mit geringerem Einkommen. Ansonsten geht jedoch höheres Einkommen tendenziell mit intensiverem Engagement einher. Analog dazu engagieren sich Personen mit höherem Einkommen auch öfter in mehreren Gruppen oder Vereinen zugleich. In Vereinen, die vor allem individuellen Bedürfnissen dienen (Selbsthilfegruppen, Hobbyvereine, Sammelvereine, Sportvereine und geselligen Vereinigungen), engagieren sich besonders Jüngere (51- bis 65-Jährige), und auch der erwähnte Einfluss höherer Bildung findet hier seinen Niederschlag. Erwerbstätige sind auffallend oft bei Vereinen tätig, die gemeinwesenorientiert arbeiten (wohltätige Organisationen, Freiwillige Feuerwehr), ebenso Personen aus größeren Haushalten. Eine Mischung zwischen diesen beiden Typen bilden Personen, die sich in gruppenspezifischen Vereinen engagieren (Bürgerinitiativen, Unternehmens- oder Berufsverbände, Heimat- und Bürgervereine): Auch sie tun dies häufig neben

einer Erwerbstätigkeit und leben in größeren Haushalten, sie verfügen dabei aber oft auch über höhere Bildungsabschlüsse. Soziale Teilhabe Älterer im Sinne gelingender Einbindung ist ganz offenbar sowohl von erworbenen als auch von zugeschriebenen Merkmalen abhängig und nur durch die Berücksichtigung externer wie interner Ressourcen erfassbar. Die wiederholt nachgewiesenen Muster geschlechtsspezifischer Teilhabe und Einbindung sind ein deutlicher Ausdruck der Wirksamkeit erlernter Dispositionsspielräume.

3.2 Politische Teilhabe

Eine lange bekannte Tatsache hat sich auch in dieser Recherche wieder bestätigt: Empirische Analysen zur politischen Teilhabe älterer Menschen sind in Österreich dünn gesät. Traditionell wird, vor allem im Bereich politikwissenschaftlich orientierter Analysen, immer wieder das Wahlverhalten herangezogen, das zwar über Kräfteverschiebungen in der Bevölkerung einigen Aufschluss geben kann, für die Beurteilung politischen Engagements aber wenig geeignet ist. So ist denn auch die Palette der Themen schmal.

In Bezug auf die Beteiligung bei der Nationalratswahl 2014 „weist die Untersuchungszielgruppe sehr hohe Werte auf, so waren bei den 15- bis 49-Jährigen nur 73,9 % wählen, bei den älteren Gruppen ist wiederum ein kontinuierlicher Anstieg sichtbar, von 81,4 % (50 bis 59) über 88,5 % (60 bis 69) auf den Höchstwert 90,5 % (70 bis 79) Im Gegensatz zum politischen Interesse hat hier die älteste Gruppe (80+) mit 89,6 % auch einen sehr hohen Wert aufzuweisen.“ (11: 188-189)

„Generell weisen ältere Personen im Vergleich zur Bevölkerung bis zum Alter von 49 ein hohes politisches Interesse auf. Im Durchschnitt sind ältere Personen um ca. 8 % mehr sehr interessiert als die jüngere Vergleichsgruppe. Wenn die beiden Kategorien sehr und ziemlich interessiert summiert werden, zeigt sich ein sehr starker Zusammenhang; (...) Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich auch beim Fernsehkonsum von Nachrichten oder Sendungen über Politik und über das aktuelle Geschehen.“ (11: 188)

„Ältere Personen haben quer durch alle Altersgruppen häufiger Politiker oder politische Vertreter kontaktiert, bei der Vergleichsgruppe der 15- bis 49-Jährigen liegt der Anteil bei 18,8 %, bei den 50- bis 59- Jährigen ist der Anteil mit 26,1 % deutlich höher, um danach kontinuierlich abzufallen: von 22 % (60 bis 69) auf 19 % (70 bis 79).“ (11:189)

„Bei den anderen politischen Aktivitäten bewegt sich der Anteil der 50- bis 59-Jährigen in der gleichen Größenordnung wie bei der 15- bis 49-jährigen Vergleichsgruppe. Bei den folgenden Altersgruppen sinkt der Anteil kontinuierlich ab, es gibt aber zwei Ausnahmen: Bei der Teil-

nahme an genehmigten öffentlichen Demonstration sind die Werte bei allen älteren Altersgruppen sehr niedrig, beim Boykott von Produkten hingegen tritt kein Abfall bei den Gruppen 60 - 69 und 70 – 79 ein, diese beiden Aktivitäten treten komplementär auf.“ (11: 190)

„Grundsätzlich zeigt sich, dass Personen, die im Alter an Bildungsveranstaltungen teilnehmen, eher politisch aktiv sind. Politisches Engagement und Bildungsbeteiligung weisen einen Zusammenhang auf.“ (12: 108-109)

„Dass jene, die sich auch tatsächlich politisch einbringen, von der Wichtigkeit dieser Aktivität für die gesamte Gesellschaft überzeugt sind, mag ebenso wenig überraschen, als der Umstand, dass das politische Engagement eine primär männliche Domäne ist und statistisch signifikant häufiger in kleineren Gemeinden anzutreffen ist.“ (19: 116)

„Das politische Engagement ist eher bei den mittleren Altersschichten hoch und bei der ältesten und jüngsten niedriger. Es nimmt mit höherem Bildungsstatus auffallend stark linear zu. Auch bezüglich zunehmenden Einkommens und höherer beruflicher Position tritt eine Tendenz zum stärkerem politischen Engagement hervor. Männer zeigen sich insgesamt engagierter als Frauen. Zur Erhebung der politischen Bildung wurden fünf Items (F65) vorgegeben, die verschiedene Medien (Tageszeitungen, Rundfunksendungen, Internet u. a.) im Zusammenhang mit politischer Information zum Inhalt hatten. Die Probanden gaben an, wie viele Stunden sie sich wöchentlich mit dem jeweiligen Medium beschäftigten. Die angegebenen Stunden wurden summiert. Die durchschnittliche Anzahl nimmt mit dem Alter zu. Eine kleine Abweichung stellen die über 74-jährigen Frauen dar, ihr Wert sinkt leicht unter den der darunterliegenden Altersgruppe ab. Pauschal gesprochen – wenn man marginale Abweichungen ignoriert – nimmt die politische Bildung mit steigender sozialer Schicht zu.“ (32: 100)

Kontexthypothese Politische Teilhabe für Österreich

Politische Teilhabe lässt sich am formaldemokratischen Merkmal Wahlverhalten festmachen, allerdings ist die dahinterstehende Logik fraglich, weil nichts anderes gemessen wird als die jeweils einmalige Teilnahme an in großen zeitlichen Abständen von der Politik vorgegebenen Anlässen für Massenverhalten.

Tatsächlich ist die Wahlbeteiligung Älterer höher als die der Jüngeren, ihr politisches Interesse ist fast durchgehend ausgeprägter und ebenfalls häufiger als die Jüngeren suchen sie den Kontakt zu aktiven Politiker_innen; an Demonstrationen nehmen sie allerdings weniger häufig teil, der Faktor Bildung wirkt auch hier wieder in Richtung politischer Aktivität; diese ist eher eine männliche Domäne und findet sich häufiger in kleineren Gemeinden.

3.3 Wirtschaftliche Teilhabe

Auch in diesem Abschnitt erweist sich wieder, dass spezielle Erhebungen zur wirtschaftlichen Teilhabe im Alter in Österreich schwach vertreten sind. Insbesondere Studien zum Konsumverhalten, zur differenzierten Erwerbsbeteiligung, zum Eigentums- und Vermögenstransfer zwischen den Generationen etc. scheinen zu fehlen. Die folgend wiedergegebenen Befunde betreffen daher vornehmlich die ökonomische Lage.

Ein nicht altersspezifischer Befund zur sozioökonomischen Lage ist folgender: „Ein weiterer Grund ist in unterschiedlichen Haushaltsstrukturen zu finden, in dicht besiedelten Gebieten ist die durchschnittliche Haushaltsgröße geringer. Kleinere Haushalte sind aufgrund der Berechnungsmethode mittels des äquivalisierten Haushaltseinkommens benachteiligt. Finanzielle Deprivation (aus finanziellen Gründen nicht am definierten Mindestlebensstandard teilhaben zu können) steht in einem Zusammenhang mit der Besiedlungsdichte. Mit einer höheren Besiedlungsdichte steigt die finanzielle Deprivation. Mit einem höheren Bildungsabschluss sinkt die Deprivation. Manifeste Armut (Armutgefährdung und finanzielle Deprivation treten gemeinsam auf) tritt ebenfalls in dicht besiedelten Gebieten deutlich häufiger auf.“ (2: 128-129)

„Bestätigt werden kann schließlich auch die (...) Hypothese, dass soziale Beziehungen im hohen Alter bzw. die Größe sozialer Netzwerke hochaltriger Menschen etwas mit dem sozioökonomischen Status zu tun haben, insofern höher gebildete bzw. sozioökonomisch besser situierte Personen aufgrund eines höheren sozialen Kapitals über ein größeres soziales Netzwerk und dementsprechend mehr nicht-verwandte Netzwerkpartner verfügen als Personen mit geringerer Bildung bzw. geringerem sozioökonomischem Status.“ (4: 110)

„Knapp ein Viertel der Befragten hat monatlich bis zu 2.000 Euro zur Verfügung; rund ebenso viele disponieren über noch mehr Geld. Die Restgruppe wollte darüber keine Angaben machen. (Es sind) vor allem Frauen (aller ausgewiesenen Altersgruppen) und Einzelhaushalte respektive Verwitwete und Geschiedene mit einem geringen Einkommen konfrontiert. Weiters zeigt sich neben dem auf der Hand liegenden Konnex mit der formalen Schulbildung auch ein signifikanter Zusammenhang mit der Gesundheitssituation und Mobilität. Auch diese Daten bestätigen die Tatsache, dass Armut mit gesundheitlichen Problemlagen und einer geringeren Mobilität bzw. mit einem sozialen Rückzug korreliert.“ (13: 27)

„Weiters zeigt sich, dass ein Zusammenhang zwischen dem Erwerbsstatus und der Nutzung von Fortbildungsangeboten besteht. Dies gilt auch für die Höhe des Einkommens der Befrag-

ten, ihrem Gesundheitszustand, ihrem Bildungsniveau, ihrem Alter und ihrem Geschlecht.“ (19: 112-113)

„Die Analyse der Zufriedenheit mit dem sozialen Netz im Hinblick auf die Einkommenssituation ergibt einen vertrauten Zusammenhang: Je höher das Einkommen, um so höher ist auch die Zufriedenheit (...). Jedoch auch hier steigt der Anteil der ‚gar nicht‘ Zufriedenen nicht über fünf Prozent.“ (32: 84)

„Hinsichtlich Erwerbstätigkeit sind Alter und Gesundheit zwei der wichtigsten Einflussfaktoren. Alter und Erwerbstätigkeit korrelieren negativ – mit dem Alter sinkt die Wahrscheinlichkeit aktiv im Arbeitsmarkt tätig zu sein. Gesundheit beeinflusst Erwerbstätigkeit wiederum positiv. Gesundere ArbeitnehmerInnen sind in der Regel länger beschäftigt. Gleiches gilt für Ausbildung, wobei der Einfluss hier etwas geringer ist“ (37: 22)

Es ist „ersichtlich, dass in Partnerschaft lebende Personen ein deutlich besseres finanzielles Auskommen vorweisen als Personen ohne fixen Partner. Hier kommt daher klar die finanzielle Benachteiligung von Haushalten mit alleinstehenden Bewohnern zum Ausdruck“ (37: 34)

„Personen mit einem niedrigeren sozio-ökonomischen Status und damit geringeren Einkommen bzw. kleineren Pensionen finden sich häufiger in der Gruppe jener mit geringen Kontakten zu ihren Kindern. Der Schichteinfluss ist höher als der der körperlichen Mobilität.“ (44: 256)

„Zwei Drittel der befragten Älteren kommen zumindest einmal pro Woche mit Freunden/Bekanntem [sic!] zusammen. Ein Drittel der Befragten hat wenigstens zwei Freund/innen, ein weiteres Drittel hat wenigstens vier Freund/innen. Das außerfamiliäre Beziehungsnetz ist verständlicher Weise von gesundheitlichen Bedingungen (Mobilität), von Schichtzugehörigkeit und Alter beeinflusst. Höheres Alter und geringere ökonomische Ressourcen reduzieren die Kontakthäufigkeiten und die Ausdehnung des Netzes. Bei den außerfamiliären Kontakten kommt allerdings der körperlichen Mobilität eine größere Bedeutung zu als der Schichtzugehörigkeit. Aber ihre Bedeutung ist wie oben bereits erwähnt, sehr hoch.“ (44: 257)

Kontexthypothese Wirtschaftliche Teilhabe für Österreich

Generell kann gelten, dass finanzielle Deprivation mit einer höheren Besiedlungsdichte steigt, mit einem höheren Bildungsabschluss aber sinkt, manifeste Armut (Armutgefährdung und finanzielle Deprivation treten gemeinsam auf und wirken in Richtung stark abnehmender Integration) tritt ebenfalls in dicht besiedelten Gebieten deutlich häufiger auf; höher gebildete bzw. sozioökonomisch besser situierte Personen verfügen aufgrund eines höheren sozialen Kapitals über ein größeres soziales Netzwerk und dementsprechend mehr nicht-verwandte

Netzwerkpartner als Personen mit geringerer Bildung bzw. geringerem sozioökonomischem Status; (Es sind) vor allem Frauen (aller ausgewiesenen Altersgruppen) und Einzelhaushalte respektive Verwitwete und Geschiedene mit einem geringen Einkommen konfrontiert; weiters zeigt sich neben dem Konnex mit der formalen Schulbildung auch ein signifikanter Zusammenhang mit der Gesundheitssituation und Mobilität: Armut korreliert mit gesundheitlichen Problemlagen und geringerer Mobilität bzw. mit sozialem Rückzug; auch gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Erwerbsstatus und der Nutzung von Fortbildungsangeboten, dies gilt auch für die Höhe des Einkommens, den Gesundheitszustand, das Bildungsniveau, das Alter und das Geschlecht; für die Erwerbstätigkeit sind Alter und Gesundheit zwei der wichtigsten Einflussfaktoren, Alter und Erwerbstätigkeit korrelieren negativ, Gesundheit beeinflusst Erwerbstätigkeit wiederum positiv, gesündere Arbeitnehmer_innen sind in der Regel länger beschäftigt. Personen mit einem niedrigeren sozioökonomischen Status und damit geringeren Einkommen bzw. kleineren Pensionen finden sich häufiger in der Gruppe jener mit geringen Kontakten zu ihren Kindern. Schwierige Lebenslagen scheinen direkt an der Minderung von Einbindung beteiligt zu sein.

3.4 Kulturelle Teilhabe

Bei relativ umfangreichem Rechercheergebnis wie am Thema Soziale Teilhabe ist auch bei dem der Kulturellen Teilhabe eine Klarstellung nötig. Dass Bildung ein Teil von Kultur ist, versteht sich von selbst, die getrennte Behandlung hat mit den Konzeptualisierungen und der Indikatorenwahl in den recherchierten Studien zu tun.

„Kleinere Gemeinden weisen eine tendenziell schlechter ausgebaute Infrastruktur an Teilhabemöglichkeiten auf als größere Gemeinden. Die älteren Bewohner [sic!] kleinerer Gemeinden sind dadurch in ihren Teilhabechancen tendenziell benachteiligt. (...) Dieses Ergebnis kann einerseits als Benachteiligung in den Teilhabemöglichkeiten der älteren Bewohnerinnen kleinerer Gemeinden interpretiert werden. Andererseits wirkt aber ein homogenes Angebot dadurch, dass es der Differenzierung entgegenwirkt, auch Segregationstendenzen entgegen und erzeugt soziale Kohäsion. Wenn es nur wenige Teilhabemöglichkeiten gibt, so ist davon auszugehen, dass diese wenigen schließlich von fast allen Gemeindebewohnern genutzt werden. Ältere Menschen können auch dadurch erhöhte Teilhabechancen am Gemeindeleben vorfinden, da sie an den vorhandenen Orten mit einer heterogenen Gruppe an Gemeindebewohnerinnen [sic!] (alt und jung, arm und wohlhabend, krank und gesund) zusammentreffen.“

(7: 48)

„Die Annahme, dass in strukturschwachen und/oder ländlichen Gegenden einerseits weniger Bildungsangebote und andererseits diese durch Mobilitätsprobleme schwerer erreicht werden, lässt sich bestätigen.“ (7: 142) „Wer öfter in die Bücherei geht, nimmt mit doppelter Wahrscheinlichkeit an non-formaler Bildung teil. Auch wer häufiger Veranstaltungen im Wohnort besucht, nimmt öfter an non-formaler Bildung teil.“ (7: 143) „Je jünger die befragte Person ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie zu den Bildungsaktiven zählt. Auch bei höherer Schulbildung und höherem Äquivalenzeinkommen kommt es eher zu einem Kursbesuch im letzten Jahr. Noch im Erwerbsleben stehende Personen bilden sich eher weiter. Hier ist auch interessant, dass im Haushalt tätige Personen im Vergleich zu Personen, die in Pension sind, eher an Kursen teilnehmen. Weiters nehmen Personen, die im städtischen Raum leben, eher Bildungsangebote in Anspruch. Hinsichtlich des Familienstandes lässt sich erkennen, dass verheiratete bzw. in einer Lebensgemeinschaft lebende und geschiedene Ältere eher bildungsaktiv sind als Ledige. Verwitwete Personen gehen am wenigsten in Kurse. Geschlechterunterschiede lassen sich bei der Bildungsbeteiligung nicht feststellen.“ (12: 50-51)

„Je häufiger ein Kontakt zu Bekannten oder Verwandten gegeben ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass in den letzten zwölf Monaten eine Bildungsteilnahme stattgefunden hat. (...) Bei Älteren bzw. Pensionistinnen/Pensionisten ist der Zusammenhang zwischen sozialen Beziehungen und Bildungsaktivität stärker als bei Jüngeren bzw. Erwerbstätigen. Der Schulbildungsabschluss hat insofern einen Einfluss, als bei Personen mit einem Volksschul- bzw. Hauptschulabschluss ein stärkerer Zusammenhang zwischen der Dichte der sozialen Beziehungen und der Bildungsteilnahme gegeben ist. Das bedeutet also, dass soziale Beziehungen für Personen mit geringerer Schulbildung, für Ältere und für Personen in der nachberuflichen Lebensphase einen signifikanten Einfluss auf die Bildungsbeteiligung haben.“ (12: 51)

„Es gibt also einen Einfluss der Lerneinstellung auf die Bildungsbeteiligung im Alter, nämlich in der Form, dass je eher Lernen mit Vergnügen verbunden wird, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass man auch im Alter bildungsaktiv ist.“ (12:57)

„Je regelmäßiger die berufliche Weiterbildung stattgefunden hat, desto eher kommt es zu Bildungsbeteiligung im Alter. (...) Weitere Einflussfaktoren, die auf den Zusammenhang von beruflicher Weiterbildung und Bildung im Alter wirken, sind Schulbildung und Einkommen. Je höher der Schulabschluss der Befragten ist, desto regelmäßiger wird an berufsbezogener Weiterbildung teilgenommen. Es kommt praktisch zu einer Kumulation von Vorteilen. Wer eine höhere Grundausbildung aufweist, nimmt eher an beruflicher Weiterbildung teil und setzt dieses Bildungsverhalten im Alter fort. Dieser Zusammenhang gilt auch umgekehrt für die

Bildungsinaktiven. (...) Je höher das Einkommen ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass eine regelmäßige berufliche Weiterbildung stattgefunden hat. Dieser Einfluss zeigt sich sowohl unter den Bildungsaktiven als auch unter den Bildungsinaktiven“ (12: 60-61)

Ergebnis des binär-logistischen Regressionsmodells: „Der größte Einfluss geht vom Erwerbsstatus aus. Ist man erwerbstätig (...), dann ist die Wahrscheinlichkeit mehr als doppelt so groß, dass man bildungsaktiv ist. (...). Den zweitgrößten Einfluss hat das Alter. Bei 50- bis 59-Jährigen (...) ist die Wahrscheinlichkeit am größten, dass sie in den letzten zwölf Monaten organisiert gelernt haben. Gehört man hingegen zur Gruppe der 60- bis 69-Jährigen (...), ist man zwar im Vergleich zur ältesten Kohorte immer noch eher bildungsaktiv als -inaktiv, jedoch verringert sich die Wahrscheinlichkeit der Bildungsbeteiligung im Vergleich zur jüngsten Alterskohorte. Auch die Wohnortgröße wirkt sich auf die Bildungsaktivität aus, nämlich in der Form, dass ältere Bewohner/-innen an Bildungsveranstaltungen teilnehmen (...). Auch unter Älteren, die in Städten bis 50.000 Einwohnerinnen/Einwohnern (...) leben, ist der Anteil der Bildungsaktiven geringer als in Großstädten.“ (12: 72)

„Bei der Lerngeschichte stellt sich vor allem der Einfluss der privaten Weiterbildung der letzten zehn Jahre als bedeutsam heraus. Hat man jedes Jahr in den letzten zehn Jahren an privater Weiterbildung teilgenommen (...), dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass auch in den letzten zwölf Monaten eine Bildungsbeteiligung gegeben war. Auch eine gelegentliche Weiterbildung (...) also alle zwei bis fünf Jahre, führt eher dazu, dass man auch aktuell bildungsaktiv ist (im Vergleich zu jenen, die sich gar nicht privat weitergebildet haben). Aber nicht nur die private, sondern auch die berufliche Weiterbildung wirkt sich auf die aktuelle Bildungsteilnahme aus. Hat man sich in den letzten zehn Jahren regelmäßig, d.h. jedes Jahr beruflich weitergebildet (...) oder zumindest gelegentlich (...), so ist eher eine aktuelle Bildungsteilnahme gegeben. Wer nicht an berufsbezogener Weiterbildung teilgenommen hat, wird eher nicht an Bildungsveranstaltungen im Alter teilnehmen.“ (12: 72)

„Somit kann hinsichtlich der Einflussfaktoren auf die Bildungsteilnahme im Alter festgehalten werden, dass es sich primär um sozialstrukturelle Gründe handelt. Es handelt sich um Einflussfaktoren, die im Zusammenhang mit Schul- und Berufserfahrungen stehen, mit geschlechtsspezifischen Rollen und Zuschreibungen und mit der sozialräumlichen Lebenssituation. Als benachteiligt in der Altersbildung können folgende soziale Gruppen eingeschätzt werden: Hochaltrige, Pensionierte, im Haushalt tätige Personen und Personen aus kleinen Ortschaften. Sichtbar wird weiters: Wenn es eine biografische Verankerung der Bildungsteilnahme gibt, dann kommt es auch im Alter eher zu organisiertem Lernen.“ (12: 73)

„Je höher die höchste abgeschlossene Schulbildung ist (...) und je höher das mittlere Äquivalenzeinkommen (...), desto mehr Kurse werden [im Rahmen einer privaten oder berufsbezogenen Weiterbildung] besucht. Eine weitere Einflussgröße ist der Gesundheitszustand. Personen, die von sich sagen, dass sie sich gesundheitlich gut fühlen, besuchen durchschnittlich einen Kurs mehr pro Jahr als Personen, die angeben, einen schlechten Gesundheitszustand zu haben. Schließlich wirkt sich der Erwerbsstatus auf die Anzahl der besuchten Kurse aus. Erwerbstätige gehen in mehr Kurse (4,09) als Pensionistinnen/Pensionisten (3,49) und Personen, die im Haushalt tätig sind (2,61).“ (12: 75-76)

„Bezüglich der höchsten abgeschlossenen Schulbildung zeigt sich bei den Bildungsaktiven, dass Personen mit höheren Bildungsabschlüssen häufiger private Kurse besucht haben als jene mit niedrigeren Abschlüssen. Bei den Bildungsinaktiven lässt sich dieser Zusammenhang nicht eindeutig feststellen. Zwischen Einkommen und Teilnahme an privater Weiterbildung in den letzten zehn Jahren besteht ein Zusammenhang, und zwar dergestalt, dass aktuell Bildungsaktive mit einem höheren Einkommen in den letzten Jahren regelmäßiger an privaten Kursen teilgenommen haben als Personen mit einem niedrigen Einkommen.“ (12: 65)

„Die jüngeren Älteren partizipieren in einem sehr hohen Ausmaß an den kulturellen Möglichkeiten ihrer Umgebung. Immerhin geben fast 90 % (88,1%) der 51- bis 55-Jährigen an, Konzerte, Theater, Galerien oder Kunstausstellungen zu besuchen. In der höchsten Altersgruppe, den 71- bis 75-Jährigen dreht sich das Bild deutlich: Genau 45 % der Befragten nehmen dieses Angebot nicht mehr an oder können dies nicht mehr tun. In diesem Zusammenhang muss auch angeführt werden, dass es einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen dem Gesundheitszustand der Älteren und der Nutzung kultureller Angebote gibt. In Bezug auf den Erwerbsstatus muss angeführt werden, dass jene Befragten, die sich als Pensionist bezeichnen, deutlich häufiger kulturell aktiv sind, als jene, die sich als Erwerbstätige, Hausfrauen oder aus anderen Gründen nicht Erwerbstätige bezeichnen.

Ältere Menschen die in mindestens einem Verein tätig sind, sind ebenfalls häufiger kulturell aktiv. Einen statistisch signifikanten Zusammenhang gibt es ebenfalls zwischen der Bildung und der Nutzung des kulturellen Angebots. Es sind jene Älteren, die nur einen Volks- oder Hauptschulabschluss vorweisen, die deutlich geringer als statistisch erwartet diese Angebote nutzen. Dies trifft auch auf das Einkommen zu. Ältere mit einem persönlichen Nettoeinkommen unter 1.000,- Euro partizipieren kulturell weniger stark.“ (19: 114-115)

„Berufliche Weiterbildung steht auch in engem Zusammenhang mit der allgemeinen Ausbildung. Personen mit einer abgeschlossenen Matura und höherer Ausbildung nehmen deutlich häufiger an Weiterbildungen teil, als Personen, die einen Schulabschluss unter dem Maturani-

veau besitzen. Die Wahrscheinlichkeit, dass jemand mit Matura an einer Weiterbildung teilnimmt, ist um 10% höher als für einen älteren Arbeitnehmer oder eine ältere Arbeitnehmerin ohne Reifeprüfung.“ (37: 58)

„Es zeigt sich, dass Personen, die früher ein eher hohes und gegenwärtiges [sic!] ein eher geringes Lernengagement haben, auch eher ein negatives Bild vom Lernen im Alter haben, nämlich 14 % von ihnen. Bei jenen, die früher und jetzt viel dafür tun Neues zu lernen, haben nur fünf Prozent ein eher negatives Bild vom Lernen im Alter. An dieser Stelle kann also festgehalten werden, dass ein zurückgehendes Lernengagement im Alter sowohl durch äußere, aber auch durch innere, einstellungsbedingte, Faktoren beeinflusst wird.“ (43: 55)

„Von jenen, die gegenwärtig ein hohes Lernengagement haben, sind 87 % dem Lernen im Alter gegenüber positiv eingestellt, hingegen sind bei jenen, die ein niedriges Lernengagement haben, nur 60 % positiv dem Lernen im Alter gegenüber eingestellt. Es kann also festgehalten werden, dass eine positive Einstellung zum Lernen im Alter eine wesentliche Einflussgröße dafür ist, dass auch jene Menschen im Alter sich als aktive Lernende betätigen, die das in ihrer bisherigen Lebensgeschichte eher nicht gemacht haben.“ (43: 56)

„Ein höherer Bildungsabschluss wirkt sich also positiv auf die Teilnahme an Bildungsveranstaltungen im Alter aus (...) Ein weiterer Faktor, der sich auf die Weiterbildungsbeteiligung günstig auswirkt ist der Gesundheitszustand.“ (43: 59)

„Weitere Faktoren, die sich darauf auswirken könnten, ob man sich im Alter an Lernprozessen beteiligt, können die Erfahrungen aus der Schulzeit sein und das generell angegebene Lernengagement. Und tatsächlich erkennt man, dass sich die Anzahl an positiven Erfahrungen in der Schulzeit auf einen späteren Kursbesuch auswirken. Befragte, die eine eher positive Erinnerung an die Schulzeit haben, besuchen auch im Alter eher Bildungsveranstaltungen. (...) 28 % der Älteren, die finden, dass sie ein hohes Lernengagement haben, und nur sieben Prozent jener, die finden, dass sie ein niedriges Lernengagement haben, nahmen kürzlich an einem Kurs teil.“ (43: 59-60)

„Je positiver die Einstellung der Älteren zum Lernen im Alter ist, desto eher sollten sie auch in letzter Zeit an Kursen teilgenommen haben. Für die Überprüfung dieses Zusammenhangs ziehen wir erneut den zusammengefassten Index zu Lernen im Alter heran. Von den Älteren, die eine eher negative Meinung über das Lernen im Alter haben, also einen Indexwert von null bis drei aufweisen, haben nur sechs Prozent in den letzten zwölf Monaten einen Kurs besucht. Hingegen haben von jenen, die ein eher positives Bild von Lernen im Alter haben, immerhin 19% kürzlich einen Kurs besucht. Man erkennt somit, dass die Einstellung zum Lernen auch auf das Verhalten Einfluss nimmt. Dennoch ist ersichtlich, dass dieser Einfluss

nicht allzu groß ist, weil ansonsten nahezu alle erst kürzlich einen Kurs hätten besucht haben müssen.“ (43: 60)

„Bei dem Motiv, welches von den meisten Älteren genannt wird, dem Training geistiger Fähigkeiten, zeigen sich Differenzen hinsichtlich Alter und Bildungsstand. Alle „Älteren“ und 90 % der ‚Jüngeren‘ geben dieses Motiv als Grund an und 58 % der schlechter und nur 36 % der besser Gebildeten. Beim zweithäufigsten Grund, der Wissensvertiefung, zeigen sich keine Unterschiede hinsichtlich der drei sozialstatistischen Merkmale. Beim Motiv Zusammenkommen mit anderen erkennt man Gruppenunterschiede hinsichtlich des Alters. 65 % der eher Jüngeren und 86 % der Älteren führen diesen Grund an. Beim Kursteilnahmegrund Aneignung praktischer Fähigkeiten, lassen sich keine Unterschiede hinsichtlich der Merkmale feststellen. Dass der besuchte Kurs preisgünstig war ist für Ältere (60 %) und jene mit geringeren Schulbildungsabschlüssen (58 %) eher ein Motiv als für Jüngere (50 %) und besser Gebildete (36 %). An Kursen teilgenommen, um soziale Anerkennung zu bekommen, haben mehr Frauen (33 %) als Männer (14 %) und mehr Personen mit höchstens einem Lehr- oder BMS-Abschluss (58 %) als jene mit Matura- oder Hochschulabschluss (36 %). Man kann also festhalten, dass für die eher bildungsferne Schicht die Motive Kosten, Anerkennung und Training geistiger Fähigkeiten ins Gewicht fallen.“ (43: 61)

„Nachdem die Hemmnisse generell aufgezeigt wurden, soll nun skizziert werden, welche älteren Menschen bei welchen Hemmnissen eher vertreten sind. (...) 71 % der höher Gebildete und 87 % der weniger Gebildeten stimmen diesem Hemmnisgrund (es besteht keine Notwendigkeit) zu. Auch beim zweiten Hemmnis, nämlich das Sich-Nicht-Aufraffen-Können zeigt sich nur ein Unterschied bei der Schulbildung. 45 % der höher und 62 % der weniger Gebildeten [sic!] geben diesen Grund für die Nichtteilnahme an. Man kann also festhalten, dass die Gruppe der Volksschul-, Hauptschul- und Lehr-AbsolventInnen generell weniger an Weiterbildungsangeboten interessiert und somit auch schwerer zu erreichen sind. Die Hemmnisse unpassende Veranstaltungszeiten bzw. -orte geben vor allem Ältere (37 statt 19 % bzw. 37 statt 20 %) und weniger Gebildete an (30 statt 10 % bzw. 30 statt 17 %). Beim Grund unpassende Zeiten für die Nichtteilnahme, spielt auch das Geschlecht eine Rolle, weil 32 % der Frauen aber nur 24 % der Männer diesen angeben. Dass die Kurse zu teuer sind und man deswegen diese nicht besucht, finden eher Frauen (28 statt 22 %), Ältere (30 statt 21 %) und weniger Gebildete [sic!] (27 statt 15 %). Auch das Hemmnis, dass man keine Begleitperson für den Kurs hat, spielt für Frauen (30 %), Ältere (26 %) und weniger Gebildete (23 %) eine größere als für Männer (12 %), Jüngere (18 %) und höher Gebildete (13 %). Das Bildungshemmnis ‚Ich gehöre nicht dazu‘ wird eher von Älteren (19 %) und weniger Gebildeten (14

%) als von Jüngeren (7 %) und höher Gebildeten (8 %) angegeben. Die abgefragten Hemmnisse sind insbesondere für weniger Gebildete, für Frauen und hochaltrige Menschen Ursache der geringeren Bildungsbeteiligung.“ (43: 62-63)

„Gibt es bestimmte Personengruppen, die bei mehr alltäglichen Aktivitäten gelernt haben? Männer haben durchschnittlich bei 1,4 und Frauen bei 1,2 Tätigkeiten der letzten zwei Tage etwas gelernt. Die Männer haben also bei etwas mehr Aktivitäten etwas gelernt. Wie sieht es nun mit dem Alter aus? Auch hier zeigen sich Differenzen. Die jüngeren Alten haben bei 1,5 und die alten Alten nur bei einer Aktivität das Gefühl gehabt, etwas zu lernen. Bei der höchsten abgeschlossenen Schulausbildung zeigt sich von diesen drei ausgewählten Variablen der größte Unterschied. Ältere mit einem niedrigen Abschluss geben bei 1,2 und Ältere mit einem hohen Abschluss bei 1,9 Aktivitäten an gelernt zu haben. Man kann also festhalten, dass Männer, jüngere Befragte und höher Gebildete bei mehr Alltagsaktivitäten lernen.“ (43: 65)

„Männer führen von den abgefragten Aktivitäten mehr aus, nämlich 65 % von ihnen haben sechs bis zehn Aktivitäten getätigt, wo hingegen nur 47 % der Frauen das getan haben. Weiters zeigt sich, dass die Anzahl der durchgeführten Aktivitäten mit dem Alter abnimmt. (...) Auch ein Zusammenhang mit dem Bildungsstand lässt sich feststellen. Je höher nämlich dieser ist, desto mehr Aktivitäten werden ausgeführt. (...) Außerdem führen mehr Ältere mit einem subjektiv gut empfundenen Gesundheitszustand (66 %) mehr Aktivitäten durch, als solche mit einem mittleren (51 %) und einem schlechten (32 %). Man kann also festhalten, dass jedes dieser sozialstatistischen Merkmale sich auf die Anzahl der durchgeführten Aktivitäten auswirkt.“ (43: 72)

„Die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer Lernhandlung im Alltag kommt, steigt, wenn ältere Menschen aktiver sind, d.h. mehr Aktivitäten durchführen. Dies ist eher bei jüngeren Befragten, bei Personen mit höherem Bildungsabschluss, besserem Gesundheitszustand und bei Männern der Fall.“ (43: 74)

„Die Analyse ergibt, dass mehr Männer (75 %) als Frauen (68 %) bei eher vielen Aktivitäten, zwischen vier und sieben, generell etwas gelernt haben. Neben dem Geschlecht hat auch das Alter einen Einfluss auf die Anzahl der Aktivitäten, bei denen man eher viel lernt, weil je älter die Befragten sind, desto weniger Aktivitäten werden von ihnen angegeben. Bei der höchsten abgeschlossenen Schulbildung lassen sich keine größeren Differenzen zwischen den Hauptschul-, Lehr- und Matura- bzw. HochschulabsolventInnen feststellen. Bei ihnen geben zwischen 75 und 79 % an bei vielen Aktivitäten eher gelernt zu haben. Von diesen unterscheiden sich die VolksschulabsolventInnen, weil bei diesen nur 50 % viele Aktivitäten angeben. Weiters lassen sich Unterschiede beim Gesundheitszustand aufzeigen. Je gesünder man nämlich

ist, desto mehr Aktivitäten gibt man an, bei denen man eher viel gelernt hat. Von den SeniorInnen mit einem guten Gesundheitszustand haben 78 %, von jenen mit einem mittleren Gesundheitszustand haben 68 % und von jenen mit einem schlechten haben nur 56% bei vier bis sieben Aktivitäten angegeben eher viel gelernt zu haben. Man erkennt also insgesamt, dass sozialstatistische Merkmale der SeniorInnen sehr wohl eine Rolle dabei spielen bei wie vielen Aktivitäten sie das Gefühl haben zu lernen.“ (43: 76)

„Bei der Anzahl der Aktivitäten erkennt man, dass Frauen eine größere Anzahl haben (58 %) als Männer (69 %). Außerdem geht die Anzahl dieser mit voranschreitendem Alter zurück. Bezüglich der letzten abgeschlossenen Schulbildung, gibt es zwar zwischen den Gruppen der Hauptschul-, Lehr- und Matura- bzw. HochschulabsolventInnen keine großen Unterschiede, aber sehr wohl zwischen diesen und den VolksschulabsolventInnen. Von ihnen haben nur 57 % viele immer schon gerne gemachte Aktivitäten, von Gruppen mit höheren Schulabschlüssen zwischen 65 und 69 %. Auch der Gesundheitszustand wirkt sich auf die Anzahl der Aktivitäten, die man immer gerne gemach [sic!] hat, aus. 74 % jener mit einem guten, 65 % jener, mit einem mittleren und 42 % jener, mit einem schlechten Gesundheitszustand haben zwischen sechs und zehn immer schon gern gemachte Tätigkeiten.“ (43: 80)

„Geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich bei der Gruppe der informell Lernenden und den Lernfernen erkennen. Der Anteil der informell Lernenden und Lernfernen ist unter den Frauen höher. Auch beim Alter lassen sich gewisse Zuordnungen zu den Lernformen ablesen. Mit voranschreitendem Alter wird der Anteil derer, die lernfern sind größer. Jüngere sind hingegen viel häufiger in der Gruppe der non-formal Lernenden vertreten. Hinsichtlich der höchsten abgeschlossenen Schulbildung erkennt man, dass die höher Gebildeten bei den non-formalen Lernern stark und in der Gruppe der Lernfernen minimal vertreten sind. Befragte mit Hauptschul- oder BMS-Abschluss sind sowohl in der Gruppe der non-formal Lernenden als auch der Lernfernen ungefähr gleich häufig vertreten. Personen mit einem Volksschulabschluss sind stärker unter den informell Lernenden und den Lernfernen vertreten. Erkennbar wird, dass sie beim non-formalen Lernen eher eine Randgruppe darstellen. Auch der Gesundheitszustand wirkt sich auf die Wahl der Lernform aus. Personen mit einem guten Gesundheitszustand gehören stärker zum Typ „non-formal“ und weniger zum Typ „lernfern“. Das wichtigste Ergebnis findet sich hinsichtlich der informell Lernenden dahingehend, dass es hier keine eindeutigen Tendenzen gibt, d. h. informelles Lernen ist weniger durch soziodemographische Faktoren beeinflusst. Das spricht dafür, dass jene älteren Menschen, die als bildungsbenachteiligt einzustufen sind, dennoch im Alltag lernen.“ (43: 85-86)

Kontexthypothese Kulturelle Teilhabe für Österreich

Jüngerer Lebensalter, höhere Schulbildung und bessere ökonomische Lage bewirken höhere Bildungsaktivität, ähnliche Effekte erzeugen ein großes Verwandtschaftsnetzwerk und Erwerbstätigkeit (die ihrerseits selbstverständlich mit jüngerem Lebensalter zusammenhängt), wobei langfristig angelegte Muster von Bedeutung sind: je regelmäßiger berufliche Weiterbildung stattgefunden hat, und je regelmäßiger private Weiterbildung praktiziert worden ist, desto eher kommt es zu Bildungsbeteiligung im Alter; sie ist beeinflusst von Schul- und Berufserfahrung und geht mit geschlechtsspezifischen Rollenzuschreibungen und mit der sozial-räumlichen Lebenssituation einher, als benachteiligt in der Altersbildung und damit stärker entbunden als andere können folgende soziale Gruppen eingeschätzt werden: Hochaltrige, Pensionierte, im Haushalt tätige Personen und Personen aus kleinen Ortschaften (damit sind die wichtigsten Faktoren, die integrationsabweisend wirken, bereits genannt), wenn es eine biografische Verankerung der Bildungsteilnahme gibt, dann kommt es auch im Alter eher zu organisiertem Lernen. Die kulturellen Angebote in der Umgebung nutzen vor allem die jüngeren Alten, doch Ältere, die in Vereinen tätig sind, nutzen diese Angebote auch öfter, wer nur Volks- und Hauptschulabschluss vorzuweisen hat, zeigt einen deutlich geringeren Nutzungsgrad, ebenso wie jene mit niedrigem Einkommen; geistige Fähigkeiten durch Bildungsaktivitäten zu trainieren, scheint zu den stärksten Motiven zu gehören, gefolgt von der Wissensvertiefung und sich mit anderen zu treffen, für die so genannten bildungsfernen Schichten fallen Kosten, Anerkennung und Training geistiger Fähigkeiten ins Gewicht; nicht zu unterschätzen ist der subjektiv wahrgenommene Lerneffekt, der auftaucht, wenn Menschen zahlreichen Tätigkeiten nachgehen, allerdings gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen Männern und Frauen - insgesamt ist unter den Frauen der Anteil der informell Lernenden und der Lernfernen höher, was unter der Tatsache, dass Bildungsteilnahme nicht nur zu stärkerer sozialer Integration, sondern auch zu erweiterter sozialer Teilhabe führt, eine besondere Bedeutung erhält.

Kapitel 4 - Empirische Analysen

Christian Bischof, Ines Findenig

Die gefundenen empirischen Forschungsaktivitäten wurden hinsichtlich ihrer Themenbereiche, Dimensionen und Indikatoren untersucht und kategorisiert. Diese Kategorisierungen wurden in einem ersten Schritt den 14 Bereichen des Bundesplans für Seniorinnen und Senioren zugeordnet, dann die Dimensionen und Indikatoren in einem weiteren Schritt verdichtet, d. h. Indikatoren mit dem gleichen zugrundeliegenden Konzept wurden zusammengefasst. Den Bereichen des Bundesplans für Seniorinnen und Senioren konnten somit 44 Dimensionen und 187 Indikatoren zugeordnet werden. Die entsprechenden Übersichten finden sich in Kapitel 2.

Die nächste Aufgabe bestand darin, möglichst viele der 187 Indikatoren durch hochqualitative Datensätze zu reproduzieren. Eine hohe Bedeutung hatte dabei die Frage der Vergleichbarkeit mit anderen Subpopulationen. Eine Aussage betreffend die Teilhabe im Alter konnte nur getroffen werden, wenn der Vergleich mit anderen Subpopulationen möglich war. Folgende Überlegungen waren dabei von Bedeutung:

- Der Vergleich mit jüngeren Altersgruppen kann eine Aussage darüber treffen, ob Teilhabe im Alter gegeben ist, wenn die Teilhabe in den verschiedenen Altersgruppen ähnliche Muster aufweist.
- Die Fallzahl sollte ausreichend groß sein, um nach dem Geschlecht und dem höchsten Bildungsabschluss zu differenzieren bzw. des Weiteren nach Bundesland oder Besiedlungsdichte (Stadt/ Land).
- Durch wiederholt durchgeführte Erhebungen lassen sich Zeitreihen bilden und Veränderungen im zeitlichen Verlauf untersuchen.

Es sollten möglichst viele der folgenden Differenzierungen mithilfe einer ausreichend großen Fallzahl erfüllt werden, und zwar nach: Altersgruppen, Geschlecht, Bildung, Bundesland (bzw. geographischer Differenzierung) und zeitlichen Veränderungen (mittels Zeitreihen). Um die Vergleichbarkeit mit öffentlichen Statistiken zu ermöglichen, sollten des Weiteren die Kategorisierungen deckungsgleich sein.

Es konnten für 98 der 187 Indikatoren (= 52 Prozent) Daten gefunden werden, welche diese qualitativen Vorgaben zu erfüllen imstande waren. Im nächsten Arbeitsschritt wird ein Teil dieser gefundenen Indikatoren statistisch analysiert. Es musste auch darauf verzichtet werden, alle 98 möglichen Indikatoren zu untersuchen, da ein Teil der Indikatoren trotz der Verdich-

tungen noch immer eine sehr ähnliche Konzeptualisierung aufwies. Schließlich wurden jene Indikatoren analysiert, welche für die Teilhabe im Alter besonders relevant erschienen.

Des Weiteren wurden keine zeitlichen Veränderungen untersucht, da hier die Interpretation der Ergebnisse durch Änderungen bei der Erhebung sehr schwierig sein kann. Fragentexte und Antwortkategorien ändern sich im zeitlichen Verlauf und eine Trennung von konzeptuellen Einflüssen und tatsächlichen Ergebnissen kann problematisch sein. Wieder einmal zeigt sich hier das bedauerliche Fehlen eines Alters-Surveys in Österreich. Ebenso sind die Datenerhebungen von der zeitlichen Erhebungsmethodik unterschiedlich, zum größten Teil handelt es sich um Querschnitterhebungen mit einer Längsschnittkomponente (zu den verschiedenen Erhebungszeitpunkten werden unterschiedliche Personen befragt). Es gibt vereinzelt aber auch Panel-erhebungen (es werden zu jedem Erhebungszeitpunkt die gleichen Personen befragt). Die folgende Tabelle 11 zeigt die hier ausgewerteten Indikatoren.

Bereich	Dimension	Indikator	Typ Indikator
Gesellschaftliche und politische Partizipation, Freiwilligenarbeit, Lebensqualität	Aktivitäten	Teilnahme an einem Fort- oder Weiterbildungskurs	Teilnahmeaktivität
	Aktivitäten	Teilnahme an Aktivitäten einer politischen Organisation oder Bürgerinitiative	Teilnahmeaktivität
	Exklusion	Ausschluß durch Alter	Voraussetzungen
	Freiwilligenarbeit	Unentgeltliche bzw. freiwillige Arbeit bei Wohltätigkeits-organisationen/-veranstaltungen	Teilnahmeaktivität
	Lebensqualität	Lebensqualität im Alter (CASP-12 Skala)	Voraussetzung und Folge
	Politische Partizipation	Teilnahme an Wahlen	Teilnahmeaktivität
Ökonomische Lage, soziale Differenzierung und Generationengerechtigkeit	Ökonomische Lage	Armutsgefährdung bei 60% des Medians	Voraussetzungen
Gesundheitsförderung und Gesundheitssituation	Gesundheitszustand	Psychische Gesundheit (EURO-D Skala)	Voraussetzungen
	körperliche Aktivitäten	Moderate körperliche Anstrengungen	Teilnahmeaktivität
	körperliche Aktivitäten	Körperlich anstrengende Aktivitäten	Teilnahmeaktivität
Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse, soziale Beziehungen	Soziale Beziehungen	Einsamkeit und soziale Isolation (R-UCLA Skala)	Voraussetzung und Folge
Wohnbedingungen, Technik und Mobilität	Wohnsituation	Wohnbelastung in Haus oder Wohnung	Voraussetzungen
Pflege und neue Betreuungsformen	Pflegebedarf	Einschränkungen Aktivitäten des Lebens (ADL-Index)	Voraussetzungen
Altern und Medien	Informations- & Kommunikationstechnik	Internetzugang im Haushalt	Voraussetzungen
	Mediennutzung	Lesen einer Tageszeitung	Teilnahmeaktivität
Diskriminierung, Gewalt und Exklusion	Sicherheit	Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend	Voraussetzungen
	Sicherheitsempfinden	Subjektives Sicherheitsempfinden	Voraussetzung und Folge
Sicherung der Infrastruktur und Mobilität	Mobilität	Vorhandensein eines PKW	Voraussetzungen

Tabelle 11: Bereiche, Dimensionen und Indikatoren der empirischen Analyse

Die achtzehn hier ausgewählten und in der Tabelle ersichtlichen Indikatoren decken neun Bereiche des Bundesplans für Seniorinnen und Senioren ab. Aus den Dimensionen der empirischen Forschungsaktivitäten konnten sechzehn Dimensionen abgedeckt werden. Die Indikatoren entsprechen sieben Mal dem Typ „Teilnahmeaktivität“, acht Mal dem Typ „Voraussetzungen“ und drei Mal dem Typ „Voraussetzung und Folge“ (vgl. Kapitel 2).

Die Auswertung wurde mittels der Datensätze SHARE (Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe: sechste Welle, Datenerhebung 2015), EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions, Datenerhebung 2016) und ESS (European Social Survey:

achte Welle, Datenerhebung 2016) durchgeführt. Verwendet wurden die jeweils aktuell verfügbaren Datensätze. Von den achtzehn Indikatoren stammen zehn aus SHARE, sechs aus EU-SILC und zwei aus dem ESS. Zur Auswertung gelangten nur befragte Personen mit einem Alter von mindestens 50 Jahren, somit ergibt sich für SHARE eine Fallzahl von 3391 Personen, für EU-SILC 5360 Personen und für den ESS von 959 Personen. Durch die relative hohe Fallzahl ergeben sich kleine Konfidenzintervalle, daher unterliegen die berechneten Ergebnisse einer geringen Schwankungsbreite. Die Datensätze wurden vor der Auswertung mit den vorgesehenen Designgewichten versehen. Die Bildung und Besiedlungsdichte wurden in den drei Datensätzen sehr unterschiedlich erhoben und aufbereitet, aus diesem Grund wurden diese beiden Informationen harmonisiert. Abbildung 4: Stichprobenkennwerte zeigt die soziodemographischen Kennwerte der drei Datenerhebungen.

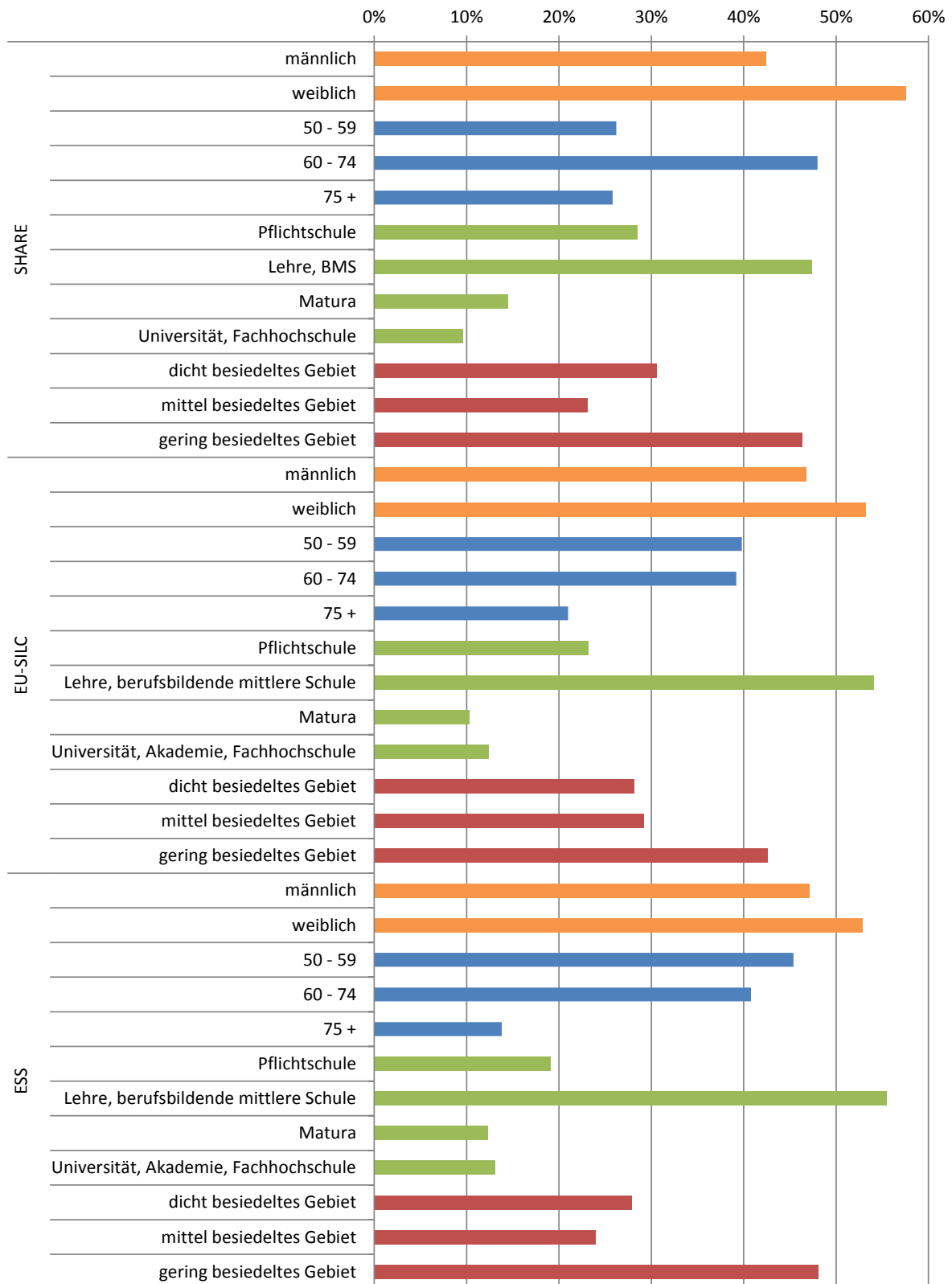


Abbildung 4: Stichprobenkennwerte

Die folgenden Unterkapitel sind nach dem gleichen Schema aufgebaut. Zuerst wird eine Zusammenfassung präsentiert, in der die Zusammenhänge mit den erklärenden Merkmalen Geschlecht, Altersgruppe, Bildung, Besiedlungsdichte und der Wirkungsrichtung des Zusam-

menhanges u. a. mit Hilfe von Pfeilen in den Abbildungen beschrieben werden. Anzumerken gilt es, dass nur Zusammenhänge mit einer Effektstärke größer/gleich 0,1 dargestellt werden.⁹ Anschließend werden die einzelnen Indikatoren zusätzlich als Abbildung präsentiert.

4.1 Gesellschaftliche und politische Partizipation, freiwilliges Engagement, Lebensqualität

Bei der Teilnahme an einem Fort- oder Weiterbildungskurs zeigt sich der stärkste Effekt der Bildung darin, dass mit einer höheren Bildung die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme steigt. Um den Wirkungszusammenhang der Effekte darstellen zu können, zeigen, wie schon erwähnt, Pfeile in den Abbildungen die Richtung der Wirkung an. In diesem Fall zeigt der Pfeil nach oben, was bedeutet, dass mit einer höheren Bildung (Pflichtschule; Lehre, BMS; Matura; Universität, Fachhochschule) die Teilnahme an einem Fort- oder Weiterbildungskurs steigt. Beim Alter (mit folgenden Gruppierungen: 50 – 59; 60 – 74; 75+) zeigt der Pfeil nach unten, dies bedeutet: mit einem höheren Alter sinkt die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme daran. Der Pfeil nach unten bei der Besiedlungsdichte zeigt folgende Wirkungsrichtung an: mit der Abnahme der Besiedlungsdichte (dicht-mittel-gering besiedeltes Gebiet) sinkt die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme. Dies bedeutet im Zusammenhang zu unserer aufgestellten Kontexthypothese zur wirtschaftlichen Teilhabe (siehe dazu Kap 3.3), dass ein multifaktorielles Muster auftritt, demzufolge finanzielle Deprivation mit einer höheren Besiedlungsdichte steigt, mit einem höheren Bildungsabschluss aber sinkt, manifeste Armut (Armutgefährdung und finanzielle Deprivation treten gemeinsam auf und wirken in Richtung stark abnehmender Integration) ebenfalls in dicht besiedelten Gebieten deutlich häufiger auftritt; hinzu kommt jedoch: Höher gebildete bzw. sozioökonomisch besser situierte Personen verfügen aufgrund eines höheren sozialen Kapitals über ein größeres soziales Netzwerk und dementsprechend mehr nicht-verwandte Netzwerkpartner als Personen mit geringerer Bildung bzw. geringerem sozioökonomischem Status.

Beim nächsten Aktivitätsindikator, der Teilnahme an Aktivitäten in einer politischen Organisation oder Bürger_inneninitiative, ist das Geschlecht ein erklärender Effekt. Frauen nehmen in einem geringeren Ausmaß an derartigen Veranstaltungen teil. Der Pfeil nach unten zeigt

⁹ Interpretation der Effektstärke der Zusammenhangsmaße nach Cohen (1992). Es wird in Abhängigkeit vom Skalenniveau ein geeignetes Zusammenhangsmaß verwendet. Im Berichtstext werden nur signifikante Zusammenhänge ($p < 0,001$) dargestellt:

$r \geq 0,10$	geringe Effektstärke
$r \geq 0,30$	mittlere Effektstärke
$r \geq 0,50$	starke Effektstärke

die Wirkungsrichtung männlich zu weiblich an. Die Bildung ist ein weiterer Faktor für die Teilnahme an politischen Veranstaltungen. Beim Gefühl, durch das Alter ausgeschlossen zu sein, steigt die Wahrscheinlichkeit mit einem höheren Alter. Das Bildungsniveau weist ebenfalls eine relevante Effektstärke auf, es zeigt sich aber keine eindeutige Wirkungsrichtung. Das freiwillige Engagement bei Wohltätigkeitsorganisationen/-veranstaltungen steht im Zusammenhang mit Bildung: mit einer höheren Bildung steigt die Wahrscheinlichkeit der freiwilligen Aktivität. Bei der altersbezogenen Lebensqualität besteht bei Alter und Bildung ein relevanter Effekt, aber nur bei Bildung zeigt sich ein Wirkungszusammenhang: mit einer höheren Bildung steigt die Wahrscheinlichkeit für eine höhere Lebensqualität. Die Teilnahme an Wahlen ist der einzige Indikator aus diesem Bereich, bei dem es keinen Zusammenhang mit den erklärenden Faktoren Geschlecht, Alter, Bildung oder Besiedlungsdichte gibt.

	Zusammenhangsmaß	Geschlecht	Alter	Bildung	Besiedlungsdichte
Teilnahme an einem Fort- oder Weiterbildungskurs	Cramer's V		$\geq 0,1$ ↓	$\geq 0,2$ ↑	$\geq 0,1$ ↓
Teilnahme an Aktivitäten einer politischen Organisation oder Bürgerinitiative	Cramer's V	$\geq 0,1$ ↓		$\geq 0,1$ ↑	
Ausschluss durch Alter	Cramer's V		$\geq 0,2$ ↑	$\geq 0,1$	
Unentgeltliche bzw. freiwillige Arbeit bei Wohltätigkeitsorganisationen/-veranstaltungen	Cramer's V			$\geq 0,1$ ↑	
Lebensqualität im Alter (CASP-12 Skala)	Eta		$\geq 0,1$	$\geq 0,1$ ↑	
Teilnahme an Wahlen	Cramer's V				

Tabelle 12: Indikatoren der Bereiche gesellschaftliche und politische Partizipation, Freiwilligenarbeit, Lebensqualität

Bei der Frage, ob jemand in den letzten zwölf Monaten an einem Fort- oder Weiterbildungskurs teilgenommen hat, gibt es starke Unterschiede. Die größten Differenzen zeigen sich bei der Bildung: Personen die den höchsten Bildungsabschluss Universität/Fachhochschule aufweisen haben im vorangegangenen Jahr zu 35,8% an einem Fort- oder Weiterbildungskurs teilgenommen. Personen mit einem Pflichtschulabschluss nur zu 4,1%. Weitere große Differenzen gibt es hinsichtlich des Alters: mit einem höheren Alter sinkt die Wahrscheinlichkeit für einen Kursbesuch stark. Daraus ergibt sich, dass Kursbesuche hauptsächlich im Kontext des Erwerbslebens stattfinden und wenn zumindest die Matura absolviert wurde. In dicht besiedelten Gebieten gibt es, da dort das Bildungsniveau höher ist, einen höheren Anteil. Dieser Zusammenhang wird in einer hier zusätzlich durchgeführten Auswertung bestätigt. Generell

zeigt sich aber im Alter eine relativ geringe Teilnahme bei Fort- oder Weiterbildungsaktivitäten.

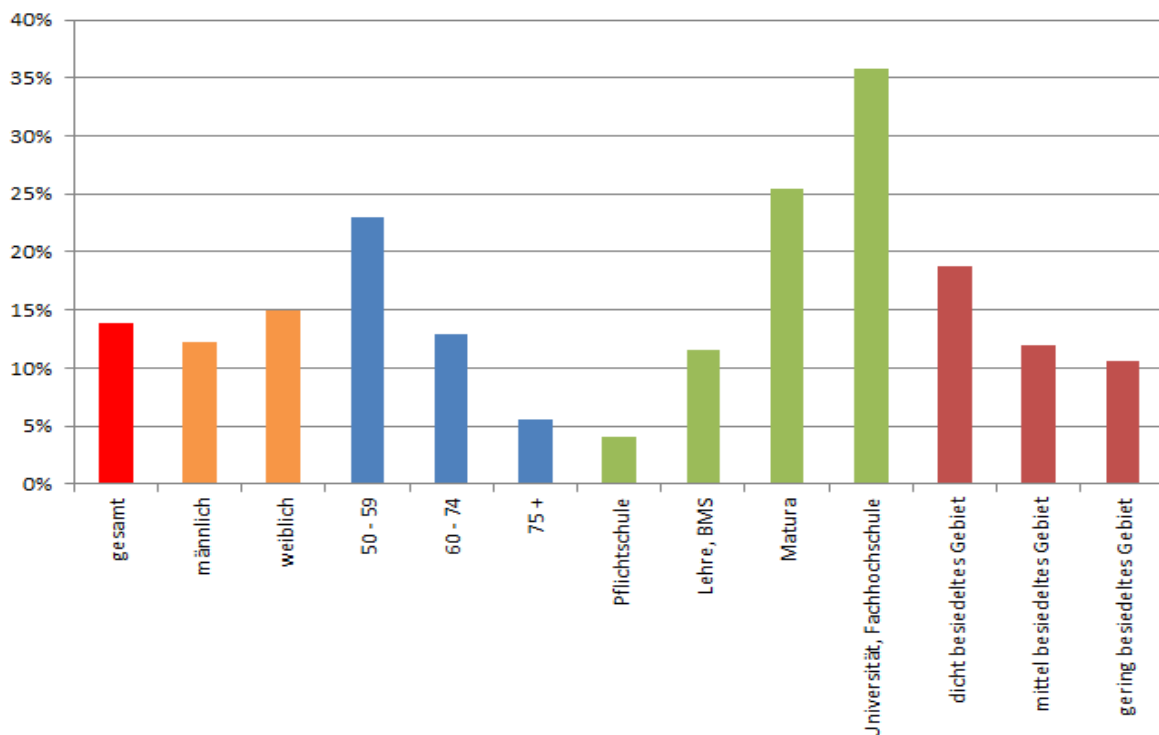


Abbildung 5: Teilnahme an einem Fort- oder Weiterbildungskurs (Anteil ja)

Bei dem folgenden Aktivitätsindikator, der Teilnahme an Aktivitäten einer politischen Organisation oder Bürger_inneninitiative im letzten Jahr abbildet, zeigt sich der äußerst geringe Gesamtwert von 7,4%. Bei der Teilnahme an derartigen Aktivitäten ist ebenfalls Bildung der Faktor, der die größten Differenzen zeitigt. Personen mit Pflichtschulabschluss haben mit 3,2% teilgenommen, in der höchsten Bildungskategorie waren es hingegen 15,7%. Die Unterschiede hinsichtlich der Besiedelungsdichte lassen sich wiederum durch das niedrigere Bildungsniveau in den mittel und gering besiedelten Gebieten erklären. Die Altersgruppe 75+ weist einen eher geringeren Anteil auf. Bei Männern ist mit 10,3% die Teilnahme deutlich höher als bei Frauen (5,3%). Diese Ergebnisse bestätigen die von uns erstellte Kontexthypothese zur politischen Teilhabe u. a. dahingehend, dass ältere Personen weniger häufig an politischen Demonstrationen teilnehmen und dass politische Aktivitäten und Teilhabe eher von Männern getätigt werden (siehe dazu zu Kap. 3.2). Anzumerken ist, dass diese Einzelbefunde zum Zweck stärkerer Aussagekraft in den Kontext anderer Dimensionen gestellt werden müssten wie z. B. Mitgliedschaft in Parteien und Verbänden (z. B. Gewerkschaft), Beteiligung in Selbsthilfegruppen etc.

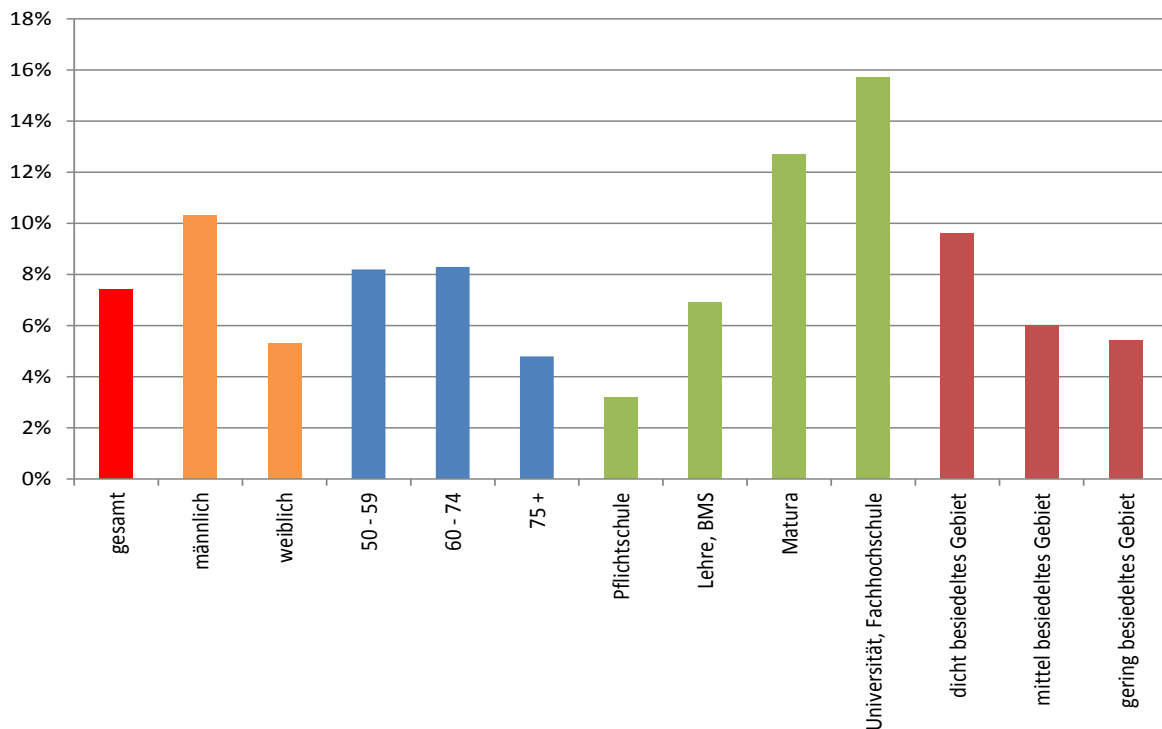


Abbildung 6: Teilnahme an Aktivitäten einer politischen Organisation oder Bürgerinitiative (Anteil ja)

Der gesellschaftliche Ausschluss bzw. die Entbindung von gesellschaftlicher Teilhabe durch das Alter wurde durch folgende Frage erhoben: Wie oft denken Sie sich, dass Ihr Alter Sie daran hindert, Dinge zu tun, die Sie gerne tun möchten? Die Antwortkategorien häufig und manchmal wurden zu *ja* zusammengefasst, aus selten und nie wurde die Kategorie *nein*. Mit einem Gesamtwert von 40% fühlen sich relativ viele Personen durch ihr Alter beeinträchtigt. Mit höherem Alter steigt der Anteil, so hat die Altersgruppe 75+ mit 62,6% den höchsten Wert. Des Weiteren sticht der zweithöchste Wert von 49% bei den Pflichtschulabsolvent_innen hervor und Männer in gering besiedelten Gebieten (54,9%) empfinden sich durch ihr Alter besonders gehindert, an der Gesellschaft teilzuhaben.

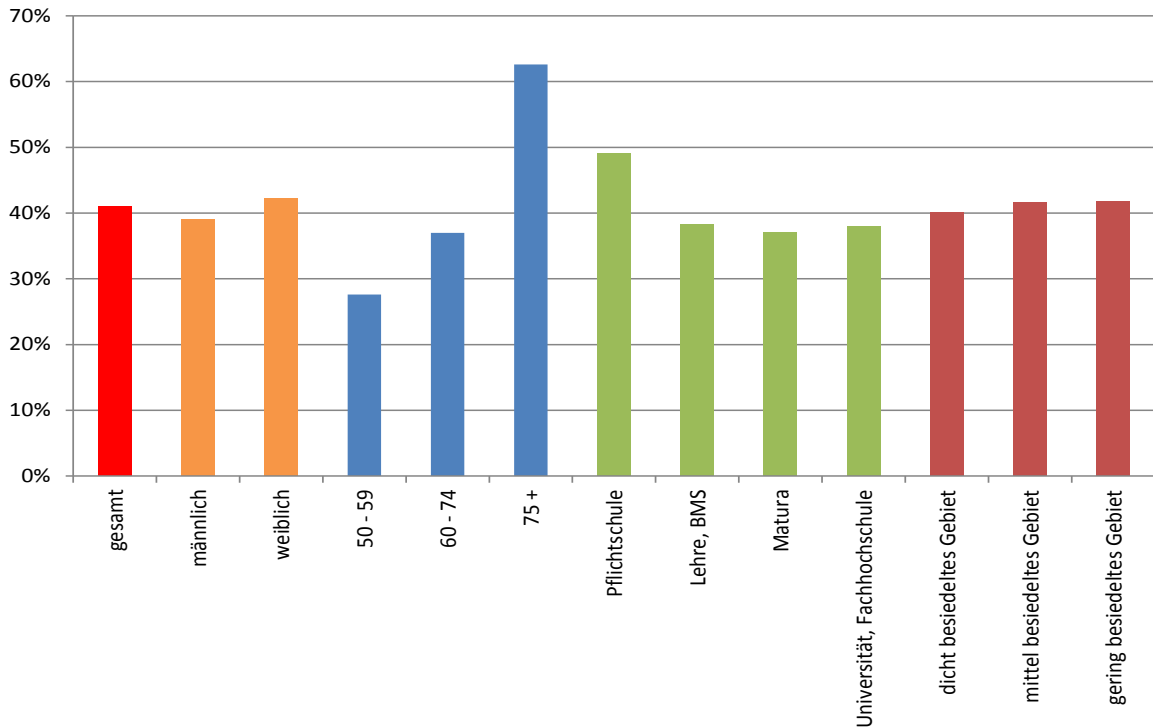


Abbildung 7: Ausschluss durch das Alter (Anteil ja)

Bei der Frage, ob in den letzten 12 Monaten unentgeltliches bzw. freiwilliges Engagement bei Wohltätigkeitsorganisationen/-veranstaltungen geleistet wurde, ist wiederum Bildung der wichtigste Faktor. Bei Vorliegen von zumindest Maturaabschluss steigt die Wahrscheinlichkeit stark an. Dies bestätigt somit die Kontexthypothese zu Teilhabeaktivitäten in Österreich (siehe dazu Kap 3.1). Gesamt betrachtet ist das Niveau mit 20,3% relativ gering, d.h. nur jede fünfte Person über 50 Jahren hat sich im letzten Jahr zumindest einmal freiwillig engagiert. Der höchste Wert bei der Untersuchung nach der Altersgruppe tritt mit 23,2% bei Personen mit einem Alter von 60 bis 74 Jahren auf. Dies lässt vermuten, dass diese Altersgruppe nach dem Ende des Erwerbslebens etwas mehr Zeit zur Verfügung hat und für derartige Aktivitäten körperlich tendenziell nicht stark eingeschränkt.

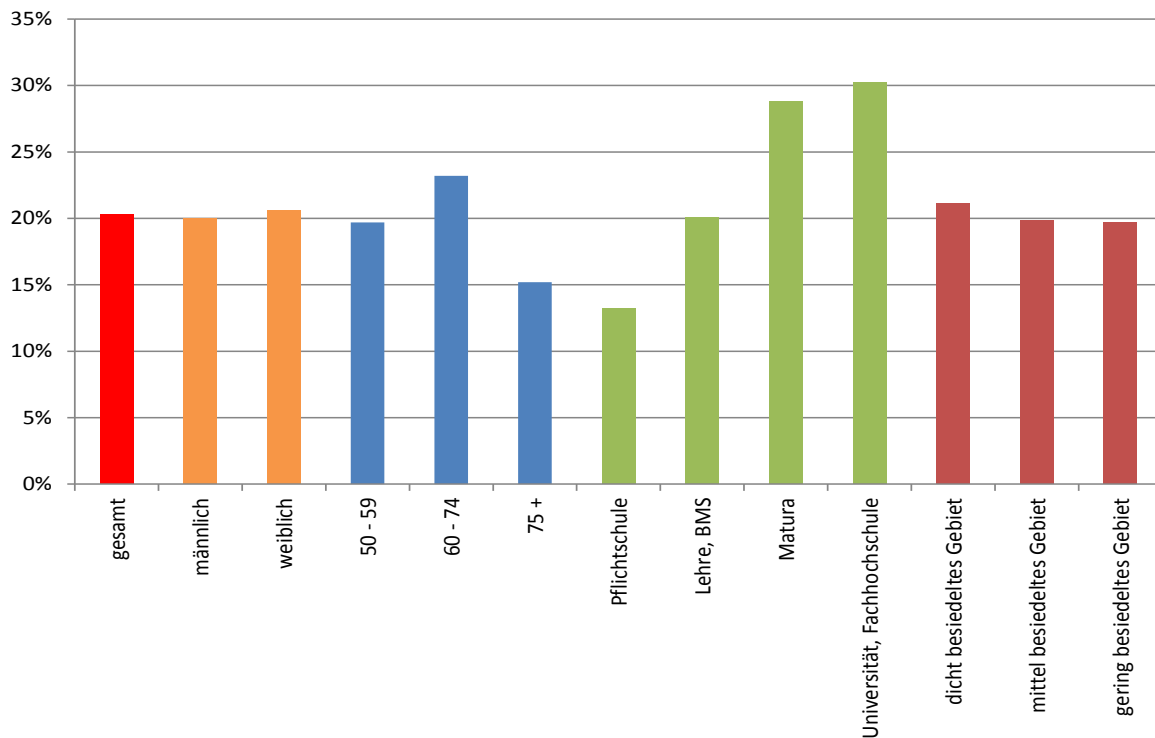


Abbildung 8: Unentgeltliches bzw. freiwilliges Engagement bei Wohltätigkeitsorganisationen/-veranstaltungen (Anteil ja)

Der folgende Indikator erfasst die Lebensqualität im Alter mittels 12 Aussagen, wodurch Menschen ihr Leben oder ihre Gefühle beschreiben. Die CASP-12 Skala (Hyde et al. 2003) erfasst die subjektive Zufriedenheit der menschlichen Bedürfnisse in den vier Lebensbereichen Kontrolle, Autonomie, Selbstverwirklichung und Vergnügen (das Akronym CASP steht für control, autonomy, self-realization and pleasure). Die CASP-12 Skala kann einen Wert von 12 bis 48 annehmen, wobei ein hoher Wert eine hohe Lebensqualität im Alter anzeigt. Die Analysen ergeben, dass mit einem höheren Bildungsabschluss die Lebensqualität ansteigt, der gesamt höchste Wert von 41,1 zeigt sich bei Personen mit Universitätsabschluss. Der niedrigste Wert (38,3) tritt bei Personen der höchsten Altersgruppe 75+ auf, die Lebensqualität bewegt sich somit auf einem relativen hohen Niveau.

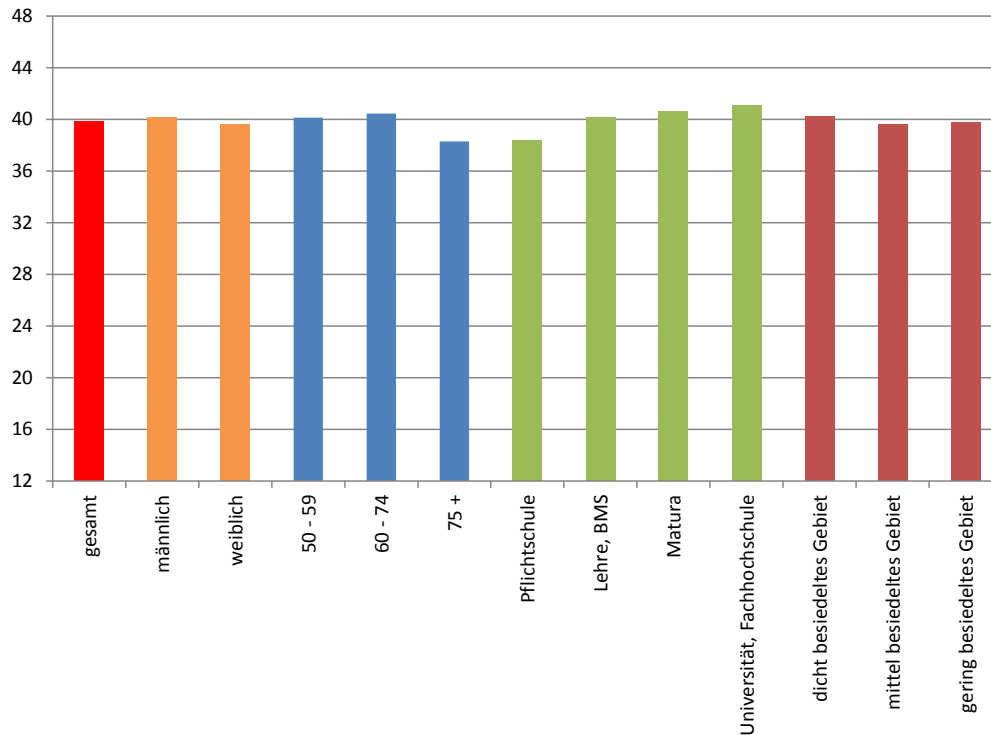


Abbildung 9: Lebensqualität im Alter (CASP-12 Skala, Mittelwert)

Die politische Partizipation wird mittels der Teilnahmen an Wahlen mit der folgenden Frage erhoben: Manche Menschen wählen heutzutage aus verschiedenen Gründen nicht mehr. Haben Sie bei der letzten Nationalratswahl gewählt? Es zeigt sich der hohe Wert von gesamt 90,5%. Dieser Wert ist von besonderem Interesse, da die offizielle Wahlbeteiligung bei der zum Erhebungszeitpunkt letzten Nationalratswahl 2013 nur bei 74,4% lag. Vermutlich ist diese hohe Abweichung nicht auf eine sozial erwünschte Antwort zurückzuführen, sondern auf ein unabsichtliches Verfälschen eigener Erinnerungen. Es wird bei der Beantwortung nicht an die letzte Nationalratswahl gedacht, sondern an eine Nationalratswahl zuvor oder überhaupt an eine andere Wahl. Die größte Differenz zeigt sich zwischen dem Bildungsabschluss Pflichtschule mit 86,6% und Universität bzw. Fachhochschule mit 94,8%. Diese beiden Bildungsgruppen sind insofern zusätzlich interessant, da sich zwei konträre geschlechtsbezogene Ergebnisse zeigen. So ist bei den Pflichtschulabsolventen mit 92,7% die Wahlbeteiligung deutlich höher als bei den Absolventinnen einer Pflichtschule mit 83,9%. Beim Abschluss mit Matura ist es umgekehrt, hier weisen Frauen mit 90,8% einen höheren Wert als Männer mit 84,7% auf. Bei den beiden anderen Bildungsgruppen zeigen sich hinsichtlich des Geschlechtes nur geringe Unterschiede. Demnach bestätigt sich unsere Kontakthypothese zu politischen Aktivitäten, dass dieser Bereich eher eine Männerdomäne darstellen soll nur teilweise.

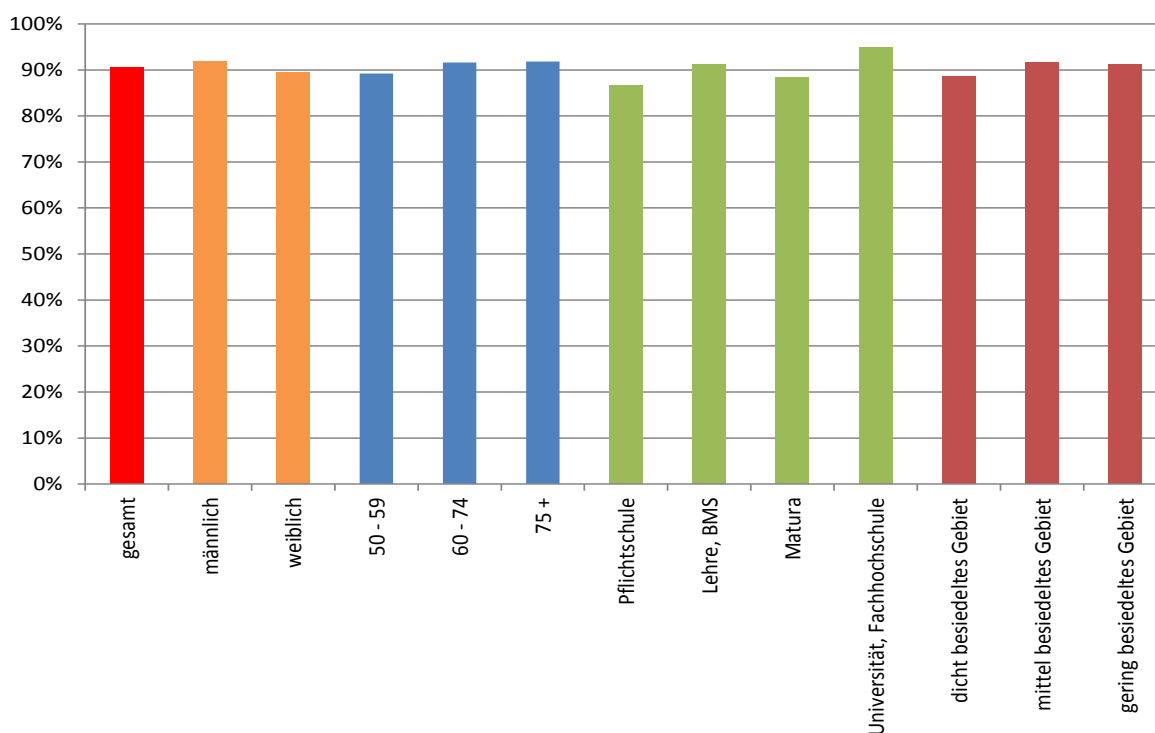


Abbildung 10: Teilnahme an Wahlen (Anteil ja)

4.2 Ökonomische Lage; Gesundheit; soziale Beziehungen; Wohnbedingungen

Die sechs Indikatoren in diesem Abschnitt decken folgende Bereiche des Bundesplans für Seniorinnen und Senioren ab:

- Ökonomische Lage, soziale Differenzierung und Generationengerechtigkeit
- Gesundheitsförderung und Gesundheitssituation
- Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse, soziale Beziehungen
- Wohnbedingungen, Technik und Mobilität

Der Bereich „Gesundheitsförderung und Gesundheitssituation“ wird durch drei Indikatoren abgedeckt, alle anderen Bereiche durch jeweils einen Indikator. Die folgende Abbildung zeigt die Indikatoren und die zugehörigen Effektstärken. Es lässt sich erkennen, dass die Armutsgefährdung bei 60% des Medians einen Zusammenhang mit der Bildung von geringer Effektstärke aufweist, sowie dass mit einer höheren Bildung die Wahrscheinlichkeit der Armutsgefährdung sinkt. Die psychische Gesundheit steht im Zusammenhang mit Geschlecht, Alter und Bildung. Bei Frauen ist eine schlechtere psychische Gesundheit erkennbar, aber mit einer höheren Bildung steigt die Wahrscheinlichkeit für eine bessere psychische Gesundheit bei Frauen. Bei den Fragen nach moderaten körperlichen Anstrengungen und körperlich anstren-

gende Aktivitäten gibt es die gleichen Zusammenhänge. Mit höherem Alter nehmen beiden Indikatoren ab und mit einer höheren Bildung steigen die Werte an. Bei körperlich anstrengenden Aktivitäten tritt mit $\geq 0,2$ im Zusammenhang mit dem Alter die größte Effektstärke auf. Alter und Bildung sind auch für den Indikator Einsamkeit und soziale Isolation von Bedeutung, es zeigt sich aber keine Richtung des Zusammenhanges.

	Zusammenhangsmaß	Geschlecht	Alter	Bildung	Besiedlungsdichte
Armutsgefährdung bei 60% des Medians	Cramer's V			$\geq 0,1$ ↓	
Psychische Gesundheit (EURO-D Skala)	Cramer's V	$\geq 0,1$ ↑	$\geq 0,1$	$\geq 0,1$ ↑	
Moderate körperliche Anstrengungen	Cramer's V		$\geq 0,1$ ↓	$\geq 0,1$ ↑	
Körperlich anstrengende Aktivitäten	Cramer's V		$\geq 0,2$ ↓	$\geq 0,1$ ↑	
Einsamkeit und soziale Isolation (R-UCLA Skala)	Eta		$\geq 0,1$	$\geq 0,1$	
Wohnbelastung in Haus oder Wohnung	Cramer's V				

Tabelle 13: Indikatoren der Bereiche ökonomische Lage; Gesundheit; soziale Beziehungen; Wohnbedingungen

Als armutsgefährdet (nach Sozialleistungen) gelten Personen mit einem äquivalisierten Haushaltsnettoeinkommen unterhalb eines festgelegten Schwellenwertes nach EU-Konvention. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60% des Medianeinkommens, das waren im Jahr 2016 14.217 Euro pro Jahr für einen Einpersonenhaushalt, ein Zwölftel davon entspricht einem Monatswert von 1.185 Euro. Die Anpassung für Mehrpersonenhaushalte erfolgt nach der äquivalisierten EU-Skala, die erste erwachsene Person im Haushalt wird mit einem Konsumäquivalent von 1 gewichtet, jeder weitere Erwachsene mit 0,5 und jedes Kind (unter 14 Jahren) mit 0,3. Die Personengruppe, welche mit Abstand die höchste Armutsgefährdung (21,5%) aufweist sind Personen mit einem Pflichtschulabschluss. Auch bei Frauen und Personen 75+ ist die Wahrscheinlichkeit der Armutsgefährdung höher als bei den Vergleichsgruppen. In dicht besiedelte Gebiete tritt in Kombination mit der Altersgruppe 50 bis 59 und Pflichtschulabschluss der hohe Wert von 38,5% auf. Demnach zeigt unsere Kontexthypothese, dass finanzielle Deprivation und damit einhergehende Armutsgefährdung mit höherer Besiedlungsdichte steigt (mit höherem Bildungsabschluss aber sinkt), somit in Richtung stark abnehmender Integration wirken (siehe dazu Kap. 3.3).

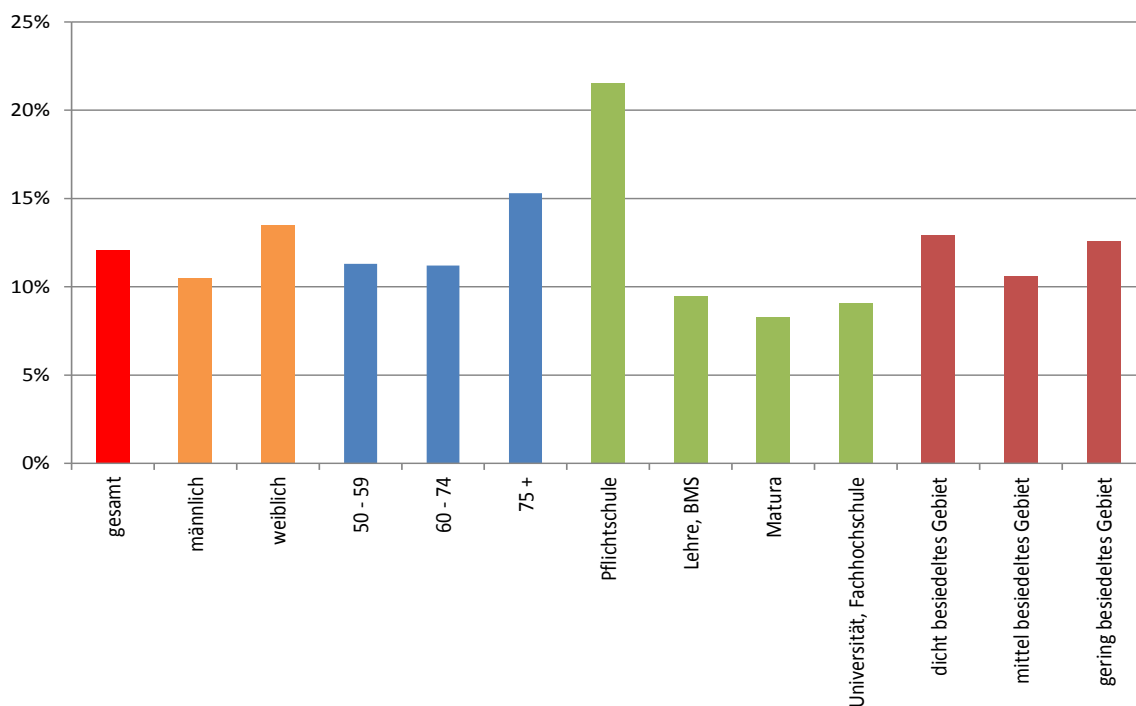


Abbildung 11: Armutsgefährdung bei 60 % des Medians (Anteil ja)

Die psychische Gesundheit wird mittels der EURO-D Skala erfasst, diese basiert auf dem Vorliegen oder Nichtvorliegen depressiver Symptome, beinhaltet aber keine Diagnosen verschiedener seelischer Erkrankungen. EURO-D wird in einer Zusammenarbeit von elf europäischen Ländern für den Vergleich depressiver Symptome entwickelt. Zu den 12 Items der EURO-D Skala gehören: Depression, Pessimismus, Suizidalität (Todeswunsch), Schuldgefühle, Schlafstörungen, Interesse an Umgebung und Aktivitäten, Reizbarkeit, Appetit, Kraftlosigkeit, Konzentration, Freude sowie Traurigkeit. Bei der Befragung bezieht sich der Zeitraum der Symptome auf den Monat vor der Befragung. Die EURO-D Skala reicht von 0 bis 12, wobei eine größere Anzahl einen höheren Grad an Depression anzeigt. Bei 4 oder mehr Symptomen kann von einer Depression ausgegangen werden, hier in der Analyse ist dies bei 21,1% der Fall. Dies meint, dass fast ein Viertel älterer Menschen Anzeichen einer Depression aufweisen. Dieser Indikator zeigt bei allen potentiellen Einflussfaktoren große Unterschiede. So sind nur 14,8% der Männer betroffen, aber 25,6% der Frauen. In der Altersgruppe 75+ tritt unabhängig vom Geschlecht mit 29,6% der höchst Wert auf. Pflichtschulabsolvent_innen liegen mit 27,8% ebenfalls deutlich über den anderen drei Bildungsabschlüssen.

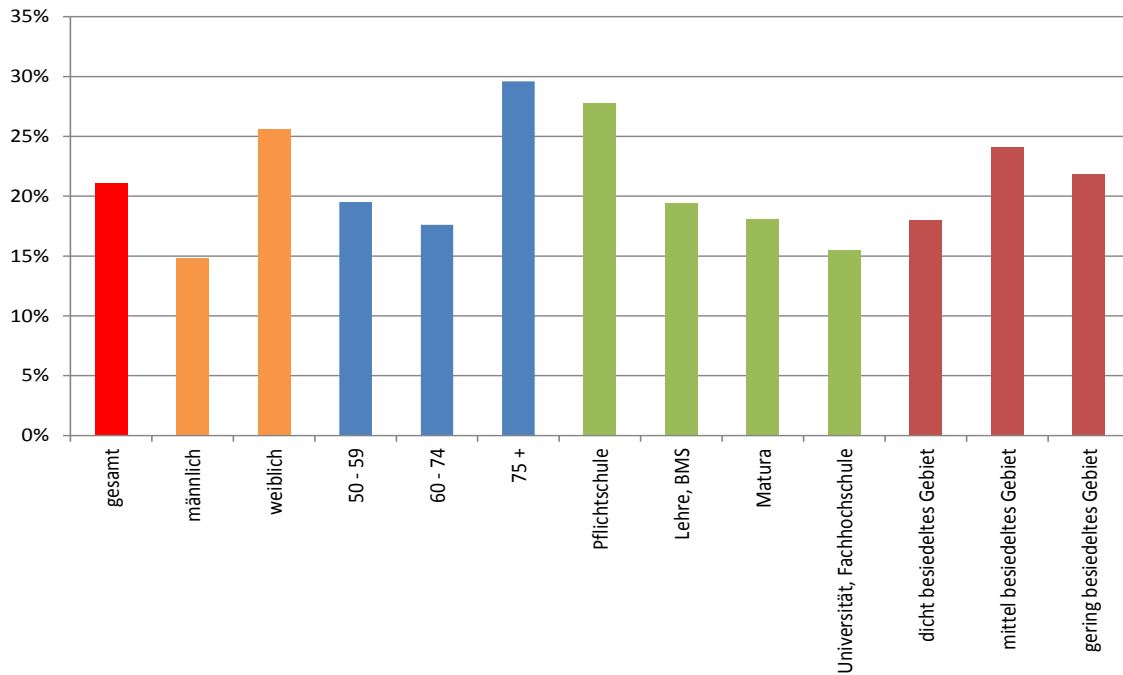


Abbildung 12: Psychische Gesundheit (EURO-D Skala, 4 oder mehr Depressionssymptome)

Der Indikator moderate körperliche Anstrengungen wird mittels der folgenden Frage erhoben: Wie oft machen Sie Dinge, die einen mäßigen Grad an Anstrengung erfordern, wie z.B. Gartenarbeit, Auto waschen oder spazieren gehen? Nicht überraschend weist die älteste Altersgruppe 75+ den geringsten Wert auf: Nur 70,7% dieser Gruppe gehen mindestens einmal pro Woche einer moderaten körperlichen Anstrengung nach, wohingegen die anderen beiden Altersgruppen bei rund 90% liegen. Es lässt sich ebenso erkennen, dass mit einer höheren Bildung der Anteil der Personen, die eine moderate körperliche Anstrengung ausüben ansteigt. Die Altersgruppe 75+ in Kombination mit einem Pflichtschulabschluss weist mit 60,9% einen besonders niedrigen Wert auf. Die anderen Bildungsabschlüsse gemeinsam mit der Alterskategorie 75+ zeigen deutlich höhere Werte: Lehre bzw. BMS (72,7%), Matura (81,5%), Universität bzw. Fachhochschule (83,1%). Dies bedeutet, dass Bildungsniveaus bis ins hohe Alter die körperliche Anstrengung und Aktivität beeinflusst und folglich auch die Netzwerkbildung und Teilhabechance erhöht. Dies bestätigt und führt zum Teil auch unsere Kontexthypothese zur wirtschaftlichen Teilhabe fort, da höher gebildete bzw. sozioökonomisch besser situierte Personen aufgrund eines höheren sozialen Kapitals über ein größeres soziales Netzwerk und dementsprechend mehr nicht-verwandte Netzwerkpartner verfügen als Personen mit geringerer Bildung bzw. geringerem sozioökonomischem Status (siehe dazu Kap. 3.3).

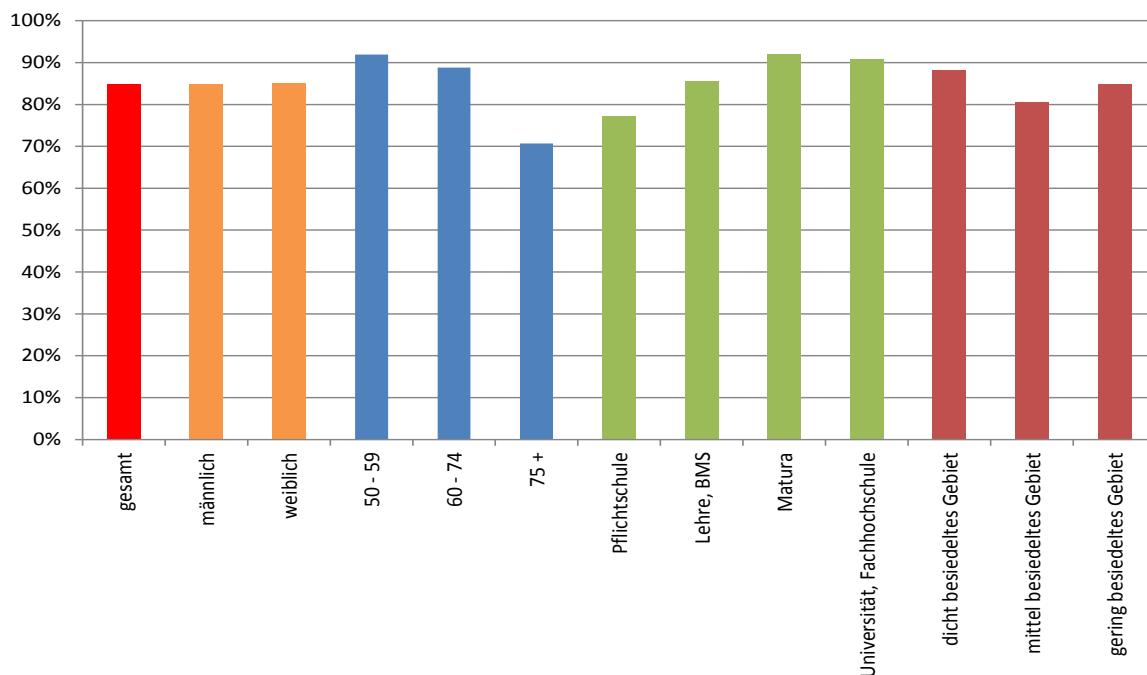


Abbildung 13: Mindestens einmal pro Woche moderate körperliche Anstrengungen (Anteil mindestens einmal pro Woche)

Mit der Frage „Wie oft betreiben Sie körperlich sehr anstrengende Tätigkeiten, sei es Sport oder körperlich anstrengende Arbeiten (im Haushalt oder im Rahmen Ihrer beruflichen Tätigkeit)?“, wird der Indikator nach körperlich anstrengenden Aktivitäten erhoben. Hier zeigt sich das gleiche Antwortverhalten wie beim vorherigen Indikator zu moderaten körperlichen Anstrengungen, nur auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Die Differenz beträgt durchschnittlich 30%. Des Weiteren zeigt sich hier der Rückgang der körperlichen Leistungsfähigkeit mit höherem Alter. Der Anteil der Personen, die mindestens einmal pro Woche einer körperlich anstrengenden Aktivität nachgehen, sinkt von 72,6% in der Altersgruppe 50 bis 59, über 56,9% in der Altersgruppe 60 bis 64 auf 34,5% bei Personen, die 75 Jahre oder älter sind. Wie zuvor sind in der Altersgruppe 75+ auch hier die Pflichtschulabsolvent_innen (24,4%) deutlich seltener körperlich aktiv als höhere Bildungsniveaus: Lehre bzw. BMS (32,7%), Matura (51,1%), Universität bzw. Fachhochschule (55,2%).

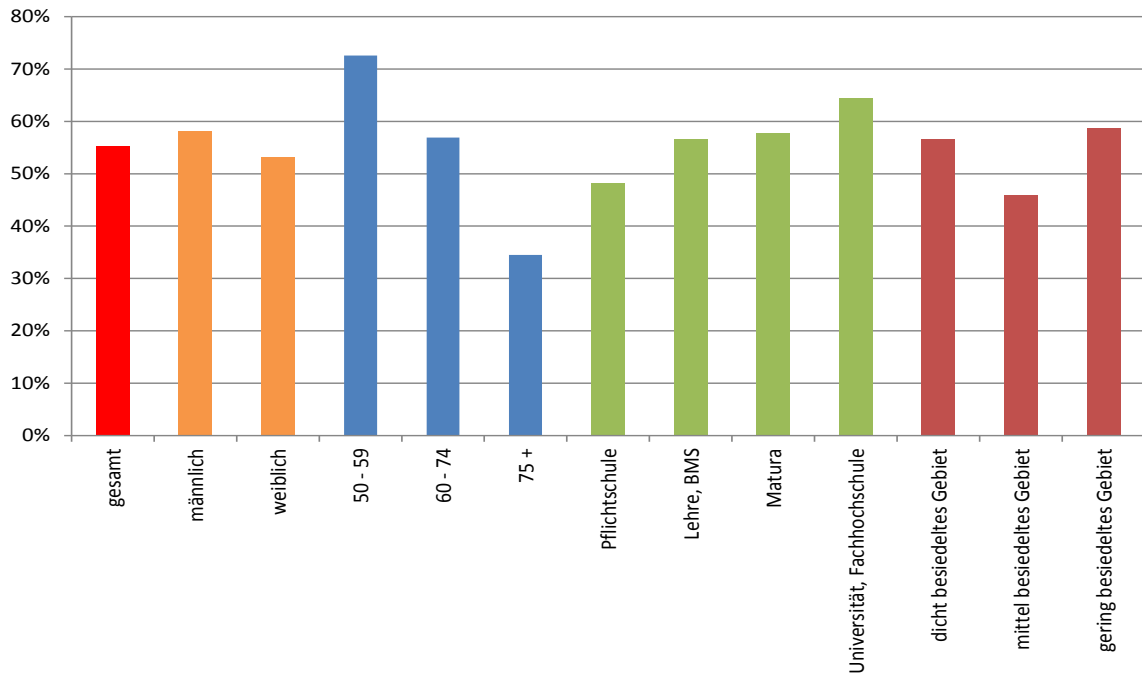


Abbildung 14: Mind. einmal pro Woche körperlich anstrengende Aktivitäten

Der Indikator Einsamkeit und soziale Isolation wird mittels der Kurzform der R-UCLA Skala erhoben (Hughes et al. 2004). Diese Skala besteht aus drei Fragen, es werden das Fehlen von Gesellschaft, das Gefühl ausgeschlossen zu sein und das Gefühl der Isolation erhoben. Die Antwortoptionen sind „manchmal“, „häufig“, „selten oder nie“. Es ergibt sich daraus eine resultierende Punktzahl von 3 (nie einsam) bis 9 (sehr einsam). Es wird keine Schwelle angegeben, ab welcher Punktezahl Einsamkeit bzw. soziale Isolation besteht. Wie die folgende Abbildung zeigt, befinden sich alle Gruppen sehr nahe am niedrigsten Wert von 3 (nie einsam). Der höchste Wert, welcher noch stets sehr niedrig ist, von 3,7 tritt gleichzeitig bei der Gruppe 75+ und Pflichtschulabsolvent_innen auf. Demnach scheint die Kontexthypothese zu Netzwerken (siehe dazu Kap. 3.1.) tendenziell dahingehend bestätigt, dass gesellschaftliche Einbindung zwar über sozioökonomische Merkmale mitgeformt werden, z.B. Hochschuligkeit, Verwitwetsein und Kinderlosigkeit sich gegenseitig verstärken, jedoch diese Zusammenhänge auf spezielle Gruppen zutreffen, aber in der Gesamtschau das Niveau der Eingebundenheit Älterer relativ hoch ist, bzw. durch die relativ niedrigen R-UCLA Werte folglich generell geringes Isolationsempfinden darstellt.

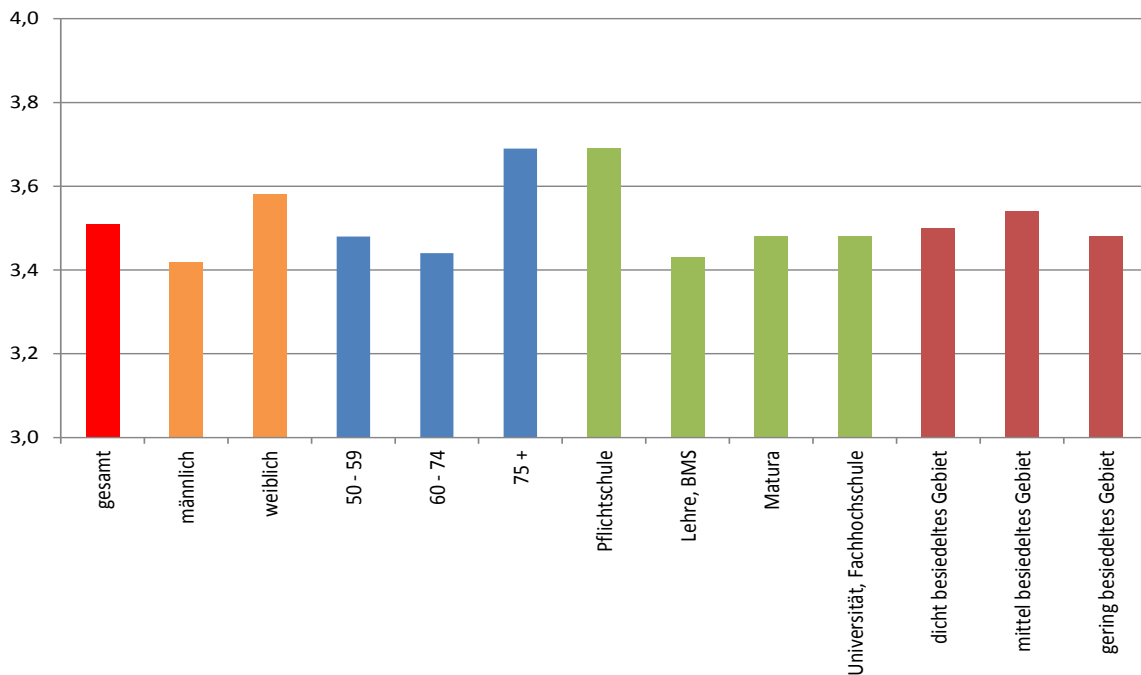


Abbildung 15: Einsamkeit und soziale Isolation (R-UCLA Skala, Mittelwert)

Trotz der geringen Werte zeigt sich aber ein anderes interessantes Ergebnis. Die Werte der einzelnen Gruppen des Indikators gleichen denen des Indikators der psychischen Gesundheit (EURO-D Skala, 4 oder mehr Depressionssymptome, siehe oben). Es besteht mit einem Korrelationskoeffizienten von 0,91 (nach Pearson) ein sehr starker Zusammenhang zwischen diesen beiden Indikatoren auf Ebene der Vergleichskategorien Bildung, Geschlecht, Alter und Besiedlungsdichte. In der Gerontopsychologie ist es ein vielfach bestätigter Zusammenhang, dass Gefühle der Einsamkeit und depressive Haltungen Hand in Hand gehen, wobei Unterschiede zwischen Männern und Frauen nicht signifikant sind.

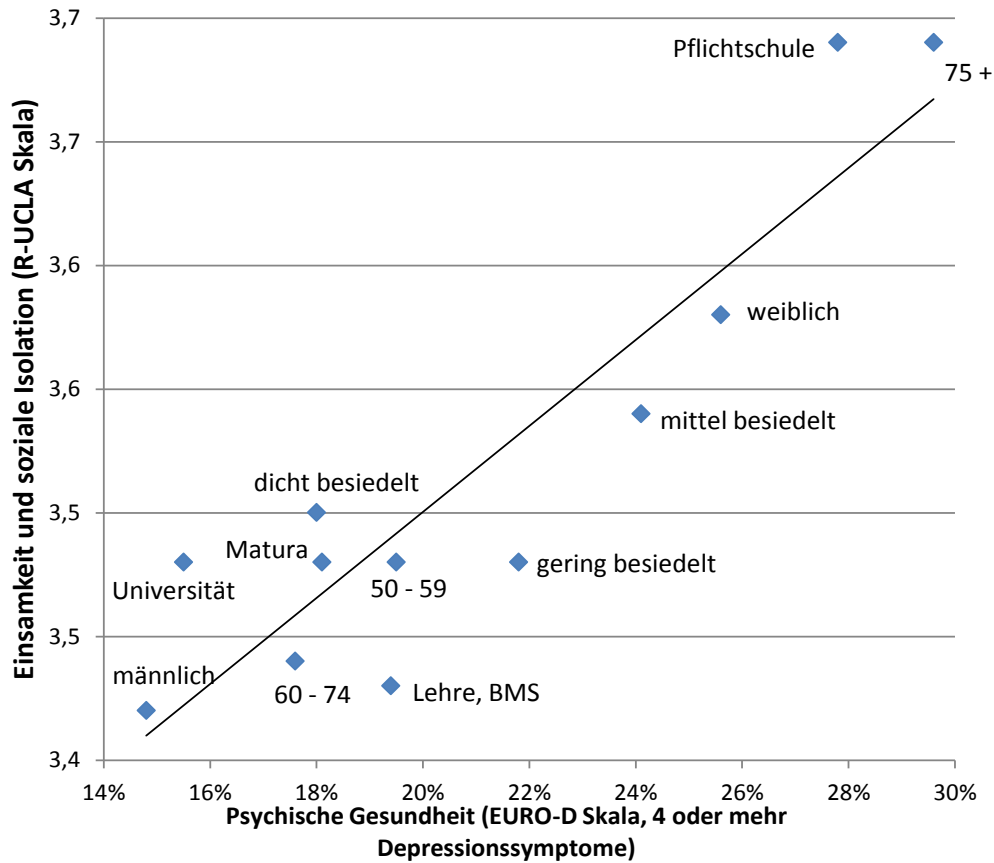


Abbildung 16: Korrelation zwischen den Indikatoren „Einsamkeit und soziale Isolation“ und „Psychische Gesundheit“

Der Indikator Wohnbelastung in Haus oder Wohnung gibt Auskunft darüber, ob Probleme durch feuchte Wände oder Fußböden, Fäulnis in Fensterrahmen oder Fußböden, ein undichtes Dach etc. bestehen. Pflichtschulabsolvent_innen weisen wiederum den höchsten Wert auf, von ihnen berichten 11,8% über derartige Probleme. Bei Absolvent_innen von Universitäten bzw. Fachhochschulen zeigt sich der relativ hohe Wert von 9,8%. Wohnprobleme gibt es in beiden Besiedelungsdichten gleichauf, in dicht besiedelten Gebieten 11,3% und in gering besiedelten Gebieten bei 9,7%.

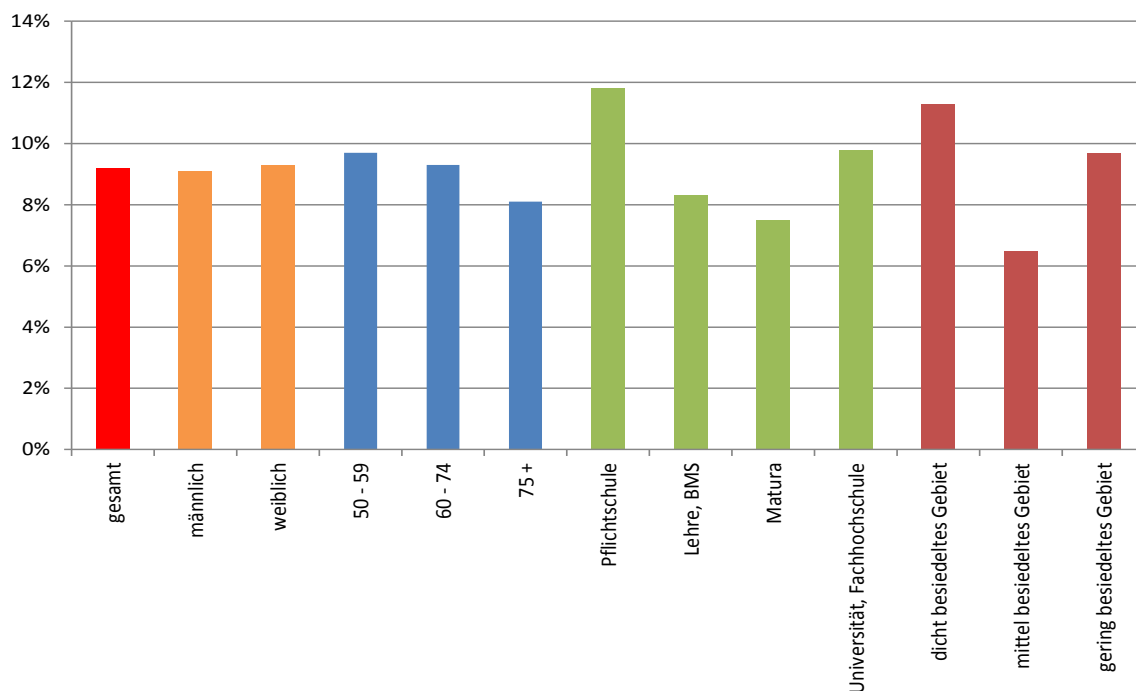


Abbildung 17: Wohnbelastung in Haus oder Wohnung (Anteil ja)

4.3 Wohnbedingungen; Pflege; Medien; Diskriminierung und Gewalt; Mobilität

Die sechs Indikatoren in diesem Abschnitt entsprechen den folgenden Bereichen des Bundesplans für Seniorinnen und Senioren:

- Wohnbedingungen, Technik und Mobilität
- Pflege und neue Betreuungsformen
- Altern und Medien
- Diskriminierung, Gewalt und Exklusion
- Sicherung der Infrastruktur und Mobilität

Die Bereiche „Altern und Medien“ und „Diskriminierung, Gewalt und Exklusion“ werden durch jeweils zwei Indikatoren abgedeckt, alle anderen Bereiche durch jeweils einen Indikator. Nachstehend werden wiederum die Effektstärken der Indikatoren dargestellt. Einschränkungen bei grundlegenden physischen Aktivitäten des Lebens stehen im Zusammenhang mit dem Alter, mit einem höheren Alter steigt die Wahrscheinlichkeit für Einschränkungen. Mit einer höheren Bildung sinkt die Wahrscheinlichkeit für Einschränkungen. Beim Internetzugang im Haushalt nimmt die Wahrscheinlichkeit mit einem höheren Alter ab und steigt mit einer höheren Bildung. Das Lesen einer Tageszeitung steht im Zusammenhang mit der Bildung, eine höhere Bildung erhöht die Wahrscheinlichkeit des Lesens von Tageszeitungen. Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend steigt mit einer höheren Bildung

und sinkt mit einer geringeren Besiedlungsdichte. Beim subjektiven Sicherheitsempfinden nach Einbruch der Dunkelheit besteht ein Zusammenhang mit allen erklärenden Faktoren). Die Wahrscheinlichkeit für ein sicheres Gefühl sinkt für Frauen, steigt mit höherer Bildung und steigt ebenfalls mit sinkender Besiedlungsdichte. Die Wahrscheinlichkeit für das Vorhandensein eines PKWs im Haushalt sinkt bei Frauen und mit höherem Alter. Mit einer geringeren Besiedlungsdichte steigt die Wahrscheinlichkeit für einen PKW im Haushalt. Bei Bildung tritt keine eindeutige Richtung des Zusammenhangs auf.

	Zusammenhangsmaß	Geschlecht	Alter	Bildung	Besiedlungsdichte
Einschränkungen Aktivitäten des Lebens (ADL-Index)	Cramer's V		$\geq 0,2$ ↑	$\geq 0,1$ ↓	
Internetzugang im Haushalt	Cramer's V		$\geq 0,3$ ↓	$\geq 0,2$ ↑	
Lesen einer Tageszeitung	Cramer's V			$\geq 0,1$ ↑	
Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend	Cramer's V			$\geq 0,1$ ↑	$\geq 0,2$ ↓
Subjektives Sicherheitsempfinden	Cramer's V	$\geq 0,2$ ↓	$\geq 0,1$	$\geq 0,1$ ↑	$\geq 0,1$ ↑
Vorhandensein eines PKW	Cramer's V	$\geq 0,2$ ↓	$\geq 0,1$ ↓	$\geq 0,1$	$\geq 0,1$ ↑

Tabelle 14: Indikatoren der Bereiche Wohnbedingungen; Pflege; Medien; Diskriminierung und Gewalt; Mobilität

Der ADL Index (Nicholas et al. 2003) beschreibt die Anzahl der Einschränkungen bei Aktivitäten des täglichen Lebens. Er bezieht sich auf die täglich wiederkehrenden Tätigkeiten zur Erfüllung der physischen und psychischen menschlichen Grundbedürfnisse. Diese sind sich ankleiden (einschließlich Schuhe und Socken), durch einen Raum gehen, baden oder duschen, essen z.B. Schneiden von Fleisch oder Brot, ins Bett legen oder wieder aufstehen, der Gang zur Toilette (einschließlich hinsetzen und aufstehen). Eine Beeinträchtigung ist dann gegeben, wenn eine oder mehrere Einschränkungen beim Durchführen der erwähnten Tätigkeiten auftreten. Bei diesem Indikator besteht ein starker Zusammenhang mit dem Alter, da die Altersgruppe 75+ mit 24% den höchsten Wert aufweist. Dies bedeutet, dass fast ein Viertel der über 75-jährigen Personen in einem oder mehreren Bereichen ihres Alltages eingeschränkt sind. Bei Pflichtschulabsolvent_innen tritt mit 16,6% ebenfalls ein hoher Wert auf. Bei der Kombination der Altersgruppe 75+ und Pflichtschule erhöht sich der Wert noch einmal deutlich, hier besteht dann bei 32,4% der Personen eine Einschränkung. Ausgehend von den recherchierten Studien scheint sich die körperliche Beeinträchtigung im Alter im Kontext der sozialen Teilhabe jedoch eher bei außerfamiliären Kontakten auszuwirken als bei familiären Kontakten, da

hierbei eher der sozioökonomischen Status Einfluss hat (siehe dazu Kap. 3.3 oder Quelle 44 [Rosenmayr/Kolland 2007]).

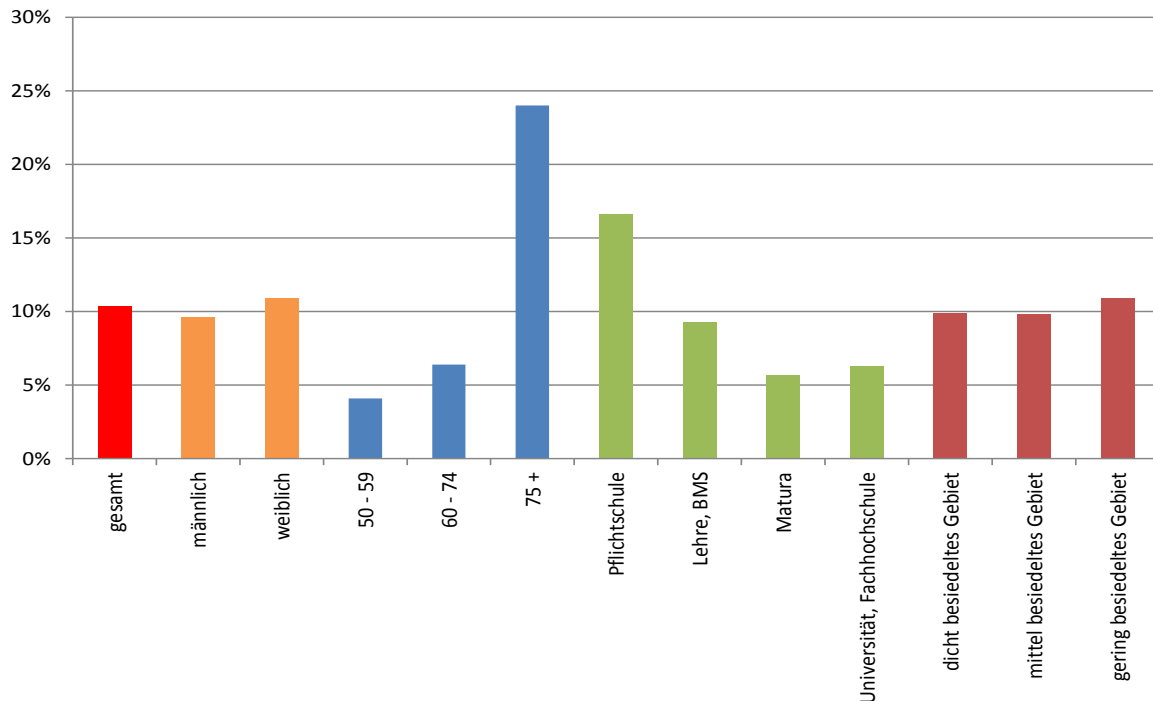


Abbildung 18: Einschränkungen Aktivitäten des Lebens (ADL-Index, eine oder mehr Einschränkungen)

Die Wahrscheinlichkeit für einen Internetzugang im Haushalt steht, wie schon erwähnt, in einem starken Zusammenhang mit dem Alter, denn bei der Altersgruppe 75+ besteht nur zu 47,8% die Chance auf einen Internetanschluss. Im direkten Vergleich dazu hatten im Jahr 2017 österreichische Haushalte zu 88,8% einen Internetzugang (vgl. Statistik Austria 2018). Hier analysierte Absolvent_innen der Pflichtschule haben mit 63,7% ebenfalls eine relativ geringe Verfügbarkeit von Internet. Im Gegensatz dazu, haben Personen mit einem Universitätsabschluss im Alter zu 98% einen Internetanschluss im Haushalt. Es wird auch erhoben, ob finanzielle Gründe für das Nichtvorhandensein eines Internetzugangs bestehen, durchschnittlich ist das bei 1,8% der Fall. Finanzielle Einschränkungen sind daher nicht als Erklärung für eine Absenz erkennbar. Einzig bei der Gruppe der Pflichtschulabsolvent_innen besteht mit 4,4% eine finanzielle Einschränkung für das Nichtvorhandensein von Internet im Haushalt. Demnach hat der Internetzugang und die daraus mögliche sozialen Teilhabechance bei zukünftigen Entwicklungen auch hinsichtlich eines Generationenshifts eher etwas mit dem Bildungsniveau als mit dem Alter zu tun. Diese mögliche Entwicklung hat auch deshalb einige

Wahrscheinlichkeit für sich, weil offenbar nachfolgende Kohorten in immer größerem Umfang einen geübten Umgang mit den digitalen Medien erwerben.

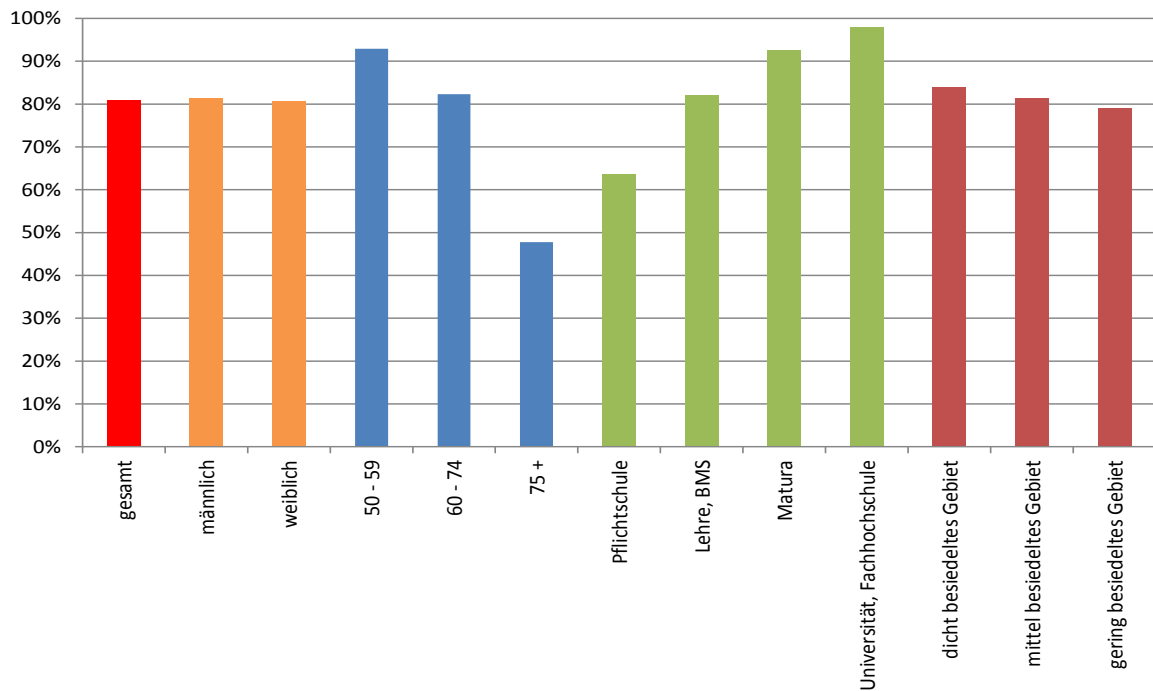


Abbildung 19: Internetzugang im Haushalt (Anteil ja)

Das Lesen einer Tageszeitung wird mittels dieser Frage erhoben: Lesen Sie regelmäßig eine Tageszeitung (auf Papier oder im Internet)? Das Lesen einer Tageszeitung (online oder in Papierform) ist einer der wenigen Indikatoren, bei dem die Altersgruppe 75+ nicht einen der Extrempole einnimmt. Mit einem Anteil von 77,5% besteht eine sehr starke Nähe zum Gesamtwert von 79,5%. Als relevanter Faktor zeigt sich zum wiederholten Male der Bildungsabschluss, denn mit einem höheren Abschluss steigt die Wahrscheinlichkeit für den Zeitungskonsum – ob on- oder offline.

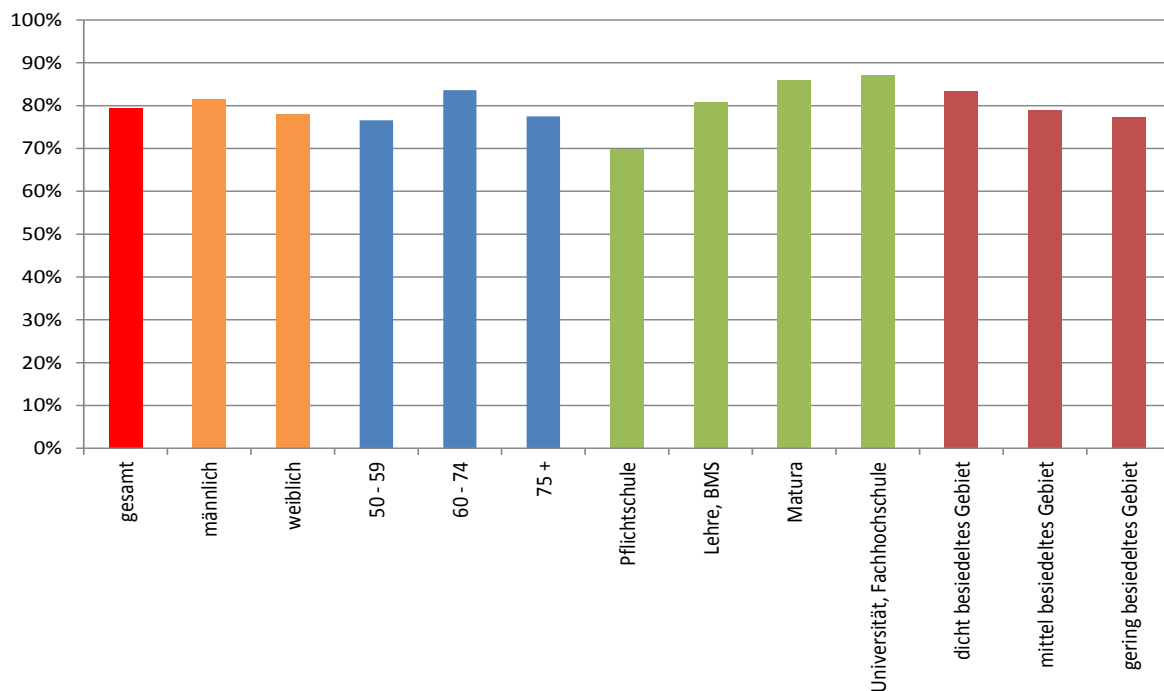


Abbildung 20: Lesen einer Tageszeitung (Anteil ja)

Die Frage „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme durch Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?“ ist eindeutig mit dicht besiedelten Gebieten verbunden, denn hier, zeigt die Analyse, bestehen Probleme zu 27,3%. Mit einer Abnahme der Besiedelungsdichte nimmt auch die Wahrscheinlichkeit für derartige Probleme sehr stark ab (gering besiedelte Gebiete liegen bei einer Belastung von 6,9%). Der niedrige Anteil von betroffenen Pflichtschulabsolvent_innen im Bereich „Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend“ von 8,6% kann dadurch erklärt werden, dass diese deutlich häufiger in mittel oder gering besiedelten Gebieten leben und nicht in den stärker von Wohnproblemen betroffenen dicht besiedelten Gebieten.

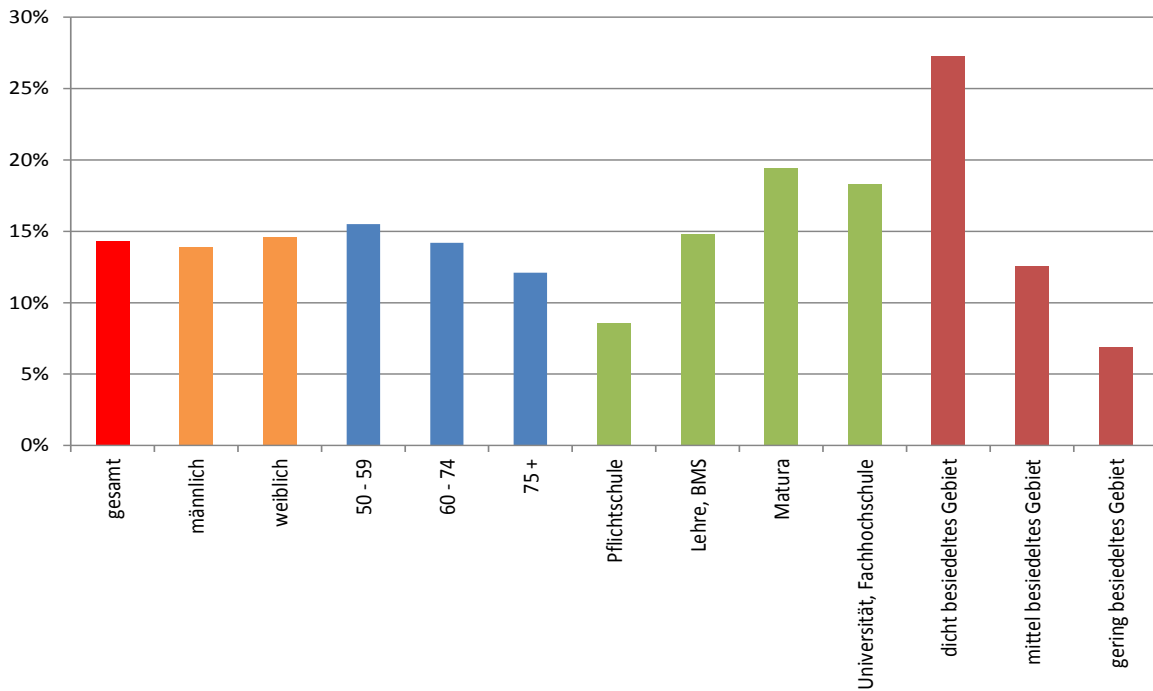


Abbildung 21: Wahrnehmung von Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend (Anteil ja)

Das subjektive Sicherheitsempfinden wird durch die folgende Frage erhoben: Wie sicher fühlen Sie sich – oder würden Sie sich fühlen –, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären? Bei diesem Indikator besteht ein starker Zusammenhang mit dem Geschlecht. Frauen fühlen sich nur zu 66% sicher, bei Männern beträgt der Anteil jedoch 88%. Es besteht ein Niveauunterschied nach der Besiedelungsdichte. Hier zeigt sich, dass sich Personen in dicht besiedelten Gebieten am wenigsten sicher fühlen. Das Sicherheitsgefühl steigt mit einer Abnahme der Besiedelungsdichte, was bedeutet, dass sich somit Personen in gering besiedelten Gebieten am sichersten fühlen.

Die jüngste Altersgruppe der hier analysierten, also die Gruppe der 50 bis 59-Jährigen fühlt sich subjektiv sicherer als die beiden älteren Gruppen. Mit einer höheren Bildung steigt auch die Wahrscheinlichkeit für ein höheres Sicherheitsempfinden. Bei der Annahme, dass hinsichtlich des Geschlechts, des Alters und der Bildung keine objektiven Unterschiede in der Wohngegend auftreten, wird deutlich, dass es sich um eine sehr stark subjektiv beeinflusste Antwort handelt. Frauen haben deutlich ein subjektiv höheres Unsicherheitsgefühl als Männer, mit einem höheren Alter steigt dieses Gefühl noch an.

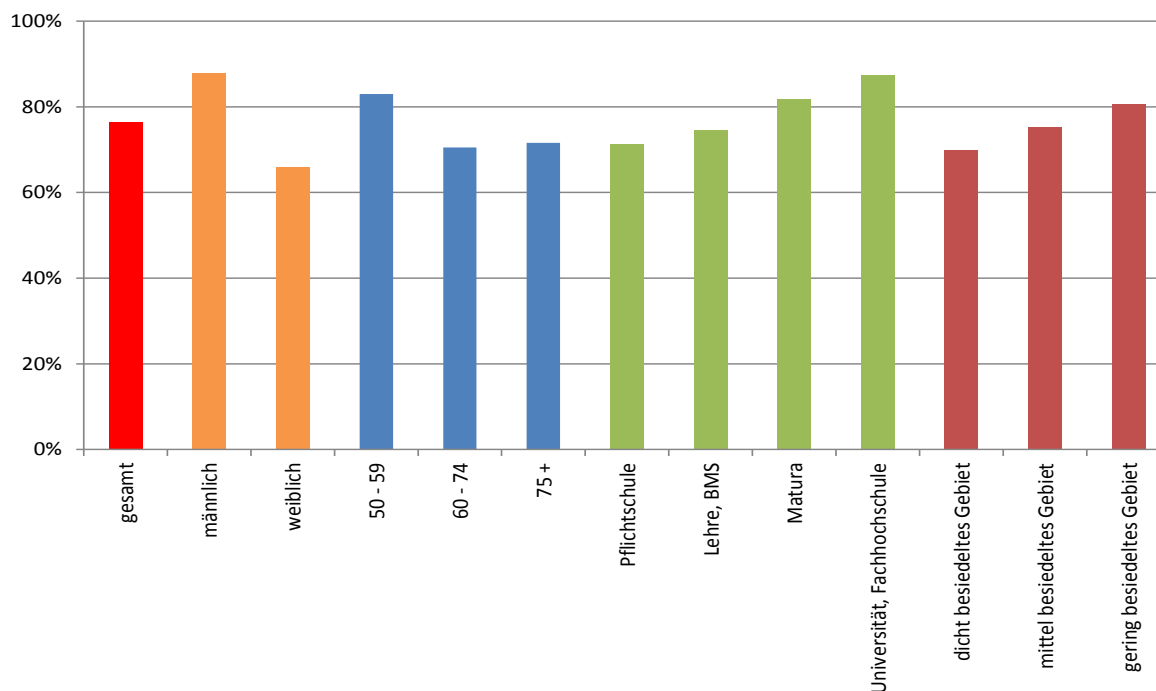


Abbildung 22: Subjektives Sicherheitsempfinden (Anteil sicher)

Das Vorhandensein eines PKWs (auch ein privat genutzter Firmenwagen) im Haushalt kann einen Aspekt in der gesellschaftlichen Teilhabe darstellen. Es ist für alle dargestellten Bereiche ein Zusammenhang feststellbar. Bei Personen der Altersgruppe 75+ ist mit einem Anteil von 68,3% die Wahrscheinlichkeit am geringsten einen PKW im Haushalt zu haben. Ein starker Zusammenhang besteht hinsichtlich der Besiedlungsdichte, mit 90,5% ist der Anteil in gering besiedelten Gebieten am höchsten. Dies bedeutet, in Gebieten, wo der öffentliche Nahverkehr schlecht ausgebaut ist, stellt der PKW ein wichtiges Verkehrsmittel und oftmals das einzige Mobilitätsmittel für Haushalte dar. Dies erscheint auch dahingehend als interessant und essentiell, dass Mobilität einen wesentlichen Baustein im Handhaben der Spielräume von Lebenslagen mitbeeinflusst (siehe dazu Kap. 1.2.2) und somit gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe (siehe hierzu Kontexthypothese Kap. 3.3.) – zumindest bei niedriger Besiedlungsdichte prägt.

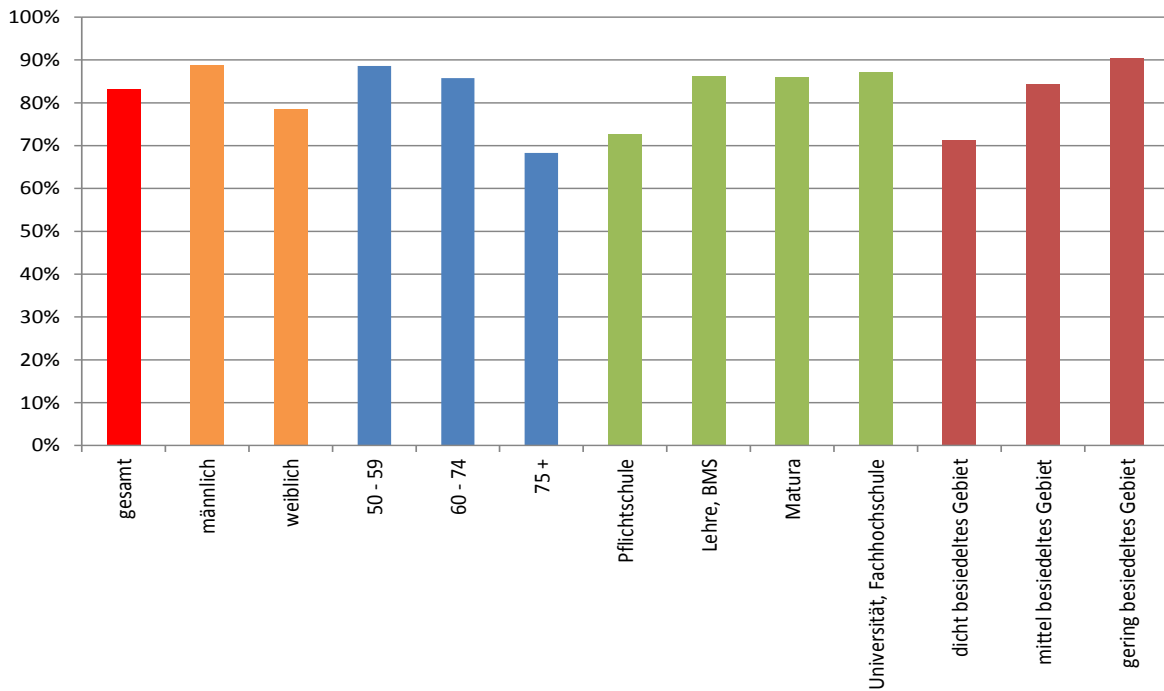


Abbildung 23: Vorhandensein eines PKWs im Haushalt (Anteil ja)

4.4 Hauptergebnisse der empirischen Analyse

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst. Für die Teilnahme an einem Fort- oder Weiterbildungskurs steigt die Wahrscheinlichkeit deutlich mit einem höheren Bildungsabschluss. Diese liegt bei einem Pflichtschulabschluss bei 4,1% und steigt bei einem Universitäts- bzw. Fachhochschulabschluss auf 35,8% an. Aus der geringen Wahrscheinlichkeit in einem höheren Alter ergibt sich, dass Fort- oder Weiterbildungskurse hauptsächlich im Kontext des Erwerbslebens stattfinden. An Aktivitäten in einer politischen Organisation oder Bürger_inneninitiative nehmen nur 7,4% der Befragten teil. Die Wahrscheinlichkeit dazu steigt bei Frauen und einem höheren Bildungsabschluss an. Das Gefühl durch das Alter ausgeschlossen zu sein, tritt bei 40% der Personen und daher relativ häufig auf. Mit einem höheren Alter steigt dazu die Wahrscheinlichkeit ebenso deutlich an. Pflichtschulabsolvent_innen fühlen sich ebenfalls in einem starken Ausmaß ausgeschlossen.

Die Beteiligung an unentgeltlichem bzw. freiwilligem Engagement bei Wohltätigkeitsorganisationen/-veranstaltungen wird von den Befragten im letzten Jahr vor Befragungszeitpunkt nur zu 20,3% geleistet. Die Wahrscheinlichkeit steigt jedoch mit dem Bildungsabschluss. Die Wahrscheinlichkeit für eine höhere Lebensqualität im Alter steigt ebenso mit dem Bildungsabschluss. Der niedrigste Wert mit 38,3% tritt bei Personen der höchsten Altersgruppe 75+ auf, die Lebensqualität bewegt sich somit aber dennoch auf einem hohen Niveau. Bei der Teilnahme an der letzten Nationalratswahl und somit an der politischen Teilhabe mittels Wahlbeteiligung zeigen sich keine relevanten Zusammenhänge.

Die Armutsgefährdung weist dahingehend einen Zusammenhang mit Bildung auf, da mit einer höheren Bildung die Wahrscheinlichkeit der Armutsgefährdung sinkt. Am stärksten armutsgefährdet sind Personen mit einem Pflichtschulabschluss, Frauen und Personen der Altersgruppe 75+. Die psychische Gesundheit steht mit dem Geschlecht, dem Alter und der Bildung in einem Zusammenhang. Pflichtschulabsolvent_innen, Frauen und Personen der Altersgruppe 75+ sind wiederum am häufigsten davon betroffen. Bei moderaten körperlichen Anstrengungen und körperlich anstrengenden Aktivitäten zeigen sich die gleichen Zusammenhänge. Mit einer höheren Bildung steigt hier die Wahrscheinlichkeit für körperliche Aktivitäten, ein höheres Alter verringert die Aktivität jedoch. Von Einsamkeit und sozialer Isolation sind am häufigsten Personen der Altersgruppe 75+ und mit einem Pflichtschulabschluss betroffen. Die Wahrscheinlichkeit für Wohnprobleme in Form von feuchten Wänden oder Fußböden, Fäulnis in Fensterrahmen oder Fußböden, einen undichten Dach ist für Pflichtschulabsolvent_innen im Alter ebenfalls höher.

Zwischen Einschränkungen bei grundlegenden physischen Aktivitäten des Lebens und dem Alter besteht darin ein Zusammenhang, dass mit einem höheren Alter die Wahrscheinlichkeit für Einschränkungen ansteigt. Gleichzeitig sinkt mit einer höheren Bildung die Wahrscheinlichkeit für Einschränkungen. Besonders betroffen von Einschränkungen sind Pflichtschulabsolvent_innen der Altersgruppe 75+. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Teilhabe im Alter stellt der Zugang zum Internet dar. Die Wahrscheinlichkeit für das Vorhandensein eines Internetzugangs im Haushalt steht in einem deutlichen Zusammenhang mit dem Alter (Altersgruppe 75+ 47,8%) und dem Bildungsabschluss (Pflichtschulabsolvent_innen 63,7%). Für das Lesen einer Tageszeitung ist wiederum der Bildungsabschluss relevant. Hier zeigt sich in den Analysen eindeutig, dass mit einer höheren Bildung die Wahrscheinlichkeit dazu – on- oder offline – steigt.

Probleme durch Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend treten mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit in dicht besiedelten Gebieten auf. Die hier interessante höhere Wahrscheinlichkeit hinsichtlich des Bildungsabschlusses kann teilweise dadurch erklärt werden, dass Personen mit höheren Bildungsabschlüssen häufiger in dicht besiedelten Gebieten leben. Das subjektive Sicherheitsempfinden, welches hier für den Zeitpunkt nach Einbruch der Dunkelheit abgefragt wurde, steht im Zusammenhang mit allen erklärenden Einflüssen. Außergewöhnlich zeigt sich in den Analysen dazu, dass es einen relativ großen geschlechts-

spezifischen Unterschied gibt. Frauen fühlen sich nur zu 66% sicher, Männern hingegen zu 88%. Mit einer höheren Bildung steigt auch die Wahrscheinlichkeit für ein höheres Sicherheitsgefühl. Das subjektive Sicherheitsgefühl sinkt mit einem Anstieg der Besiedlungsdichte. Zur gesellschaftlichen (sozialen wie auch wirtschaftlichen) Teilhabe zählt ebenso der Faktor Mobilität. Demnach scheint eine Mobilitätsoption fern von öffentlichen Möglichkeiten wichtig. Die Wahrscheinlichkeit für das Vorhandensein eines PKWs steht in einem Zusammenhang mit der Besiedlungsdichte. In gering besiedelten Gebieten, wo der öffentliche Nahverkehr eher schlecht ausgebaut ist, ist der eigene PKW oder ein PKW im Haushalt oft das einzige Mobilitätsmittel. Frauen und Personen über 75 Jahren sind in dieser Hinsicht besonders benachteiligt.

Bei der Zusammenfassung der Effektstärken der dargestellten achtzehn Indikatoren zeigt sich folgendes Bild. Der Bildungsabschluss ist sechzehn Mal von Bedeutung, 88,9% der Indikatoren zeigen einen Zusammenhang mit dem Bildungsniveau der befragten Personen. Das Alter weist elf Mal (66,1%) eine relevante Effektstärke auf, gefolgt vom Geschlecht und der Besiedlungsdichte mit jeweils vier Mal (22,2%). Das Bildungsniveau und das Alter zeigen somit den stärksten Einfluss auf die Teilhabeoptionen im Alter.

Die folgende Abbildung nutzt die einzelnen Kategorien der erklärenden Faktoren (Bildung, Alter, Geschlecht und Besiedlungsdichte), um eine umfassende Matrix der Teilhabe im Alter zu ermöglichen. Jede einzelne Kategorie wird hinsichtlich des Indikatormittelwerts verglichen. Liegt der Kategorienwert über dem Mittelwert des Indikators wird dieser mit einem „+“ versehen, liegt der Kategorienwert jedoch unter dem Mittelwert des Indikators wird dieser mit einem „-“ versehen¹⁰. Eine entscheidende Erkenntnis der Analyse zeigt sich hinsichtlich des Geschlechts der befragten Personen. Frauen als Gruppe zeigen sich bei der Teilhabe im Alter gegenüber Männern deutlich benachteiligt. Dies lässt sich daran erkennen, dass Männer 15 positive Werte (entspricht 88,3% positive Werte) aufweisen und Frauen hingegen nur 3, was nur 16,7% entspricht.

¹⁰ Die Fragen weisen zum Teil eine negative Formulierung auf, d.h. ein höherer Wert hat eine negative Bedeutung. Diese Ergebnisse werden hinsichtlich der Bedeutung umgedreht, „+“ steht prinzipiell immer für eine positive Bedeutung.

	männlich	weiblich	50 - 59	60 - 74	75 +	Pflichtschule	Lehre, BMS	Matura	Universität, Fachhochschule	dicht besiedeltes Gebiet	mittel besiedeltes Gebiet	gering besiedeltes Gebiet
Teilnahme an einem Fort- oder Weiterbildungskurs	-	+	+	-	-	-	-	+	+	+	-	-
Teilnahme an Aktivitäten einer politischen Organisation oder Bürgerinitiative	+	-	+	+	-	-	-	+	+	+	-	-
Ausschluss durch Alter	+	-	+	+	-	-	+	+	+	+	-	-
Unentgeltliche bzw. freiwillige Arbeit bei Wohltätigkeitsorganisationen/-veranstaltungen	-	+	-	+	-	-	-	+	+	+	-	-
Lebensqualität im Alter (CASP-12 Skala)	+	-	+	+	-	-	+	+	+	+	-	-
Teilnahme an Wahlen	+	-	-	+	+	-	+	-	+	-	+	+
Armutgefährdung bei 60% des Medians	+	-	+	+	-	-	+	+	+	-	+	-
Psychische Gesundheit (EURO-D Skala)	+	-	+	+	-	-	+	+	+	+	-	-
Moderate körperliche Anstrengungen	-	+	+	+	-	-	+	+	+	+	-	-
Körperlich anstrengende Aktivitäten	+	-	+	+	-	-	+	+	+	+	-	+
Einsamkeit und soziale Isolation (R-UCLA Skala)	+	-	+	+	-	-	+	+	+	+	-	+
Wohnbelastung in Haus oder Wohnung	+	-	-	-	+	-	+	+	-	-	+	-
Einschränkungen Aktivitäten des Lebens (ADL-Index)	+	-	+	+	-	-	+	+	+	+	+	-
Internetzugang im Haushalt	+	-	+	+	-	-	+	+	+	+	+	-
Lesen einer Tageszeitung	+	-	-	+	-	-	+	+	+	+	-	-
Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend	+	-	-	+	+	+	-	-	-	-	+	+
Subjektives Sicherheitsempfinden	+	-	+	-	-	-	-	+	+	-	-	+
Vorhandensein eines PKW	+	-	+	+	-	-	+	+	+	-	+	+
Summe positiv	15	3	13	15	3	1	13	16	16	12	7	6
<i>Prozent</i>	<i>83,3</i>	<i>16,7</i>	<i>72,2</i>	<i>83,3</i>	<i>16,7</i>	<i>5,6</i>	<i>72,2</i>	<i>88,9</i>	<i>88,9</i>	<i>66,7</i>	<i>38,9</i>	<i>33,3</i>

Abbildung 24: Matrix Teilhabe im Alter

Die Analyse zur Teilhabechance zeigt somit folgende Ergebnisse. Beim Alter ist die Gruppe der Personen 75+ deutlich benachteiligt, hier gibt es ebenfalls nur 3 positive Werte (16,7%). Die Altersgruppen 50 bis 75 Jahre und 60 bis 73 Jahre sind mit 13 (72,2%) bzw. 15 (83,3%) positiven Werten deutlich bevorzugt. Absolvent_innen mit Pflichtschulabschluss weisen gesamt betrachtet das schlechteste Ergebnis auf, denn es gibt nur einen positiven Wert (5,6%). Personen mit Lehrabschluss oder BMS besitzen 13 positive Werte (72,2%), der gesamt höchste positive Wert mit 16 (88,9%) tritt bei Personen mit Abschluss einer Matura oder Universität bzw. Fachhochschule als höchster Bildungsabschluss auf. Bei der Besiedelungsdichte ha-

ben dicht besiedelte Gebiete mit 12 (66,7%) positiven Werten die größte Anzahl, gefolgt von mittel besiedelten Gebieten mit 7 (38,9%) und am Schluss befinden sich gering besiedelte Gebiete mit 6 (33,3%) positiven Werten.

Als benachteiligt bei der Teilhabe im Alter zeigen sich somit Frauen, Personen mit einem Alter von 75 Jahren oder mehr, Personen mit Pflichtschulabschluss und Personen, die in gering (bzw. mittel) besiedelten Gebieten leben.

Kapitel 5 - Praktische Bezüge der Teilhabe-Ergebnisse

Anton Amann, Ines Findenig

5.1 Grundgedanke

Wird die Frage aufgeworfen, in welchen Bezügen die empirische Forschung und ihre Ergebnisse zu einer gewollten Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse stehen können, so melden sich drei Begriffe zu Wort: Erkennen, Wollen, Gestalten.

Diesen drei Kardinalbegriffen nähern wir uns aus einer sehr spezifischen Perspektive: jener der Anwendungsforschung und Konzeptentwicklung in der Alterssoziologie und Sozialpolitik. Im Zentrum dieses Konnexes stand seit je die Frage, was die Wissenschaft wissen kann und was die Politik tun soll. Diese Frage ist seit dem 19. Jhd. in die bekannte Dichotomie von Sein und Sollen zerfallen. Dementsprechend gilt heute noch weithin, dass die Wissenschaft das Gegebene erforscht und die Politik sich daran versucht, das herzustellen, was sein soll.

Genau aus dieser Scheidung leben im Verhältnis zwischen Forschung und Politik bis heute zwei treibende Fragen, die auf klaren Voraussetzungen ruhen: Um handeln zu können, also Politik zu machen, muss man voraussetzen, dass die Welt nicht so ist, wie sie sein soll, und dass man sie ändern kann; damit man sie ändern kann, bedarf es der Einsicht und des Wissens (Vilem Flusser). Die zwei treibenden Fragen sind daher, welchen Zielen nachgestrebt und auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln das geschehen solle. Nicht umsonst drehen sich Diskussion und Kritik praktischer Politik dauernd um diesen Kern.

Wenn wir von Welt sprechen, so meinen wir damit die konkrete, historisch entstandene Verfasstheit der Gesellschaft, oder schlichter: die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse. Nun ist unter dieser Bedingung immer als eines der wichtigsten Themen das der sozialen Ungleichheit anzusehen. Für unser Verständnis ist es ohnehin das Zentralthema der Soziologie, seit das erste Mal die Frage nach dem Ursprung der sozialen Ungleichheit unter den Menschen gestellt worden ist.

Wenn wir von Zielen sprechen, denen nachgestrebt werden soll, so gibt es in allen Konsequenzen der Moderne nur einen Bezugspunkt: Jene Voraussetzungen zu schaffen, die es den Menschen erlauben, ein selbstbestimmtes und von Sinn erfülltes Leben zu führen. Allerdings

ist Selbstbestimmung ein relativ offener Begriff. Seine politische Übersetzung fand er in den Postulaten der Freiheit und Gleichheit. Freiheit verlangt nach Selbstbestimmung in der Gestaltung der praktischen Lebensführung. Gleichheit dagegen ankert in dem festen Grund, dass Selbstbestimmung nirgendwo anders, als in der von den Menschen selbst geschaffenen Lebensform statthaben kann aber gleichzeitig dessen Rahmenbedingungen gegeben sein müssen. Darin liegt der Inbegriff moderner Demokratie, wie Günter Dux dies herausgearbeitet hat.

Wenn wir nun endlich von Mitteln sprechen, so sehen wir sie in drei Weisen des Denkens oder, könnte auch gesagt werden, in drei Arten des Verhältnisses zur Welt – der ontologischen, der deontologischen und der methodologischen. Die erste fragt danach, wie die Welt ist, die zweite, wie sie sein soll, die dritte nach den aus wissenschaftlicher Kenntnis und praktischer Erfahrung/Bewährung stammenden Regeln, wie die Welt verändert werden kann. Mit anderen Worten lässt sich sagen: Es sind drei Arten einander ergänzender Theorien vonnöten - eine, mit deren Hilfe die Welt angemessen verstanden und erklärt werden kann, eine, die begründet, was weshalb erstrebenswert ist, und schließlich eine, die die Regeln expliziert, nach denen wir erfolgreich, also praktisch handeln können.

Forschung und Praxis sind also nicht ohne bestimmte Voraussetzungen fähig zur Zusammenarbeit. Sie beziehen sich auf Unterschiede, die überbrückt werden müssen.

Fragen in der Welt	Wissenschaft/Forschung	Politik/Praxis
Wie ist die Welt?	Entwicklung empirisch-theoretischen Wissens	Anerkennung als Entscheidungsvoraussetzung
Wie soll die Welt sein?	Normative Programmatik Gesellschaftskritik Ethik	Formulierung von Zielsetzungen
Wie sollen wir handeln?	Änderungsstrategien und Handlungsmodelle aufgrund von Kritik	Entwicklung von Handlungsstrategien und Realisierung von Entscheidungen

Tabelle 15: Konnex Forschung & Praxis

Aus diesen eng miteinander verwobenen Feldern stehen in den folgenden Überlegungen „Entwicklung empirisch-theoretischen Wissens“ und „Änderungsstrategien und Handlungsmodelle aufgrund von Kritik“ explizit im Vordergrund, während Inhalte der anderen Felder jeweils implizit mitgedacht werden. Die Ausgangsfrage des Projekts drehte sich darum, empirisch-theoretische Erkenntnisse dafür zu finden, wie es älteren Menschen in Österreich unter Gesichtspunkten der Teilhabe ergehe, die Aufgabe dieses Kapitels besteht darin, diese Ergebnisse in Relation zu Handlungsstrategien und Entscheidungen zu setzen, wobei das Ergebnis

seinerseits Vorschlagscharakter hat - und nicht mehr. Ausdrücklich sei allerdings noch einmal an die in Kap. 1 explizierten Zusammenhänge zum Thema Teilhabe erinnert, insbesondere an die Sozialpolitik in ihrer Aufgabe, Lebenslagen von den Randbedingungen her bestmöglich zu gestalten.

5.2 Gesellschaftliche und politische Partizipation, freiwilliges Engagement, Lebensqualität

Ergebnisse kompakt: Teilnahme an Fort- und Weiterbildungskursen:

höhere Bildung > vermehrte Teilnahme

Erwerbsteilnahme > vermehrte Teilnahme

größeres soziales Netzwerk > vermehrte Teilnahme

steigendes Lebensalter > abnehmende Teilnahme

abnehmende Besiedlungsdichte > abnehmende Teilnahme

niedriger soziökonomischer Status > abnehmende Teilnahme.

Teilhabe, ausgedrückt in Teilnahme an Fort- und Weiterbildungskursen, wird durch ein Zusammenspiel von niedrigem sozioökonomischem Status, abnehmender Besiedlungsdichte und steigendem Lebensalter negativ beeinflusst, kompensierend wirken höhere Bildung und größere soziale Netzwerke

Änderungsstrategien:

Strategien, mit denen Veränderungen erzielt werden sollen, müssen detailliert und flächendeckend entwickelt werden. Bildungsangebote bedürfen stärkerer Ausbreitung und Initiativen in geringer besiedelten Gebieten, es bedarf eigener Informationskampagnen, um jene mit niedrigerer Bildung und niedrigerem sozialökonomischem Status zu erreichen; da dichtere soziale Netzwerke (vgl. weiter unten Vereinswesen etc.) Teilhabe allgemein fördern, ist gerade die Unterstützung gemeinschaftlicher Initiativen vonnöten. Kurzfristig angedacht leitet sich daraus auch konkret die Forderung ab, schon gelingende und fruchtbare gemeinschaftliche Initiativen nicht zu vernachlässigen, aus der Begründung heraus „weil die Gemeinschaft ohnehin funktioniert“ und deshalb keiner weiteren Förderung bedarf. Es besteht seit Jahren eine Tendenz der Mittelkürzung, die auf derartige Detailsituationen wenig Rücksicht zu nehmen scheint. Dazu gehört auch in vielen Gemeinden die Neigung, kulturelle Angebote nach allgemeinen und nicht nach altersspezifischen Gesichtspunkten anzubieten. Langfristig besteht die Notwendigkeit, Bildungsinitiativen aller Art zu intensivieren, denn kein anderer Faktor hat über lange Zeit hinweg, das zeigen ja die Forschungsergebnisse, eine derart durchschlagende Wirkung wie „Bildung“ - allerdings: recht verstandene Bildung, nicht nur jene, die (nicht

ganz zutreffend als solche bezeichnet), die unter dem Diktat wirtschaftlicher Verwertbarkeit steht. Daraus leitet sich ebenso die Forderung ab, auf nachfolgende Generationen vorausschauend zu blicken, Bildung als ein schon von Kindestagen beginnendes Fördernswertes zu betrachten und dementsprechend Kinderbetreuungsplätze flächendeckend und qualitätserweiternd auszubauen sowie gesamtschulische Pilotprojekte zumindest auszuprobieren. Schließlich, und dieser Vorschlag ist keineswegs neu, kann in aller Zukunft nichts wirksamer sein als der Versuch, Unterschiede in der materiellen Lebenslage auszugleichen und jene der Benachteiligten anzuheben. Dass die Entwicklung umfassender Handlungsstrategien in diesem Bereich zu den großen politischen Versäumnissen zählt, dürfte offenbar sein (gemäß Statistik Austria waren im Jahr 2017 1.563.000 Menschen in Österreich armuts- oder ausgrenzunggefährdet, 434.000 davon waren gleich mehrfach von sozialen Problemlagen betroffen).

Ergebnisse kompakt: Teilnahme an Aktivitäten einer politischen Organisation oder in Bürger_inneninitiativen:

- höhere Bildung > vermehrte Teilnahme
- geringere Besiedlungsdichte > geringere Teilnahme (Bildung intervenierend)
- Männer > höhere Teilnahmerate
- höheres Lebensalter > geringere Teilnahme
- wahrgenommener altersabhängiger Ausschluss > geringere Teilnahme.

Änderungsstrategien:

Eine Einschränkung der Teilnahme auf Aktivitäten politischer Organisationen und politisch orientierter Initiativen von Bürgern und Bürgerinnen bringt insgesamt und erwartungsgemäß geringe Anteile. Es ist dies in Österreich primär ein Strukturproblem insofern, als die großen politischen Organisationen, welche die Älteren zu vertreten haben, den Charakter von Funktionsorganisationen haben und auf der Ebene politischer Entscheidungsgremien den Älteren kein formales Mitspracherecht eingeräumt wird. Wenn in Betracht gezogen wird, dass aus anderen Studien die verbreitete Haltung: „die da oben tun sowieso, was sie wollen“, bekannt ist, lassen sich schwer Handlungsmodelle entwerfen und Beteiligungsformate installieren. Dem Stereotyp einer indolenten, dem Diktat der Obrigkeit willfährig sich ausliefernden Bevölkerung bzw. Generation wird hier nicht gefolgt. Auf einer sehr allgemeinen Ebene mag aber gelten, dass zwei Aspekte von Bedeutung sind: Eine völlige Neukonzeption von politischer Bildung, die schon in den Schulen beginnt, und gezielte, ernst gemeinte Initiativen zur Teilnahme in Entscheidungsprozessen, welche die Situation der Älteren selbst betreffen. Poli-

tische Bildung soll ihrem ursprünglichen Auftrag entsprechend zu Mündigkeit beitragen, und privates Entscheidungsverhalten soll nicht an institutionellen Hürden oder gar Schikanen scheitern. Dabei ist wieder einmal zu betonen: Dass freiwilliges Engagement unter den Menschen zwischen 60 und 74 Jahren am häufigsten auftritt, hat sicherlich mit den Aktivitätsanregungen zu tun, die noch aus dem Erwerbsleben mitgenommen werden, doch wenn die dort angesiedelten Bindungskräfte verloren gehen, oft sogar sehr schnell, müssten im Interesse an Teilhabe andere systematische, also strukturell ermöglichte und verankerte Bedingungen treten - die scheinen kaum vorhanden zu sein. Es wäre sinnvoll, wenn die österreichischen Senior_innenvertretungen einmal eine Dokumentation der Angebote in mittel und gering besiedelten Gebieten vornähmen, um Aufschluss darüber zu erhalten, wo und in welchen Themen diese über Ausflüge, Mittagessen, Kulturreisen, Karten- und Gesangsrunden etc. hinausgehen. Aufgrund von Forschungsergebnissen wären gesundheitsrelevante, psychologische und sozialarbeiterische, (wohn-)rechtliche und finanzielle Beratungen, Schaffung von gemeinschaftlichen Mobilitätsangeboten, überhaupt alle Formen zivilgesellschaftlicher Selbsttätigkeit und Unterstützung privater sowie öffentlicher und präventiver Initiativen sinnvoll.

Ergebnisse kompakt: Teilnahme an Wahlen:

- Höhere Bildung > höhere Wahlteilnahme
- Männer mit Pflichtschulbildung > höhere Wahlteilnahme
- Frauen mit Maturabildung > höhere Wahlteilnahme.

Änderungsstrategien:

Da keine detaillierteren Informationen über systematische Zusammenhänge zu dieser Frage ausgewertet werden konnten, sind hier keine konkreten Vorschläge zu formulieren. Änderungsstrategien können aber auch mit Fragen beginnen, die Motivationen, Überzeugungen und berechnete Erwartungen für eine Wahlteilnahme betreffen:

Erfüllen die nach Wahlen sich etablierenden politischen Abläufe die Erwartungen der Wählenden? Vermitteln Wahlteilnahmen die Erwartungen auf gewünschte Veränderungen? Können allgemeine Wahlversprechungen überhaupt individuelle Erwartungen auffangen? Ist die höhere Wahlteilnahme Älterer nicht ein durch Tradition gestütztes Verhalten, das von Generation zu Generation geringer werden wird und so Wahlteilnahme über politische Partizipation immer weniger aussagen wird? Ist die höhere Wahlteilnahme besser gebildeter Frauen Zeichen eines wachsenden politischen Bewusstseins, das von den „Wahlstrategen“ verabsäumt, ignoriert bzw. noch gar nicht erkannt wurde?

5.3 Ökonomische Lage; Gesundheit; soziale Beziehungen; Wohnbedingungen

Ergebnisse kompakt: Aktivitäten des täglichen Lebens:

steigendes Alter > zunehmende physische und psychisch-geistige Beeinträchtigungen
 geringere Schulbildung > stärkere Beeinträchtigungen (Alter und Bildung kumulieren)
 körperliche Beeinträchtigung > wirkt sich in außerhäuslicher Teilhabe stärker vermindern aus.

Änderungsstrategien:

Seit langem ist bekannt, dass in diesem Themenbereich das Individuum-Umwelt-Verhältnis spezifisch und direkt wirksam ist. Es gibt in der Literatur hunderte von Vorschlägen der Umweltgestaltung zugunsten beeinträchtigter älterer Personen, die hier nicht wiederholt werden müssen. Sehr wohl lassen sich aber Themenzusammenhänge festhalten, denen die Entwürfe von Handlungsstrategien folgen müssten:

- Spezifische Gesundheitsvorsorge im Alter
- Gestaltung und altersentsprechende Renovierung von Wohnungen und Häusern
- Finanzierungsmodelle und -unterstützung für Senior_innen
- Sturzprävention (hauptsächlich innerhäuslich)
- Haushaltstechnologie und Entlastung statt zunehmender Komplexität von Geräten etc.
- Mobilitätsunterstützung zuhause und im öffentlichen Raum
- Verbesserung der Bedingungen für die Verkehrsteilnahme für Ältere
- Sozialarbeiterische und präventive Maßnahmen
- Familienentlastende subventionierte Unterstützungsleistungen.

Ergebnisse kompakt: Internetzugang und Informationsbeschaffung:

- Höheres Alter > seltener Internetzugang
- niedrige Bildung > geringe Internetverfügbarkeit
- höhere Bildung > vermehrter Internetzugang
- geringe finanzielle Mittel > geringer Einfluss auf Internetverfügbarkeit
- Alter > geringer Einfluss auf das Lesen einer Tageszeitung
- höhere Bildung > stärkerer Zeitungskonsum (on- oder offline).

Änderungsstrategien:

Hier wird auf die einschlägigen Projekte und Broschüren des BMAGSK verwiesen, in denen eine Vielzahl von Faktoren diskutiert werden wie z. B. Factsheets Bildung im Alter aus 2017 Lernen und Bildung. Oder Kurse zu den Themen: Aufgaben des Sozialstaats- Barrierefreiheit-e-Inclusion- Lernen durch freiwilliges Engagement- Vernetzung in der Region- Bildungszugänge für Männer im Alter- Neue Lernorte für aktives Alter.

Ergebnisse kompakt: Subjektive Sicherheit und PKW-Mobilität:

Höhere Besiedlungsdichte > häufiger Probleme mit Kriminalität, Gewalt und Vandalismus

Frauen > subjektives Sicherheitsempfinden geringer

Männer > subjektives Sicherheitsempfinden höher

höhere Besiedlungsdichte > geringeres subjektives Sicherheitsempfinden

höhere Bildung > höheres subjektives Sicherheitsempfinden

höheres Alter > abnehmendes subjektives Sicherheitsempfinden

höheres Alter > geringere Zahl an PKWs im Haushalt

niedrige Besiedlungsdichte > höherer PKW-Anteil.

Änderungsstrategien:

Es wäre sicher eine hilfreiche Strategie, bei aller räumlichen und organisatorischen Planung, vom Verkehr und Wohnbau bis zur Konzeption von Ämtern und Institutionen, als wesentliches Moment immer den direkten Kontakt unter den Menschen zu fördern und ihn wiederholbar zu machen. Dass das subjektive Sicherheitsempfinden im wenig besiedelten Gebiet höher ist, hat einfach damit zu tun, dass die Menschen einander kennen. Es wäre geraten, jedes Infrastrukturprojekt auch als soziales Projekt anzulegen, indem jene Menschen, die später die Nutzer sein werden, einander vorher bereits kennen lernen und an der Sache mitwirken/sprechen können. Anstatt der „Schaffung von Wohnraum“, sollte von der Schaffung von Habitaten gesprochen werden, mit all den Konsequenzen, die in diesem Begriff liegen. Dass jemand ein Grundstück erwirbt, darauf ein Haus baut und das komplette Anwesen dann mit Gewinn weiterverkauft bei mehreren Objekten an Menschen, die einander vorher gar nicht kannten, ist wirtschaftlich verständlich, sozial und sozialpolitisch ein Anachronismus. Exemplarisch sind basisdemokratische Wohnanlagen zu erwähnen, in welchen intergenerativ von der Planungsphase hinweg gemeinsam ein Miteinanderwohnen und Teilhabe aller Bewohner_innen impliziert ist. Eine Aktivitätsschiene müsste in der Intensivierung und im Ausbau bewusstseinsbildender Maßnahmen gegen Altersdiskriminierung bestehen, sowie in der Auf-

klärung über Gewalt gegen und Missachtung von Älteren. Eine weitere Forderung, die schon lange besteht (vgl. Bundesplan), betrifft eine verstärkte Information über Einrichtungen zum Abbau von Ängsten. Solche Maßnahmen müssen aber im Zusammenhang mit anderen Themenbereichen gesehen werden wie z. B. Ausbau von barrierefreiem Bauen sowie Adaptierung des gegebenen Bestandes, Änderung der Bauordnungen, um im privaten Hausbau ein Minimum an Barrierefreiheit zu erreichen. Auch der Ausbau öffentlicher flexibler und kostengünstiger Verkehrsmittel in ländlichen Gebieten sowie die Schaffung eines komplexen Systems von Voraussetzungen für eine selbständige und selbstbestimmte Verkehrsteilnahme wären sinnvoll.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Innenverhältnisse zwischen Interessenkampf und Integration	9
Abbildung 2: Interdependente Struktur der Teilhabe im Alter.....	25
Abbildung 3: Jahr der Studie.....	61
Abbildung 4: Stichprobenkennwerte.....	103
Abbildung 5: Teilnahme an einem Fort- oder Weiterbildungskurs (Anteil ja)	106
Abbildung 6: Teilnahme an Aktivitäten einer politischen Organisation oder Bürgerinitiative (Anteil ja)	107
Abbildung 7: Ausschluss durch das Alter (Anteil ja).....	108
Abbildung 8: Unentgeltliches bzw. freiwilliges Engagement bei Wohltätigkeitsorganisationen/- veranstaltungen (Anteil ja)	109
Abbildung 9: Lebensqualität im Alter (CASP-12 Skala, Mittelwert)	110
Abbildung 10: Teilnahme an Wahlen (Anteil ja)	111
Abbildung 11: Armutsgefährdung bei 60% des Medians (Anteil ja).....	113
Abbildung 12: Psychische Gesundheit (EURO-D Skala, 4 oder mehr Depressionssymptome)	114
Abbildung 13: Mindestens einmal pro Woche moderate körperliche Anstrengungen (Anteil mindestens einmal pro Woche).....	115
Abbildung 14: Mind. einmal pro Woche körperlich anstrengende Aktivitäten	116
Abbildung 15: Einsamkeit und soziale Isolation (R-UCLA Skala, Mittelwert).....	117
Abbildung 16: Korrelation zwischen den Indikatoren „Einsamkeit und soziale Isolation“ und „Psychische Gesundheit“	118
Abbildung 17: Wohnbelastung in Haus oder Wohnung (Anteil ja)	119
Abbildung 18: Einschränkungen Aktivitäten des Lebens (ADL-Index, eine oder mehr Einschränkungen).....	121
Abbildung 19: Internetzugang im Haushalt (Anteil ja)	122
Abbildung 20: Lesen einer Tageszeitung (Anteil ja)	123
Abbildung 21: Wahrnehmung von Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend (Anteil ja)	124
Abbildung 22: Subjektives Sicherheitsempfinden (Anteil sicher)	125
Abbildung 23: Vorhandensein eines PKWs im Haushalt (Anteil ja)	126
Abbildung 24: Matrix Teilhabe im Alter.....	129

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Demokratiemessung. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratiemessung sowie u. a. auch Campbell & Barth (2009)	28
Tabelle 2: Dimensionen Bundesplan.....	57
Tabelle 3: Indikatoren Bundeplan. Quelle: Amann, A., Bischof, Ch., Leitgeb, E., Weiterentwicklung eines Systems des Alters-Monitoring für die Gruppe der über 50-Jährigen. Forschungsbericht. Wien 2014 (ipr-Sozialforschung - Dr. R. Költringer).....	60
Tabelle 4: Hauptfördergeber	61
Tabelle 5: Methodologischer Zugang.....	62
Tabelle 6: Erhebungsinstrumente	62
Tabelle 7: Themenbereiche und Forschungszugang	63
Tabelle 8: Themenbereiche und Anzahl der Indikatoren	64
Tabelle 9: Themenvorkommnis in Forschungsarbeiten	66
Tabelle 10: Indikatoren insgesamt	69
Tabelle 11: Bereiche, Dimensionen und Indikatoren der empirischen Analyse	101
Tabelle 12: Indikatoren der Bereiche gesellschaftliche und politische Partizipation, Freiwilligenarbeit, Lebensqualität	105
Tabelle 13: Indikatoren der Bereiche ökonomische Lage; Gesundheit; soziale Beziehungen; Wohnbedingungen.....	112
Tabelle 14: Indikatoren der Bereiche Wohnbedingungen; Pflege; Medien; Diskriminierung und Gewalt; Mobilität	120
Tabelle 15: Konnex Forschung & Praxis	132
Tabelle 16: Indikatoren spezifisch bzgl. Empirischer Analysen	144

Literatur

- Amann, A., Am Leben teilhaben. Ideen zur sozialen Integration im Alter. Wien 2018 (Manuskript).
- Amann, A., Vom guten Leben und seinen Feinden. Eine Gegenwarts kritik. edition echoraum-Wien 2017.
- Amann, A., Nach der Teilung der Welt. Logiken globaler Kämpfe. Braumüller-Wien 2008.
- Amann, A., Sozialpolitik und Lebenslagen älterer Menschen, in: Backes, G. M., Clemens, W. (Hrsg.), Lebenslagen im Alter. Gesellschaftliche Bedingungen und Grenzen. Leske & Budrich-Opladen 2000, 53-74.
- Amann, A., In den biographischen Brüchen der Pensionierung oder der lange Atem der Erwerbsarbeit, in: Hoff, E.-H. (Hrsg.), Die doppelte Sozialisation Erwachsener. Deutsches Jugendinstitut-München 1990, 177-204.
- Amann, A., Lebenslage und Sozialarbeit. Elemente zu einer Soziologie von Hilfe und Kontrolle. Duncker & Humblot-Berlin 1983.
- Amann, A., Loos, R., Ältere Arbeitskräfte und „Arbeit“ im Alter, in: Bundesplan für Seniorinnen und Senioren. Evaluation 2016. Wien 2016 (Büro für Sozialtechnologie und Evaluationsforschung, im Auftrag des BMASK).
- Amann, A., Ehgartner, G., Felder, D., Sozialprodukt des Alters. Über Produktivitätswahn, Alter und Lebensqualität. Böhlau-Wien 2010.
- Amann, A., Knapp, G., Spitzer, H., Altersforschung und Soziale Arbeit in Österreich, in: Knapp, G., Spitzer, H. (Hrsg.), Altern, Gesellschaft und Soziale Arbeit. Lebenslagen und soziale Ungleichheit von alten Menschen in Österreich. Hermagoras Verlag, Klagenfurt/Celovec-Laibach/Ljubljana-Wien/Dunaj 2010, 553-566.
- Aner, K. Köster, D., Partizipation älterer Menschen - Kritisch gerontologische Anmerkungen, in: Naegele, G., Olbermann, E., Kuhlmann, A. (Hrsg.), Teilhabe im Alter gestalten. Aktuelle Themen der Sozialen Gerontologie. Springer-Wiesbaden 2016, 465-483.
- Aner, K., „Ich will, dass etwas geschieht!“ Wie zivilgesellschaftliches Engagement entsteht - oder auch nicht. edition sigma-Berlin 2005.
- Bundesplan für Seniorinnen und Senioren: Evaluation 2016. Endbericht. Büro für Sozialtechnologie und Evaluationsforschung (Wiss. Leitung Prof. Dr. Anton Amann). Wien 2016.
- Campbell, D., Barth, T., Wie können Demokratie und Demokratiequalität gemessen werden? Modelle, Demokratie-Indices und Länderbeispiele im globalen Vergleich. In: SWS-Rundschau, 49, 2009, 209 -23.
- Caplan, R. D., Person-environment fit theory and organizations: Commensurate dimensions, time perspectives, and mechanisms, in: Journal of Vocational Behavior, 31 (1987), 248-267.
- Cohen, J., A power primer. Psychological Bulletin (1992) 112, 155-159.
- Dahrendorf, R., Die neue Freiheit. Überleben und Gerechtigkeit in einer veränderten Welt. Piper-München 1975.
- Dux, G., Die Evolution der humanen Lebensform als geistige Lebensform. Handeln-Denken-Sprechen. Springer-Wiesbaden 2017.
- Dux, G., Demokratie als Lebensform. Die Welt nach der Krise des Kapitalismus. Velbrück Wissenschaft-Weilerswist 2013.
- Dux, G., Die Spur der Macht im Verhältnis der Geschlechter. Über den Ursprung der Ungleichheit zwischen Frau und Mann. Suhrkamp-Frankfurt a/M 1992.

- Erlinghagen, M., Ehrenamtliche Arbeit und informelle Hilfe nach dem Renteneintritt. in: Erlinghagen, M., Hank, K. (Hg.), Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008, 93ff.
- Findenig, I., Generationenprojekte. Orte des intergenerativen Engagements.: Potenziale, Probleme und Grenzen. Opladen/Berlin/Toronto - Budrich UniPress. 2017.
- Franz, J., Intergenerationelles Lernen ermöglichen: Orientierungen zum Lernen der Generationen in der Erwachsenenbildung. wbv Bertelsmann, Bielefeld 2009.
- Harari, Y. N., Eine kurze Geschichte der Menschheit. München 2015.
- Heimgartner, A., Findenig, I., Biografie und freiwilliges Engagement. Wien, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. 2017.
- Heinze, R. G., Naegele, G., Schneiders, K., Wirtschaftliche Potentiale des Alters. Kohlhammer-Stuttgart 2011.
- Hobsbawm, E., Das Gesicht des 21. Jahrhunderts. Hanser-München 2004.
- Hughes, M. E.; Waite, L. J.; Hawkey, L. C.; Cacioppo, J. T., A short scale for measuring loneliness in large surveys results from two population-based studies. *Research on Aging* (2004), 26(6), 655-672.
- Hüther, M., Naegele, G. (Hrsg.), Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder. Springer-Wiesbaden 2013.
- Hyde, M.; Wiggins, R. D.; Higgs, P.; Blane, D. B. (2003): A measure of quality of life in early old age: the theory, development and properties of a needs satisfaction model (CASP-19). *Aging & mental health*, 7(3), 186-194.
- Jahoda, M., Lazarsfeld, P. F., Zeisel, H., Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Hirzel-Leipzig 1933.
- Költringer, R., Amann, A., Bischof, Chr., Leitgeb, E., Weiterentwicklung eines Systems des Alters-Monitoring für die Gruppe der über 50-Jährigen. Wien 2014 (Forschungsbericht).
- Kuhlmann, A., Naegele, G., Olbermann, E., Einführung, in: Naegele, G., Olbermann, E., Kuhlmann, A. (Hrsg.), Teilhabe im Alter gestalten. Aktuelle Themen der Sozialen Gerontologie. Springer-Wiesbaden 2016, 45-60.
- Malnar, B., Müller, K. H., Surveys and Reflexivity. A Second-Order Analysis of the European Social Survey (ESS). edition echoraum-Wien 2015.
- Maturana, H. R., Varela, F., Der Baum der Erkenntnis. Bern-München-Wien 1987 (erstmalig 1984).
- Menning, S., Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.), Wahlverhalten und politische Partizipation älterer Menschen. Berlin, 2009 (Report Altersdaten 3/2009). URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-370243>
- Nahnsen, I., Bemerkungen zum Begriff und zur Geschichte des Arbeitsschutzes, in: Osterland, M. (Hrsg.), Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential. Festschrift für Max E. Graf zu Solms-Roedelheim. Europäische Verlagsanstalt-Frankfurt/ Köln 1975, S. 145-166.
- Neurath, O., Grundlagen der Sozialwissenschaften, in: Haller, R., Rutte, H. (Hrsg.), Otto Neurath: Gesammelte philosophische und methodologische Schriften, Bd. 2. Hölder/Pichler/Tempusky-Wien 1981, 925-978 (zuerst 1944).
- Nicholas, S.; Huppert, F.; McWilliams, B.; Melzer, D., Health, Wealth and Lifestyles of the Older Population in England: the 2002 English Longitudinal Study of Ageing 2003.
- Oswald, F., Wahl, H.-W., Alte und neue Umwelten des Alters - Zur Bedeutung von Wohnen und Technologie für die Teilhabe in der späten Lebensphase, in: Naegele, G., Olbermann, E., Kuhlmann, A. (Hrsg.), Teilhabe im Alter gestalten. Aktuelle Themen der Sozialen Gerontologie. Springer-Wiesbaden 2016, 113-129.

- Prince, M. J.; Reischies, F.; Beekman, A. T. F.; Fuhrer, R.; Jonker, C.; Kivela, S. L., Lawlor, B.; Lobo A.; Magnusson, H.; Fichter, M. M.; Van Oyen, H.; Roelands, M.; Skoog, I.; Turrina, C. & Copeland, J. R., Development of the EURO-D scale – a European Union initiative to compare symptoms of depression in 14 European centres. *The British Journal of Psychiatry* (1999), 174(4), 330-338.
- Schwenk, O., *Soziale Lagen in der Bundesrepublik*. Opladen 1999.
- SIZE – Life Quality of Senior Citizens in Relation to Mobility Conditions (2003) State-of-the-art report, in: [http://www.size-project.at/results/Deliverable3-State of Art.pdf](http://www.size-project.at/results/Deliverable3-State%20of%20Art.pdf)
- Soeffner, H.-G., *Auslegung des Alltags - Alltag der Auslegung*. Suhrkamp-Frankfurt a/M 1989.
- StatistikAustria:
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/022213.html [31.08.2018].
- Sting, S., Soziale Bildung. In W. v. Schröer, & C. Schweppe (Hrsg.), *Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online (EEO), Fachgebiet Soziale Arbeit*. Weinheim und München 2010.
- Tocqueville, A. de, *Über die Demokratie in Amerika*. Reclam-Stuttgart 2016 (erstmalig 1835).
- UNECE, PolicyBrief: Integration und Teilhabe älterer Menschen in der Gesellschaft. UNECE Kurzdossier zum Thema Altern Nr. 4, Dezember 2010 (ECE/WG.1/4).

Verwendete Datenquellen für die empirischen Analysen

- Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) Wave 6**. Release version: 6.1.1. SHARE-ERIC. Data set. DOI: 10.6103/SHARE.w6.611
- ESS Round 8: European Social Survey Round 8 Data** (2016). Data file edition 2.0. NSD - Norwegian Centre for Research Data, Norway – Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC.
- European Union Statistics on Income and Living Conditions 2016**, Statistik Austria

Anhang

Indikatorenspezifikation zur empirischen Analyse

Indikator	Inhalt	Antwort-Kategorien	Datenquelle
Teilnahme an einem Fort- oder Weiterbildungskurs	Welche der angeführten Aktivitäten haben Sie in den letzten -12 Monaten ausgeübt?	ja; nein	SHARE
Teilnahme an Aktivitäten einer politischen Organisation oder Bürgerinitiative	Welche der angeführten Aktivitäten haben Sie in den letzten -12 Monaten ausgeübt?	ja; nein	SHARE
Ausschluß durch Alter	Wie oft denken Sie sich, dass Ihr Alter Sie daran hindert, Dinge zu tun, die Sie gerne tun möchten?	ja (häufig; manchmal); nein (selten; nie)	SHARE
Unentgeltliche bzw. freiwillige Arbeit bei Wohltätigkeitsorganisationen/-veranstaltungen	Welche der angeführten Aktivitäten haben Sie in den letzten -12 Monaten ausgeübt?	ja; nein	SHARE
Lebensqualität im Alter (CASP-12 Skala)	CASP-12 Skala: Subjektive Zufriedenheit der menschlichen Bedürfnisse in vier Lebens-bereichen (Kontrolle, Autonomie, Selbstverwirklichung und Vergnügen). Aus 12 Aussagen bestehend, mit denen Menschen ihr Leben oder ihre Gefühle beschreiben.	Skala von 12 - 48, hoher Wert zeigt hohe Lebensqualität	SHARE
Teilnahme an Wahlen	Manche Menschen wählen heutzutage aus verschiedenen Gründen nicht mehr. Haben Sie bei der letzten Nationalratswahl gewählt?	ja; nein	European Social Survey
Armutsgefährdung bei 60% des Medians	Armutsgefährdung (nach Sozialleistungen): Alle Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unterhalb 60% des Medians liegt.	ja; nein	EU-SILC
Psychische Gesundheit (EURO-D Skala)	4 oder mehr Depressionssymptome von 12 (EURO-D Skala)	ja; nein	SHARE
Moderate körperliche Anstrengungen	Wie oft machen Sie Dinge, die einen mäßigen Grad an Anstrengung erfordern, wie z.B. normale Gartenarbeit, Auto waschen oder spazierengehen?	mindestens einmal pro Woche; seltener	SHARE
Körperlich anstrengende Aktivitäten	Wie oft betreiben Sie körperlich sehr anstrengende Tätigkeiten, sei es Sport oder körperlich anstrengende Arbeiten (im Haushalt oder im Rahmen Ihrer beruflichen Tätigkeit)?	mindestens einmal pro Woche; seltener	SHARE
Einsamkeit und soziale Isolation (R-UCLA Skala)	Skala aus Fragen: Fehlen von Gesellschaft, Gefühl ausgeschlossen zu sein; Gefühl der Isolation (Kurzform der R-UCLA Skala)	Skala von 3 (keine Einsamkeit) - 9 (hohe Einsamkeit)	SHARE
Wohnbelastung in Haus oder Wohnung	Probleme durch feuchte Wände oder Fußböden, Fäulnis in Fensterrahmen oder Fußböden, undichtes Dach?	ja; nein	EU-SILC
Einschränkungen Aktivitäten des Lebens (ADL-Index)	Eine oder mehr Einschränkungen: ankleiden, einschließlich Schuhe und Socken; durch einen Raum gehen; baden oder duschen; essen, z.B. Schneiden von Fleisch oder Brot; ins Bett legen oder wieder aufstehen; Gang zur Toilette, einschließlich hinsetzen und aufstehen	eine oder mehr Einschränkungen	SHARE
Internetzugang im Haushalt	Im Folgenden geht es um die Ausstattung Ihres Haushalts. Sagen Sie mir bitte, ob sich folgende Geräte in Ihrem Haushalt befinden. ... einen Internet-Anschluss?	ja, im Haushalt vorhanden; nein, aus finanziellen Gründen nicht vorhanden; nein, der Haushalt will das nicht haben	EU-SILC
Lesen einer Tageszeitung	Lesen Sie regelmäßig eine Tageszeitung (auf Papier oder im Internet)?	ja; nein, aus finanziellen Gründen nicht; nein, will das nicht	EU-SILC
Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend	Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme durch Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?	ja; nein	EU-SILC
Subjektives Sicherheitsempfinden	Wie sicher fühlen Sie sich – oder würden Sie sich fühlen –, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären?	sehr sicher oder sicher; unsicher oder sehr unsicher	European Social Survey
Vorhandensein eines PKW	Befindet sich ein privater PKW in Ihrem Haushalt (AUCH privat genutzten Firmenwagen)?	ja, im Haushalt vorhanden; nein, aus finanziellen Gründen nicht vorhanden; nein, der Haushalt will das nicht haben	EU-SILC

Tabelle 16: Indikatoren spezifisch bzgl. Empirischer Analysen